REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 365 · 13.4.1994

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 58 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Geistige Brandstifter und deutsche Richter
2. Protest und Betroffenheitskult. Stimmen zum Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge
3. Der DFB sieht rot - gg.
4. Soziale Bewegungen im kurdischen Nordirak. Eine Reportage von Lissy Schmidt/Milena Ergin
5. Lissy Schmidt/Milena Ergin ist tot - nora mielke
6. Selbstverbrennung zweier Kurdinnen. Dokumentation ihrer Erklärung
7. "Wir nehmen sie alle" (Abschiebung von KurdInnen) - Ein Genosse der anti-rep-Kommission
8. Berichte von Augenzeugen der Übergriffe auf KurdInnen - SchülerInnen der Hedwig Heyl Schule
9. Kommunalwahlen in der Türkei. Zwischen kurdischer Frage und islamischer Bewegung - Jan Keetman
10. Umfrage des nationalen Sicherheitsrates zu den bevorstehenden Kommunalwahlen (aus "Aydinlik")
11. Cizre - eine Stadt in Türkisch-Kurdistan - Sabine Ott
12. Informationelle Sonderbehandlung von ImmigrantInnen und Flüchtlingen - Thilo Weichert
13. Völkisch programmierter Großrechner für Europa 2000ff. Entwurf für das Ausländerzentralregistergesetz vorgelegt - Jelpke/Maurer
14. Vor 50 Jahren: Völkermord an Ungarns Juden. Teil 1 - Knut Mellenthin
15. CSU: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen - ES, Hamburg
16. Gibt es eine CDU nach Kohl? - ES, Hamburg
17. Testwahlen Zwei und Drei für"s Superwahljahr - he.
18. Kommt 1994 der Aufschwung? BRD-Imperialismus will noch mehr Einfluß auf dem Weltmarkt - J., Westberlin
19. Stammheim läßt grüßen. Redebeitrag auf einer Veranstaltung zu Bad Kleinen von Ulla Jelpke
20. Denen die Welt zu klein ist (zu Claus Goldenbaums Buch "Totgesagte leben länger")
21. Kurzübersicht über die Prozesse gegen KurdInnen in der BRD - Rote Hilfe Berlin
22. Abgeschrieben? Betr.: Nationaldemokraten - Rechte Ableger in der SPD, ak 363, S. 12 - ak-Redaktion
23. Ergänzung und Richtigstellung aber kein Grund zur Entwarnung - Jelpke/Maurer
24. Keine Auslieferung von Mahmut Özpolat! - Rote Hilfe Berlin
25. Wiesbadener Antifaschist vor Gericht - Solidaritätsgruppe Gunther
26. Volksverhetzung und Gegenwehr. Eine Vorstellung neuerer Bücher über Rassismus und Anti-Rassismus - Js.
27. Freiburg: Flüchtlinge wehren sich (nach einem Info der Flüchtlinge gegen das Asylbewerberleistungsgesetz)
28. Hilfe! Gremliza kommt! Rettet die "Junge Welt"!! - he., Hamburg
29. Herrn Silvio Berlusconis Umwälzung des Parteiensystems - Js.
30. Nordirland: Warten auf John Major - Dietrich Schulze-Marmeling
31. Inkatha: Kampf bis zum Ende. In der südafrikanischen Provinz Natal ist die Machtfrage gestellt - J., Westberlin
32. Eine Chance für den Friedensprozeß. Wahlen in El Salvador: starke Opposition gegen ARENA-Mehrheit - Al., Nürnberg
33. Bougainville: Guerilla vor dem Ende? - Vo
34. Somalia: Auf der Suche nach neuen Ansätzen. (Interview mit zwei Somaliern)
35. Im Felde unbesiegt. Der Abzug der Bundeswehr aus Somalia - Volker Böge
36. Das Rote Plakat. Immigranten und Juden in der in der französischen Résistance - Martin Rheinlaender
37. Es wird Zeit, daß sie rauskommen! - Karl- Heinz Dellwo - Kommentar von gb und Dokumentation
38. Zitelmann und seine neuen Freunde. "Linke" Solidarität für rechten Ideologen - mb., Berlin
39. Zivilgesellschaft zwischen Affirmation und Kritik - Dirk Auer

40. Die Schwierigkeiten des "großen Wurfs". Anmerkungen zum Rußland-Artikel von Kai Ehlers - Knut Mellenthin
41. Flott formulierte Fehleinschätzungen. Hermann L. Gremliza und der "Selbstmord " der Zapatisten - Al., Nürnberg
42. Erneuerung von links? - Ein Jahr neue "links" - mb., Berlin
43. Philosophische Überlegungen und platte Argumente. Die neue Zeitschrift TOPOS - Werner Rätz
44. 50.000 DM für den ak! Ergebnis der Spendensammlung
45. Wochenendseminar der KB-Mehrheit zum Thema Innere Sicherheit
46. LeserInnenbriefe
47. Inkatha: Kampf bis zum Ende
48. Quelldatei 42.htm
49. Quelldatei 43.htm
50. Quelldatei algerien.htm
51. Quelldatei antipkk1.htm
52. Quelldatei ff-02.htm
53. Quelldatei irland.htm
54. Berlusconi Superstar
55. Quelldatei salva.htm
56. Quelldatei somalia.htm
57. Quelldatei sued.htm
58. Vor 50 Jahren

1. Geistige Brandstifter und deutsche Richter

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:47

Der Bundesgerichtshof vermag im Leugnen der Morde an Juden in den Gaskammern, der "Auschwitz- Lüge", keine Volksverhetzung zu erkennen. In Mannheim, wo sich über Tage hunderte von RassistInnen nebst SympathisantInnen vor einer AsylbewerberInnen-Unterkunft zusammengerottet hatten, sind nun die antirassistischen GegendemonstrantInnen angeklagt. In Lübeck werden Brandflaschen in die Synagoge geschleudert. Deutschland im März - deutscher Frühling?

Der NPD-Vorsitzende Deckert hatte im November 1991 mit dem US-amerikanischen "Hinrichtungsexperten" Fred Leuchter eine Veranstaltung durchgeführt, auf der der Referent erwartungsgemäß die Morde in den Gaskammern bestritt. Der Vortrag war von Deckert zustimmend übersetzt und kommentiert worden. Ein Jahr später war der NPD-Führer vom Landgericht Mannheim u.a. wegen Volksverhetzung verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof (BGH) hob die Verurteilung mit der Begründung auf, das Leugnen der Morde an Juden in den Gaskammern der Vernichtungslager erfülle nur dann den Tatbestand der Volksverhetzung, wenn diese Behauptung im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Rassenideologie stehe. Dies mochte selbst der Anklagevertreter, Bundesanwalt Bruns, nicht hinnehmen: In der Terrorismus-Rechtsprechung sei der BGH über Jahre davon ausgegangen, daß die Unterstützung der RAF-Hungerstreiks wegen angeblicher Isolationsfolter nur ein Vorwand sei, um eine terroristische Vereinigung zu unterstützen; jetzt jedoch sehe man den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Behauptung der "Auschwitz-Lüge" und der neonazistischen Propaganda nicht. Der Zentralrat der Juden in Deutschland äußerte, die Urteilsbegründung erwecke den "Eindruck einer Gebrauchsanweisung", wie man der Bestrafung wegen Verbreitung der "Auschwitz-Lüge" entgehen könne.

Vor einer AsylbewerberInnen-Unterkunft in Mannheim hatten sich im Mai 1992 über Tage hinweg hunderte von RassistInnen und ihre SympathisantInnen zusammengerottet. Die RassistInnen waren an einem Tag bewaffnet mit Baseballschlägern vor dem Gebäude aufgezogen, hatten die Polizei angegriffen; blockierten am nächsten Tag die Straße vor der Unterkunft, ein Brandsatz wurde auf das Gelände geworfen. Insgesamt wurden 49 der Randalierer von der Polizei in Gewahrsam genommen und erkennungsdienstlich behandelt. Die Staatsanwaltschaft, die von der Polizei nur einen "Ergebnisbericht" ohne Namen bekam, hat gegen keinen der TeilnehmerInnen an den Ausschreitungen ermittelt, da es sich nur um "Störungen" gehandelt habe. (Diese "Störungen" hatten immerhin den größten Polizeieinsatz in der Mannheimer Nachkriegsgeschichte zur Folge.) Ihren ganzen Eifer konzentrierte die Staatsanwaltschaft hingegen auf die Verfolgung der antirassistischen GegendemonstrantInnen, etwa 150 von ihnen wurden Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und ähnliche Delikte zur Last gelegt.

Etwa sechzig Einwanderer, Asylbewerber und sonstwie "Fremde" sind in den ersten Jahren des neuen und großen Deutschland ermordet worden. Der Haß oder zumindest die Ablehnung gegenüber allem "Fremden" kann auf eine breite gesellschaftliche Zustimmung setzen. Selbst Morde mußten schon ein besonderes Ausmaß annehmen - und die Bundesregierung die Gefährdung "des deutschen Ansehens in der Welt" beklagen - bis überhaupt Protest aufkam. Ein Brandanschlag von Neonazis auf eine Synagoge hatte bisher nicht stattgefunden. Diese Schwelle ist mit dem direkten Anknüpfen an das Novemberpogrom 1938 nun auch überschritten worden: In der Nacht zum 25. März wurden Brandflaschen in die Lübecker Synagoge geschleudert; der Tod der in dem Gebäude lebenden Familien ist zumindest billigend in Kauf genommen worden.

"Ich rechne schon lange mit so etwas", sagte Ignatz Bubis. "Schuld daran sind die geistigen Brandstifter, rechtsradikale Parteien wie die ‚Republikaner`, die DVU und die NPD, die ungehindert mit Hetz- und Haßparolen die Stimmung schüren." Der "Republikaner"-Chef Franz Schönhuber reagierte darauf mit der Zentralparole des Antisemitismus: Die Juden sind selber schuld! Bubis sei einer "der schlimmsten Volksverhetzer Deutschlands", er sei "derjenige, der in Deutschland für Antisemitismus" sorgt. Er werde Bubis und Michel Friedmann, Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, wegen "Volksverhetzung" und "Verleumdung" verklagen.

Schönhubers Attacken blieben ungeahndet. Die (hier zuständige) Staatsanwaltschaft beim Landgericht Landshut erklärte, durch die Äußerungen Schönhubers "wurde kein Bevölkerungsteil, hier die in Deutschland lebenden Juden, angegriffen, weil sich die Äußerungen gegen zwei ganz konkret benannte Persönlichkeiten richtete und nicht als Aussage über die Deutschland lebenden Juden anzusehen ist." Ob es sich bei Schönhubers Äußerungen um ein "ehrverletzendes Werturteil" handele, müsse nicht geprüft werden, da weder Bubis noch Friedman einen Strafantrag gestellt hätten, somit die Bedingungen, die "ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft von Amts wegen gebieten würden", nicht erfüllt seien. Zwar seien Bubis und Friedman Angehörige einer Volksgruppe, die im Nationalsozialismus verfolgt wurde; die Beleidigung hinge aber nicht mit dieser Verfolgung zusammen, da Schönhubers Äußerungen "nicht im Zusammenhang mit dem während der nationalsozialistischen Herrschaft begangenen Unrecht" gemacht worden seien.

So schließt sich der Kreis: Die Leugnung der Morde an Juden in den Gaskammern ist nur strafbar, wenn dabei gleichzeitig eine Hakenkreuzfahne geschwungen wird; die Beschimpfung eines Juden als "schlimmster Volksverhetzer Deutschlands" nur, wenn dies mit Zitaten aus "Mein Kampf" einhergeht.

2. Protest und Betroffenheitskult. Stimmen zum Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:48

Aufgerufen vom Lübecker Bürgermeister Bouteille (SPD) demonstrierten am 26.3. in Lübeck vier- bis fünftausend Menschen unter der Parole "Eine Stadt hält den Atem an". Getragen wurde die Demonstration von allen Parteien der Stadt, den Gewerkschaften, den Kirchen und dem Lübecker Bündnis gegen Rassismus. Das Bündnis forderte in seinem Beitrag auf der abschließenden Kundgebung:

Wir haben zwei zentrale Forderungen:

1. Alle faschistischen Parteien und Organisationen, ob sie NPD, DVU oder Republikaner heißen, müssen sofort verboten und zerschlagen werden! Sie liefern die ideologische Munition für die Brandstifter, dennoch werden sie noch immer mit Samthandschuhen angefaßt, werden ihre Versammlungen von Polizei geschützt und gibt es immer wieder Stimmen, man müsse doch mit ihnen diskutieren. Wir sagen: Faschismus ist politisches Verbrechertum, egal ob jemand Stiefelnazi ist oder mit Schlips und Kragen auftritt. Und gegen diese Form von organisiertem Verbrechen hilft keine Diskussion, sondern nur konsequente Ausgrenzung, Ächtung und Bekämpfung!

2. Die Politikerinnen und Politiker müssen endlich aufhören, den Rassismus als Wahlkampfmunition zu benutzen. (...) Kanther will Kurden auch dann abschieben, wenn sie eine Anerkennung als politischer Flüchtling haben. Wer angesichts der berechtigten Proteste der Kurdinnen und Kurden (...) nichts besseres zu tun hat, als nach Ausweisung zu rufen, egal ob Folter oder Tod droht, der schürt den Rassismus und der bereitet den Boden für neue Gewalt. (...)

Jüdische Stimmen

Interview der "Lübecker Nachrichten" mit Ignatz Bubis

Wo liegen die Fehler, wo die Versäumnisse, daß solche Schandtaten immer wieder möglich sind?

Die Wurzel des Übels ist in unserer Gesellschaft zu suchen. Nicht zuletzt darin, wie sie mit den Gewalttaten umgeht. Die Ächtung der geistigen Brandstifter ist nicht so, wie sie sein sollte. (...)

In der vergangenen Woche hat es das aufsehenerregende Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegeben, daß die "Auschwitz-Lüge" nicht mehr generell strafbar sei. Bereitet das auch den Boden für derartige Anschläge?

Das gehört mit Sicherheit dazu. Natürlich will ich den Richtern nicht unterstellen, zum geistigen Umfeld dieser Gewalttäter zu gehören. Aber klar ist, daß ein solches Urteil ein Klima schafft, das Trittbrettfahrer zu ihren Taten ermutigt. (...)

(Lübecker Nachrichten, 26.3.94)

Henryk M. Broder:

Ende der Schonzeit!

(...) die Lübecker Bürger, die aufrichtig entsetzt sind, hätten nie gedacht, daß so etwas in ihrer Stadt passieren könnte. Man muß schon froh sein, daß anders als in Rostock und Hoyerswerda die normalen Menschen normal reagieren. Nur geht es diesmal nicht um Vietnamesen, Türken und "Fidschis", sondern um Juden, und die werden sogar dann noch sonderbehandelt, wenn sie als Opfer erwählt werden, nämlich etwas besser als die anderen. Denn wenn die Deutschen eines aus ihrer Geschichte gelernt haben, dann dies: Juden umbringen gehört sich nicht. Bei den anderen ist man sich nicht ganz sicher. (...)

(taz, 28.3.94)

Henryk M. Broder:

Die Banalität der Guten

Bei der Lübecker Demo gegen den Brandanschlag auf die Synagoge haben sich einige Bürger den Judenstern an die Jacke geheftet. Das war sicher gut gemeint und sollte sowohl dem Entsetzen über den Anschlag wie der Solidarität mit den "jüdischen Mitbürgern" Ausdruck geben. Doch zeigte die Geste das ganze Maß der Verwirrung, das die guten Deutschen befällt, wenn sie gegen die bösen Deutschen auf die Straße gehen. Seit dem 8. Mai 1945 wissen die Deutschen nicht nur, daß sie den Krieg verloren, sondern daß sie ihn auch auf der falschen Seite geführt haben. Auf der richtigen Seite waren die eigentlichen Verlierer, die am Ende zu den Siegern gehörten: die Juden.

Seitdem versuchen die guten Deutschen, sich auf die richtige Seite zu mogeln: Sie pflücken Orangen in einem Kibbuz, lernen jiddische Witze auswendig und nennen ihre Kinder David und Sarah. (Dagegen wäre nichts zu sagen, weil vor dem Krieg die Juden ihre Kinder am liebsten Berta und Siegfried nannten.) Doch was bringt normale Menschen dazu, sich mit dem Zeichen der Ausgrenzung, der Demütigung zu schmücken? Ein makabres Mißverständnis der doppelten Art. Zum einen galt der Anschlag nicht zufällig einem jüdischen Gotteshaus, so wie in Mölln und Solingen nicht zufällig türkische Häuser angezündet wurden. Gemeint waren nicht diejenigen, die sich nun den Judenstern demohalber anziehen, sondern diejenigen, die ihn wirklich tragen mußten. Zum anderen ist das Problem des Antisemitismus kein Problem der Juden, auch wenn es auf deren Rücken ausgetragen wird, sondern ein Problem der Nichtjuden.

Doch statt sich mit den Antisemiten auseinanderzusetzen, sei es der Republikaner-Führer Franz Schönhuber oder der Historiker Ernst Nolte, tun die anständigen Deutschen so, als wären sie Juden ehrenhalber. Und während ihre Brandstifter ihre Molotow-Cocktails bauen, sitzen die besseren Deutschen in ihren guten Stuben und basteln sich Judensterne aus gelbem Karton. Die Banalität der Guten kann ebenso peinlich wie schwer erträglich sein.

(Die Woche, 31.3.94)

Rafael Seligmann:

Republik der Betroffenen

(...) Betroffenheit ist ein unmißverständliches Symptom der Verdrängung und artikulierte Betroffenheit ebenso sinn- und folgenlos wie das Knarren einer Tür. Sie ist schieres Geschwätz. In Deutschland schwafelt man lieber über Moral, statt sie zu praktizieren. Die schwatzhafte deutsche Betroffenheit hat Ursache und Namen: Auschwitz, das Trauma deutscher Moral. Danach über Moral zu reden, Betroffenheit zur Schau zu stellen war und ist allemal bequemer, als eine moralische Neuorientierung zu versuchen, die erneuten Hitlerismus verhindert. Die Folge ist eine Republik der Phrasendrescher.

Eines der dümmsten und daher meistgebrauchten Schlagworte lautet "die Bewältigung der Vergangenheit". Vergangenheitsbewältigung ist eine Droge. Sie suggeriert, Geschehenes ungeschehen machen zu können, bleibt daher beschränkt auf Theorie und Festreden - besonders beliebt zu einer sogenannten "Woche der Brüderlichkeit". (...)

Eine andere gebräuchliche Phrase heißt "Kollektivscham" - über ebenjene unbewältigte Vergangenheit. Was hat Scham zur Folge? Das gleiche wie Betroffenheit, nämlich nichts. Ein Kind schämt sich, weil es in die Hosen gemacht hat. Am nächsten Tag wird es sich wieder in die Hosen machen und sich erneut schämen. Bezeichnenderweise lautete nach dem Lübecker Synagogen-Anschlag, als betroffene Deutsche sich den Davidstern anhefteten, die Schlagzeile eines großen Hamburger Blattes: "Deutschland schämt sich". (...)

(Spiegel, 4.4.94)

Ralph Giordano:

Jeder kann der nächste sein

(...) Ich warne die Mehrheit der Deutschen vor dem Irrtum, den Angriff auf Ignatz Bubis (s. den Artikel "Geistige Brandstifter" - Anm. ak) nur für eine Attacke gegen Juden zu halten, wie sie sich auch gewarnt fühlen sollte, zu glauben, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit kehrten sich ausschließlich gegen Fremde, gegen Türken, gegen Sinti und Roma, gegen Juden. Dieser Haß richtet sich vielmehr gegen alle, die nicht nach dem Maß der

demokratiefeindlichen Rechten geschneidert sind - und das würde sie jedermann schnellstens klarmachen, wenn sie sie politische Macht hätte. (...)

(Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 7.4.94)

3. Der DFB sieht rot

Autor: gg. · Rubrik: Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:34

Nun ist es offiziell. Der britische Fußballverband sagte seine Beteiligung am Fußball-Länderspiel gegen Deutschland, das am 20.4. - Hitlers Geburtstag - in Berlin stattfinden sollte, ab. Die Anzeichen, daß die Gelüste des englischen Fußballverbandes auf dieses Spiel zurückgingen, hatten sich in den letzten Wochen verdichtet. Die rechte Altherrenriege des DFB hatte diese Zeichen (Verlegung eines Spiels von Arsenal London mit fünf englischen Nationalspielern auf den 19.4.; Angebot, das Spiel im Wembley-Stadion durchzuführen) offenkundig nicht wahrnehmen wollen.

Mensch fragt sich, warum die DFB-Zentrale erst über die Umwege München, Hannover, Hamburg in Berlin landete. Denn dort paßte alles: Die zur Bundeshauptstadt mutierte ehemalige Reichshauptstadt, das NS-Bauwerk Olympia-Stadion, die Verabschiedung der alliierten Streitkräfte aus der Stadt. Wo hätte man eindrucksvoller der Welt mitteilen können, daß man endlich einen Schlußstrich ziehen und sich seiner Vergangenheit nun nicht länger schämen wolle. Dazu am besten noch ein Sieg über den ehemaligen Kriegsgegner - mensch stelle sich nur das rhythmische Klatschen und das elende "Sieg"-Gekreische der rechten Nationalfangemeinde vor.

Der Beitrag zur Bewältigung der deutschen Geschichte, wie ihn der Vorsitzende des Berliner Fußballverbandes, Otto Höhne, mit diesem Spiel leisten wollte, wäre der deutschen Nation würdig gewesen. Um so herber traf die rechten Socken des DFB die Spielabsage der Football Association. Besagter Höhne konnte sich gar nicht erklären, warum sich die FA von "einer Minderheit, die sich stark artikuliert hat und sogar vor Gewalt und Gesetzwidrigkeiten nicht zurückschreckte, beeinflussen ließ." "Betroffen und empört" sei man in Berlin, "zumal die Senatoren unserer Stadt die Sicherheit gewährleistet haben." Die "vorschnelle Entscheidung" schade der "Sportstadt Berlin" und "unserer Glaubwürdigkeit" - "wir versuchen das immer noch zu verarbeiten".

Höhne fühlte sich wie "vom Tiefschlag eines Boxers" getroffen; es sei ihm von hier aus zu wünschen, daß er sich davon nicht mehr erholen möge.

Die Rechten im DFB verfügen allerdings nicht nur über einen Höhne. Pressesprecher Wolfgang Niersbach brachte die politische Gedankenwelt des DFB schon kurz nach der Absage des Spiels in Hamburg auf den Punkt. In deutscher antisemitischer Tradition sah er die "US-Presse jüdisch kontrolliert": "Da werden die Ereignisse in Deutschland seismographisch genau notiert." (Hamburger Morgenpost, 21.1.94) Das hat der Deutsche nicht so gern, wenn seine Worte und Taten genau registriert werden. Irgendwann muß Schluß sein. Es mag für einen deutschen Fußballfunktionär vielleicht schwer vorstellbar sein, zumal wenn der eigene Verband der größte und zusätzlich noch "Weltmeister" ist, aber solche Äußerungen werden im Ausland genau wahrgenommen.

Der englische Fußballverband hat also, so sieht es der DFB, kapituliert; je nach Sichtweise vor rechter oder linker Gewalt. Mit dieser Sichtweise steht der DFB allerdings nicht allein. Hilfreich springt ihm taz-Kommentator "Manfredo" zur Seite, der in der Länderspielabsage ein "1:0 für Rechtsaußen" sieht. Ohne auf die Rolle des DFB, die Geschichte des Spielortes usw. einzugehen, wertet er die Absage als "ein ängstliches Zurückweichen vor dem Mob". (taz, 7.4.94). Feiglinge sind diese Engländer, gell.

Nichts wurde aus dem Versuch des DFB und des Berliner Senats, mit der Austragung des Länderspiels die Olympia-Schlappe auszubügeln. Daß nun gleich zwei negative Einträge im Sportklassenbuch stehen, freut den linken Sportfan. "Manfredo" dagegen tut so, als ob ihm die linken AntifußballerInnen das Länderspiel weggenommen haben. Ein Blick auf die Demoaufrufe oder in die St-Pauli-Fanzines hätte ihm gezeigt, daß die Aktivitäten gegen den DFB-Nationalismus von linken Fußballfans ausgingen.

Sicherlich spricht einiges dafür, nicht von vornherein auf ein Fußballspiel am 20.4 zu verzichten, nur weil die Rechten Randale androhen. Aber: Es gibt mehr als eine Erfahrung, die belegt, daß das rechte Gesocks Fußball-Länderspiele nutzt, um vor und nach solchen Ereignissen Jagd auf AusländerInnen, Linke, Schwule, Lesben usw. zu machen. Dem könnte sicherlich von den Veranstaltern entgegengearbeitet werden. Da gerade das aber nicht getan, sondern vielmehr durch "nationale Symbolik" die rechte Stimmung noch angeheizt wird, müssen wir dem englischen Fußballverband für seine Absage dankbar sein. Für das Spiel in Berlin galt:

"Falsche Zeit! - Falscher Ort!" (Ob es für Länderspiele einen richtigen Ort und eine richtige Zeit gibt, steht auf einem anderen Blatt.)

Zwar ist das Länderspiel am 20.4. in Berlin abgesetzt und es wird in der BRD, obwohl es der DFB gerne anders hätte, an diesem Tag auch in keiner anderen deutschen Stadt ein Länderspiel stattfinden. Die Gefahr, daß der rechte Mob trotzdem massiv in Berlin aufläuft, ist aber nach wie vor gegeben. Deshalb setzt das Berliner Bündnis "Kein Länderspiel am 20.4." seine Aktionswochen fort und hält für den 20. April und den 1. Mai an seinem Schutz- und Fahrwachenkonzept fest.

gg.

4. Soziale Bewegungen im kurdischen Nordirak. Eine Reportage von Lissy Schmidt/Milena Ergin

Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:33

Im folgenden veröffentlichen wir eine der letzten Arbeiten der Journalistin Lizzy Schmidt/Milena Ergin, die am 3.4.94 zusammen mit ihrem kurdischen Begleiter Aziz Kader Faraj ermordet worden ist.

Das Buch, das sie über die Situation in Südkurdistan/Irak geschrieben hat und aus dem wir im November 1993 (ak 360) mehrere Kapitel vorab veröffentlicht haben, soll demnächst erscheinen. "Wie teuer ist die Freiheit?" Reportagen aus der selbstverwalteten kurdischen Republik 1991-1993 von Milena Ergin.

Neuer ISP-VErlag. Circa 160 Seiten. Circa 19,80 DM. ISBN 3-929 008-56-4

Die kurdisch verwaltete Region entstand im Frühjahr 1991 als eine der "Folgen" des zweiten Golfkrieges. Etwa einen Monat nach der Niederlage Saddam Husseins begannen Volksaufstände im schiitischen Süden des Landes, die dann auch auf den Norden auf die kurdische Region übersprangen. Im Süden wurden die Aufstände brutal niedergeschlagen, auch im Norden war dies der Fall. Als jedoch fast zwei Millionen KurdInnen in die benachbarte Türkei und den Iran flohen, wurde, was bislang diskret als innere Angelegenheit des Irak behandelt worden war, zum "Problem von internationalen Belang". Nach längerer Diskussion entstand die alliierte Schutzzone nördlich des 36. Breitengrades. Ein weiterer Teil der kurdischen Region, der von den irakischen Truppen nicht zurückerobert worden war, blieb ebenfalls unter kurdischer Verwaltung. So entstand ein zwar völkerrechtlich nicht anerkanntes aber durchaus reales "Bundesland Kurdistan". Real auch deshalb, weil die irakische Regierung 1992 alle eigenen Verwaltungsstrukturen aus der Region zurückzog und neben dem internationalen UNO-Boykott gegen den Irak von Bagdad aus einen Wirtschaftsboykott über die Region verhängte. Somit war diese, unabhängig vom eigenen Willen, auf sich selbst gestellt. Diese ganze Phase kurdischer Selbstverwaltung soll hier nicht dargestellt werden, darüber existieren bereits zahlreiche Berichte. Um aber auf die Frage sozialer Bewegungen in dieser Region eingehen zu können, muß erst die Eigenschaft des Volksaufstandes 1991, der den Anfangspunkt der kurdischen Selbstverwaltung darstellte, näher beschrieben werden.

Der Volksaufstand - Warum die Räte scheiterten

Die Kurden im Irak waren zwei Jahrzehnte lang vor allem nationaler Unterdrückung ausgesetzt gewesen. Die Ölquellen von Kirkuk und Mosul, wo mehr als die Hälfte des gesamt irakischen Erdöls gefördert wird, gehören zum kurdischen Siedlungsgebiet. Dies war einer der Gründe, warum den KurdInnen im Rahmen der Neuaufteilung des Mittleren Ostens nach dem ersten Weltkrieg, kein eigener Staat zugestanden wurde. Kurdischen Widerstand hat es seither im Irak immer gegeben. Bis zur Machtübernahme der Baathpartei durch mehrere Putsche währen der 60er Jahre war es zwar den Kurden nicht gelungen, die Ölquellen für sich zu gewinnen, der kurdische Widerstand war aber einer der bestimmenden Faktoren irakischer Innenpolitik. Nachdem die Baathpartei die ersten zehn Jahre (1968-1978) zur Konsolidierung ihrer Macht benötigt hatte, setzte sie mit einer bisher nie gesehenen Konsequenz zur Auflösung des "kurdischen Faktors" an und zwar an der ökonomischen Basis des kurdischen Widerstandes - in den ländlichen Regionen. 4.000 Dörfer wurden in den 80er Jahren im Rahmen der "Anfal"-Kampagne dem Erdboden gleichgemacht. Die Subsistenz der Landbewohner wurde zerstört, Dörfer niedergerissen und Menschen verjagdt, weil sie KurdInnen waren. Ihre Region, die fast in der Lage, sich aus der landwirtschaftlichen Produktion selbst zu versorgen, galt darüber hinaus noch als eine der "Kornkammern" des Irak. Ein anderer Grund für die Zerstörung der ländlichen Strukturen war, daß dort traditionelle Loyalitäten, wie etwas die zum eigenen Clan (Askiret), sowie politische Loyalitäten zu einer der bewaffnet kämpfenden kurdischen Parteien extrem stark ausgeprägt waren.

Während des Volksaufstandes im März 1991, der zu einem Zeitpunkt ausbrach, als das Regime in Bagdad seinen schwächsten Punkt erreicht hatte, wurde versucht, diese nationale Unterdrückung abzuschütteln. Zahlreiche Berichte über diese Phase betonen, daß die KurdInnen "von den USA angestachelt und dann im Stich gelassen wurden". Dies trifft die Wahrheit nur zum Teil. Im Stich gelassen wurde die kurdische Bevölkerung zweifelsohne, eine Anstachelung von außen war - nach der oben skizzierten Vernichtungspolitik - nicht mehr notwendig gewesen. Über den Ausbruch des Aufstandes gibt es bis heute verschiedene Versionen. Einige kurdische Politiker behaupten, die damals in der Kurdistan-Front organisierten Parteien hätten ihn von

langer Hand vorbereitet; andere erklären, sie wären aufgesprungen, weil die Bevölkerung ihnen keine andere Wahl gelassen hatte. Tatsache ist, daß der Aufstand faktisch von der Bevölkerung in den kurdischen Städten begonnen wurde. Der schnelle Erfolg in nahezu allen Städten hing vor allem von zwei Tatsachen ab: zum einen einmal hatten sich die "jash", kurdische paramilitärische Milizen, die für das Regime in Bagdad gearbeitet hatten, als organisierte bewaffnete Kraft auf die Seite der Bevölkerung geschlagen. Zweitens war die kriegsmüde irakische Armee alles andere als motiviert, "Widerstand bis zum Letzten" zu leisten. Vor allen in den größeren Städten hatte sich auch die kurdische Linke - Gruppierungen wie die marxistisch/leninistische "Kommunistische Strömung" - auf den Aufstand vorbereitet. Innerhalb weniger Stunden entstanden Räte in Stadtvierteln und Fabriken, die die Kämpfe koordinierten und die Verwaltung übernahmen.

Die bewaffneten Kräfte der Kurdistan-Front, die den Guerillakrieg über die letzten Jahrzehnte hinweg geführt hatten, erreichten Kurdistan erst, nachdem das irakische Heer vertrieben war. Warum die Räte dennoch innerhalb relativ kurzer Zeit von der Bildfläche verschwanden, ist eine Diskussion, die bis heute anhält. Sicherlich ist es richtig, daß vor allem die beiden großen Parteien der Kurdistan-Front Druck auf die Räte ausübten. Sie verfügten über finanzielle und militärische Mittel, ihnen das Wasser abzudrehen und hatten großes Interesse daran, keine andere politische Kraft erstarken zu lassen. Viele Mitglieder der Rätebewegung machen heute jedoch auch eigene Fehler für ihr Scheitern verantwortlich: "Wir waren gut auf einen Aufstand vorbereitet, aber nicht auf das danach. Und wir haben eines übersehen oder besser gesagt nicht sehen wollen: Das, was die Bevölkerung vereinigt hat und dahin gebracht hat, sich am Aufstand zu beteiligen, war die Auflehnung gegen die Kurdenpolitik des Baathregime und nicht die Vision einer veränderten Gesellschaft. Wir haben die Räte gegründet und wollten unsere Inhalte, das heißt eine nicht kapitalistische Gesellschaftsordnung, den Menschen in dem Moment vermitteln, in dem wir zusammen gekämpft haben. Das ist nach hinten losgegangen."

Was den "schnellen Erfolg" der Kurdistan-Front angeht, so waren folgende Gründe ausschlaggebend. Zum einen waren zumindest die beiden großen Parteien, aber auch - in jeweils unterschiedlichen Regionen - die restlichen sechs schon allein dadurch in der Bevölkerung verankert, daß fast jede kurdische Familie Verwandte im Guerillakampf hatte. Oftmals waren Familienmitglieder gefallen, was eine tiefe Verbindung zu der jeweiligen Partei herstellte. Die Parteien waren Symbol des kurdischen Widerstandes - der sich ja immer nur illegal, vor allem in den Bergen hatte organisieren können - und damit identifizierte sich die Bevölkerung. Schließlich verfügte die Kurdistan-Front über Waffen und ausgebildete Kämpfer. Das erschien der Bevölkerung in einer Situation, in der Saddam Hussein zwar keine Kontrolle über die Region mehr hatte, aber in Bagdad durchaus noch präsent war, der bessere Garant für ihre Sicherheit.

Dennoch kam es im April 1991 zum irakischen Gegenangriff, zur Massenflucht und Einrichtung des "Save Hafen" durch die Alliierten. Danach setzte der Aufbau der kurdischen Verwaltung ein, in dem die Rätebewegung anfangs überhaupt keine Rolle mehr spielte.

Aufbau einer kurdischen Verwaltung und die Ernüchterung

Der Aufbau von Verwaltungsstrukturen auf lokaler und regionaler Ebene, aus denen sich die irakische Zentralregierung nur schrittweise zurückzog, wurde dann ausschließlich von der Kurdistan Front getragen.

Bei den ersten Wahlen zum kurdischen Parlament im Mai 1992, nach ungefähr einem Jahr der Selbstverwaltung, herrschte große Euphorie. Neben den Parteien der Front trat nur die "Islamische Bewegung Kurdistans" an. Hunderttausende von Wählern nahmen es im Kauf, den ganzen Tag in der glühenden Sonne Schlange zu stehen, um abstimmen zu können. Viele, gerade Frauen, wählten das erste Mal in ihrem Leben. Die Wahl war von den teilnehmenden Parteien als Ausweg aus den schwerwiegenden ökonomischen Problemen dargestellt worden. Fast fünf Monate lang hieß die Antwort auf alle drängenden Frage in der kurdischen Region: "Wenn wir erst unser Parlament haben ..." Doch die Monate nach den Wahlen zeigten, was vorher schon absehbar gewesen wäre: die Situation der selbstverwalteten kurdischen Region, die völkerrechtlich nicht anerkannt worden und mit zwei Embargos belegt war, stellte sich mit Parlament und Regierung genauso katastrophal dar, wie ohne. Während sich die Situation in den ländlichen Regionen, nicht zuletzt durch Wiederaufbau und Landwirtschaftsprogramme internationaler NGOs (Nicht Regierungs-Organisationen) trotz aller immer noch vorhandenen Mängel schrittweise verbesserte, ging es der Bevölkerung in den städtischen Zentren und den vom Baath Regime eingerichteten Collective Towns (strategische Siedlungen, in welche die Bevölkerung der zerstörten Dörfer zwangsumgesiedelt worden waren)

zunehmend schlechter. Fabriken, die im ersten Jahr der Selbstverwaltung noch gearbeitet hatten, mußten ihre Produktion mangels Rohstoffen einstellen. Die kurdische Regierung verfügte nicht über genug Geld, Lehrer und Angestellte so zu bezahlen, daß ihre Gehälter die galoppierende Inflation hätten auffangen könnten. Die Preise für Grundnahrungsmittel stiegen vom Sommer 1991 bis Winter 1993 um mehrere hundert Prozent. So kostete ein Liter Kerosin im Winter 1991 noch ein bis zwei Dinar, den vergangenen Winter schwankten die Preise zwischen fünf und acht Dinar, ein Sack Reis stieg von knapp 100 auf 600 Dinar. Gleichzeitig wurden immer mehr Menschen arbeitslos. Weiterhin sahen die Menschen mit großer Ernüchterung, wie sich an Schlüsselstellen der Gesellschaft, in den Ministerien oder an den Universitäten, die gleichen Kader breitmachten, die dort auch schon zur Zeit des Baathregimes gesessen hatten.

Auch dies ist eine Tatsache, die mit der Eigenschaft des Aufstandes zusammenhängt. Wie erwähnt, hatten sich die ehemaligen Kollaborateure entschieden, im nationalen Aufstand, mit der kurdischen Bevölkerung gegen ihren ehemaligen "Dienstherrn" zu kämpfen. Die Chefs dieser Milizen waren meistens Clanführer, ihre bewaffneten Truppen setzten sich in der Regel aus Clanmitgliedern zusammen. Nun spielten diese Clanführer auch in der kurdischen Gesellschaft eine wichtige Rolle als bewaffnete Faktoren und dürften nicht vergrault werden. Eine gesellschaftliche Umwälzung hatte während des Aufstandes nicht stattgefunden, die Kurden hatten sich nur der Kontrolle der irakischen Zentralregierung entzogen.

Insgesamt konnte im Laufe des Jahres 1993 zu beobachten, daß von den - anfangs zum Teil völlig übersteigerten - Hoffnungen in die Regierung nicht mehr viel übrig geblieben war. Die Gruppierungen, die nach dem Aufstand die Rätebewegung vorangetrieben hatten, suchten in dieser Situation Ansatzpunkte für ihre Arbeit. Wie die Parteien der Kurdistan-Front waren sie während der Baath Epoche verboten gewesen und hatten nun erstmals die Gelegenheit, offen zu arbeiten. Die Fehler aus der Rätebewegung sollten nicht wiederholt werden; die Bewegungen versuchten sich mit ihren zentralen Forderungen stärker an den realen Bedürfnissen der Bevölkerung zu orientieren. Ihre Ansatzpunkte lagen, wie schon inder Phase der illegalen Arbeit, in den städtischen Zentren. Vor allem drei gesellschaftliche Gruppen wurden besonders an den Rand gedrängt, auf sie sollte sich die Mobilisierung konzentrieren: Flüchtlinge, Arbeitslose, Frauen.

Flüchtlinge

Auch nach der Intervention der Alliierten waren die Ölgebiete um die Städte Kirkuk und Xaneqin, sowie Sheyxan und Sincar bei Mosul unter irakischer Kontrolle geblieben. In diesen Orten hatte die Freiheit nach dem erfolgreichen Aufstand genau eine Woche gedauert und war dann nie wiedergekehrt. Während des Gegenangriffes des irakischen Regimes waren die Menschen von dort in den Iran oder die Türkei geflohen, sie gingen später in die kurdische Region zurück oder wurden dorthin zurückgeführt. Nur konnten sie nicht in ihre Häuser zurück, wie etwa Stadtbewohner aus Arbil oder Sulaymania, noch gab es Wiederaufbauprogramme für sie, wie für die Bewohner der zerstörten Dörfer. Als sogenannte "Binnenflüchtlinge" fallen sie auch nicht unter die Zuständigkeit des UNHC, sie werden lediglich als "vulnerable group" in die Lebensmittelverteilungslisten des "World Food Programme" aufgenommen.

Schätzungsweise 200.000 dieser Flüchtlinge leben noch heute über die kurdische Region verteilt. In allen größeren und kleineren Städten der Region sind ihre Behelfsunterkünfte zu sehen. Zum Teil hausen sie in ehemaligen Militärunterkünften, die während des Aufstandes mehr oder weniger zerstört wurden. In Sulaymania haben sie das ehemalige Geheimdienstzentrum in Besitz genommen und bewohnen die ehemaligen Folterkammern Saddam Husseins. In kleineren Städten zelteten viele Familien monate- oder jahrelang und haben sich mittlerweile aus plattgewaltzten Blechcontainern und Nylonfolie Hütten gebaut. Eine Lösung zeichnet sich nicht ab. Jedes wie auch immer geartete Siedlungsprogramm, so die Haltung der kurdischen Regionalregierung, würde einen Verzicht auf die Herkunftsgebiete der Flüchtlinge gleichkommen. "Wir werden ihnen helfen zu überleben", sagte Celal Talabani im Herbst 1993 in einem Interview, "Aber wir werden sie nirgends ansiedeln. Sie haben ihre Häuser in Kirkuk und werden dahin zurückgehen." In den vergangenen drei Jahren haben die Flüchtlingsfamilien zum größten Teil versucht, einen individuellen Ausweg aus ihrer Misere zu finden. In den Großstädten war es noch leichter, sich über Wasser zu halten. Viele der Flüchtlinge verkauften Zigaretten oder ähnliche kleine Artikel auf der Straße oder arbeiteten als Tagelöhner. Flüchtlinge in den kleineren Städten finden so gut wie gar keine Arbeit.

Schon 1991 hatten die Flüchtlinge jeweils in den Orten, in denen sie sich niedergelassen hatten, eigene Sprecher gewählt, die ihre Interessen gegenüber der lokalen Verwaltung aber vor allem auch gegenüber den

UN- und ausländischen Hilfsorganisationen vertraten. Die Wahl dieser Sprecher fand nicht nach einheitlichen Kriterien statt und war nicht sehr formell. Oft wurde, vor allen innerhalb kleinerer Gruppen, derjenige bestimmt, der am besten reden konnte. An anderen Orten wurden Mitglieder bekannter Familien zum Sprecher, nur in einigen Städten fanden regelrechte Wahlen statt. Die Herausbildung der Sprechergremien folgte der Notwendigkeit, für internationale und lokale Strukturen ansprechbar zu sein. Sie waren dafür zuständig, Listen für die Lebensmittelverteilung mitzuerstellen oder führten Diskussionen über die konkreten Standorte von Behelfsunterkünfte. Die Diskussion über die generelle Option, ob es neugebaute feste Unterkünfte für diese Menschen geben solle, oder ob dies einen Siedlungsprogramm zu nahe käme, führten die NGOs mit den Vertretern der Kurdistan-Front oder später der Regierung.

Im Verlauf der fast drei Jahre kurdischer Selbstverwaltung, etablierten sich die Flüchtlingssprecher als integraler Faktor der jeweiligen lokalen politischen Strukturen. Diese wiederum trugen auf die eine oder andere Art und Weise dazu bei, die "provisorischen Unterkünfte" so bewohnbar wie möglich zu machen. So legte die Stadtverwaltung von Sulaymania z.B. Strom in die Ruinen. Ein politisches Mandat oder auch nur eine einheitliche politische Ausrichtung hatten die Flüchtlingssprecher aber immer noch nicht.

Dieser Anspruch wurde erst formuliert, als sich im Herbst 1992, die "Flüchtlingsunion Kurdistans" gründete. Sie versteht sich als Selbstorganisation der Flüchtlinge. In zwei Hauptniederlassungen in Arbil und Sulaymania bringt sie in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen die Zeitung "Stimme der Flüchtlinge" heraus. Beide Niederlassungen der Flüchtlingsunion haben einen Sprecherrat, der von einer Vollversammlung bestimmt wurde. Im Gegensatz zu den spontanen Strukturen der ersten Jahre legen sie Wert auf nachvollziehbare Legitimation der Sprecher. Sie vertreten Beschlüsse, die auf Vollversammlungen gefaßt werden und sprechen nicht nur bei Hilfsorganisationen, sondern auch bei der Regierung vor. An vielen Punkten wird die Regionalregierung wegen ihrer Verteilungspolitik auch scharf angegriffen. "Um in den Genuß von Hilfsgeldern zu kommen, muß man mit den richtigen Leuten verwandt sein, das ist wichtiger, als bedürftig zu sein. Nur sehr wenige Gelder erreichen die Flüchtlinge", erklärten Mitglieder der Union bei Interviews in Arbil. Motoren der Flüchtlingsunion sind größtenteils Menschen, die auch schon in der Rätebewegung oder einer der kommunistischen Gruppen in Kurdistan organisiert waren. Sie ist von ihren Gründern, die selber auch Flüchtlingen waren, bewußt als Ansatzpunkt einer außerparlamentarischen Opposition gewählt worden.

Einer der Anlässe für die Gründung der Flüchtlingsunion war der Beschluß der Regionalregierung im Herbst 1992, die Flüchtlinge in verlassenen Militärstützpunkte an den Überlandstraßen unterzubringen. "Damit stellt man uns außerhalb jeglichen gesellschaftlichen Lebens", meint Hejar, der Sprecher der Flüchtlingsunion in Sulaymania. "Hier in der Stadt hausen wir vielleicht in Löchern, aber wir können arbeiten und wenn nur als fliegende Händler. Wir können unsere Kinder in die Schule schicken und, wenn wir das Geld irgendwo auftreiben, auch zum Arzt gehen. Das alles gibt es dort, wo sie uns ansiedeln wollen, nicht." Die Umsiedlung fand auf Grund der Weigerung der Flüchtlinge bis heute noch nicht statt. Die Union richtete sich auch nach dieser Auseinandersetzung mit einem klaren Forderungskatalog an die Regierung. "Wir wollen kein Siedlungsprogramm aber Arbeitsmöglichkeiten, zumindest für die, die in den größeren Städten leben. Dann wollen wir regelmäßige Lebensmittelverteilung in unseren Unterkünften. Zur Zeit bekommen wir alle vier oder sechs Monate etwas vom ‚World Food Programm'. Wir können nicht in unsere Städte zurück, aber das ist kein Grund, in ständiger Abhängigkeit zu bleiben. Die Regierung ist auch für uns verantwortlich, sie muß sich Gedanken drüber machen, wie wir ein Einkommen finden können."

1993 hat sich die Situation für die Flüchtlinge noch weiter zugespitzt. Zwar ist in jeder kurdischen Stadt immer noch auf Mauern oder Transparenten zu lesen, daß "Kirkuk das Jerusalem Kurdistans" ist, die Stadt selber scheint den Kurden jedoch um einiges heiliger als deren Bewohner. "Gerade in den kleineren Orten kommt es schon manchmal zu Feindseligkeiten", sagen Sprecher der Union. "Den Leuten geht es selber immer schlechter, da sehen sie die Flüchtlingen als Bedrohung." Als ein Solidaritätskomitee z.B. in einer kleinen kurdischen Stadt Schafe und Ziegen verteilte, gab es lange Diskussionen darüber ob 15 Flüchtlingsfamilien auch mit auf die Liste der Bedürftigen sollten, da "die nicht von hier sind".

Erstmals im November 1993 veranstaltete die Flüchtlingsunion in Sülaymania ein Art Symposium, auf dem Mediziner, Psychologen und Juristen auf die Probleme des Flüchtlingsdaseins eingingen.

Mit zunehmender Organisierung der kurdischen Verwaltung, werden manche Gebäude, in denen sich die Flüchtlinge niedergelassen hatten, wieder von Stellen wie Polizei oder Zoll beansprucht. Eine

Auseinandersetzung dieser Art in der kurdischen Kleinstadt Diana führte zu einer Demonstration der Flüchtlingsunion vor dem Parlament in Arbil. "Die Regierung ist für unsere Zukunft verantwortlich", war auf Transparenten zu lesen.

Arbeitslose

Fast 70% der arbeitsfähigen Bevölkerung in den städtischen Zentren der Region sind heute arbeitslos. Für diese hohe Rate gibt es drei Hauptgründe.

Zum einen machten ArbeiterInnen in Südkurdistan schon immer einen relativ geringen Anteil an der Bevölkerung aus. Die kurdische Region wurde unter dem Baath Regime in nur sehr geringem Maße industrialisiert. In der gesamten Region, in der über 3.5 Mio. Menschen leben gibt es nur 15 große Fabriken: drei Kleider-, eine Stoff-, eine Zucker-, zwei Zigaretten-, zwei Zement-, eine Garnfabrik, eine Mineralwasserabfüllanlage und drei große Hühnerfarmen. Bis auf eine der Hühnerfarmen waren alle Werke im Staatsbesitz. Privatbetriebe haben eher den Charakter von Manufakturen und sind hauptsächlich im Lebensmittelbereich angesiedelt. Die Versorgung der großen staatlichen Werke mit Rohstoffen erfolgte zentral von Bagdad aus. Das heißt, die zuständige staatliche Abteilung kaufte die Rohstoffe ein und lagerte sie zentral. Die Fabriken in Kurdistan bekamen Vorräte für jeweils einige Monate geliefert. Die Maschinen waren ausschließlich im Ausland eingekauft. Aus diesen Gründen stehen heute so gut wie alle Fabriken still. Außer den Hühnerfarmen sind allen die Rohstoffe ausgegangen, zum Teil fehlen Ersatzteile, die im Irak nur mit größter Mühe, in Kurdistan gar nicht mehr zu beschaffen sind. Das doppelte Embargo, dem die Region unterworfen ist kann so als Hauptgrund der Arbeitslosigkeit in Kurdistan bezeichnet werden.

Ein weiterer Grund ist die Tatsache, daß vor dem Aufstand an die 80% der arbeitsfähigen Bevölkerung im Staatsdienst (über die Hälfte davon leistete Spitzeldienste) beschäftigt war. Das Baath Regime versuchte auf diese Art und Weise, die Bevölkerung möglichst unproduktiv zu halten und dennoch Armut und damit verbundene Unruhen in den großen Städten weitestgehend zu vermeiden. Mit den Öleinnahmen fiel es dem Regime nicht schwer, diese Politik zu finanzieren. Sie verschaffte Kurdistan ein Heer von, zum großen Teil nicht qualifizierten, Arbeitslosen. Männer und Frauen sind von dem Wegfall der Arbeitsplätze gleichermaßen betroffen. Gerade in den obengenannten Fabriken waren - mit Ausnahme der Zementfabrik - oft mehr als die Hälfte der ArbeiterInnen Frauen, für die Angestellten mag der Prozentsatz zwar etwas niedriger liegen, aber auch hier ist der Anteil an Frauen im Vergleich zu den Nachbarländern, sehr hoch.

Eine andere große Gruppe von Männern aus ländlichen und städtischen Gebiet hatte ebenfalls mit dem Volksaufstand ihren Arbeitsplatz verloren: sie waren beim Militär gewesen. Der Militärdienst konnte im Irak oft bis zu zwölf Jahren dauern. Vor allen die Männer aus den entsiedelten Dörfern wurden zum Militär geschickt und hatten dort zum Teil sowohl den Iran- als auch den Kuwait-Krieg miterlebt. Der Aufstand brachte ihnen die Befreiung vom Militär - und das bedeutete eine fünfstellige Zahl an weiteren Arbeitslosen in Kurdistan.

Verschärft wird deren Situation noch durch die galoppierende Inflation, die durch das doppelte Embargo bedingt wird. Binnenflüchtlingen und Dorfbewohner in abgelegenen Gegenden werden von der UNICEF oder anderen Hilfsorganisationen zumindest notdürftig versorgt. Die Städte sind in deren Programmen nicht vorgesehen. Gerade in den Städten, wo im Sommer auch keine Landwirtschaft betrieben werden konnte, ist die Not diesen Winter am größten.

Aus dieser Situation heraus gründete sich die "Arbeitslosenunion Kurdistans" (AUK) ziemlich zeitgleich mit der Flüchtlingsunion. Sie entstand ebenfalls aus den gleichen Kreisen, viele ehemalige "Räte" wirkten bei ihrer Gründung mit. Sie bietet Arbeitslosen an, sich bei ihnen registrieren zu lassen und die wöchentlichen Vollversammlungen zu besuchen. Auf diesen VVs werden Sprecher der AUK gewählt, die ihr Amt bis zur nächsten VV innehaben. Einer der Sprecher zur Arbeit der AUK: "Unsere Leute haben gelernt, immer die Hand aufzuhalten. Erst haben sie Zuwendungen von der Regierung bekommen, denn das Regime konnte sich seine Untertanen kaufen. Dann nach dem Aufstand kam die UNO und andere Organisationen, an die wurde dann die Hoffnung geknüpft. Dann riefen die Leute ‚Yes Yes Bush ...' und erhofften sich die Rettung vom Kriegsgegner Saddams. Dann wurde gewählt, und diesmal meinten alle, die kurdische Regierung müßte uns aus unserer Misere retten. Wir haben jetzt ein halbes Jahr eine Regierung, gerettet ist natürlich niemand. Die Leute fangen an, das zu verstehen. Wir versuchen in jeder Vollversammlung klarzumachen, daß wir kein Dienstleistungsbetrieb sind. Wir haben nichts zu vergeben, die Leute sollen zu uns kommen, weil sie lernen

müssen, die Kräfteverhältnisse hier zu begreifen und ihre Rechte einzufordern, nicht zu erbetteln. Wir versuchen erst einmal die Arbeitslosen zu erfassen. Dann gehen wir zu den Organisationen und auch zur Regierung und versuchen zu einem Abkommen zu gelangen, daß bei Bedarf auf Arbeitskräfte dieser Liste zurückgegriffen wird. Wir fordern auch, daß die Regierung beschließt, Arbeitslosengeld einzuführen, denn wir wissen, daß Arbeitsplatzschaffung so gut wie unmöglich ist, solange die Embargos weiterbestehen. Trotzdem ist es wichtig, daß wir uns den Herrschenden präsentieren und erklären: ‚wir können arbeiten, wir wollen Arbeit und keine Almosen'. Das ist gleichzeitig ein Kampf gegen das Klientelsystem, das uns das Baathregime 20 Jahre lang eingepflanzt hat."

Knapp 500 Personen haben sich in Sülaymania allein in den ersten zwei Wochen registrieren lassen, mittlerweile sind es über 4.000. Viele sind aus Verzweiflung zum Büro der AUK gekommen: "Wir haben schon Schmuck und Möbel verkauft, was sollen wir den noch machen." Der das sagt, hat acht Kinder und vor dem Aufstand in der Zuckerfabrik gearbeitet. Für besonders Bedürftige gibt es in der AUK eine Notkasse. Einmal in der Woche hält ein Arzt in ihrem Büro umsonst Sprechstunde ab. Doch auch dieses "Selbsthilfeprogramm" kann wegen fehlender finanzieller Mittel nicht ausgebaut werden.

Frauen

Sowohl in der Flüchtlings- als auch in der Arbeitslosenunion sind Frauen organisiert. Ihr Anteil ist dort sogar wesentlich höher als in den etablierten Parteien oder gar in Parlament (sieben Frauen auf 98 Männer). Frauen sind jedoch von der Situation der kurdisch verwalteten Region noch auf einer anderen Ebene betroffen. Für Bereiche, in denen das kurdische Parlament noch keine eigenen Gesetze verabschiedet hat, gilt weiterhin irakisches Gesetz. Das heißt, daß bestimmte Momente der Unterdrückung der Frau durch den Aufstand genausowenig aufgehoben wurden, wie etwa soziale Unterschiede. Gesetze, die die persönliche Freiheit der Frauen in der Gesellschaft betreffen, gehörten nicht zu den ersten, die das kurdische Parlament für Änderungswürdig betrachtete. So existiert immer noch ein "Gesetz der persönlichen Moral", nach dem es z.B. für eine Frau strafbar ist, ihren Mann zu verlassen. Im Juni 1993 waren allein in Sulaymania über 20 Frauen aus diesem Grund im Gefängnis. Mehrehe ist ebenso erlaubt wie ein alter Brauch der auf kurdisch "Frau gegen Frau" heißt. Dabei handelt es sich um eine Art Hochzeitsvertrag der zwischen den Männern zweier Familien ausgehandelt wird und vorsieht, die Töchter der zwei Familien "auszutauschen" und mit den jeweiligen Söhnen, Neffen oder anderen Mitgliedern zu verheiraten.

Im Sommer hatte es eine gemeinsame Unterschriftensammlung aller kurdischen Frauenorganisationen gegeben, die zusammen mit einem Gesetzesentwurf dem kurdischen Parlament übergeben wurde. Doch die Mollahs im Parlament (drei mehr als die Frauen) konnten diesen Vorstoß abblocken.

Bei den kurdischen Frauenorganisationen handelte es sich um Organisationen, die jeweils einer der in der Kurdistan-Front vertretenen Parteien angegliedert waren. Außer dieser einen Initiative hat es keine gemeinsamen Vorstöße mehr gegeben, da die einzelnen Organisationen zu sehr an der Politik ihrer jeweiligen Partei organisiert waren. "Es ist nicht alles schlecht, was diese Unionen machen", sagt Heca, die im Frühjahr 1993 die "Unabhängige Frauenunion Kurdistans" (UFU) mitgegründet hat, "Aber wir brauchen einen Raum für Frauen, sich zu organisieren, der nicht von der Hauptpartei eingegrenzt wird, die zu 90 % aus Männern besteht. Wenn die Parteien es ernst nehmen, mit der Gleichberechtigung der Frau, dann sollen sie die Frauen nicht in die Frauenunionen abschieben und Wohltätigkeitsprojekte starten lassen sondern in die Partei nehmen und an der ‚großen Politik' teilhaben lassen."

Die UFU will vor allem auf zwei Bereichen arbeiten. Einmal plant sie neue Offensiven, um eine wirklich juristische Gleichstellung der Frauen zu erreichen. Zum anderen geht es den Frauen um ökonomische Gleichstellung. "Gerade wenn die Arbeit knapp ist, werden zuerst die Frauen arbeitslos. Es gibt nichts, wo wir die Kinder hingeben können, wenn wir arbeiten gehen. Kindergärten sind mehr als rar. Nur wenn wir ökonomisch von den Männern in der Familie unabhängig sind, dann haben auch die Gesetzesänderungen einen Sinn. Wir müssen die gleichen Ausgangspositionen für einen Job haben wie die Männer. Das heißt aber auch, daß die Hausarbeit, die uns automatisch zugerechnet wird, als Aufgabe der Gesellschaft begriffen werden muß. Es darf nicht unser persönliches Problem sein, ob wir die Kinder irgendwo unterbringen, um arbeiten zu können."

Die Aktivitäten der Frauenunion konzentrieren sich momentan auf Seminare, Versammlungen und Veröffentlichungen, die die obengenannten Probleme immer wieder ansprechen. In einem Symposium in Arbil legte die UFU die Ergebnisse einer eigenen Studie dar, derzufolge in den zweieinhalb Jahren der Selbstverwaltung allein in der Provinz Arbil 575 Frauen ermordet wurden, die meisten von Bekannten oder Verwandten - oftmals Vater oder Ehemann - aus "moralischen Gründen". Die wenigsten dieser Morde wurden geahndet oder verfolgt, das sie nach der herrschenden Moral als "legitim" gelten. Mit einer Unterschriftensammlung an den Ministerpräsidenten fordert die UFU von der Regionalregierung Strafverfolgung der bekannten Fälle. Gleichzeitig versucht die UFU als Anlaufstelle für Frauen, die vor Gewalt oder aus anderen Gründen aus der ihrer Familie fliehen wollen, zu fungieren. Noch fehlen aber finanzielle Mittel, die dazu nötigen Strukturen zu schaffen. Die UFU hat heute Niederlassungen in den beiden großen Städten, außerdem in Halabja, Rania und Qala Dize in der Grenzregion zum Iran. Dies sind die Orte, in der auch die "Islamische Bewegung Kurdistans" ihre stärksten Basen hat. Hier ist es im Laufe des letzten Jahres zu Übergriffen gegen Mitglieder der UFU gekommen. "Natürlich gibt es Aggressionen gegen uns, vor allen aus islamischen Kreisen", sagt eine der Frauen aus Halabja. "Aber das einzige Mittel sich zu wehren ist, Gewalt gegen Frauen erst einmal gesellschaftlich zu stigmatisieren."

Strukturen und Perspektiven

Wichtiger als weitere Details erscheint mir, noch einmal den Hintergrund, also den gesellschaftlichen Rahmen zu betrachten, in dem diese Bewegungen agieren. Dabei müssen meiner Meinung nach zwei Punkte vor allem beobachtet werden.

In der Einleitung dieses Artikels war von der Abschüttelung der nationalen Unterdrückung die Rede. Der erste Punkt wäre die Frage, ob es mit dieser Abschüttelung auch zur nationalen Befreiung gekommen ist. Ob ein Gebilde geschaffen worden ist, in dem die Interessen der kurdischen Bourgeoisie (das es keine gesellschaftliche Umwälzung gegeben hat, wurde ja schon festgestellt) wahrgenommen werden. Gegen diese Interessen wollen die oben beschriebenen Bewegungen ihre eigenen Interessen stellen. Meine Antwort auf die Frage wäre, daß es diese homogene Bourgeoisie noch gar nicht gibt. Im Text wurden mehrmals die traditionellen Loyalitäten erwähnt, die gerade dadurch, daß sie unterdrückt wurden, ihre gesellschaftliche Bedeutung nie verloren haben. Es bleibt also die Frage, wie zutreffend die Motoren der Bewegungen ihre Gegner analysiert haben.

Die zweite Frage hat mit der Stabilität des gesellschaftlichen Systems zu tun, an dem sich die Bewegungen orientieren. Die kurdische Region ist kein Staat und kann selbst durch nicht eigenbestimmte Prozesse sehr schnell zerfallen oder aufgelöst werden. Veränderungen, die relativ kurzfristig eintreten können, wie etwa die Aufhebung des UN Embargos gegen den Irak oder ein irakisch/kurdischer Verhandlungsabschluß können die gesellschaftliche Gruppe der Arbeitslosen oder der Flüchtlinge enorm dezimieren oder gar aufheben. Ein Angriff, der irakischen Zentralregierung, der immer noch nicht völlig ausgeschlossen ist, kann die gesamte Region auslöschen.

Nun zu der Struktur der Bewegungen selber: Alle drei sind nicht spontan entstanden, sondern wurden von politisch organisierten Kräften gegründet. Das ist nur zu verständlich, wenn bedacht wird, daß in einer 20jährigen Geschichte der Baathpartei Selbstorganisation nicht einmal als Wort bekannt war. Politische Organisierung hieß in der kurdischen Gesellschaft entweder Zwangsmitgliedschaft in einer der Baathorganisationen, die die ganze Gesellschaft abgedeckt hatten (Frauen-, Jugend-, Berufs- u.ä. Organisationen) oder eben illegales Arbeiten, was Basisdemokratie ebenfalls unmöglich machte. Spontane Aktionen der Bevölkerung hat es während und nach dem Aufstand immer wieder gegeben, nie mündeten sie in Strukturen. Ein typisches Beispiel für diese Art spontaner Aktionen war der Hungerstreik vor allen UN Gebäuden in Kurdistan im Winter 1991. Hier hatte die PUK die Bevölkerung mehr oder weniger dazu aufgerufen, vor den UN Gebäuden zu demonstrieren und hungerzustreiken, um Forderungen nach Ausweitung der Schutzzone Gewicht zu verleihen. Der Aufruf war ein Riesenerfolg: über eine Million Menschen demonstrierten. Die Aufforderung zum Abbruch der Aktionen, wurde demgegenüber weniger befolgt. Die Eigendynamik der Aktion war so groß, daß die PUK vier Tage brauchte, um die Menschen wieder von der Straße zu bekommen. Doch schon das Vorhaben, nach einem Monat wieder zu beginnen, falls keine Antwort der UNO eintreffen sollte, wurde nicht mehr ausgeführt.

Mit ihrer Entscheidung, Flüchtlinge, Arbeitslose und Frauen als "revolutionäres Potential" zu organisieren, betrat die kurdische Linke Neuland. Ohne Frage war es ihr Ziel, die betroffenen Menschen nicht nur in dem oben erwähnten instabilen Zustand zu organisieren, sondern durch die Organisierung Lernprozesse einzuleiten, die schlußendlich traditionelles Autoritäten wie auch die Regierung mit ihren "bürgerlichen" Parteien grundsätzlich in Frage stellen würden.

Die Frage, ob es wirklich gelingt, die Unzufriedenheit der Menschen mit ihrer konkreten Situation in politische Organisierung zu kanalisieren - oder ob etwa die Umstände eine schnellere Lösung herbeiführen und damit den Prozeß abblocken - kann meiner Meinung nach heute noch nicht beantwortet werden. Fest steht, daß alle drei Bewegungen, auch wenn sie ihren Anspruch vielleicht nicht immer einlösen aber zumindest sehr klar formulieren, zeitweise der Repression der kurdischen Regionalregierung ausgesetzt sind. So wurde, das Büro der Arbeitslosenbewegung in Sulaymania geschlossen, konnte aber nach kurzer Zeit wieder geöffnet werden. Weiterhin erhalten die drei Bewegungen keine von den offiziellen Zuwendungen der Regionalregierung, die eigentlich für Vereine und Organisationen in der Region vorgesehen ist. Bei repressiven Maßnahmen wird als Legitimation immer wieder auf den "feind in Bagdad" hingewiesen, es wird also an die gemeinsame Verantwortung appelliert, daß labile Gebäude doch erst einmal stabil werden zu lassen und dann zur Opposition überzugehen.

Heute, ein Jahr nach der Gründung der Selbstorganisations-Unionen gibt es zumindest erste Anzeichen dafür, daß auch deren Gründer sich auf einen dialektischen Prozeß einlassen müssen, der die eigene Positionen in Frage stellt. Die aktuelle Diskussion vor allem in der Arbeitslosen- und der Frauenunion zeigt dies ganz deutlich. Beide stehen kurz vor einer Spaltung in zwei Gruppen, von denen die eine fordert, das Wort "kommunistisch" in den Organisationsnamen aufzunehmen und politische eine eindeutigere Richtung zu formulieren, die andere sich auf den Vorsatz beruft, eine möglichst breite Organisierung zu erzielen und das politische Programm von allen Mitgliedern bestimmen zu lassen. Die Konzepte, die sich hier im Grunde gegenüberstehen, sind die einer außerparlamentarischen Vertretung konkreter Interessen benachteiligter Gruppen in der kurdischen Region einerseits - mit aller zeitlichen Begrenztheit, die oben aufgeführt wird - und der Anspruch, daß politische Kräfteverhältnis in der Region umzustürzen andererseits. Diese Spaltung war schon vor der endgültigen Trennung in den praktischen Diskussionen der Unionen deutlich geworden. So gab es zum Beispiel keine einheitlich definierte Haltung zur kurdischen Regionalregierung. Während die Regierung einerseits als Gremium "bourgeoiser nationalistischer Parteien" abgelehnt wurde, war sie andererseits jedoch Adressat der verschiedenen Forderungskataloge der Unionen, was ja voraussetzt, daß ein gewisser Spielraum, diese Forderungen auch zu erfüllen, eingeräumt wurde.

"Wir erkennen diesen Widerspruch", erklärte eine Frau aus der Frauenunion nach dem Symposium in Arbil. "Ich glaube, wir brauchen einfach noch Zeit, uns zu orientieren. Die Art Organisierung, die wir versuchen, ist neu für uns, wir müssen unsere politischen Erfahrungen noch sammeln." Ob die bevorstehenden Teilung in die kommunistische und "breite" Fraktion (zu der übrigens durchaus Leute gehören, die sich selber aus Kommunisten bezeichnen) die Bewegungen eher schwächt oder aber voranbringt, wird erst die Zeit zeigen.

Milena Ergin, Dezember 1993

Im folgenden veröffentlichen wir eine der letzten Arbeiten der Journalistin Lizzy Schmidt/Milena Ergin, die am 3.4.94 zusammen mit ihrem kurdischen Begleiter Aziz Kader Faraj ermordet worden ist.

Das Buch, das sie über die Situation in Südkurdistan/Irak geschrieben hat und aus dem wir im November 1993 (ak 360) mehrere Kapitel vorab veröffentlicht haben, soll demnächst erscheinen. "Wie teuer ist die Freiheit?" Reportagen aus der selbstverwalteten kurdischen Republik 1991-1993 von Milena Ergin.

Neuer ISP-VErlag. Circa 160 Seiten. Circa 19,80 DM. ISBN 3-929 008-56-4

5. Lissy Schmidt/Milena Ergin ist tot

Autor: nora mielke · Rubrik: Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:49

Am Ostersonntag, dem 3. April 1994, wurden Lissy Schmidt und ihr kurdischer Begleiter Aziz in der Nähe der Stadt Sulaymania in der kurdischen Region (Nordirak) erschossen. Lissy, die meist mit dem Namen Milena Ergin unterzeichnete, war die einzige ausländische Journalistin, die seit fast sechs Jahren kontinuierlich in Kurdistan lebte und arbeitete, die die beiden kurdischen Hauptdialekte sowie die türkische Sprache fließend beherrschte. Sie schrieb für die französische Nachrichtenagentur afp, die Frankfurter Rundschau, den Tagesspiegel, aber auch für die Blätter des iz3w und den ak.

Lissy/Milena, die Politik und Journalismus studiert hatte, war Internationalistin. Sie sprach außer Deutsch, Türkisch und Kurdisch auch Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch. Anfang der 80er Jahre engagierte sie sich in der Friedensbewegung und arbeitete in Comiso (Italien) im Koordinationsbüro, das den Widerstand gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Italien organisierte.

1985 zog Lissy/Milena nach Istanbul. Zu dieser Zeit begann die Friedhofsruhe, die nach dem Militärputsch von 1980 geherrscht hatte, aufzubrechen. Angehörige, vor allem Mütter politischer Gefangener, organisierten sich und führten Protestaktionen für ihre inhaftierten Kinder durch. Dies war der Ausgangspunkt für die Entstehung der Menschenrechtsvereine in den folgenden Jahren. Gleichzeitig begannen Kerne oppositioneller Arbeiter, sich zu reorganisieren und erste Streiks durchzuführen. Lissy/Milena zog mit ihrer Kamera und ihrem Kassettengerät von Betrieb zu Betrieb, von Elendsviertel zu Elendsviertel, vom Gefängnistor zu den Treffen der Mütter. Gemeinsam mit den Angehörigen von Gefolterten erstellte sie Listen der in den Gefängnissen Erkrankten. Dabei beschränkte sie sich niemals darauf, nur zu berichten; während ihrer Besuche in der BRD sammelte sie Medikamente und Spenden zur Behandlung der Folteropfer bzw. bemühte sich um Therapieplätze. Vor Ort teilte sie die Lebensbedingungen ihrer KollegInnen und InterviewpartnerInnen, hütete die Kinder inhaftierter Freundinnen. Ein solch engagierter Journalismus von unten ließ sich in der bürgerlichen Presse kaum vermarkten. So war Lissy/Milena in den ersten Jahren darauf angewiesen, für ihren Broterwerb als Deutschlehrerein oder an der Kaufhauskasse zu jobben, ihre Artikel aus dieser Zeit erschienen vor allem in Zeitungen der Linken und der Türkei-Solidarität.

Ein besonderer Schwerpunkt von Lissys Recherchen bildete immer die Verwicklung der BRD in die Repressionspolitik der Türkei, z.B. bei der Konzeption der ab Mitte der 80er Jahre landesweit errichteten Spezialgefängnisse und der massiven Rüstungs- und Militärhilfe. Beispielhaft sei hier ihre Broschüre über die türkische Mercedes-Tochter Otomarsan genannt, die für die türkische Armee produziert.(1)

Nachdem die PKK im Sommer 1984 den bewaffneten Kampf aufgenommen hatte, wurde die kurdische Frage ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre zum bestimmenden Konflikt der türkischen Innenpolitik. Lissy/Milena, die ab 1988/89 in Diyarbakir, der "Hauptstadt" Türkei-Kurdistans wohnte, hat in den folgenden Jahren sämtliche Teile und Regionen Kurdistans bereist und die entscheidenden Jahre der Entwicklung der kurdischen Bewegung mit-gelebt und in zahlreichen Artikeln dokumentiert:

1986 erschien ihre erste Reportage über die Terrorpolitik der türkischen Armee, über das System der "Dorfschützer", die Aufstellung der von der BRD mitausgebildeten Sondereinheiten und den Beginn der systematischen Politik der Zerstörung von Dörfern und Deportation ihrer Bewohner. 1989 und 1990 war Lissy/Milena die erste und einzige ausländische Korrespondentin, die authentisch aus Nusaybin, Cizre und Silopi berichtete, wo sich die angestaute Wut der kurdischen Bevölkerung in ersten Volksaufständen - Serhildan - entlud. Sie dokumentierte das Elend in den Flüchtlingslagern von Kiziltepe, Mus und Seyrantepe (Diyarbakir), in die zehntausende irakischer Kurden gesperrt wurden, die vor den Giftgasangriffen Saddams nach dem ersten Golfkrieg geflohen waren. Lissy/Milena war 1991 zugegen, als die irakischen Kurden das Machtvakuum nach dem zweiten Golfkrieg nutzten und in wenigen Tagen ihr Land befreiten. Sie begleitete die überstürzte und verzweifelte Flucht hunderttausender kurdischer Familien vor den angreifenden Truppen Saddams und berichtete aus den Lagern im iranischen und türkischen Grenzgebiet, wohin sich Millionen Kurden geflüchtet hatten.

Im Juli 1991 nimmt Lissy/Milena teil, als mehr als hunderttausend Menschen zur Beerdigung des von staatlichen Todesschwadronen ermordeten HEP-Vorsitzenden Vedat Aydin auf die Straße gehen und damit

nach 13 Jahren die erste Massendemonstration in Diyarbakir durchführen. Türkische Sonderheiten greifen den Trauerzug an, erschießen mindestens acht Personen, Hunderte werden verletzt. Die besondere Wut der Spezialeinheiten özel-team gilt Parlamentariern und Journalisten, Lissy reißen sie auf offener Straße die Kleider vom Leibe und verprügeln sie, verbunden mit schwersten Beleidigungen und Todesdrohungen.

Lissys Arbeit war den türkischen "Sicherheitskräften" seit langem ein Dorn im Auge, da sie deren Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen unermüdlich recherchierte und dokumentierte. Darüber hinaus fungierte Lissy in dieser Region für viele ausländische KollegInnen als eine Art Anlaufstelle, die ihr Wissen ohne Gedanken an Konkurrenz an andere weitergab, da es ihr vor allem darum ging, die Geschehnisse in Kurdistan an die Öffentlichkeit zu bringen. Ebenso vermittelte Lissy Kontakte zwischen deutschen Solidaritätsgruppen und Ansprechpartnern in Kurdistan. Als es den türkischen Behörden weder mit Morddrohungen noch mit Prügeln gelang, Lissy/Milena einzuschüchtern und zum Verlassen Kurdistans zu bringen, nahmen sie sie im Herbst 1991 unter konstruierten Anschuldigungen mit der Drohung fest, sie wegen "terroristischer Aktivitäten" (Unterstützung der PKK) anzuklagen. Mit der Auflage, Diyarbakir sofort zu verlassen, wurde sie schließlich freigelassen und des Landes verwiesen.

Die folgenden zweieinhalb Jahre bis zu ihrem Tod lebte Lissy/Milena in Südkurdistan in der sogenannten "autonomen Zone", die die Alliierten des zweiten Golfkrieges und UN-Institutionen vor allem deshalb geschaffen hatten, um die Millionen von Flüchtlingen zurückzuführen. Sie erlebte und beschrieb in hunderten von Artikeln die widersprüchliche und schließlich immer desolatere Entwicklung dieser kurdischen Region: die Euphorie der unerwarteten Befreiung, die verzweifelte Flucht, die illusionären Erwartungen an die Alliierten und die USA, die Projekte des Wiederaufbaus, die Begeisterung der ersten freien Wahlen und zuletzt die Phase der Ernüchterung, der Mittellosigkeit und der Unmöglichkeit, in einem von den Alliierten geschaffenen, aber mit keinerlei Rechten ausgestatteten und von niemandem staatlich anerkannten Konstrukt einen wirtschaftlichen und sozialen Aufbau zu vollziehen.

In ihren letzten Reportagen beschrieb sie die weitere Destabilisierung der Region durch wiederholte Angriffe irakischer Truppen im Grenzgebiet sowie Anschläge auf UN-Mitarbeiter, die Aggressionen des Iran und der Türkei, die neben Luftangriffen und Bombardierungen kurdischer Siedlungen auch den Aktionsradius ihres Geheimdienstes und ihrer Spezialeinheiten auf die gesamte "autonome Region" ausgedehnt hat, sowie den Konflikt zwischen vom Iran unterstützten islamischen Organisationen und der an der kurdischen Regierung beteiligten PUK. Aktuell recherchierte sie das Schicksal tausender Kurden aus der Türkei, die im Zusammenhang mit den Regionalwahlen vom 27. März vor dem Terror türkischer Militärs in die autonome Zone geflohen waren.

Lissy/Milena und ihr Begleiter Aziz wurden am 3. April erschossen. Obwohl inzwischen vier Personen im Zusammenhang mit diesem Mord festgenommen worden sein sollen, läßt der momentane Informationsstand keine fundierten Schlüsse bezüglich der Täter zu. Es ist nicht einmal eindeutig, ob sich der Mordanschlag gezielt gegen Lissy/Milena - aufgrund ihrer Tätigkeit, ihrer Artikel bzw. Informationen, die sie besaß - gerichtet hat oder ob sie als eine "Ausländerin" ermordet wurde: In den ersten drei Monaten dieses Jahres hat es insgesamt zwölf Anschläge auf ausländische Journalisten bzw. MitarbeiterInnen internationaler Hilfsorganisationen gegeben; allein in der ersten Aprilwoche ereigneten sich mindestens fünf weitere Angriffe auf AusländerInnen, vor allem UN-Mitarbeiter. Hinter den meisten dieser Attentate darf zurecht der Irak vermutet werden, dessen Truppen in der letzten Zeit wiederholt Angriffe gegen die "autonome Zone" verübt haben und der ein sehr großes Interesse daran hat, ausländische Beobachter und UN-Mitarbeiter aus der Region zu vertreiben. Fakt ist allerdings ebenso, daß auch türkische Sonderheiten und der türkische Geheimdienst nicht nur im Grenzgebiet um Zaho, sondern faktisch in der gesamten Region präsent sind und agieren. Ähnliches gilt für pro-iranische Kräfte. Zusammengefaßt läßt sich für die letzte Zeit von einer "Libanisierung" der kurdischen Region sprechen, wobei hinzukommt, daß es aufgrund der Verelendung und Hoffnungslosigkeit der Bevölkerung nicht schwer sein dürfte, gegen Bezahlung Mörder zu dingen. Politisch verantwortlich für diese Situation und damit letztlich auch für den Mord an Lissy und ihrem Begleiter sind diejenigen Kräfte, die die kurdische Region als riesiges Flüchtlingsreservat ohne staatliche Anerkennung, ohne Kompetenzen und Aufbaumöglichkeiten ins Leben gerufen und dann dem Elend überlassen haben. Dies sind gleichzeitig diejenigen Staaten, die die Unterdrückerstaaten Türkei, Iran und Irak für ihre Völkermordpolitik an den Kurden aufgerüstet haben und weiterhin aufrüsten.

nora mielke

Anmerkung:

1) Die Broschüre über Otomarsan ist in der Reihe "Tatort" beim Komzi in Idstein erschienen.

6. Selbstverbrennung zweier Kurdinnen. Dokumentation ihrer Erklärung

Rubrik: PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:45

Am 21. März, dem traditionellen Newroz-Fest des kurdischen Volkes, haben die beiden in Mannheim lebenden Kurdinnen Ronahî (Nilgün Yildirim) und Bêrîvan (Bedriye Tas) aus Protest gegen die feindliche Haltung der BRD-Regierung gegenüber der kurdischen Bevölkerung in Kurdistan und in der BRD sich selbst angezündet. Bêrîvan und kurze Zeit später Ronahî sind ihren schweren Brandverletzungen erlegen. Sie haben vor ihrer Protestaktion folgenden Brief hinterlassen:

Der deutsche Staat hat besonders in den letzten Monaten seine Feindschaft gegenüber der kurdischen Bevölkerung ganz offen erklärt. Er ist sogar hingegangen und hat unsere Vereine, unsere traditionellen Farben (Rot-Gelb-Grün) und Flaggen verboten und viele kurdische PatriotInnen verletzt und festgenommen bzw. verhaftet. Der deutsche Staat folgt damit dem türkischen Chauvinismus. Er unterstützt die Massakerpläne der Clique von Demirel, Ciller und Generalstabschef Gueres: "Sie werden auf jeden Fall vernichtet werden", und er ist mitverantwortlich für den Krieg gegen das kurdische Volk. Die Massaker in Kurdistan werden mit deutschen Waffen durchgeführt. Die letzten Aktionen der bundesdeutschen Polizei, die unter Hitler nicht schlimmer hätten sein können, gegenüber den TeilnehmerInnen der Newroz-Feierlichkeiten 1994 in der BRD waren der Tropfen, der das Faß überlaufen ließ.

Für die Massaker in Cizre, Sirnak, Diyarbakir und vielen anderen kurdischen Städten ist die Bundesregierung direkt verantwortlich.

Der deutsche Staat begeht damit ein Verbrechen an der Menschheit ...

Besonders die Erklärung des Innenministers Manfred Kanther von gestern abend - "Ab jetzt wird unser Vorgehen gegenüber der PKK noch schärfer sein. Die PKKler sollten das wissen, daß sie sich nirgendwo frei bewegen können" - hat uns in unserer Entscheidung bestärkt.

Wir wissen und glauben, daß die Freiheitsflamme, die von uns genährt wurde, dazu beitragen wird, noch größere Feuer zu entzünden.

Unsere Körper und Gedanken schenken wir somit der ganzen kurdischen Bevölkerung und der Menschheit.

Wir grüßen die im Kampf für die Freiheit Gefallenen, die für ein unabhängiges Kurdistan kämpfen, und den Vorsitzenden Apo.

Nieder mit Kolonialismus und Imperialismus!

Nieder mit dem deutschen Chauvinismus!

Es lebe die PKK, ARGK, ERNK.

Es lebe unser Vorsitzender Apo.

(Nach Angehörigen Info 142)

7. "Wir nehmen sie alle" (Abschiebung von KurdInnen)

Autor: Ein Genosse der anti-rep-Kommission · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Ausländer- und Asylpolitik; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:46

Zu einem innenpolitischen Streitthema, bei dem es ausnahmsweise wirklich um etwas geht, hat sich die Frage "Kurden abschieben oder hier bestrafen" entwickelt. Anders ausgedrückt: Macht sich die BRD "nur" die Ziele oder auch gleich die Methoden der türkischen Anti-Kurden-Politik zu eigen. Scharping ist auf die Abschiebepolitik von Kohl und Kanther eingeschwenkt, die regelmäßige Folterung von angeblichen PKK-AktivistInnen in der Türkei ableugnet. Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger muß sich für ihr Festhalten an elementaren Menschenrechten und international verbindlichen Minimalstandards für den Umgang mit politischen Gegnern ein Bombardement von Beschimpfungen gefallen lassen.

Die bundesdeutsche Kurdenpolitik selbst, die den Anlaß zur jüngsten Eskalation bot, wird von keiner der herrschenden Parteien in Frage gestellt. Bis auf wenige lokale Stimmen unumstritten war das Verbot fast aller großen Newroz-Feiern in der BRD. Das hiesige politische Establishment signalisierte der Türkei damit Unterstützung für die brutale Unterdrückung der Feiern in Kurdistan, für die laufenden Militäraktionen zur "Vernichtung der PKK-Terroristen" und für eine Durchführung der türkischen Kommunalwahlen unter den Bedingungen der erzwungenen Grabesruhe.

Viele Berichte zeigen, daß das Vorgehen der deutschen Behörden auf Provokation angelegt war.

In Hannover wurde ein großes Polizeiaufgebot zusammengezogen, die Zurücknahme der bereits erteilten Erlaubnis für das Newroz-Fest den Veranstaltern aber erst eine Stunde vor dem geplanten Beginn mitgeteilt. Vielerorts nahm die Polizei, wie in der Türkei, das Tragen von Fahnen oder T-Shirts in den kurdischen Nationalfarben (PKK-Symbole!) zum Anlaß für Übergriffe. Bei Augsburg wurden Busse und PKWs bereits auf der Autobahn gestoppt und versucht, ihre Umkehr zu erzwingen - was dann wie auch in anderen Bundesländern zu Blockaden der Autobahn führte. Die Gegenwehr der KurdInnen war zu erwarten, und sie wurde durch wohlvorbereitete und brutal ausgeführte Polizeieinsätze gebrochen. Das "offensive Handlungskonzept der Polizei" sei aufgegangen, konnte der sozialdemokratische hessische Innenminister Günther hinterher befriedigt feststellen.

Anlaß zu einer der größten Polizeiaktionen in der neueren bundesdeutschen Geschichte bot die Trauerfeier für Nilgün Yildirim und Bedriye Tas sowie einen weiteren Kurden, die sich aus Protest selbst verbrannt hatten. Der Mannheimer SPD-Oberbürgermeister verbot den Trauerzug. Durch bundesweite Straßenkontrollen - allein in Nordrhein-Westfalen gab es nach Polizeiangaben 147 Kontrollstellen - wurden viele Anreisende z.T. bereits an den Grenzen abgefangen. Am Ort waren weitere 3.200 Polizisten im Einsatz, was aber letztlich das Stattfinden der Trauerfeier mit 10.000 TeilnehmerInnen nicht verhindern konnte.

"Gefahr für das Gemeinwesen"

Unmittelbar nach dem Newroz-Wochenende begann eine Kampagne von Politikern und Presse gegen die Proteste der kurdInnen als "neue Dimension des Terrors" (Kohl). Die Augsburger Polizei sprach von "menschenverachtender Massenbrutalität". "Als besonders verwerflich bezeichnete es die Polizei, daß die meisten Gewalttaten aus einem Schutzwall von schwangeren Frauen, Kleinkindern und Babys heraus erfolgt seien." (Welt, 21.3.) Besonders verwerflich, das Neujahrsfest mit der Familie feiern zu wollen?

Die Bundesanwaltschaft bezeichnete die führenden Funktionäre der PKK als "Mitglieder einer terroristischen Vereinigung". (Welt, 23.3.) Mittlerweile wurde ein namentlich genannter angeblicher "Gebietsverantwortlicher" der PKK als Mitglied dieser terroristischen Vereinigung verhaftet, ein "Raumverantwortlicher" als Unterstützer. Um welche terroristische Vereinigung es sich gehandelt haben soll - die PKK mit ihren bundesweit 5.000 Anhängern als Ganzes, eine ihrer Teilgliederungen oder was auch immer -, wurde wohlweislich nicht gesagt. Dafür orakelte der Verfassungsschutz über "Querverbindungen" zwischen PKK und RAF, und der stellvertretende BKA-Chef verstieg sich zu der absurden Behauptung, daß die PKK aus dem Umfeld der RAF-Sympathisanten finanziell unterstützt werde. (HA, 26.3.)

"Deutschland blickt einem neuen Sicherheitsproblem entgegen", kommentiert die FAZ (24.3.), und sieht "das Gemeinwesen in einer bisher unbekannten Gefahr. Die Polizeiverbände der Länder konnten bisher der Lage

Herr werden." Bei größeren Aktionen aber werde Schäubles Vorschlag wieder aktuell, die Bundeswehr im Inland gegen "grenzüberschreitenden Terrorismus" einzusetzen. "Nun gibt es schneller als erwartet oder befürchtet die Möglichkeit, die verfassungsrechtlichen und sicherheitstaktischen Überlegungen an einem realistischen Szenario zu überprüfen."

Tatsächlich wird seitens der Bundesregierung laut darüber nachgedacht, die Bundeswehr als "Luftunterstützung" für BGS-Verbände heranzuziehen. Der baden-württembergische CDU-Chef Teufel geht den logisch nächsten Schritt und will Soldaten direkt als "eine Art Nationalgarde" einsetzen. (Welt, 28.3.)

KurdInnen vogelfrei?

Ein gemeinsames Muster in vielen politischen Erklärungen ist die öffentliche Rechtlosstellung der KurdInnen. Wo jemand sein "Gastrecht" "verletzt" oder "in unerträglicher Weise mißbraucht" (Kohl) hat - was festzustellen üblicherweise allein im Ermessen des Gastgebers liegt -, soll er sich nicht auf geschriebenes Recht berufen können. So kündigte Kanther an, daß "Asylverfahren von Beteiligten an den Krawallen unverzüglich beendet werden, um eine Abschiebung zu ermöglichen". (Welt, 23.3.) Burkhard Hirsch von der FDP: "Diese Täter genießen nicht den Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention". (Hamburger Abendblatt, 26.3.) "Sollte sich die Justiz auf den Standpunkt stellen, die Interessen des einzelnen Straftäters hätten Vorrang vor dem öffentlichen Sicherheitsbedürfnis, dann müssen wir eben das Recht ändern." (Bayerns Innenminister Beckstein, Focus 13/94)

Die Begründung, warum unbedingt abgeschoben werden muß, ist ebenso schlicht wie rassistisch: ein rechtsstaatliches Verfahren mache auf Kurden "offensichtlich keinen abschreckenden Eindruck" (Kanther), dagegen sei "die schnelle Abschiebung gewalttätiger Kurden in die Türkei sicher die beste Abschreckung" (HA, 26.3., FR, 28.3). Keiner braucht es auszusprechen, weil jeder es weiß: die Abschreckungswirkung speist sich aus der schweren Folter, die jeden angeblichen PKK-Unterstützer in der Türkei erwartet. "Nur mit diesem Mittel", faßt der einschlägige FAZ-Kommentar (26.3.) seine Überlegungen zusammen, lasse sich ein "Minimum" an Respekt vor den Interessen der Bundesrepublik und deren Beziehungen zur Türkei wahren. - Folter wird damit als Droh- und Vollzugsinstrument in die bundesdeutsche Innenpolitik eingeführt, die Schergen in den Polizeigefängnissen von Istanbul und Ankara werden zu Handlangern der Bundesregierung.

Die türkische Regierung lobte die "Entschlossenheit Deutschlands" beim Vorgehen gegen die Kurden. Das Regime in Ankara brennt darauf, "so schnell wie möglich" (Botschafter Onur Öymen) die in der BRD aktiven KurdInnen ausgeliefert zu bekommen: "Wir nehmen sie alle", kündigte Öymen im Deutschlandfunk ebenso zynisch wie vielsagend an. (nach FAZ, 25.3.)

Abschiebeabkommen - ein mieser Trick

Mittlerweile haben erste Gespräche mit der Türkei über ein Abschiebeabkommen begonnen. Bundesinnenminister Kanther will ein solches Abkommen, weil dann das Ausländerrecht "viel intensiver" angewendet werden könne - d.h. ohne juristische Probleme auch Menschen abgeschoben werden könnten, die in der Türkei politisch verfolgt werden. Die Türkei soll zusagen, keine Todesstrafen zu verhängen und auf Folter zu verzichten. Letzteres hat sie schon häufig genug getan - in international verbindlichen Verträgen ebenso wie in den jüngsten Erklärungen ihres Bonner Botschafters. In Wirklichkeit ist die Anzahl der Menschenrechtsverletzungen und Folterfälle in den letzten Jahren und Monaten exponentiell angestiegen. Es geht also - ganz ähnlich wie bei der Zusicherung, von der BRD gelieferte Waffen ausschließlich im Sinne des Nato-Vertrages einzusetzen - um einen (weiteren) Fetzen Papier, auf den bundesdeutsche Politiker zur Beruhigung einer eh nur rudimentär vorhandenen kritischen Öffentlichkeit verweisen können.

Wie eine Presseerklärung nach einer vollzogenen "Abschiebung in die Hölle" (Andreas Buro, Komitee für Grundrechte) aussehen könnte, hat Regierungssprecher Vogel bereits vorgeführt: Die Bundesregierung "geht selbstverständlich davon aus", daß sich die Türkei an eingegangene Verpflichtungen halte, die die Folter verbieten. "Der Bundesregierung lägen zwar Berichte vor, daß es in der Türkei Folter und Mißhandlungen gebe. Ihre Richtigkeit könne sie aber nicht nachprüfen." (taz, 26.3.)

Nach dem Vorpreschen des bayrischen Innenministers scheint sich jetzt eine parteiübergreifende Einigung abzuzeichnen, vor der Durchführung von Abschiebungen ein Abkommen (oder einen Notenwechsel, oder auch nur eine einseitige Erklärung der Türkei) abzuwarten. Ende April soll dann im Bundeskabinett die Entscheidung

fallen. Lediglich von Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger kommt Widerspruch, Außenminister Kinkel unterstützt sie (noch), während etwa der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gebhardt und andere FDP-Funktionäre sich für rasche Abschiebungen aussprachen.

Das Gros der verantwortlichen SPD-Politiker wird mitziehen. Der baden-württembergische SPD-Innenminister Birzele hat die Ausländerämter angewiesen, die Möglichkeiten zur Ausweisung von Kurden "voll auszuschöpfen". Nordrhein-Westfalens Innenminister Schnoor will die Festgenommenen dagegen erst nach einem Prozeß und Strafverbüßung in der BRD abschieben. Tatsächlich läßt das deutsche Ausländerrecht beide Möglichkeiten zu: Mit der Generalklausel "wenn erhebliche Interessen der Bundesrepublik beeinträchtigt sind" können Menschen auch ohne Prozeß und Urteil, lediglich z.B. auf Aussagen einzelner Polizisten gestützt, aus dem Land gewiesen werden. Genau dieser Weg wird in den bayrischen Ausweisungsverfügungen eingeschlagen.

In einer weithin beachteten Erklärung ist SPD-Kanzlerkandidat Scharping auf die Regierungslinie eingeschwenkt: "Ich würde jeden (!) Kurden auch in die Türkei abschieben, der sich hier gewalttätig verhält, andere Leute bedroht oder sonst Gesetze mißachtet." (taz, 9.4.) Scharpings Einschränkung, dem Betreffenden dürfe in der Türkei weder Folter noch Todesstrafe drohen, ist genauso unglaubwürdig wie die gesamte Debatte um dieses Thema.

Anfang von Massenabschiebungen?

Es ist also kein Zufall, daß der erste bei den Protestaktionen verhaftete Kurde unter der Verantwortung des sozialdemokratischen BaWü-Innenministers Birzele in die Türkei abgeschoben wurde. Der Mann, gegen den ein Abschiedebescheid bereits vorlag, war bei Vorfeldkontrollen um die Trauerfeier in Mannheim festgenommen worden.

Gegen die jetzt Festgenommenen haben bayerische Ausländerämter bisher acht Ausweisungsbescheide erlassen. Der "FAZ" ist das noch viel zu wenig: "Die Zahlen der Abschiebungsverfügungen sind bisher nicht so erheblich, daß eine abschreckende, eine domestizierende Wirkung davon ausginge." Hatte doch Innenminister Beckstein erklärt, in Bayern kämen 20 Kurden für Ausweisungen in Frage, im Bundesgebiet etwa 500. (taz, 6.4.)

Wenn die Abschiebungen nicht verhindert werden können, bedeutet das für alle Folter, vielen droht der Tod. Nicht durch offizielle Todesurteile, um die jetzt eine Scheindebatte geführt wird: Allein im Februar dieses Jahres starben in der Türkei und Kurdistan 16 Menschen in Polizeihaft oder durch "Hinrichtungen ohne Urteil". 29 Personen wurden nach ihrer Festnahme als vermißt gemeldet. (Bericht des türkischen Menschenrechtsvereins IHD, nach Özgür Gündem, 9.3.)

Daß dieses Schicksal auch aus der BRD Abgeschobenen droht, beweist der (in der FR vom 13.1.94 dokumentierte) Fall von Abdul und Ayse Raman Tekin. Sie waren im September 93 mit ihren sieben Kindern im Alter zwischen fünf Monaten und zehn Jahren aus der Stadt Cizre geflüchtet, nachdem ihr Haus zerstört worden war. Obwohl der Mann als angeblicher PKK-Unterstützer von den türkischen Truppen gesucht wurde, lehnte Zirndorf seine Anerkennung ab. Ohne daß ihnen der Ablehnungsbescheid je persönlich zugestellt worden war, ohne jede nochmalige Befragung, wurde die in Offenburg lebende Familie am 5. Januar gewaltsam nach Istanbul abgeschoben. Auf die vereinbarte sofortige Meldung aus der Türkei wartete ihre in der BRD lebenden Schwester vergeblich; Versuche von Menschenrechtsorganisationen, in der Türkei etwas über das Schicksal der Familie zu erfahren, blieben erfolglos.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

Sozialdemokratische

Geschmacksnerven

"Widerwärtig und abscheulich" fand es der hessische Ministerpräsident Eichel. "Absolut geschmacklose Aktion" urteilte Heidemarie Wieczorek-Zeul, "unerträglich" der hessische Landtagspräsident Starzacher. (taz, 26.3.) Gemeint ist nicht die geplante Auslieferung von KurdInnen an ihre Folterknechte, sondern die Androhung der Landes-Juso-Chefin, als Protest dagegen einen Hund zu töten und vor den Landtag zu werfen. Die SPD-Spitze habe die "wahnwitzige Polit-Aktion gestoppt", konnte "Bild" seinen aufgeschreckten Lesern

mitteilen. Die Juso-Chefin und ihr Stellvertreter bezahlten ihre Demaskierung der öffentlichen Heuchelei mit dem Verlust aller Ämter.

8. Berichte von Augenzeugen der Übergriffe auf KurdInnen

Autor: SchülerInnen der Hedwig Heyl Schule · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:44

"Kurdenterror", "Kurden setzen S-Bahn-Waggon in Brand", "Erneute Anschläge von Kurden in Deutschland". So oder ähnlich lauten die Schlagzeilen in der bundesdeutschen Presse der letzten Wochen. Die Erfahrungen von Menschen, die an den Protestaktionen beteiligt waren, sehen dagegen anders aus. Ein Beispiel: In der "FR" vom 21.3.94 war zu lesen: "Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Polizeibeamten ging am Sonntagabend der Waggon eines S-Bahn Zuges im Wiesbadener Ostbahnhof in Flammen auf." Weiter heißt es: "Als erstaunlich bezeichnete ein Polizeisprecher die beeindruckende Aggressivität der Kurden."

In einer Presseerklärung von sechs Augenzeugen dieses Vorfalls wird hingegen folgendes beschrieben: "Am Sonntag, den 20.3.94, wollten wir mit der S1 um 15.18 Uhr ab Frankfurt Hauptbahnhof nach Wiesbaden zu einer spontanen Demonstration und Newroz-Feier kurdischer KollegInnen fahren. Am S-Bahnhof Wiesbaden-Ost stand der Bahnsteig voller Polizei, die S-Bahn fuhr nicht mehr weiter. Am gegenüberliegenden Gleis stand bereits ein Nahverkehrszug mit KurdInnen, der von der Polizei überwacht wurde. Einige Menschen waren bereits festgenommen, standen oder lagen mit gefesselten Händen auf dem Bahnsteig. Es kam eine Durchsage über den S-Bahn-Lautsprecher, die sinngemäß lautete: ‚Hier spricht der BGS. Fahrgäste, die nicht nach Wiesbaden Hauptbahnhof wollen und nicht zum Demo-Klientel gehören, werden gebeten auszusteigen und werden mit Ersatzbussen weiter gebracht.` (...) Wir und die KurdInnen blieben auf dem Bahnsteig. Aus der S1 wurden mindestens zwei Kurden mit erhobenen Händen an den Waggon gestellt, abgetastet und abgeführt. Die anderen im Waggon verbliebenen Menschen riefen Parolen und schlossen die S-Bahn Türen. Die Polizisten trommelten an die Scheiben, rissen die Waggontüren auf, drangen ein und setzten ihre auf dem Rücken getragenen Feuerlöscher ein, indem sie in den vollbesetzten Waggon sprühten. In den weißen Schwaden der Feuerlöscher taumelten Menschen aus dem Waggon, wurden von den eingedrungenen Beamten rausgestoßen und von den auf dem Bahnsteig stehenden Beamten an Armen und Beinen herausgezerrt und über den Bahnsteig geschleift. Gleichzeitig wurden Schlagstöcke gegen die rufend aus dem Waggon kommenden aufgebrachten Menschen eingesetzt. Einer Frau wurde eine blutende Kopfwunde geschlagen. Mindestens eine weitere Person wurde mit einer Kopfwunde später auf der Trage weggebracht. Es waren zwei Polizisten mit Hunden auf dem Bahnsteig, die nun den Hunden den Maulkorb abnahmen und die Hunde gezielt gegen diese Menschen einsetzten, um sie wieder in den Waggon zu drängen. Ein Hund biß einen jungen kurdischen Mann in die Wade, zerfetzte die Hose und biß sich im Hosenbein fest, andere Kurden, die den Gebissenen fortziehen wollten, wurden von Beamten mit Schlagstock weggeknüppelt. In diesem Moment zogen überall die Polizisten den Schlagstock und knüppelten und trieben die Menschen zurück in die Waggons. (...)

Weitere Mißhandlungen folgten; einem Gefesselten wurden die Handschellen so eng angelegt, daß die Hände blau anliefen. Verletzte Menschen wurden bis zu 30 Minuten ohne Hilfe auf dem Bahnsteig liegen gelassen, ein Mann erlitt einen Herzinfarkt, einem gefesselten Mann wurde der Kopf an den Haaren hochgezogen, um ein Polaroid-Foto zu machen."

Soweit die in keiner einzigen Zeitung abgedruckte Presseerklärung der Augenzeugen.

Medien und PolitikerInnen haben ein neues Feindbild entdeckt: Die Kurden. Ihnen scheint in der BRD alles verboten zu sein und für sie scheinen keine Menschenrechte zu gelten: kein Recht auf Öffentlichmachen der Situation ihres Volkes, auf kurdische Feiern und Kultur, sich in ihren Vereinen zu organisieren und nicht einmal das Recht, wie Menschen behandelt zu werden.

Die Bundesregierung hat angekündigt und auch bereits damit begonnen, sogenannte kurdische Gewalttäter hart zu bestrafen und in die Türkei abzuschieben. Es ist zu befürchten, daß es jetzt zu Massenabschiebungen in die Türkei kommt. Die Betroffenen erwartet in der Türkei Folter und Mord. (...) Der Widerstand der KurdInnen gegen ihre Unterdrücker wurde mit Militär und Terror beantwortet. (...)

Mit ihrer militärischen und finanziellen Unterstützung, mit dem Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, mit der Unterdrückung von KurdInnen in der BRD macht sich die Bundesregierung zum Komplizen des türkischen Militärregimes.

SchülerInnen der Hedwig Heyl Schule

9. Kommunalwahlen in der Türkei. Zwischen kurdischer Frage und islamischer Bewegung

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:23

Am 27.3.93 fanden in der Türkei Kommunalwahlen statt, die weithin beachtet wurden, weil sie einerseits als Gradmesser für die Stärke der kurdischen Bewegung, andererseits als Politbarometer angesichts einschneidender Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet gesehen wurden.

Der türkische Landrat zeigt der deutschen Beobachterdelegation selbst die Wahllokale. Die Gruppe aus Grünen und JournalistInnen ist beeindruckt, alles geht korrekt zu: Hier in Hazro scheint die Wahl streng formal und ohne jeden Zwang zu verlaufen. Niemand wird vorgeführt, niemandes Stimme wird kontrolliert, die Sensation, der offene Betrug an den Urnen, fällt aus. Die Leute sind auch sichtlich nicht gedrückter Stimmung, man reicht den BesucherInnenn ungezwungen die Hand. Doch in einer der gereichten Hände findet sich ein rasch gekritzelter Zettel: "Wir werden unterdrückt, bitte informieren Sie die Weltöffentlichkeit!"

Ein anderer Teil Kurdistans, die Städte Cizre und Sirnak: Zwei Tage vor der Wahl werden alle 16 AusländerInnen aus diesem Gebiet von der Polizei zusammengeholt und höflich aber bestimmt nach Diyarbakir gebracht; dort will sie der Gouverneur für die Gebiete im Ausnahmezustand sprechen, heißt es, der Herr ist aber gar nicht da. Am Tag darauf werfen türkische Flugzeuge Bomben in der Nähe von Cizre und Sirnak ab, versehentlich, heißt es offiziell. Getroffen werden vier Dörfer, 48 Menschen sterben. Der immer wieder erzählten Drohung, das Militär werde Dörfer, in denen sich Wahlboykotteure befinden, zerstören, ist Nachdruck verliehen.

Zwei Szenen während der türkischen Kommunalwahlen in Kurdistan, sie ließen sich fortsetzen. Die Angriffe auf prokurdische Politiker, vor allem von der "Demokratiepartei" (DEP), begannen schon lange vor der Wahl und führten schließlich dazu, daß es kaum jemand wagte, als Kandidat der DEP aufzutreten. Z.B. konnte die DEP für die 27 Bürgermeisterposten im Departement Diyarbakir nur 13 Kandidaten finden. Als sich die DEP nach immer heftigeren Angriffen schließlich ganz von der Wahl zurückzog, drehte Ministerpräsidentin Tansu Ciller den Spieß kurzerhand um und behauptete, die DEP dürfe sich nicht von den Wahlen zurückziehen und so würden demokratische Wahlen in ein Chaos gestürzt.

Als Antwort auf den Rückzug brachte sie ein seit über einem Jahr über einigen kurdischen Abgeordneten hängendes Damoklesschwert vor das Parlament: Mit überwältigender Mehrheit hob das Parlament die Immunität von sechs kurdischen Abgeordneten auf, damit sie nach dem berüchtigten § 125 des türkischen Strafgesetzbuches angeklagt werden können, dessen entscheidende Passage lautet: "Wer eine Handlung begeht, die darauf gerichtet ist ... die Einheit des Staates zu zerstören oder einen Teil des unter staatlicher Kontrolle stehenden Gebietes seiner Verwaltung zu entfremden, wird mit der Todesstrafe bestraft."

Die inkrimierten Handlungen waren Reden der Abgeordneten oder Gesten, wie die Bänder in den Farben der kurdischen Nationalbewegung in den Haaren der Abgeordneten Leyla Zana.

Daß die Wahlen tatsächlich zum Chaos wurden, hat aber nichts mit dem Rückzug der DEP und nicht einmal mit dem Boykottaufruf der PKK etwas zu tun.

Vor und nach der Wahl kam es vereinzelt zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen den Anhängern verschiedener Parteien, bei denen es auch Tote gab. Gar nicht vereinzelt waren die Berichte über Wahlfälschungen, über unverplombte Wahlurnen, zu hause ausgezählte Stimmen, angesengte Stimmzettel in Papierkörben, auf Müllhalden, in den Heizungsräumen von Schulen und Moscheen. Fast alle Vorwürfe richten sich an die Adresse des großen Siegers der Wahl, die islamistische "Wohlstandspartei" (RP) unter Necmettin Erbakan.

In vielen Städten, darunter den drei größten Städten der Türkei, Istanbul, Ankara und Izmir, wurde die Annullierung der Wahl beantragt. Trotz dieser Unsicherheit, die sich vor allem auf die Höhe des Wahlsieges der RP bezieht, lohnt es sich bereits jetzt einen Blick auf die großen Trends dieser Wahlen zu werfen.

Als Siegerin wird die amtierende Ministerpräsidentin Tansu Ciller angesehen. Nicht daß sie Stimmen dazugewonnen hätte, genau besehen hat sie sogar ein paar Prozente verloren, aber eigentlich, so wird ihr zu

gute gehalten, hätte sie viel mehr verlieren müssen. Schuld an dieser Erwartung ist der scharfe Einbruch der türkischen Wirtschaft kurz vor der Wahl. Innerhalb weniger Wochen stieg die D-Mark von ca. 9.000 auf ca. 15.000 Türkische Lira, d.h. die Lira verlor 40% ihres Außenwertes. Die Folgen ließen nicht auf sich warten. Die Zinsen stiegen in astronomische Höhen, für Tagesgeld auf bis zu 400%. Es wird erwartet, daß der Inflationsschub durch die plötzliche Verteuerung aller Importgüter die Inflationsrate ebenfalls in den dreistelligen Bereich treiben wird. Wegen der hohen Zinsen hat bereits der größte Konzern des Landes, Arcelik, eine Unterbrechung der Produktion angekündigt. Schon vor dem Ausbruch der aktuellen Krise hatte die Wirtschaftspolitik Cillers genug unpopuläres zu bieten: Steuerhöhungen für den Krieg in Kurdistan und die Privatisierung der großen staatseigenen Konzerne, von der befürchtet wird, daß sie zur Entlassung von 500.000 ArbeiterInnen führen wird.

Daher sind sich alle in- und ausländischen Kommentatoren einig, daß Cillers relativer Triumph nur durch ihre harte Haltung in der Kurdenfrage, insbesondere bei der Aufhebung der Immunität der kurdischen Abgeordneten, zu erklären ist. Härte wird eben von vielen als Stärke verstanden, auch wenn sie im Grunde mehr mit politischer Schwäche zu tun hat.

Ganz anders als Cillers konservativer "Partei des richtigen Weges" (DYP), erging es ihrem kleineren Koalitionspartner, der "Sozialdemokratischen Volkspartei" (SHP), die enge Beziehungen zur deutschen SPD unterhält. Bei den Parlamentswahlen im Oktober 1992 verdankte sie ihre Stimmen größten Teils liberalen Positionen in der Kurdenfrage und kurdischen Kandidaten auf ihren Wahllisten, darunter auch jenen, die nun zur DEP übergegangen sind und von denen sechs mittlerweile aufs Schafott geschickt werden sollen. Daß sie dagegen nichts unternahm, hat man der SHP nicht vergessen, auch wenn aus ihren Reihen in den Monaten vor der Wahl plötzlich wieder vertraute kurdenfreundliche Töne zu hören waren. Die schwere Niederlage der SHP geht in erster Linie auf den Verlust kurdischer Stimmen zurück.

Ciller gibt die Niederlage der SHP weiteren politischen Spielraum. Eine Koalition mit der konservativen "Mutterlandspartei" (ANAP) wird erwogen. Die ANAP muß weniger Rücksicht auf die Stimmen der Arbeiterschaft und der Kurden nehmen als die SHP und könnte daher Cillers Politik leichter mittragen.

Wahlsieg der Islamisten

Der große Gewinner der Wahl ist die bereits erwähnte islamische "Wohlstandspartei", "Refah Partisi" (RP). Sie hat das zweite Mal hintereinander ihren Stimmenanteil bei Kommunalwahlen verdoppelt und liegt nun bei 19%. Von den 74 Departements der Türkei gewann die Refah 1984 nur zwei, 1989 schon fünf und bei den letzten Wahlen 28. In Mittelanatolien, in Kurdistan und in den großen Metropolen des Westens gibt sie fast überall den Ton an.

Woher kommt dieser gewaltige Stimmenzuwachs der Refah? Wahlbetrug alleine kann es kaum sein, zumal auch schon Meinungsumfragen vor der Wahl die Refah bei nahezu 20% gesehen hatten. Auch "Aladins Wunderlampe" für die Lösung der Probleme der Türkei hat die Refah nicht gefunden, wie sich ein Kommentator des Massenblattes Sabah ausdrückte. Mit Ausfällen gegen Zinsen, Alkohol, Pornographie und unbedeckte Frauenköpfe lassen sich die bösen Geister der Moderne gewiß nur symbolisch bannen. Wo die Linke allerdings als Hoffnungsträger ausgefallen ist, bietet der Rückzug in den Wertkonservativismus wenigstens scheinbaren Halt gegen die drohende Marginalisierung in einer ökonomisch mehr und mehr dem Weltmarkt unterworfenen Gesellschaft. Tatsächlich haben heute die Islamisten weitgehend den Platz eingenommen, den früher ein Teil der Linken mit dem Pochen auf nationaler Wirtschaftsentwicklung und Wohlfahrtsstaat inne hatte.

Traditionell wählen auch viele KurdInnen Refah. Das hat verschiedene Gründe u.a., daß die Religion einer der wenigen Bereiche ist, in dem sie nicht als Kurden unterdrückt werden, der der kemalistischen Staatsideologie sogar selbst feindlich gegenübersteht.

Ebenfalls stark zugelegt von 4 auf 8% haben die türkischen Faschisten (MHP). Neben ihren traditionellen Hochburgen im Nordosten, gewannen sie stark in einigen Mittelmeerstädten mit starkem kurdischem Zuzug, in denen es in letzter Zeit antikurdische Ausschreitungen gegeben hatte.

Die Wahlen in Kurdistan

Bei jeder Wahl in der Türkei taucht das Problem auf, daß die kurdische Frage und damit die Ungleichheit zwischen Türken und Kurden in vielen Bereichen nicht thematisiert werden darf, aber rund ein Viertel der WählerInnen KurdInnen sind mit steigender Tendenz. Was diese Wahl für die türkische Innenpolitik so wichtig machte, war der Versuch, die kurdischen Wählermassen erstmals als politische Kraft wirksam werden zu lassen. Dies sollte zunächst durch ein Votum für die DEP geschehen und nach dem Rückzug der DEP durch den Boykottaufruf der PKK.

Mit mehreren hunderttausend Soldaten, Polizisten, Staatsangestellten und Angehörigen der Miliz und ihren Familien hatte der Staat von vorneherein ein sicheres Stimmenpolster in Kurdistan. Durch die massiven Vertreibungen vor der Wahl wurde das Stimmenreservoir für einen Boykott dem gegenüber um einige hunderttausend Stimmen geringer. Trotzdem und trotz aller Drohungen haben sich an die 50% dem Wahlboykott in Kurdistan angeschlossen, meist durch Ungültigmachen der Stimmzettel.

Die DEP hätte bei freien Wahlen in Kurdistan fast überall die Rathäuser erobern können und in den großen Zuzugsstädten Istanbul, Izmir, Ankara, Adana, Mersin wohl ebenfalls eine Chance gehabt. Wegen der regionalen Überschneidung zwischen den Hochburgen von DEP und Refah hat vor allem letztere vom Rückzug der DEP profitiert.

Ein weiteres Ergebnis des Boykottes ist es, daß nun in vielen kurdischen Kleinstädten Hauptleute der Dorfschützermiliz Bürgermeister geworden sind. Diese stammen zu einem großen Teil aus der traditionellen Stammes-Oligarchie und stehen für Großgrundbesitz und Claninteressen. Ihre Etablierung in den Rathäusern ist ein hoher Preis für den mutigen Boykott der Kommunalwahlen, der innerhalb und außerhalb der Türkei kaum Beachtung gefunden hat.

Die kurdische Frage konnte wieder einmal nicht auf die Tagesordnung der türkischen Politik gebracht werden, und die Gefahr besteht, daß die kurdische Bewegung noch mehr zu der Sprache greift, die die andere Seite von jeher gebraucht, zum Terror. Und dann wird die türkische wie die deutsche Regierung rasch sagen, sie hätten es ja schon immer gewußt.

Jan Keetman

10. Umfrage des nationalen Sicherheitsrates zu den bevorstehenden Kommunalwahlen (aus "Aydinlik")

Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:24

(nach Tageszeitung "Aydinlik", 23.1.94)

"In den 29 Provinzstädten im Südosten der Türkei stehen 87% der Befragten in Opposition zum Staat".

Der Nationale Sicherheitsrat (MGK) hat das Innergesellschaftliche Institut (TIB) beauftragt in 29 Provinzstädten der Türkei, im Osten bzw. Südosten des Landes, eine Meinungsumfrage über die bevorstehenden Kommunalwahlen durchzuführen. Die Ergebnisse der im November in der Region durch den Geheimdienst verdeckt wie offen durchgeführten Umfrage wurde im Oktober dem Staatspräsidenten und dem Nationalen Sicherheitsrat vorgelegt.

Laut dieser Umfrage stehen in den Provinzen Diyarbakir, Sirnak, Mardin, Bingöl, Mus, Siirt, Hakkari, Bitlis, Ufra und Batman 87% der Befragten in Opposition gegenüber dem Staat.

Wie diese staatliche Umfrage belegt, sind 15% der Bevölkerung unentschieden, 63% grundsätzlich pro kurdisch und 9% mehr oder minder pro-kurdisch. Weitere 6% der restlichen 13%, die dem Staat gegenüber nicht in Opposition stehen, würden die Wohlfahrtspartei und 7% andere Parteien wählen.

In Van, Batman, Tunceli, Elazig, Erzurum, Erzincan, Kars, Malatya, Adiyaman, Agri, Ardahan, Igdir, Kahraman Maras, Antep, Hatay, Adana, Kayseri, Sivas und Bayburt dagegen sind 35% der befragten gegen die staatliche Politik und 65% für eine demokratische Lösung der Kurdenfrage

Um diese oppositionelle Kraft zu brechen, wurde ein Sonderfond in Höhe von 217 Mrd. TL bereitgestellt. Hiervon können in den Regionen einflußreiche und vom Staat unterstützte Personen wie Parteien, mit Ausnahme der DEP, Gebrauch machen.

Die Rechnung des MGK

Der Nationale Sicherheitsrat will, daß der Staat am 27. März dieses Jahres einen garantierten Wahlerfolg verbucht. Deswegen wurden folgende Zahlen den Zuständigen gestellt: Im Moment sind 375.000 Wahlberechtigte der Region Staatspersonal. Davon sind 110.000 Soldaten, Polizisten und andere Sicherheitskräfte. 35.000 wahlberechtigte Personen wurden als zusätzliche Militärkräfte in die Region gesandt. Das Wählerpotential der Dorfschützer samt ihrer Angehörigen beträgt 225.000. Den staatlichen Angaben zufolge sind 700.000 Wahlberechtigte staatsloyal.

Nach offiziellen Daten haben 197.000 Einwohner aufgrund von Deportationen und Auswanderungen das Wahlrecht verloren. Weitere 800.000 Personen, die ebenfalls abgewandert sind, ließen sich in und um Diyarbakir nieder und trugen sich nicht in die Wahllisten ein.

Die geheimen Anweisungen

Der Nationale Sicherheitsrat hat Ende Dezember 1993 einen zusätzlichen Erlaß verfügt, demzufolge ein Bericht über Führungszeugnisse und Bedenklichkeitsbescheinigungen der Kandidaten erstellt werden soll. Dies gilt für jeden Kandidaten, gleichgültig welcher Partei.

Der staatlichen Sicht zufolge betrachtet die PKK die Regionalwahlen als ein Referendum und versucht, dafür eine breite Öffentlichkeit zu mobilisieren. Um einen Erfolg der PKK und kurdischen Nationalisten zu verhindern, soll staatlich beauftragtes Sicherheits- und Wahlpersonal den Anweisungen entsprechend eine Wahlmanipulation vornehmen. Sollte dies wegen anwesender Wahlbeobachter nicht möglich sein, dann sollen die Wahlurnen in anderen Orten geöffnet werden. In diesem Fall werden die Urnen per Helikopter transportiert und dem Geheimdienstbericht nach sollen die Urnen unterwegs austauschbar sein.

Beispiele der Verfolgung kurdischer

Politiker und Kandidaten

Gegen 16 Bürgermeister, die aus anderen Parteien in die kurdisch-demokratische DEP eingetreten sind, wurde vom Staatssicherheitsgericht ein Ermittlungsverfahren mit der Begründung der "Spaltung des Staates, des Landes und der Nation" eingeleitet. Gegen die DEP läuft ein Verbotsverfahren vor dem türkischen Verfassungsgericht. Ein Antrag zur Einstellung des Verfahrens seitens der DEP wurde abgelehnt. Der Beschluß über die Aufhebung der Immunität der DEP-Abgeordneten Hatip Dicle, Leyla Zana, Ahmet Türk, Mahmut Alinak und Orhan Dogan ist formell vom Verfassungs- und Rechtsausschuß des türkischen Parlaments als Antrag an die gesamte Kammer weitergegeben worden.

6.1.94: Der DEP-Bürgermeister von Diyarbakir-Silvan wird festgenommen. Einen Tag später werden weitere acht DEP-Mitglieder verhaftet.

10.2.94: Das Dorf des DEP-Abgeordneten von Siirt, Zübeyir Aydar wird von Sicherheitskräften überfallen. 36 Häuser werden angezündet, 26 Menschen festgenommen und den Bewohnern eine 10-Tagesfrist zum Verlassen ihres Dorfes gesetzt. Am 25.1. wird das Dorf ein zweites Mal überfallen und endgültig entvölkert.

Am 20.1.94 explodierte an dem DEP-Gebäude im Viertel Yenisehir in Ankara ein Sprengsatz. Weitere Bombenattentate werden am 30.1.94 gegen die DEP-Gebäude im Mamak-Viertel von Ankara und am 1.2.94 im Viertel Derik in Mardin verübt.

26.1.94: Die Bewohner mehrer Dörfer in Kars werden zur nächstliegenden Polizeistation verschleppt und bei Androhung der Vernichtung ihrer Dörfer davor gewarnt, die DEP zu wählen.

Am 6.2.94 wurde das Vorstandsmitglied der DEP, Murat Bozlak, durch ein Attentat vor seiner Wohnung schwer verletzt.

Am 14.2.94 explodiert am Gebäude der Hauptgeschäftsstelle der DEP-Partei für die Provinz Ankara ein Sprengsatz. Drei Personen einer Handelsgesellschaft, die im gleichen Gebäude ansässig ist, werden leicht verletzt. In der Provinzgeschäftsstelle der SBP-Partei (Sozialistischen Einheitspartei) in Antalya wird Feuer gelegt.

Die Zeitung Özgür Gündem berichtet am 15.2.94: "Wahlterror in Diyarbakir. Die staatliche Politik, die DEP bei den Wahlen unschädlich zu machen, geht Schritt für Schritt auf."

Auf die Ankündigung der DEP hin, ihr Vorsitzender Hatip Dicle werde am 15.2. in Diyarbakir die Bürgermeisterkandidaten bekanntgeben, nahmen die Sicherheitsbehörden in Diyarbakir am 12.2. drei mögliche Kandidaten der DEP vorläufig fest. Gleichzeitig wurde am 13.2. bei einer Razzia durch Anti-Terror-Einheiten gegen den DEP-Sitz in der Provinz Antep vorläufig eine Person festgenommen.

In Diyarbakir wurde bekannt, daß der Bezirksdirektor der Emlak Bank, Metin Tobrak, für das Bürgermeisteramt kandidieren werde. Daraufhin überfiel die Polizei am 12.2. gegen 1.30 Uhr nachts sein Haus und nahm Tobrak ohne Angaben von Gründen vorläufig fest.

In der gleichen Nacht überfiel die Polizei das Haus des Finanzberaters Musi Üzsat, der erwartungsgemäß Bürgermeisterkandidat der DEP in Yenischir werden wird und verhaftete ihn ebenfalls. Bei der Hausdurchsuchung wurden ein kurdisches Wörterbuch und eine kurdische Musikkassette sowie Tagebuchaufzeichnungen seiner Kinder beschlagnahmt. Auch der ehemalige Präsident der Gewerkschaft der im Bildungsbereich Beschäftigten (Egit-Sen), Nebahat Akkoc, der ebenfalls als Bürgermeisterkandidat im Gespräch war, wurde festgenommen.

Da die Teilnahme der DEP an den Wahlen juristisch nicht verhindert werden kann, so der für die Wahlkoordination zuständige Osman Üzcelik, versuchen die Streitkräfte durch Terror, die Partei zu schwächen: "Nachdem die DEP ihre Bürgermeisterkandidaten erklärt hat, nimmt der Druck und die Bedrohung zu. Obwohl wir als Partei alles tun, was in unseren Händen liegt, damit die Wahlen in einer demokratischen Form stattfinden können, sabotieren einige Kräfte des Staates diese Initiative."

Am 23.2.1994 beschloß die kurdische DEP auf ihrem außerordentlichen Parteitag, an den Kommunalwahlen am 27.3. nicht teilzunehmen.

Aus der Erklärung der Parteiversammlung: "Mit Beginn der Wahlkampfphase haben wir, trotz aller Behinderungen, unsere Aktivitäten verstärkt und in vielen Provinzen, Kreisen und Bezirken unsere Kandidaten

aufgestellt sowie der Wahlbehörde gemeldet. Es ist traurig, daß wir vermehrt Ziel von Angriffen werden, je überzeugter wir uns gegen jegliche Angriffe und Spekulationen entschlossen hatten, an der Wahl teilzunehmen. In den letzten 45 Tagen haben wir sieben weitere Märtyrer verloren. Auf sechs unserer Parteibüros wurden Bombenattentate verübt. Bei dem Bombenattentat auf die Parteizentrale in Ankara ist ein Märtyrer gefallen und 17 Menschen wurden verletzt. Die Parteizentrale ist wegen der Verwüstungen nicht mehr benutzbar.

Unter diesen Bedingungen hat sich die erweiterte zweite Versammlung unseres Parteiausschusses, die ab dem 23. Februar zwei Tage lang beriet, unter der Berücksichtigung der Meinung der Teilnehmenden beschlossen: Uns von den Wahlen am 27. März 1994 zurückzuziehen, für die eigens Sondergesetze geschaffen wurden und bei denen uns durch Dorfschützer, Spezialteams, Militär- und Polizeigewalt die Hände gebunden und die Flügel gestutzt werden sollen. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, uns nicht zum Werkzeug dieses Wettkampfes machen zu lassen, bei dem mit undemokratischen Methoden eine Politik verfolgt wird, die darauf abzielt, den Willen unserer Menschen zu beseitigen.

Unsere Parteiversammlung hat diesen Beschluß trotz der Wichtigkeit, die wir den Wahlen beigemessen hatten, in der Meinung und Überzeugung gefaßt, daß sie der Durchführung wirklich demokratischer Wahlen dienen will, und daß diesen Wahlen jedoch keine Legitimität mehr geblieben ist."

Die Parteiversammlung der DEP,

25.2.1994

11. Cizre - eine Stadt in Türkisch-Kurdistan

Autor: Sabine Ott · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:22

"... wer die Menschenrechte einfordert, unterstützt die PKK. Sie benutzen die Menschenrechte als Vorwand"

Aus südlicher Richtung die Stadt Cizre erreichend, bietet sich dem Reisenden ein fast idyllisches Bild: Der Tigris sucht sich in gemächlichem Fluß seinen Weg durch die Ebene, an seinem gegenüberliegendem Ufer eine alte Festung, um die sich die Häuser der Stadt scharen und die Minarette der Moscheen versuchen, den Himmel zu erreichen. Hinter der Stadt erheben sich die Cudi-Berge in fast beschützend anmutender Weise.

Aber der Schein trügt: Vor der Brücke über den Tigris, von wo aus dieser Blick möglich ist, befindet sich eine der Militärkontrollen, die sämtliche Zugänge zu der Stadt kontrollieren. In der Festung ist Militär stationiert, das auch von diesem Punkt aus von Zeit zu Zeit die Stadt beschießt. Auch die Moscheen werden zu solchen Operationen benutzt. Dem gegenüber agiert in den Cudi-Bergen die Arbeiterpartei Kurdistans PKK.

Durch Cizre, das an der syrisch/irakischen Grenze liegt, führt die seit Beginn der 70er Jahre bedeutende Handelsstraße in den Irak. Nach dem Zerwürfnis der beiden Baath-Parteien des Irak und Syriens war die Straße von Aleppo nach Bagdad für den Handel gesperrt. Der gesamte Warenverkehr vom Mittelmeer in den Irak u.a. passierte nun auch die Stadt Cizre, die als Grenzstadt zunehmend an Bedeutung erlang. Das ökonomische Leben der Stadt beruhte auf diesem Handel: zahlreiche Geschäfte säumten die Straße, Hotels und Restaurants für die Handelsreisenden und Fahrer der LKWs, Autoreparatur-Werkstätten und andere kleine Handwerksbetriebe deckten den notwendigen Bedarf des durchfließenden Verkehrs.

Eine große Rolle spielte der Transport von Erdöl aus der irakisch-kontrollierten, eigentlich kurdischen Stadt Kirkuk an die türkische Mittelmeerküste. Mit der Verhängung des UN-Embargos im August 1990 gegen den Irak kam der Handel und damit das ökonomische Leben Cizres zum Stillstand. In der gesamten Grenzregion mußten 15.000 LKWs verkauft werden und in Cizre hatten von 2.500 Läden, Lokalen und Werkstätten, meist Familienbetriebe, am 1. Januar 1991 noch 30 geöffnet.

Die Bedeutung der Stadt Cizre war schon immer abhängig von der internationalen Politik einerseits und von der Zentralregierung andrerseits. Im osmanischen Reich als Hauptstadt des Emirats Botan ein politisches Zentrum, sank die Bedeutung Cizres mit der Nationalstaatenbildung nach dem 1. Weltkrieg auf ein fernab liegendes Provinznest. Kam einerseits mit dem UN-Embargo der 20 Jahre lang der Stadt einen Aufschwung gebenden Handel mit dem Irak und Kuwait zum Erliegen, so stieg andererseits die Abhängigkeit von der Zentralregierung. Bereits seit Entstehen der Türkischen Republik verfolgten sämtliche Regierungen die Strategie der industriellen Nicht-Entwicklung gegenüber der kurdischen Region. Der Stadtverwaltung Cizres, an deren Spitze von 1989-1994 ein unabhängiger Bürgermeister stand, wurden von Ankara kaum Gelder zuteil.

Nach der Intifada in Südkurdistan 1991 und der Einrichtung einer autonomen kurdischen Region, die allerdings international von keiner Regierung anerkannt wurde, hat die Türkei die alleinige Macht, die Habur-Grenze zu kontrollieren. Dieser Grenzübergang zwischen der Türkei bzw. Türkisch-Kurdistans und dem irakischen Teil Kurdistans ist für letzteren die einzig offizielle Grenze. Welche Macht die türkische Regierung damit in den Händen hält, zeigt der "erlaubte" Schmuggel mit überdimensionierten Reservetanks, der nach dem UN-Embargo auch der Stadt Cizre eine kleine Einnahmequelle bot. Heute säumen diese verrosteten Tanks die Straßen Cizres, stapeln sich in Hinterhöfen - ein sichtbares Zeichen für die Willkür des türkischen Staates, die Grenze für bestimmte Güter zu öffnen - oder auch nicht.

Cizre - März 1994: Die vom Regen aufgeweichten Straßen sind fast leer, die Spuren der ständig patrouillierenden Panzer und Militärjeeps haben sich im lehmigen Matsch eingegraben. Viele Geschäfte sind geschlossen, manche ausgebrannt. Fast alle Häuser zeigen Einschußlöcher. Die Teehäuser sind leer, dann und wann hasten Menschen eilig durch die Straßen. Im Innern der Stadtviertel sind nur noch Kinder in den Gassen zu sehen. Ab und zu ein Wort, ein kurzer, hingeschleuderter Satz: "Früher war es anders hier."

Früher - das begann 1990, als sich in Cizre an Newroz am 21. März zum ersten Mal eine große Demonstration für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes formierte. Es war das erste Jahr, in dem der kurdische Widerstand auch in Kleinstädten in Form der sog. Serhildans, "Volksaufstände", sichtbar wurde, wobei der

Name Cizre in den folgenden Jahren zum Symbol dieses Widerstandes wurde. Für diese Entwicklung liegt eine Ursache in der seit Ende der 80er Jahre zunehmenden Vertreibung der Landbevölkerung, die den Widerstand in die Städte trug. Diese "Landflucht" wurde mit ökonomischem Druck ausgelöst: War der Handel mit Tieren durch das UN-Embargo unterbunden, so wurde der Schmuggel, eine wichtige ökonomische Einnahmequelle, durch immer stärkere Maßnahmen der Grenzsicherung und der Verminung großer Gebiete verunmöglicht. Mit dem Verbot der Sommerweide, der Einrichtung sogenannten "verbotener Regionen" und der kontrollierten Ein- und Ausfuhr von Waren in bzw. aus den Dörfern seitens des türkischen Militärs sollte der Guerilla ihre Logistik und Basis entzogen werden. Herden wurden erschossen, die Felder kurz vor der Erntezeit angezündet. Mit der systematischen Zerstörung von Dörfern - bisher wurden über 800 Dörfer zerstört - begann eine Massenflucht, zuerst in die nächst gelegenen Kleinstädte. Die EinwohnerInnenzahl Cizres stieg von 30.000 auf 65.000. Von da aus führt der Weg die Menschen oft weiter über die kurdischen Großstädte in den Westen der Türkei (in den 80er Jahren hatten die Metropolen der Türkei durchschnittlich einen jährlichen Zuwachs von 700.000 EinwohnerInnen) und nach Europa und in die Golfstaaten (mit Rückkehrpflicht).

Inzwischen hat die türkische Regierung auch begonnen, Menschen in den kurdischen Nordirak abzuschieben. Mit der Bemerkung "Geht doch zu euren Kurden!" wurden sie gegen ihren Willen über die Grenze gebracht. Insgesamt sind bisher 4.000 KurdInnen aus Türkisch-Kurdistan in der südkurdischen Region angekommen, zum Teil auch "freiwillig", zum Teil nur vorübergehend.

"Wenn man von Cizre nach Uludere, Richtung Hakkari fährt, sind rechts und links der Straße sämtliche Dörfer leer und die Häuser zerstört. Es sind entweder nur noch Stellungen von Soldaten da oder Dörfer, wo Dorfschützer sind", berichtet der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins von Cizre, der Rechtsanwalt Ali Dinler. Mit der Vertreibung der Landbevölkerung sind auch die Dorfschützer, mit dem Staat kollaborierende kurdische Stämme, in die Kleinstädte gekommen bzw. wurden dort, wie in Cizre, systematisch angesiedelt. Dorfschützer zu werden ist einerseits ein aufgrund der ökonomischen Situation verlockendes Angebot, da die staatlichen Zahlungen relativ üppig sind. Andererseits werden Menschen mit der Androhung, daß ihr Dorf angezündet wird, gezwungen, Dorfschützer zu werden. Ein Kurde beschreibt dies so: "Die Situation in den Dörfern ist die, daß auf jeden Fall die Guerilla kommt und von ihnen Hilfe will, und dann kommen am nächsten Tag die Leute vom Staat und sagen, sie müssen mit dem Staat zusammenarbeiten und in beiden Fällen können sie nicht bleiben. Wenn sie der Guerilla helfen, kommt der Staat und zerstört die Dörfer. Wenn sie es ablehnen, der Guerilla zu helfen und sich auf die Seite des Staates stellen, dann werden sie von der Guerilla bedroht."

Im November 1993 trafen sich Ministerpräsidentin Tansu Ciller, Innenminister Nahit Mentese und der General der paramilitärischen Jandarma mit 12 kurdischen Stammesführern in Ankara. Mit diesem Treffen wurde der Strategie, Stammeshierarchien im Kampf gegen die PKK auszunutzen und Kurden gegen Kurden kämpfen zu lassen, im Hinblick auf die Wahlen am 27. März nochmals besonderer Ausdruck verliehen. Die systematische Entvölkerung Cizres war die grausame Umsetzung dieser Strategie: Seit Beginn des Jahres 1994 wurden Stadtviertel, in denen der Widerstand am stärksten war, beschossen. Das Stadtviertel Cudi wurde mit Hilfe der Milizen der Dorfschützer völlig entvölkert. Stadtviertel um Stadtviertel wurde durchkämmt und die EinwohnerInnen aufgefordert, Dorfschützer zu werden oder wegzuziehen. Hunderte von Einwohnern wurden festgenommen und tagelang gefoltert. Die Häuser derer, die sich dem Druck nicht beugen wollten, wurden nachts gezielt mit Mörsern beschossen. Dabei starben viele Menschen, viele wurden verletzt, tausende flohen. 300-350 Dorfschützer, Mitglieder des Stammes der Tayan unter Führung von Kamil Atak, wurden in Cizre bis zum März angesiedelt. Früher nur mit einer Pistole ausgerüstet, fahren sie heute schwerbewaffnet, ihre Macht demonstrierend, auf Panzern durch die Straßen.

30.000 EinwohnerInnen sind aus Cizre geflohen, nur wenige aus dem Cudi-Viertel haben in anderen Stadtteilen Unterschlupf gefunden, was für die Militärs Anlaß genug war, auch die inneren Stadtviertel Cizres mit Mörsergranaten zu bombardieren. Neben den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der ständigen Bedrohung nennt ein Einwohner Cizres weitere Fluchtgründe: "Früher war es so, daß Guerillas als normale Bürger getarnt in der Stadt gelebt haben, die haben sich dann zurückgezogen aus ihren Häusern. Dann war es so, daß die Bevölkerung gedacht hat, die ziehen sich da zurück, also wollen die von außen angreifen, einen stärkeren Angriff auf die Dorfschützer starten. Und sie hat befürchtet, wenn die das machen, dann kommen von den Dorfschützern und dem Staat zusammen stärkere Gegenangriffe auf die Stadt und die Bevölkerung, und es sind viele geflohen. Dann war noch ein wichtiger Faktor, daß viele, die geblieben sind und für die sich

die Situation verschlechterte, auch neu Dorfschützer geworden sind. Es sind auch welche Dorfschützer geworden, die zuvor PKK-Guerillas gewesen waren. Und das hat natürlich die Menschen völlig in Panik versetzt, weil das für die, die vorher die Guerilla unterstützt haben, bedeutete, daß sie den neuen Dorfschützern bekannt sind, und jetzt können diese entsprechend gegen sie vorgehen. Es sind auch mehrere Leute daraufhin umgebracht worden, aufgrund dieser Informationen."

Auf dem größten Platz Cizres, der großen Straßenkreuzung Dört Yol, waren noch täglich Kleinbusse zu beobachten, die sich, vollbepackt mit Hausratsgegenständen und im Beisein der Familienmitglieder, aufmachten, die Stadt zu verlassen. Sie werden diejenigen sein, die den Widerstand in die türkischen Großstädte tragen.

Cizre - 21. März: Von den 30.000 EinwohnerInnen haben nochmals 20.000 über Newroz und den Wahltag die Stadt verlassen. Nach der nächtlichen Ausgangssperre sind die Straßen noch immer wie leergefegt. Die Rolläden der Geschäfte bleiben geschlossen - ein stilles Zeichen des Widerstandes gegen das, was nun folgen sollte: gegen 9 Uhr dröhnt aus Lautsprechern türkische Nationalmusik. Langsam füllt sich der Platz mit Dorfschützern, und mit Polizei und Militär, auch in Zivil, mit Gewehren im Anschlag, mit Panzern. Gefeiert wird das "alttürkische Fest Newroz" - so die Devise der Regierung. Rund 400 Personen haben sich versammelt, darunter viele Kinder, nur wenige Frauen, um der aufpeitschenden Rede ihres Stammesführers Kamil Atak zuzuhören, der außer Parolen gegen die PKK nichts zu sagen hat. Es herrscht eine gespenstische, angstvolle Atmosphäre, die Stille und Leere der angrenzenden Straßen kann auch mit der sich überschlagenden Stimme des Redners nicht übertönt werden. Der Führer der PKK, Abdullah Öcalan, hatte empfohlen, Newroz zu Hause zu feiern und nur dort die traditionellen Newroz-Feuer zu entzünden, wo dies möglich ist. "Jeder Tag ist Newroz", titelte die Tageszeitung Özgür Gündem, Abdullah Öcalan zitierend.

Die inszenierte Newroz-"Feier" war zugleich eine Wahlkampfveranstaltung der Refah-Partei, der Partei der islamischen Fundamentalisten. Der Chef des Dorfschützerstammes war zugleich Bürgermeisterkandidat der Refah-Partei. Daß in anderen Orten die Dorfschützer in anderen Parteien organisiert sind, zeigt, daß es nicht um politische Programme, sondern um ein Kräftemessen zwischen Staat und PKK geht.

Die kalte Inszenierung scheint perfekt: Soldaten verteilen aus Panzern heraus Bonbons an die Kinder, die in den Farben der Refah-Partei eingewickelt sind. Der amtierende Bürgermeister Hasim Hasimi wird mit einem Panzer vorgefahren, spricht sehr zögernd ein paar belanglose Sätze und wird in Begleitung von Zivilpolizisten mit demselben Gefährt wieder in die Stadtverwaltung zurückgebracht. Doch am Rande der Szenerie stehen auch vereinzelt Menschen, die verstohlen andeuten, daß der Widerstand auch in Cizre nicht endgültig zerschlagen ist.

Das Dilemma bei den Wahlen stellt sich folgendermaßen dar: Der Wahlboykott, zu dem die PKK aufgerufen hat, ist insoweit politisch wichtig, den Wahlen keine Legitimation zu verleihen. Folgt andrerseits die Bevölkerung Cizres diesem Aufruf, so ist damit der Sieg der Dorfschützer vorprogrammiert. Auf die Frage, welche Bedeutung solch ein Sieg für die Bevölkerung Cizres hätte, antwortete der Rechtsanwalt Ali Dinler: "Wenn der Dorfschützer gewinnt, ist ganz Cizre dem Staat ausgeliefert. Von der kurdischen Bevölkerung, die jetzt noch da ist, würde dann sicher wieder der größte Teil gehen. Die Leute, die dann bleiben, wären völlig unter Druck und praktisch in einer Sklavensituation."

Kamil Atak hat die Wahl gewonnen.

Zur gleichen Zeit, in der die türkische Regierung mehr denn je gewillt ist, ihren Vernichtungskrieg gegen die kurdische Bevölkerung durchzuziehen, wo mit Hilfe des Militärs, der Kontra-Guerilla und der Dorfschützer-Milizen blutige Tatsachen geschaffen werden, um sie anschließend durch angeblich demokratische Wahlen legitimieren zu lassen - in dieser Zeit erfreut sich der türkische Staat breitester Unterstützung seitens der BRD-Regierung. Mit der Sichtweise, daß die PKK die Menschenrechte nur als Vorwand benutzt, um ihren "Terror" auszuüben - eine Sichtweise, die die Regierungen der Türkei und der BRD mittlerweile in völliger Übereinstimmung teilen - werden sämtliche Menschenrechte außer Kraft gesetzt. Die BRD ist nicht nur gewillt, diesen Terror der türkischen Staatsmacht zu unterstützen, sondern hat auch die Absicht, Menschen diesem Terror auszuliefern. "Die in die Türkei Abgeschobenen werden dann hier verhaftet und wegen PKK-Mitgliedschaft bzw. Unterstützung verurteilt werden. Und wenn die dann noch etwas

konstruieren, daß die Abgeschobenen angeblich in bewaffnete Aktivitäten verwickelt waren, dann würde ihnen die Todesstrafe drohen. Sonst 10-15 Jahre.", so der Rechtsanwalt Ali Dinler.

Sabine Ott

12. Informationelle Sonderbehandlung von ImmigrantInnen und Flüchtlingen

Autor: Thilo Weichert · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:27

Die Erfassung des "Fremdvölkischen"

Der Einsatz konventioneller oder automatisierter Datenverarbeitung zur Ausgrenzung gesellschaftlicher "Randgruppen" hat in Deutschland Tradition. Eine dieser Minderheiten ist seit ehedem die Gruppe der "Nichtdeutschen". Nach 1933 wurde in enger Zusammenarbeit von Polizei, Gesundheits- und Sozialverwaltung ein effektives System zur Erfassung und Aussonderung "undeutscher Elemente" mit Hilfe von Karteien, Zählungen, Meldepflichten und Ausweisen geschaffen. 1934/35 begann das rassenpolitische Amt mit dem Aufbau von "Asozialenkarteien". 1935/36 folgte die Sonderregistrierung der Juden, der "Zigeuner" und sonstiger "Fremdvölkischer". Die Erfassung nach Rassen und Nationalitäten diente der Ausgrenzung und differenzierten Behandlung, der gewalttätigen Unterdrückung, Deportation (Evakuierung) und Vernichtung, aber auch der "Effektivierung" der Rohstoff- und Arbeitskräfteplanung für die Vorkriegs- und die Kriegswirtschaft (1).

Ausländererfassung in der Bundesrepublik

Erstaunlicherweise sahen die Mütter und Väter des Grundgesetzes, welche bestrebt waren, bei der Schaffung einer demokratischen bundesdeutschen Verfassung Lehren aus dem Nationalsozialismus zu ziehen, keine Veranlassung, aus der informationellen Sonderbehandlung von Minderheiten rechtliche Konsequenzen abzuleiten (2). Die Kontinuität des Ausländerrechts währte bis 1965 (3). Die Erfassung der Ausländerinnen und Ausländer wurde aber auch danach nicht gesetzlich, sondern in exekutiven Bestimmungen über die Führung von Ausländerkarteien geregelt (4). Die mangelnde Beachtung dieses Themas durch den Gesetzgeber erlaubt jedoch nicht den Schluß, daß die Erfassung ausländischer Personen nicht stattfand, daß ihr keine Funktion zukam. Das Gegenteil ist vielmehr richtig: Schon 1953 wurde in Köln eine alle in der Bundesrepublik lebenden Nichtdeutschen erfassende zentrale Datei, das Ausländerzentralregister (AZR) eingerichtet. Gerechtfertigt wurde dieses Register, das lange Zeit die größte staatliche Personendatenbank in der Bundesrepublik war, mit der notwendig gewordenen Ausländerkontrolle, nachdem paßrechtliche Erleichterungen eingeführt wurden und nachdem erste ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland kamen. Das Bundesinnenministerium (BMI) sah deshalb die "Notwendigkeit einer verstärkten Überwachung der Ausländer im Bundesgebiet". Schon früh, seit dem 1.8.1967, wurde die Hauptkartei des AZR auf automatisiertes Verfahren umgestellt. 1975 waren dort 6,6 Mio. Datensätze über Immigrantinnen, Immigranten und Flüchtlinge elektronisch gespeichert. Ende der 80er Jahre erreichte das Register einen Umfang von knapp 10 Mio. Datensätzen (5).

Das Ansteigen der Asylbewerberzahlen Anfang der 80er Jahre hatte erstaunlicherweise keine informationstechnischen Maßnahmen zur Folge. Zwar legte der Bundesbeauftragte für den Datenschutz (BfD) in seinem Tätigkeitsbericht für das Jahr 1980 offen, daß das AZR ohne erkennbares Konzept betrieben wurde und mit großen Mängeln behaftet war (6). Es dauerte jedoch über zehn Jahre, bis die Neukonzeption des Registers umgesetzt wurde.

Auch die rechtliche Entwicklung hinkte den sich ergebenden Notwendigkeiten weit hinterher. Im Gesetz über die Errichtung des Bundesverwaltungsamtes von 1959 heißt es lapidar: "Das Bundesverwaltungsamt führt das Ausländerzentralregister, das der Erfassung von im Bundesgebiet wohnhaften Ausländern dient" (7). Erst mit dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts Ende 1983 setzte sich die Erkenntnis durch, daß die informationelle Erfassung von Menschen einen hoheitlichen Eingriff darstellt, der einer gesetzlichen Regelung bedarf (8). Das Gericht leitete aus den Art. 1 und 2 Grundgesetz (GG) ein "Recht auf informationelle Selbstbestimmung" ab, das allen Menschen, unabhängig von Rasse und Nationalität, zustehen sollte. Daß dieses Recht Ausländerinnen und Ausländern zusteht, war offensichtlich nicht im Bewußtsein der Verfassungsrichter, die im selben Jahr entschieden hatten, daß die Führung von Ausländerakten keiner speziellen Rechtsgrundlage bedürfe. Grundsätzlich würden "den Grundrechten der betr. Ausländer bei rechtem Verständnis" keine Gefahren drohen. Ausländerakten müßten "im wohlverstandenen Interesse des

Ausländers" vollständig sein und dürften deshalb, auch wenn die Eintragungen für diesen negativ sind, nicht gelöscht werden (9).

Die informationelle Diskriminierung von Nichtdeutschen wurde zwar nirgends ausdrücklich festgeschrieben, ergab sich aber von Anfang an wie selbstverständlich sowohl aus den rechtlichen Bestimmungen als auch aus der exekutiven Praxis. So sieht § 10 des Bundeszentralregistergesetzes vor, daß neben strafrechtlichen Verurteilungen und waffenrechtlichen Entscheidungen einfache ausländerrechtliche Verwaltungsbescheide wie Ausweisungs- und Abschiebeverfügungen im Bundeszentralregister gespeichert werden, als ginge von sich in der Bundesrepublik illegal aufhaltenden Ausländerinnen und Ausländern eine ebenso große Gefahr aus wie etwa von Straftätern oder illegalen Waffenbesitzern.

1972 wurde das Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) aus Besorgnis "über die Zunahme politisch motivierter Straftaten von Ausländern" ergänzt um die Aufgabe der Nachrichtensammlung über Bestrebungen, "die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichteter Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden". Damit wurde erstmals durch Regelungen im Grundgesetz (GG) und im BVerfSchG den Ämtern für Verfassungsschutz neben dem Schutz der Verfassung ausdrücklich eine Staatsschutzaufgabe, d.h. die Absicherung der Außenpolitik der Bundesregierung, zugewiesen (10). Daß Nichtdeutsche für die Ämter für Verfassungsschutz von besonderem Erfassungsinteresse sind, zeigen die offiziellen Angaben: Während das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) 1989 bundesweit 97.250 der ca. 4,6 Mio. Ausländerinnen und Ausländer als sicherheitsgefährdend oder extremistisch erfaßt hatte, waren zur gleichen Zeit insgesamt 77.000 von ca. 60 Mio. Deutschen als links- oder rechtsextremistisch gespeichert (11). Glaubt man diesen Angaben, so ist die relative Erfassungsquote bei Nichtdeutschen ca. 20 mal höher als bei Deutschen. Auch die Polizei sah und sieht in dem Umstand, daß ein Mensch keinen deutschen Paß hat, ein besonderes Gefahrenpotential. Nach den heute noch geltenden BKA-Dateienrichtlinien von 1981 (12) sind Ausländerinnen und Ausländer als besonders gefährliche Personen zu speichern, wenn dies "nach grenzpolizeilichen, ausländerrechtlichen, paßrechtlichen oder sonstigen Rechtsvorschriften" erforderlich ist. Während in der polizeilichen INPOL-Fahndungsdatei die Regellöschungsfrist bei justiziell gesuchten Kriminellen 1 Jahr beträgt, werden Ausweisungen und Abschiebungen 10 Jahre lang gespeichert. Dies führte dazu, daß z.B. 1982 von den ca. 200.000 Fahndungsnotierungen in der INPOL-Personenfahndung allein 115.000 auf Ausländerinnen und Ausländer fielen (13).

Wegen des umfassenden Regelungsansatzes des alten wie auch des neuen Ausländergesetzes, nach welchem der Vollzug der Ehe, die Wohnungsgröße, das Maß der erreichten Integration, die genaue Art und Weise des Lebensunterhalts usw. von rechtlicher Relevanz ist, wurden und werden auch Informationen über all diese Umstände erhoben, gespeichert und ausgewertet. Hierbei kommen teilweise spezielle Ausländerermittlungstrupps zum Einsatz (14). Schamgefühl und Privatsphäre der ausländischen Bürgerinnen und Bürger spielen oft keine Rolle.

Es zeigt sich also, daß sowohl rechtlich-qualitativ wie auch quantitativ eine informationelle Sonderbehandlung von Ausländerinnen und Ausländern in der Bundesrepublik erfolgt. Diese Sonderbehandlung läßt sich in keiner Weise rechtfertigen. Wissenschaftliche Untersuchungen kommen immer wieder zu dem Ergebnis, daß z.B. die Straffälligkeit von Ausländern sich von der Deutscher zahlenmäßig nicht signifikant unterscheidet (15). Dies führte dazu, daß die Bundesjustizministerin Leutheuser-Schnarrenberger anregte, in der polizeilichen Kriminalstatistik auf die Unterscheidung zwischen deutschen und ausländischen Verdächtigen bzw. Tatbeteiligten zu verzichten, was jedoch vom Bundesinnenministerium zurückgewiesen wurde (16).

Für die polizeilich begründete informationelle Sonderbehandlung gibt es auch keine verfassungsrechtliche Legitimation. Auch wenn das Grundgesetz kein ausdrückliches Diskriminierungsverbot für Ausländerinnen und Ausländer enthält, so läßt sich aus einer Gesamtsicht aller verfassungsrechtlichen Regelungen ableiten, daß eine besondere Behandlung von Ausländern zu Zwecken der Gefahrenabwehr nicht gerechtfertigt ist (17).

Die rechtliche Einkreisung

des Datenschutzes

Unter diesen Rahmenbedingungen ist die informationelle Erfassung und Kontrolle von Ausländerinnen und Flüchtlingen zu sehen.

Der rechtliche Einstieg hierzu erfolgte durch den Bundesgesetzgeber mit der Novellierung des Ausländergesetzes (18). Unter dem Vorwand, eine verfassungskonforme, mit dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung zu vereinbarende gesetzliche Grundlage für Informationseingriffe zu schaffen, wurde in den §§ 75 bis 80 AuslG der juristische Grundstock für die Totalüberwachung der ausländischen Bevölkerung geschaffen. § 76 Abs. 2 AuslG sieht vor: "Öffentliche Stellen haben unverzüglich die zuständige Ausländerbehörde zu unterrichten, wenn sie Kenntnis erlangen von 1. dem Aufenthalt eines Ausländers, der weder eine erforderliche Aufenthaltsgenehmigung noch eine Duldung besitzt, 2. dem Verstoß gegen eine räumliche Beschränkung oder 3. einem sonstigen Ausweisungsgrund". Die in dieser Vorschrift enthaltene Denunziationspflicht aller öffentlich Bediensteter stieß bei vielen von diesen auf heftigen Widerstand und führte zu einer gemeinsamen Ankündigung, diese menschenunwürdige Vorschrift zu mißachten (19). Juristinnen und Juristen sind sich überwiegend darüber einig, daß die Regelungen verfassungswidrig sind (20). Aufgrund dieser klaren Front gegen das Gesetz sah sich das BMI veranlaßt, am 25.2.1991 vorläufige Anwendungshinweise bekannt zu machen, die der Kritik die Spitze zu nehmen suchen, indem es die Datenerhebung über Ausländerinnen und Ausländer unter Verstoß gegen das AuslG einschränkend "präzisierte". Damit und mit der bisherigen Weigerung der Bundesregierung, verbindliche Durchführungsvorschriften zu den Datenverarbeitungsregelungen zu erlassen, wurde der Kritik an den Vorschriften vorläufig der Boden entzogen. Die Praxis der Ausländerbehörden richtet sich am Althergebrachten oder nach eigenem Gusto, nicht an rechtsstaatlichen Prinzipien der Erforderlichkeit und Berechenbarkeit, aber auch nicht am uferlosen Wortlaut des neuen AuslG. Dies ändert nichts an dem Umstand, daß der §76 AuslG eine öffentliche Denunziationspflicht vorsieht, welche in der bundesdeutschen Rechtsordnung, abgesehen von dem auch jüngst verabschiedeten §18 Abs. 1 BVerfSchG (21), einzigartig ist.

Der nächste Schritt zur informationellen Einkreisung von Nichtdeutschen bestand in der Novellierung des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) vom 26.6.1992 (22). Zuvor war in §13 AsylVfG lediglich vorgesehen, daß bei Zweifeln an der Identität von Asylsuchenden diese einer erkennungsdienstlichen (ED-)Behandlung unterzogen werden konnten. Das Bundeskriminalamt (BKA) sollte schon damals dem Bundesamt für die Anerkennung von ausländischen Flüchtlingen (BAFl) bei der Auswertung der Fingerabdrücke "Amtshilfe" leisten. In der Praxis wurde diese Regelung oft so ausgelegt, daß bei Stellen eines Asylantrags grundsätzlich Zweifel an der Identität bestünden, weshalb auch partiell eine ausnahmslose ED-Behandlung erfolgte (23). In § 16 AsylVfG '92 wurde aus dieser illegalen Praxis Gesetz: Unter Verletzung des verfassungsrechtlichen Erforderlichkeitsprinzips werden nunmehr alle Asylsuchenden einem Generalverdacht ausgesetzt und einer ED-Maßnahme unterzogen. In den §§ 7 und 8 AsylVfG '92 wurden zudem Regelungen aufgenommen, die weitgehend den §§ 75, 76 AuslG entsprechen. Doch auch diese Ermächtigungsnormen schienen noch nicht auszureichen, um Asylsuchende hinreichend in den informationellen Griff zu bekommen. Am 26.5.1993 verabschiedete der Bundestag den sog. Asyl-"Kompromiß", der neben der Abschaffung des vorbehaltlosen Asylgrundrechts weitgehende informationelle Eingriffsbefugnisse enthält: Zur Verfolgung von Straftaten, Ordnungswidrigkeiten, zum Zweck der Versorgung und Betreuung von Asylsuchenden, sowie zur "Aufdeckung und Verfolgung von unberechtigtem Bezug von Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz, von Leistungen der Kranken- und Unfallversicherungsträger oder von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe" dürfen Daten praktisch unbeschränkt ausgetauscht werden. Besonders heikel ist, daß damit auch die Verpflichtung festgeschrieben werden soll, Angaben über in der Heimat begangene Straftaten, die zur Begründung des Asylantrags mitgeteilt wurden, den Strafverfolgungsbehörden weiterzugeben. Die ED-Behandlung setzt künftig keinen zu prüfenden Asylantrag voraus. Auch schon an der Grenze abgewiesene Flüchtlinge sollen erkennungsdienstlich erfaßt werden. Die Konsequenz: Die Wahrnehmung eines Grundrechts wird informationsrechtlich als kriminelle Tat behandelt.

Die nächste gesetzliche Verschärfung wird schon vorbereitet: Nach dem Willen der neuen CDU/SPD-Landesregierung von Baden-Württemberg soll auf Bundesebene ein "umfassender Informations- und Datenverbund zwischen den berührten Stellen (Sozialhilfeträger, Unterbringungsverwaltung, Ausländerverwaltung, Träger der Sozialversicherung, Kfz-Zulassungstellen, Polizei u.a.)" ermöglicht werden (24). Eine weitere Maßnahme besteht in den Planungen für ein Gesetz über das AZR. Dort wird der automatisierte Zugriff relevanter Behörden wie z.B. der Bundesanstalt für Arbeit, der Polizei oder des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf das AZR vorgesehen. Das Gesetzgebungsverfahren für das AZR-Gesetz ist seit zwei Jahren nicht erkennbar weiterbetrieben worden (25).

Die Praxis der Ausländererfassung

Zwar wurde mit dem AZR schon früh ein Instrument der Totalerfassung geschaffen, welches auch bald automatisiert wurde. Die Automation der Ausländer- und Asylverfahren verlief aber in den 80er Jahren eher schleppend. Dies änderte sich schlagartig Ende der 80er Anfang der 90er Jahre. Begonnen wurde mit der Neukonzeption des AZR, die darauf angelegt ist, den automatisierten Datenaustausch zwischen allen Ausländerbehörden und dem AZR, aber auch zu Asyl-, Polizei-, Arbeits- und Verfassungsschutz-Behörden zu ermöglichen.

Parallel dazu wird die Automation der Ausländerbehörden vorangetrieben, wobei regelmäßig mit Systemen gearbeitet wird, die einen weit über die rechtlichen Bestimmungen hinausgehenden Datensatz enthalten und die die elektronische Kommunikation mit AZR sowie anderen kommunalen und regionalen Dateien ermöglichen, so etwa das in Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen eingesetzte System LaDiVA (Landeseinheitliches Dialogverfahren für das Ausländerwesen) (26).

Lange Zeit hatte die Datenverarbeitung im Rahmen von Asylverfahren einen eher vorsintflutlichen Charakter. Ursache hierfür war wohl vorrangig das Kompetenzengewirr und der Zuständigkeitsstreit im Asylverfahren zwischen Bund (BAFl) und verschiedenen Einrichtungen der Länder. Seit kurzem übernimmt nunmehr aber der Bund hinsichtlich der Automation im Asyl- Bereich die Rolle des Vorreiters. Im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFl) wird das Verfahren ASYLON (Asyl online) betrieben, das die geplanten 50 Außenstellen des BAFl miteinander vernetzt und die Aktenbearbeitung der Asylverfahren automatisiert. ASYLON und AZR werden derart miteinander verknüpft, daß die Daten des jeweils anderen Systems übernommen werden können (27).

Völlig neue Maßstäbe werden jedoch bei der Erhebung und Auswertung der flächendeckend und ausnahmslos erhobenen Fingerabdrücke der Asylsuchenden gesetzt. Um Doppelantragstellungen aufzuspüren, werden von allen Asylsuchenden Zehnfingerabdrücke erhoben, welche nach einem für kriminalistische Zwecke der Spurenzuordnung entwickelten Verfahren verformelt und seit 3.12.1992 im zentralen Automatischen Fingerabdrucksystem (AFIS) beim BKA gespeichert werden. Mit Hilfe von AFIS sollen jährlich 400.000 Datensätze erfaßt und mindestens ebenso viele Datenabgleiche mit vorhandenen Beständen durchgeführt werden. Im Monat Januar 1993 wurde damit bei 5,5% der Asylanträge festgestellt, daß es sich um einen Doppelantrag handelt. Im April 1993 lag diese Quote schon bei über 20%. Das AFIS-Verfahren hat aber nicht nur den Zweck der Identifizierung von Flüchtlingen. Ganz nebenbei wird damit eine Vollerfassung aller Asylsuchenden erreicht und eine Referenzdatei für die kriminalistische Spurensuche geschaffen, die weltweit ihresgleichen sucht (28).

Ausweitung der

Erfassung auf Europa

Ausländerrecht fiel bisher ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich nationaler Behörden. Dies wird sich in Kürze nach Inkrafttreten des Dubliner EG-Asylübereinkommens vom 19.6.1990 sowie des sog. Schengener Zusatzübereinkommens vom 15.6.1990 (Schengen II) (29) grundsätzlich ändern. Damit ist der "Mißbrauch des Asylrechts" neben der Bekämpfung des "Internationalen Drogenhandels" der Türöffner für die Europäisierung der ordnungspolizeilichen Datenverarbeitung. Nach diesen internationalen Verträgen verabreden EG-Staaten, ihre asyl- und ausländerrechtlichen Entscheidungen (z.B. Ausweisung, Ausstellung Sichtvermerk) gegenseitig anzuerkennen und umzusetzen. Der Asylantrag eines Flüchtlings aus einem Drittland kann nur noch in einem der Staaten gestellt werden. Die Abstimmung ausländer- und asylrechtlicher Maßnahmen zwischen den Vertragsstaaten setzt den Austausch höchst sensibler Personendaten voraus, was zu existentiellen Eingriffen in das Leben der Betroffenen führen kann. Der Datenschutz ist insbesondere beim konventionellen Datenaustausch über die sog. "Drittausländer" nicht gewährleistet. So wird z.B. eine "gemeinsame Liste von zur Einreiseverweigerung ausgeschriebenen Ausländern" geplant, nach altem DDR-Vorbild eine polizeiliche Meldepflicht von Drittausländern spätestens drei Tage nach Einreise, eine besondere Hotelmeldepflicht für fremde Staatsangehörige, Konsultationspflichten bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln an ausgeschriebene Personen, Datenaustausch über Fluchthelfer usw.

Datenschutzrechtliche Ansätze finden sich bei dem Schengener Informationssystem (SIS), das derzeit in Straßburg aufgebaut wird und über das neben den Polizeien auch die Ausländerbehörden in Sekundenschnelle Zugriff auf die Personenfahndungsdatenbestände der anderen Mitgliedsländer nehmen

können. Unter dem Ausschreibungskriterium "Einreiseverweigerung" werden die ausgewiesenen oder abzuschiebenden Personen gespeichert. Unerheblich ist, ob die jeweilige Maßnahme nach nationalem Recht zulässig wäre. Insofern machen sich die Staaten gegenseitig zu ausländerrechtlichen Erfüllungsgehilfen (30).

Um zu verhindern, daß die Regelungen der genannten Abkommen dadurch unterlaufen werden, daß Flüchtlinge in verschiedenen Ländern unter verschiedenen Namen Asyl beantragen, wird eine europäische AFIS-Datei mit dem Namen EURODAC vorbereitet. Herbst 1992 wurde hierzu eine Machbarkeitsstudie vorgelegt. Über EURODAC sollen alle auf EG-Gebiet Zuflucht suchenden Drittausländerinnen und Drittausländer mit ihren Fingerabdrücken gespeichert und mit dem vorhandenen Angaben abgeglichen werden. Es wird erwogen, mit Hilfe eines "Life-Scan" die Fingerabdrücke maschinell zu erfassen und zu verformeln (digitalisieren) (31).

Zusammenfassung

Ausländerinnen und Ausländern dürften die informationell best erfaßte und überwachte Bevölkerungsgruppe darstellen. Nachdem alle ökonomischen und repressiv-polizeilichen Mittel zum Fernhalten von Ausländerinnen und Ausländern nicht zu fruchten schienen, wird nunmehr mit Hilfe der Informationstechnik ein präventiv-polizeiliches Konzept verfolgt. Insofern sind die entwickelten Maßnahmen Trendsetter für die Erfassung anderer sozialer Minderheiten und zwar sowohl in Hinblick auf die normative Absicherung als auch hinsichtlich der organisatorisch-technischen Umsetzung in die Praxis. Dies gilt etwa für die Vernetzung verschiedener Systeme, die Vollerfassung einer sozialen Gruppe (AZR, AFIS), die ED-Erfassung oder die Bekämpfung des sog. "Sozialmißbrauchs". Obwohl hierfür keine verfassungsrechtliche Legitimation besteht, werden Ausländerinnen und Ausländer informationell als Gefahrenquelle behandelt. Die Gefahr hat ihre Ursache darin, daß Menschen wegen der Vorenthaltung von Menschenrechten in ihrer Heimat einen individuellen Ausweg in den hochindustrialisierten Staaten suchen. Dieser Aspekt spielt bei der informationelle Erfassung jedoch keine Rolle. Relevant ist einerseits die Abschottung an den Grenzen mit Hilfe von EDV-Systemen, die zwischen guten und schlechten Grenzgängern unterscheidet, sowie andererseits ein ausdifferenziertes innerstaatliches Überwachungssystem, das die Vereinzelung der Erfaßten sowie die Beschränkung der individuellen Entfaltungsmöglichkeiten sicher stellt (eingeschränkte Bewegungsfreiheit, reduzierte Sozialhilfe, Arbeitsverbote). Diese Erfassungssysteme sind weitgehend kontrollfrei: Teilweise ist eine rechtliche oder parlamentarische Kontrolle überhaupt nicht möglich (insbesondere im europäischen Rahmen), teilweise findet sie faktisch nicht statt.

Thilo Weichert

Hannover, den 16.6.1993

Anmerkungen:

1) Aly/Roth, Die restlose Erfassung, 1984, S. 10

2) Heldmann, Ausländergesetz, 2. Aufl. 1993, Anm. 6 f. zu §§ 75-80, dieser Kommentar enthält eine kurze Darstellung der Ausländerverdatung sowie umfangreiche Literaturhinweise

3) Ausländergesetz vom 28.4.1965, BGBl. I, S. 353

4) GMBl. 1967, S. 257

5) Weichert, Das Ausländerzentralregister, Informationsbrief Ausländerrecht 1987, 205

6) 4. Tätigkeitsbericht des BfD für 1981, S. 34

7) BGBl. I, S. 829

8) BVerfGE 65, 1, NJW 1984, 419

9) BVerfG, NJW 1983, 2135

10) Änderung des Art. 73 Nr. 10 GG v. 28.7.1972, BGBl. I, S. 1305

11) BMI, Verfassungsschutzbericht 1991, S. 19, 73, 135

12) BKA-Dateienrichtlinien vom 26.2.1981, GMBl.1981, S. 115

13) Wiesel, INPOL, ÖVD/Online 1/1982, 74

14) Diederichs, CILIP Nr. 24 (2/1986) S. 46 f.

15) z.B. Pilgram, in: Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 1993, S. 17 ff.

16) Süddeutsche Zeitung v. 16.6.1993, S. 2

17) ausführlich in Heldmann (Fn. 2), Anm. 7-9 zu §§ 75-80

18) Gesetz zur Neuregelung des Ausländergesetzes vom 9.7.1990, BGBl. I, S. 1354

19) Bielefelder Appell vom August 1990

20) umfassende Nachweise bei Heldmann (Fn. 2) Anm. 13, 14, 17 zu §§ 75-80, Anm. 1, 17 zu § 76

21) Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes vom 20.12.1990, Art. 2, BGBl. I, S. 2970

22) AsylVfG, BGBl. I, S. 1126

23) LfD Schleswig-Holstein und Bremen, DANA 5-1992, 4 f.

24) 11. Tätigkeitsbericht (TB) LfD Niedersachsen, S. 102

25) vgl. CILIP Nr. 31 (3/1988) S. 20-27; CILIP Nr. 34 (3/1989) S. 67-71; weitere Nachweise in Heldmann (Fn. 2), Anm. 23 zu §§ 75-80

26) dazu Nachweise bei Heldmann (Fn. 2), Anm. 20 zu §§ 75-80

27) Sprung, ÖVD-Online 12/1992, 60 f.

28) Innere Sicherheit Nr. 3 vom 7.6.1993, S. 18

29) BT-Drs. 12/2453, BR-Drs. 121/92

30) 11. TB LfD Niedersachsen, S. 54 f.

31) 11. TB LfD Niedersachsen, S. 104

13. Völkisch programmierter Großrechner für Europa 2000ff. Entwurf für das Ausländerzentralregistergesetz vorgelegt

Autor: Jelpke/Maurer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:28

Dem allerersten Sicherheitsrisiko in der BRD und Westeuropa geht es erst an die Daten und dann - gezielt, differenziert und je nach politischen, diplomatischen und ökonomischen Erwägungen - an den Kragen.

Im Februar 94 hat die Bundesregierung einen, vermutlich erfolgreichen Versuch gestartet, das bisher ungeregelte Ausländerzentralregister (AZR) spezialgesetzlich zu regeln. Böse getäuscht sehen sich all die, die gehofft hatten, der vierzigjährige, mit wachsender Intensität betriebene Mißbrauch mit den Daten aller "nicht nur vorübergehend" hier anwesender AusländerInnen werde nun beendet.

100 Millionen Daten von 10 Millionen Menschen "nichtdeutscher" Herkunft waren im AZR schon 1987 gespeichert, bei damals 4,6 Millionen AusländerInnen innerhalb der BRD-Grenzen. Seit 1983 wird das AZR mit mit On-Line-Anschlüssen betrieben, verstärkt seit dem sog. Volkszählungsurteil 1983 fordern DatenschützerInnen und Opposition eine gesetzliche Regelung gegen den Mißbrauch.

Mit dem jetzt vorgelegten Entwurf wird das glatte Gegenteil erreicht: Der Mißbrauch wird legalisiert auf höchstem Niveau, berücksichtigt sind alle Änderungen im Asylverfahrensgesetz und AusländerInnenrecht der letzten Jahre. Selbst die neuen Befugnisse für Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz, die sie legal erst im "Verbrechensbekämpfungsgesetz 94" erhalten sollen, sind eingearbeitet. Ansonsten bewegt sich der Entwurf etwa auf dem Niveau des 1988 gefertigten Referentenentwurfs, der 1990 verabschiedet werden sollte, dann aber auf Eis gelegt wurde.

Der jetzt ins Parlament gebrachte Entwurf ist auch im Selbstverständnis seiner Initiatoren Teil der Kampagne zur Inneren Sicherheit, in die eine ganze Reihe lange schmorender Gesetzesinitiativen gepackt werden. Neben dem schon genannten Verbrechensbekämpfungsgesetz waren, bzw. sind das BGS-Gesetz, das BKA-Gesetz, die im Verbrechensbekämpfungsgesetz verborgenen neuen Aufgaben für BND und Verfassungsschutz und die Spezialregelungen gegen Vereine von AusländerInnen, und eben das AZR. Die generelle "Aufwertung" der Schleusertätigkeit zur fast zweitwichtigsten Form der organisierten Kriminalität, liefert in all diesen Gesetzen die scharfe ausländerfeindliche rassistische Tendenz und soll offensichtlich die Akzeptanz des Abbaus der demokratischen Rechte erhöhen. Nicht besonders ausgeführt werden braucht hier die zweite Begründungsschiene, Europa nämlich und hier v.a. die Abkommen von Schengen und Dublin und die jetzt noch anstehende Ratifizierung des Abkommens über das Überschreiten der Außengrenzen. Insofern ist das AZR ein europakompatibles deutsches Projekt.

Das AZR 1

Gegen die öffentliche Kritik in den achtziger Jahren an der uferlosen Erfassung der Daten von AusländerInnen im AZR wurde stets betont, daß es sich hier im wesentlichen um ein ausländerrechtliches Meldesystem handle, das "im wesentlichen nur Angaben" (enthält), die von den "Ausländerbehörden gemeldet sind oder von ihnen zur sachgerechten Entscheidung benötigt werden" (vgl. Forum Recht 3/88, Rundbrief an die Leiter der Ausländerbehörden). Das war zwar damals schon Zwecklüge, heute wird im Rahmen der Kampagne "Innere Sicherheit" aber doch ganz anders Klartext geredet.

"Weiterer Baustein zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit", so stellt Kanther seinen Kabinettsbeschluß zum AZR vor. Die verwaltungsmäßigen Aufgaben spielen nur noch eine Nebenrolle oder werden gleich zu Polizeiaufgaben gemacht.

"Das AZR unterstützt die Behörden (z.B. Ausländerbehörden, Bundesgrenzschutz, Polizei) bei der Durchführung ausländer- und asylrechtlicher Vorschriften." Die Aufgaben werden dann noch einmal reduziert auf Abschiebung und "schnellen und zentralen Zugriff" (Presseerklärung BMI 2.3.94). Die mit dem AZR zu treffenden Entscheidungen werden praktisch reduziert auf die Frage, "ob einem Ausländer die Einreise oder der Aufenthalt gestattet wird oder ob er abzuschieben ist" (ebd.). Oder: "Zur effizienten Bekämpfung der

Schleuserkriminalität gehört nicht nur die ständige Verbesserung der Grenzsicherheit, sondern auch eine konsequente Abschiebung der Personen, die sich illegal in Deutschland aufhalten" (ebd.) Und dazu trägt der Entwurf zum AZR "wesentlich" bei, genau so wie zur "schnellen Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern."

Das AZR 2

Nach dem Entwurf ist das AZR nicht "nur" ein zentrales Melderegister für AusländerInnen, sondern eine "bundesweite Datenzentrale für praktisch alle relevanten Verwaltungsbereiche" (Datenschutzbeauftragter Niedersachsen). Es steht für alle möglichen Zwecke zur Verfügung und ist allen Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene zugänglich. Es ist unmittelbar eingebunden in alle Bereiche des Sicherheitsapparates, Polizei, Strafverfolgung, Geheimdienste... Bedenkt mensch die Ausweitung, die deren Befugnisse und Eingriffsmöglichkeiten in den letzten Jahren erfahren haben, wird der umfassend diskriminierende Charakter einer Zentraldatei sichtbar, in der gespeichert wird, wer das Merkmal "Ausländer" aufweist und länger als drei Monate in der BRD lebt.

Gespeichert wird unter einer AZR-Nummer, unter der alle weiteren Daten angeliefert und abgefragt werden können, rund um die Uhr, wie in einer Presserklärung der CDU/CSU stolz festgestellt wird.

Formal sind eine allgemeine Datei und eine Visadatei getrennt.

Aufgenommen in das AZR werden "Einreisebedenken" genauso wie die Ausschreibung zur Zurückweisung an den Grenzen (wegen Strafverfahren, politischer Delikte u.a.) und die Ausschreibung zur Fahndung und/oder Aufenthaltsermittlung. On-Line- Zugriff haben hier Polizei- und Grenzbehörden, sowie Zollkriminalämter. Hier sind übrigens auch die wesentlichen europäischen Interessen an einer lückenlosen Erfassung an den Schengen-, bzw. EU-Außengrenzen und an europaweiten, vereinheitlichten Fahndungsmöglichkeiten, sowie den Zuständigkeiten für Asylverfahren und Weiterleitung von BewerberInnen nach dem Dubliner-Abkommen.

Gespeichert werden aber auch Daten von Menschen, die deutschen, bzw. westeuropäischen Boden nie betreten haben: Festgehalten wird, "ob der Ehegatte des Betroffenen und wie viele seiner Verwandten in gerader Linie ihren gewöhnlichen Aufenthalt innerhalb oder außerhalb des Geltungsbereiches des Gesetzes haben" (§3).

Durch Grenzen läßt sich doch der deutsche Wille, Ausländer zu erfassen, nicht bremsen ...

Das AZR ist durch die Speicherungsmöglichkeiten von Suchvermerken sowohl als "verwaltungsrechtliche Fahndungsdatei" zu nutzen als auch im traditionellen sicherheitstechnischen Sinn, also für Polizei, Staatsanwaltschaften und Geheimdienste. Letztere können "zur Feststellung anderer Sachverhalte" das Reservoir des AZR voll für ihre speziellen Zwecke ausschöpfen.

Das BKA soll zudem "zur Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen" Daten ans Ausland übermitteln. Auch dies muß vor dem Hintergrund der neueren Entwicklungen - Schengen, Europol - gesehen werden. Und auch die Entwicklung im Osten, die Fülle an Abkommen gegen Organisierte und Schleuserkriminalität hat hier faktisch eine Fülle an offiziellen legalen "Verpflichtungen" geschaffen, die bisher allenfalls in einer Grauzone abgewickelt worden sind. Und in nächster Zeit wird der Entwurf eines BGS-Gesetzes den Einsatz BGS-eigener Abhöranlagen und den Einsatz Verdeckter Ermittler durch den BGS bis dreißig Kilometer ins Inland legalisieren: On-line-Zugriff neben allem anderen auch auf das AZR. Zur Erfüllung der grenzpolizeilichen Aufgaben "benötigen sie dazu vollständige Auskunft aus dem allgemeinen Datenbestand des Registers." (S.78, E.). Im Zusammenhang mit Visa-Verfahren wird für die deutschen Auslandsvertretungen eine Sonderregelung geschaffen (§21), um auch ihnen den Zugriff zu ermöglichen. Eingeliefert werden Daten neben den bisher genannten Behörden natürlich auch vom VS (und anderen Diensten), d.h. hier ist erneut ein Datenverbund erstellt, der on-line von Polizei und Verfassungsschutz gefüttert wird. Ein erneuter Vorstoß zur Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten ...

Und schließlich

die Gruppenauskunft:

§12(1) lautet "Die Übermittlung von Daten einer Mehrzahl von Ausländern, die in einem Übermittlungsersuchen nicht mit vollständigen Grundpersonalien bezeichnet sind und die auf Grund im

Register gespeicherter und im Übermittlungsersuchen angegebener gemeinsamer Merkmale zu einer Gruppe gehören ... (ist) zulässig, soweit sie

1. im besonderen Interesse der Betroffenen liegt oder

2. erforderlich und angemessen ist

a) zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit, für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes ...

b) zur Verfolgung eines Verbrechens oder einer anderen erheblichen Straftat, von der auf Grund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, daß sie gewerbs- oder gewohnheitsmäßig, von einem Bandenmitglied oder in anderer Weise organisiert begangen wird.

und die Daten auf andere Weise nicht, nur mit unverhältnismäßigem Aufwand oder nicht rechtzeitig erlangt werden können ..."

Hier sind Rasterfahndungen in ihren ethnischen Versionen möglich zu allen gewünschten politischen und diplomatischen Zwecken und Anlässen. Leicht vorstellbar ist auch, daß ethnische Minderheiten hierzulande unter verschärftes Sonderrecht gestellt werden, wenn Bundesregierung oder BKA die Zuspitzung ethnischer Auseinanersetzungen aufgrund externer Entwicklungen befürchten.

In diesem Paragraphen erhält dann auch der BND die Erlaubnis zu diesem Mittel für Vorgänge im Ausland, die von sicherheitspolitischer Bedeutung sind (und das sind, wie gesagt, auch Schlepper- und Drogenorganisationen und andere "Organisationen").

Der parlamentarische Auftakt

Die AusländerInnenbeauftragte der Bundesregierung brachte - vermutlich ungewollt - ein Kunststück der besonderen Art zur Aufführung.

Während über den Ticker noch ihr Bericht zur Lage der AusländerInnen lief, und sie davor warnte, in dem AZR-Entwurf AusländerInnen zum "datenschutzrechtlichen Freiwild" werden zu lassen, debattierte der Bundestag diesen Entwurf. Auf dem Deckblatt prangten die Namen all derer, die im deutschen Liberalismus Rang und Namen haben: Lüder, Hirsch und - Schmalz-Jacobsen. Die SPD, gerade hatte sie in vorauseilendem Wahlkampffieber ein Gesetz zur umfassenden Legalisierung des Großen Lauschangriffs vorgelegt, erging sich in aller Breite über die Gefahr der "Diskreditierung und Diffamierung des Datenschutzes". Unter Verweis auf die Datenschutzberichte wurde gezeigt, daß "in den letzten Jahren nach und nach unter der Flagge einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung und der Unterbindung wirklicher oder mutmaßlicher Mißbräuche von Sozialleistungen der Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt" wurde.

Konsequenz: "einige Regelungen, so über Gruppenauskunft, die Zugriffsrechte der Nachrichtendienste sowie den Aufbau des automatisierten Abrufverfahrens, (scheinen) der eingehenden Diskussion im Ausschuß zu bedürfen."

Die Ausländerbeauftragte beendete ihre Rede ähnlich: "Wir behalten uns vor, den Entwurf in den Beratungen noch zu verändern..."

Jelpke/Maurer

14. Vor 50 Jahren: Völkermord an Ungarns Juden. Teil 1

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Ungarn · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:21

Bis zum Frühjahr 1944 waren die Juden Ungarns von der deutschen Vernichtungsmaschinerie weitgehend verschont geblieben. Solange hatte Ungarn, obwohl mit Deutschland im Krieg verbündet und selbst eines der am meisten antisemitischen Länder Europas, dem seit 1942 ausgeübten deutschen Druck widerstanden, seine jüdische Bevölkerung in die Vernichtungslager auszuliefern. Etwa 725.000 Juden im religiösen Sinn lebten zu dieser Zeit in Ungarn. Unter ihnen befanden sich auch viele, die aus anderen Ländern unter NS-Herrschaft geflüchtet waren. Hinzu zu zählen waren nach nazi-deutschem, nicht aber nach traditionellem ungarischem Verständnis rund 100.000 Juden im biologischen Sinn: Christen jüdischer Geburt oder Abstammung.

Von Mitte Mai bis Anfang Juli 1944 rollte dann Zug um Zug aus Ungarn Richtung Auschwitz. Güterzüge, in die man bis zu 4.000 Menschen gezwungen hatte, zwei oder drei solche Transporte im Tagesdurchschnitt. Mindestens zwei Drittel der in Auschwitz Ankommenden wurden noch am selben Tag in die Gaskammern getrieben. Die Übrigen, als "arbeitsfähig" ausgesondert, überlebten auch nur, sofern und solange sie die extremen Bedingungen und Grausamkeiten in den Lagern und Betrieben der SS überstanden und falls sie nicht den sadistischen Launen des Wachpersonals zum Opfer fielen. Weniger als ein Viertel der aus Ungarn Deportierten überlebten das Kriegsende.

Als Ungarns Staatschef Horthy Anfang Juli 1944 die Einstellung der Transporte anordnete, kurz bevor die Juden von Budapest an der Reihe gewesen wären, waren innerhalb von nicht einmal zwei Monaten ungefähr 430.000 Menschen nach Auschwitz geschafft worden. Das Martyrium der ungarischen Juden aber war noch nicht beendet, zumal nachdem im Oktober 1944 mit deutscher Hilfe die nazistische "Pfeilkreuzler"-Partei die Macht übernahm.

Randolph L. Braham, der Historiker des ungarischen Holocaust, kommt zu dem Ergebnis, daß von den rund 825.000 Juden Ungarns 565.000 ums Leben kamen, während 260.000 überlebten - davon allein in der Hauptstadt Budapest 119.000.

Die "Endlösung

der Judenfrage"

Die Absicht Hitlers und anderer maßgeblicher NS-Politiker, die Sonderbedingungen des Krieges zur "Vernichtung", zur "Ausrottung" der Juden Europas zu benutzen, ist bei vielen Gelegenheiten explizit und öffentlich verkündet worden. Den Anfang machte wohl Göring, der bei einer Konferenz nach dem Novemberpogrom von 1938 unter Berufung auf Hitler bekannt gab: "Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, daß auch wir in Deutschland in allererster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen."

Hitler selbst sagte in seiner Rede zum Jahrestag der Regierungsübernahme am 30. Januar 1939: "Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa." Auf diese, wie er selbst es gern nannte, "Prophezeiung" kam Hitler während der Krieges in mehreren Reden zurück.

Die direkte Ausführung dieses Völkermord-Plans begann im Sommer 1941, mit dem Überfall auf die Sowjetunion. Es waren "Einsatzgruppen" gebildet worden, deren Hauptaufgabe neben dem Aufspüren von kommunistischen Funktionären und Partisanen darin bestand, alle erreichbaren Juden zusammenzutreiben und zu erschießen. Über eine Million Menschen wurden von diesen mobilen Mordkommandos innerhalb weniger Monate umgebracht.

Ungefähr gleichzeitig wurde mit dem Auf- oder Umbau von Lagern speziell für den Massenmord, in erster Linie in Gaskammern, begonnen: Treblinka, Sobibor, Majdanek und Belzec im sogenannten Generalgouvernement,

im besetzten Polen. Außerdem Kulmhof/Chelmno und Auschwitz in polnischen Gebieten, die 1939 direkt ans Deutsche Reich angeschlossen worden waren.

Auschwitz hatte in erster Linie die Funktion, die Transporte aus dem Westen, Süden und Südosten Europas aufzunehmen, während die übrigen Vernichtungslager vorwiegend den Massenmord an den 2,5 Millionen Juden Polens verrichteten. Seit Ende März/April 1942 trafen in Auschwitz in zunehmender Zahl Transporte aus Frankreich, den Niederlanden, Belgien und der Slowakei ein.

Das Ziel der NS-Führung war die vollständige Einbeziehung sämtlicher Juden im deutschen Einflußgebiet in die "Endlösung", d.h. ihre Ermordung - unmittelbar oder im Verlauf von Zwangsarbeit unter grausamsten Bedingungen. Dieser Plan sollte so schnell wie möglich durchgeführt werden: Erstens deshalb, weil man von der Voraussetzung ausging, daß ein so ungeheuerliches, historisch beispielloses Unternehmen relativ am problemlosesten unter den Ausnahmebedingungen des Krieges durchgeführt werden könnte. Zweitens, weil nach der Kriegswende (Ende 1942/Anfang 1943) im Angesicht der immer wahrscheinlicher werdenden totalen Niederlage die "Vernichtung" der Juden zu einem Wettlauf gegen die Zeit wurde. Schließlich bekam dieses Ziel die Qualität des einzigen und unter allen Umständen noch zu realisierenden Kriegserfolgs.

Schwierigkeiten

mit den Partnern

Als Hemmnis und Hindernis bei der Verwirklichung dieses Plans erwies sich der Umstand, daß die mit Deutschland verbündeten Staaten eigene Absichten verfolgten und nicht einfach herumkommandiert werden konnten. Das faschistische Italien beispielsweise, als mit Abstand stärkster und daher auch unabhängigster Partner, stand antijüdischen Maßnahmen deutschen Stils völlig ablehnend gegenüber. Italienische Stellen schützten Juden auch in den besetzten Ländern, wo man sich in die Kontrolle teilte, wie in Griechenland und Jugoslawien.

Die drei südöstlichen Verbündeten Deutschlands - Ungarn, Rumänien und Bulgarien - waren zwar im Gegensatz zu Italien selbst traditionell antisemitisch geprägt. Aber auch sie gaben dem immer stärker werdenden deutschen Druck, ihre Juden für den Abtransport "ins Reich", d.h. nach Auschwitz, zur Verfügung zu stellen, nicht ohne weiteres nach. Am ehesten waren die Regierenden dieser Staaten bereit, "fremde", nicht oder kaum assimilierte Juden zu opfern - also solche, die erst durch die Grenzveränderungen während des Krieges oder als Flüchtlinge unter ihre Herrschaft gekommen waren.

So beteiligten sich rumänische Stellen zwar im Sommer und Herbst 1941 an massenhaften Juden-Massakern in den eroberten oder zurückgewonnenen Gebieten der Sowjetunion, Bessarabien (heute Moldova) und Bukowina. Hingegen wurden die Juden innerhalb der rumänischen Vorkriegsgrenzen zwar schikaniert und diskriminiert, blieben aber von der "Endlösung" verschont.

Dabei hatten die zuständigen deutschen SS- und Polizeistellen im August 1942 gemeldet: "Die Vorbereitungen in politischer und technischer Hinsicht in bezug auf die Lösung der Judenfrage in Rumänien sind durch den Beauftragten des Reichssicherheitshauptamtes soweit abgeschlossen, daß mit dem Anlaufen der Evakuierungstransporte in Zeitkürze begonnen werden kann. Es ist vorgesehen, die Juden aus Rumänien, beginnend etwa mit dem 10.9.1942, in laufenden Transporten nach dem Distrikt Lublin zu verbringen, wo der arbeitsfähige Teil arbeitseinsatzmäßig angesetzt wird, der Rest der Sonderbehandlung (übliches Tarnwort für das Morden in den Gaskammern - Anm. des Autors) unterzogen werden soll." (1) Aus der Meldung geht ferner hervor, daß schon "seit einiger Zeit" auch die "Besprechungen mit dem Reichsverkehrsministerium zwecks Fahrplanerstellung" im Gang waren.

Obwohl der Stand der Vorbereitungen offensichtlich schon weit vorangeschritten war und angeblich sogar das schriftliche Einverständnis des Diktators Antonescu zum Beginn der Deportationen vorlag, machte Rumänien plötzlich Einwände, spielte auf Zeitgewinn, bis im November 1942 eine unbefristete Verschiebung beschlossen wurde. Inzwischen hatte die große sowjetische Gegenoffensive bei Stalingrad begonnen, wobei die rumänischen Einheiten besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden. Als Hitler im März 1943 Antonescu im persönlichen Gespräch unter Druck setzen wollte, die rumänischen Juden doch noch in die deutschen Vernichtungslager auszuliefern, hatte er ebenfalls kein Glück: Angesichts der sich abzeichnenden Kriegswende suchte die rumänische Führung Geheimkontakte zu den Westmächten und zeigte keine Neigung

mehr, sich durch eine Beteiligung an der "Endlösung" noch mehr als schon geschehen zu kompromittieren. Statt dessen verhalf man lieber Tausenden von Juden, darunter auch Flüchtlingen aus Ungarn und anderen Ländern, zur Ausreise nach Palästina.

Analog dazu war bis zum Frühjahr 1944 die Entwicklung in Ungarn verlaufen, die gleich näher betrachtet werden soll. Bulgarien hatte 1942 zwar die jüdische Bevölkerung der von ihm annektierten griechischen und jugoslawischen Gebiete zur Deportation nach Treblinka freigegeben. Als im März 1943 auch die Juden des bulgarischen Kerngebiets abtransportiert werden sollten, erhob sich jedoch ein politischer Widerstand, der bis ins Parlament und die führenden Kreise des Landes hinein reichte. Im Mai 1943 demonstrierten in Sofia mehr als zehntausend Menschen, unter maßgeblicher Beteiligung der illegalen Kommunistischen Partei, gegen die Absicht, die Juden der Hauptstadt in die Provinz zu schaffen und von dort aus weiter in die Vernichtungslager zu deportieren. Mit Erfolg: Das bulgarische Regime entzog sich daraufhin der "Endlösung".

Auf einem internationalen Forum in Sofia, das im November 1988 zum Gedächtnis an diese Ereignisse stattfand, sagte der Oberrabbiner von Rom, Elio Toaff: "Ich frage mich, wie viele Juden gerettet worden wären, wenn sich alle Völker der durch die Soldaten des Dritten Reiches besetzten Länder so verhalten hätten wie das bulgarische Volk." (2) - Ein wesentlicher Punkt für das Verständnis der damaligen Vorgänge ist allerdings, daß Bulgarien im politischen Sinn kein besetztes Land war, sondern ein selbständiger Partner in der nazi-faschistischen Kriegskoalition.

"Judenfrage"

und Friedenskontakte

Warum stieß die Durchsetzung des deutschen Völkermordplans gegen die Juden auf so vergleichsweise starken Widerstand in den verbündeten Ländern?

Erstens wurde die extrem unmenschliche Konsequenz der allgemeinen und unterschiedslosen, industriemäßig durchgeführten Menschenvernichtung von vielen Antisemiten mißbilligt. Mehr als im äußersten Fall die Vertreibung aller Juden aus ihrem Land strebten außerhalb Deutschlands auch radikale Judenfeinde zumeist nicht an; viele von ihnen stimmten daher der zionistischen Option, Auswanderung aller Juden nach Palästina, zu.

Zweitens wurden die Juden, jedenfalls deren seit längerem im Land lebender, weitgehend assimilierter Teil, als Staatsbürger gegen die Einmischung und Ansprüche anderer Regierungen verteidigt. Staaten, die selbst die Bürgerrechte ihrer Juden einschränkten und sie in allen Bereichen diskriminierten, waren dennoch nicht bereit, sie einfach an Deutschland auszuliefern, sondern sahen sich in einer Art von patriarchalischer Schutzpflicht. Das war für die mit Deutschland verbündeten, durchweg nationalistisch geprägten Staaten auch eine Frage des Stolzes und der Selbstbehauptung gegenüber einem übermächtigen Partner, der sie mit seinen immer größeren Forderungen und seiner Arroganz ohnehin in die Enge trieb.

Drittens waren seit der beginnenden Kriegswende Ende 1942/Anfang 1943 alle Kriegspartner des Deutschen Reichs bemüht, sich die Option eines Ausstiegs unter möglichst vorteilhaften Bedingungen zu öffnen, in erster Linie durch diskrete Kontaktaufnahme zu amerikanischen und englischen Vermittlern. Andererseits ging aus den Erklärungen der alliierten Regierungen seit Frühjahr 1943 eindeutig hervor, daß die Behandlung der Juden je nachdem ein Türöffner oder ein Hemmnis für solche Kontakte sein konnte. Das Verhalten der Verbündeten gegenüber dem deutschen Drängen auf Beteiligung an der "Endlösung" war daher auch von der Überlegung bestimmt, sich zu diesem Zeitpunkt des Krieges möglichst wenig noch zusätzlich zu kompromittieren.

Auch die Konkurrenzsituation zwischen den Kriegspartnern spielte dabei eine Rolle: Die ungarische Regierung beispielsweise argumentierte gegenüber dem deutschen Drängen nach schärferen antijüdischen Maßnahmen einige Zeit erfolgreich mit dem Hinweis, von Rumänien würden solchen Schritte schließlich auch nicht verlangt.

Umgekehrt ergab sich daraus das Drängen der deutschen Stellen, in der "Judenfrage" ein möglichst einheitliches Vorgehen, einen "Gleichschritt" zwischen den verbündeten Staaten zu erreichen. Sonderwege in der "Judenfrage" galten als äußerst gefährliches Indiz, daß der jeweilige Staat auch auf anderen Gebieten eigene Wege zu gehen versuchte. Typisch dafür ist die Argumentationsvorgabe des deutschen Außenministeriums, mit der begründet werden sollte, warum man die Auswanderung bulgarischer oder ungarischer Juden nach Palästina strikt unterbinden müsse: "Tatsache allein von Verhandlungen über

Judenausreise ermöglicht 1., daß unsere gemeinsame Politik in dieser Frage nicht gleichgerichtet sei; 2., daß Sonderhandlungen vielleicht auch in anderen Fragen erfolgreich verlaufen könnten; 3. Verhandlungen liefern den Feindmächten jedenfalls Propagandamaterial (...)." (3)

Die Voraussetzungen

in Ungarn

Ungarn war zur Zeit des Zweiten Weltkriegs immer noch ein überwiegend agrarisch strukturiertes Land. Knapp die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung lebte von der Landwirtschaft, nur weniger als ein Viertel arbeitete in Industrie und Handwerk, wobei in der Industrie die Kleinbetriebe dominierten. Über 60 Prozent der Bevölkerung lebten auf dem Lande, 18 Prozent in der Hauptstadt Budapest und 20 Prozent in anderen Städten.

Entsprechend diesen Grundlagen hatten sich die alten Klassen- und Herrschaftsstrukturen noch weitgehend erhalten. Eine dominierende Stellung nahm immer noch eine kleine Gruppe von Adel und Großgrundbesitz ein. Im Laufe des 19. Jahrhunderts und bis zum Ersten Weltkrieg entstand daneben eine Kapitalistenklasse und ein städtischer Mittelstand, an denen Juden sowie auch Konvertierte und Menschen jüdischer Abstammung einen erheblichen Anteil hatten. Dem entsprach auch der vergleichsweise hohe Urbanisierungsgrad der jüdischen Bevölkerung: Während der Anteil von Juden an der Einwohnerzahl Ungarns um 1910 bei etwa 6 Prozent lag, betrug er in Budapest rund 25 Prozent. In einigen mittelständischen Berufszweigen der Hauptstadt - Ärzte, Rechtsanwälte z.B. - lag der Anteil von Juden noch über dieser Marke. Freilich befand sich die große Mehrheit der erwerbstätigen Juden in lohnabhängiger Stellung, und die Massenarmut war unter ihnen jedenfalls nicht geringer als in der übrigen Bevölkerung Ungarns.

Einige Familien jüdischer Kapitalisten schafften unter diesen Verhältnissen in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg den Aufstieg in die Oberschicht. Ein großer Teil des intellektuellen jüdischen Mittelstands galt als hochgradig assimiliert und staatstreu. Ungarn, damals Teil des Habsburger Imperiums, war ein territorial aufgeblähtes Gebilde, in dem zwei Drittel der Bevölkerung keine Magyaren, keine Ungarn im ethnischen Sinn, waren. Der jüdische, ungarisch sprechende Mittelstand galt vor dem Ersten Weltkrieg zu großen Teilen als loyale Stütze der magyarischen Dominanz in diesem multinationalen Gebilde. Diese Faktoren erklären, warum die herrschende Kaste des Landes zu jener Zeit am Antisemitismus nicht sehr interessiert war.

Aufgrund der Teilhabe an der deutsch-österreichischen Niederlage im Ersten Weltkrieg mußte Ungarn eine Verkleinerung seines Staatsgebiets auf ein Drittel des bisherigen Volumens hinnehmen. Über eine Million Magyaren blieben in der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien außerhalb der neuen Landesgrenzen. Ungarn wurde eines jener Länder, die besonders aggressiv eine Veränderung des "Systems von Versailles" und insbesondere ihrer Grenzen forderten. So wurde das Land zu einem engen Weggenossen Nazi-Deutschlands. Da Ungarn mit dessen Hilfe 1938-41 einige der 1918 verlorenen Gebiete zurückgewann, war in den herrschenden Kreisen des Landes dann die Tendenz sehr stark, "auf Gedeih und Verderb" in der Kriegskoalition auszuharren, da nur diese den territorialen Bestand Ungarns sichern konnte.

Eine weitere wesentliche Voraussetzung der späteren Entwicklung lag in dem Umstand, daß in Ungarn 1919 der Versuch einer sozialistischen Revolution, der Proklamation der Sowjetmacht, von der alten Herrschaftskaste blutig niedergeschlagen wurde. Seither behielt sie Züge der etablierten Konterrevolution mit stark diktatorischer Färbung, repräsentiert in der Person des "Reichsverwesers" (-verwalters) Horthy. Rechtlich nahm er die unbesetzt bleibende Stelle des Königs von Ungarn ein. Von 1919 bis zum Putsch der nazistischen "Pfeilkreuzler"-Partei im Oktober 1944 blieb Horthy die große Konstante der ungarischen Politik.

In der Konterrevolution von 1919 wurden erstmals antijüdische Gewalttaten großen Umfangs verübt. Die Kräfte der alten Ordnung machten, wie vielerorts, "die Juden" für den Ausbruch der Revolution verantwortlich. In diesem Klima wurde im September 1920 jenes erste diskriminierende Gesetz verabschiedet, mit dem Horthy noch 1943/44 zu argumentieren versuchte, um zu beweisen, daß er sich von den deutschen Nazis keine Belehrungen über richtigen Antisemitismus gefallen lassen müsse. (4)

Das Gesetz von 1920 beschränkte den Zugang von Juden zu Universitäten und anderen höheren Lehranstalten auf den jüdischen Bevölkerungsanteil, 6 Prozent. Obwohl so nicht zur praktischen Durchführung gekommen und in den folgenden Jahren real wieder abgeschwächt, förderte dieser erste Numerus clausus

antijüdische Stimmungen und zeigte, daß die traditionelle "Interessengemeinschaft" zwischen der katholischen Oberschicht und Teilen des jüdischen Mittelstandes zerbrochen war. Ein scharfer Antisemitismus wurde nun zu einem bestimmenden Zug der ungarischen Gesellschaft. Von der traditionellen Oberschicht wurde er mehr oder weniger mitgetragen und gefördert, wenn auch gelegentlich in seinen "Auswüchsen" eingedämmt. Hauptbasis des radikalen Antisemitismus war der zahlenmäßig stark zunehmende christliche Mittelstand - Beamte, akademische Berufe - der in "den Juden" Konkurrenten um die zu kleine Zahl einträglicher Posten und weiterführende Karriere-Chancen sah. Es entstanden, mehr oder weniger in Opposition zum Regime der traditionellen Herrenkaste, etliche nazistische Parteien. Den größten Zulauf hatten die "Pfeilkreuzler", deren soziale Demagogie auch bei Arbeitern und kleinen Angestellten verfing.

Die deutsche Politik tendierte, in Ungarn ähnlich wie auch in Rumänien, zum Bündnis mit der traditionellen Oberschicht. Offen nazistische Parteien wurden eher mit Distanz und sogar Mißtrauen betrachtet: Ihre soziale Demagogie weckte Besorgnisse; entsprechend ihrer nationalistischen Ideologie betonten sie auch gegenüber deutschen Ansprüchen die Selbständigkeit und den Stolz ihres Landes; außerdem war den deutschen Stellen unter Kriegsbedingungen Stabilität und Berechenbarkeit der Verhältnisse, garantiert durch eine populäre Figur wie Horthy und das traditionelle Machtgefüge um ihn herum, wichtiger als ein wilder Ideologie-Export.

Ungarns "Judenpolitik"

bis zum März 1944 ...

1938 wurde ein neues antijüdisches Gesetz verabschiedet. Es sah vor, den Anteil von Juden in den akademischen Berufen sowie in Finanz-, Handels- und Industrie-Unternehmen auf 20 Prozent zu begrenzen bzw. zwangsweise zu senken. Dies Ziel sollte innerhalb von fünf Jahren erreicht werden, teils durch Zugangssperren, teils durch Entlassungswellen.

1939 wurde, offensichtlich beflügelt durch deutsche Vorbilder, ein Gesetz in Kraft gesetzt, das die Regierung ermächtigte, "die Auswanderung der Juden voranzutreiben". In der Begründung hieß es, "die Judenfrage" sei ihrem Wesen nach international und verlange ein internationales Herangehen. Ungarn habe den Fehler gemacht, das Problem mit westlichen Methoden lösen zu wollen, während die meisten jüdischen Einwanderer osteuropäischer Herkunft seien.

Im Juli/August 1941 leistete Ungarn seinen ersten Beitrag zur deutschen "Endlösung". Die Opfer waren "ausländische" Juden: in erster Linie Flüchtlinge aus Polen, der Slowakei u.a., außerdem in den letzten Jahren Eingewanderte, aber auch ungarische Juden, deren Papiere nicht in Ordnung waren. Etwa 18.000 solcher Juden wurden ins besetzte Polen abgeschoben und damit zumindest faktisch - ob bewußt, läßt sich nicht nachweisen - den Erschießungskommandos der deutschen SS und Sicherheitspolizei ausgeliefert.

Im Januar 1942 wurden mehrere tausend Juden von ungarischen Armee-Angehörigen im annektierten nordjugoslawischen Gebiet erschossen und erschlagen, angeblich im Rahmen sogenannter Vergeltungsaktionen für Partisanentätigkeit. Da diese Massaker in der ungarischen Öffentlichkeit und auch im Parlament auf Widerspruch stießen, entschloß man sich, einige Hauptverantwortliche vor Gericht zu stellen: Sie wurden im Dezember 1943 zu Haftstrafen von 11 bis15 Jahren verurteilt. Allerdings machten es ihnen die zuständigen Behörden nicht allzu schwer, gegen Ehrenwort auf freien Fuß zu kommen und sich ins Deutsche Reich zu flüchten, wo man sich ihrer asylbietend annahm.

Im Sommer 1942 nahm der deutsche Druck zu, den begonnenen Völkermord an den europäischen Juden systematisch auf das gesamte deutsche Einflußgebiet auszudehnen und die noch zögernden unter den verbündeten Regierungen entsprechend zu bearbeiten. Ein Gesamtüberblick aus dem Außenministerium, der in dieser Hinsicht im Wesentlichen "Erfolgsmeldungen" (teilweise unwahr oder übertrieben) aneinander reiht, verzeichnet zum Punkt Ungarn jedoch nur einen einzigen Satz: "An die ungarische Regierung ist wegen Judenaussiedlung noch nicht herangetreten worden, weil der Stand der ungarischen Judengesetzgebung bisher einen ausreichenden Erfolg nicht verspricht." (5) Außenminister Ribbentrop gab sogar ausdrücklich Anweisung, gegenüber Ungarn "von jeder Initiative unsererseits abzusehen" (6), offenbar um ein unkoordiniertes Vorpreschen Einzelner zu vermeiden.

Anfang September 1942 legte Unterstaatssekretär Luther im Auftrag Ribbentrops dem ungarischen Botschafter in Berlin, Sztójay, den deutschen Forderungskatalog zur "Judenfrage" vor, dessen Hauptpunkte lauteten:

- Maßnahmen zur vollständigen Ausschaltung der Juden aus dem wirtschaftlichen und kulturellen Leben.

- Kennzeichnung der Juden. ("Judenstern" o.ä.)

- "Evakuierung der Juden nach Osten" - einer der üblichen Tarnausdrücke für den Massenmord in den Vernichtungslagern.

- Nicht zu vergessen eine Einigung über das Eigentum der Opfer: Nach deutschen Vorstellungen sollte der Besitz ungarischer Staatsbürger jüdischer Konfession in den besetzten Gebieten Deutschland zufallen.

Sztójay reagierte zuerst mit der schlauen Frage, ob man denn die gleichen Forderungen auch an Italien gestellt habe, was verneint wurde. Er entwickelte dann die typische Argumentation, wie sie in solchen Auseinandersetzungen immer wieder von ungarischer Seite vorgetragen wurde, um die deutschen Dränger abzuwehren: Daß es Ungarn an ernsthafter antijüdischer Einstellung nicht fehle, sondern man vielmehr europäischer Vorreiter sei, habe man ja schon 1919/20 unter Beweis gestellt. Aber es möge doch bitte bedacht werden, daß die Situation viel komplizierter sei als in Deutschland: Ungarn habe einen der höchsten Anteile jüdischer Bevölkerung in Europa. Die Stellung der Juden in der Wirtschaft des Landes sei außerordentlich stark. "Überhastete" judenfeindliche Maßnahmen würden daher unvermeidlich Chaos und Produktionsrückgang hervorrufen. Daran könne Deutschland doch nicht interessiert sein, zumal da die ungarische Industrie und Landwirtschaft überwiegend für die Wehrmacht und die deutschen Konsumenten arbeiteten. Sztójay stellte auch die Frage, was denn von den "Gerüchten" zu halten sei, die "in den Osten evakuierten" Juden würden dort umgebracht. Das wurde rundum bestritten: Die Juden würden zur Arbeit eingesetzt und human behandelt.

... und die deutschen Ansichten

Im April 1943 war die "Endlösung" eines der zentralen Themen in den Besprechungen, die Hitler mit Horthy und mit Antonescu (Rumänien) hatte. Horthys Klagen über Ungarns Wirtschaftsprobleme - die primär durch die deutsche Ausplünderung verursacht waren - gaben Hitler das Stichwort: Daran seien die Juden schuld. Weiter im Text des Protokolls: "Auf die Gegenfrage Horthys, was er denn mit den Juden machen solle, nachdem er ihnen so ziemlich alle Lebensmöglichkeiten entzogen habe - erschlagen könne er sie doch nicht - erklärte der RAM (Außenminister Ribbentrop - Anm. d. Autors), daß die Juden entweder vernichtet oder in Konzentrationslager gebracht werden müßten. Eine andere Möglichkeit gäbe es nicht." - Etwas später Hitler: Die Juden seien "eben reine Parasiten. Mit diesen Zuständen habe man in Polen gründlich aufgeräumt. Wenn die Juden dort nicht arbeiten wollten, würden sie erschossen. Wenn sie nicht arbeiten könnten, müßten sie verkommen. Sie wären wie Tuberkelbazillen zu behandeln, an denen sich ein gesunder Körper anstecken könne." (17.4.43)

Kurz nach diesem Treffen verfaßte der deutsche Diplomat Veesenmayer einen langen "Bericht über Ungarn" (30.4.43) Veesenmayer war mit einem Spezialauftrag nach Ungarn geschickt worden; im März 1944 kehrte er dann dorthin als "Generalbevollmächtigter" zurück, nahezu mit den Befugnissen eines Statthalters versehen und mit der besonderen Aufgabe, die Deportation der ungarischen Juden zu überwachen. Aus Veesenmayers Bericht vom April 1943 sollen hier einige Sätze zitiert werden, die typisch für die politische Interpretation der "Judenfrage" in diesem Stadium des Krieges durch deutsche Funktionsträger sind.

"Der Schlüsselpunkt für die defaitistische Einstellung der maßgeblichen Kreise in Ungarn und die weitgehende Sabotage des gemeinsamen Kriegszieles ist vorwiegend im Judentum Ungarns zu suchen." Der jüdische Einfluß sei nicht nur im ungarischen Wirtschaftsleben, "sondern auch in allen übrigen Sparten mehr oder minder dominierend". (Veesenmayer nennt falsche, maßlos überhöhte Zahlen.)

"Der Grundzug der ungarischen Bevölkerung ist gekennzeichnet durch einen weitgehenden Defaitismus, um nicht von Feigheit zu sprechen. Die Angst vor Bombardierungen ist so stark, daß sie auch bis weit in national-oppositionelle Kreise hineinreicht. Man sieht daher in dem starken Anteil und der Bedeutung des Judentums den besten Garanten, um vor jedem ernsten Luftangriff geschützt zu sein."

"Die derzeitige ungarische Regierung, das Judentum und breite Schichten des Bürgertums glauben nicht an den Sieg der Achsenmächte und wünschen ihn auch nicht. Sie hoffen, daß sich sowohl die deutschen als auch die russischen Kräfte gegenseitig so weit erschöpfen, daß praktisch der Engländer, bzw. der Amerikaner als Sieger ohne das Risiko eines größeren Einsatzes übrig bleibt. Von ihnen erwarten sie auf Grund ihrer gastfreundlichen Einstellung zum Judentum Schonung und wohlwollende Behandlung. Sie sehen im Judentum einen Garantieschein für den Schutz der ‚ungarischen Belange` und glauben, durch die Juden den Nachweis führen zu können, daß sie diesen Krieg nur gezwungenermaßen an der Seite der Achsenmächte geführt haben, in Praxis aber durch latente Sabotage indirekt einen Beitrag für die Gegner der Achsenmächte lieferten."

Im Kern beschreibt diese Analyse ein wesentliches Motiv des Horthy-Regimes, sich der deutschen "Endlösung" zu entziehen, nämlich das außenpolitische Kalkül, wohl zutreffend - auch wenn das, siehe oben, nicht der einzige Grund für die relative Zurückhaltung Ungarns war.

Die Kriegslage

im Frühjahr 1944

Ungarn war im Juni 1941 recht bereitwillig in den Krieg gegen die UdSSR eingetreten. Das Hauptmotiv seines Rivalen Rumänien für diese Entscheidung, territoriale Eroberungen, spielte dabei keine Rolle, denn Ungarn hatte keine gemeinsame Grenze mit der UdSSR. Die Hoffnung auf Beteiligung an der Ausplünderung der Bodenschätzen der Sowjetunion war vielleicht ein Faktor, aber dies war jedenfalls nicht mehr als eine vage Hoffnung. Ein wesentlicher Kriegsgrund Ungarns war zweifellos der tief verwurzelte Antibolschewismus seiner herrschenden Kaste. Noch wichtiger war, daß das ungarische Regime der Meinung war, sich an dem Krieg gegen die UdSSR beteiligen zu müssen, um nicht später gegenüber dem Rivalen Rumänien den kürzeren zu ziehen. Die Unterstützung Deutschlands und Italiens hatte Ungarn 1940 zur Rückgabe Nord-Transsylvaniens verholfen, das nach dem Ersten Weltkrieg von Rumänien annektiert worden war. Sich aus dem gemeinsamen Krieg gegen die UdSSR herauszuhalten, hätte für Ungarn das Risiko bedeuten können, in einem künftigen Konflikt mit dem stärkeren Nachbarn nicht mehr auf die Hilfe Berlins und Roms zurückgreifen zu können.

Daß Ungarn einige Monate später auch mit Großbritannien und den USA in Kriegszustand geriet - woraus praktisch erst einmal nichts folgte, da Ungarn noch außerhalb der Reichweite der alliierten Bomber lag - war aus Sicht der herrschenden Kaste des Landes ein großes Mißgeschick. Sie hätten ein taktisches Wechselspiel oder jedenfalls die Möglichkeit dazu vorgezogen; gezwungenermaßen alles auf die deutsche Karte setzen zu müssen, war eigentlich nicht ihre Politik. Ungarns Regime war faschistoid, aber eben doch nicht nazistisch; so gab es beispielsweise einige legale Oppositionsparteien, ein Parlament, Wahlen. Satellit des Deutschen Reichs zu sein, war keineswegs der Wunschtraum der herrschenden Kreise Ungarns.

Die Kriegswende Ende 1942/Anfang 1943 ging für Ungarns Armee mit einem Schlag einher, der sie ungleich schwerer traf als der Schaden der deutschen Wehrmacht durch die Niederlage von Stalingrad: Bei der sowjetischen Offensive am Don im Januar 1943 ging praktisch alles, was Ungarn an der "Ostfront" hatte, ein Armeeverband von 200.000 Mann, unter: Zehntausende von Toten und Verwundeten, zehntausende von Gefangenen, der Rest löste sich in ungeordneter Flucht auf. Die ohnehin schlecht ausgerüstete ungarische Armee verlor bei diesem wilden Rückzug zudem fast alles, was sie an schweren Waffen besessen hatte.

Von diesem Zeitpunkt an bemühte sich Budapest immer wieder um die deutsche Zustimmung, seine verbliebenen Truppenteile ganz aus der "Ostfront" herauszuziehen und die neu aufzubauende ungarische Armee nur noch zur Verteidigung der Landesgrenzen einzusetzen. Militärisch war der Beitrag Ungarns ohnehin vergleichsweise gering, aber ihm in dieser Situation den Rückzug zu gestatten, hätte andere Staaten zu ähnlichen Forderungen ermutigt, an erster Stelle Rumänien, wo sich die Zweifel am deutschen "Endsieg" auch schon regten. Immerhin kam als Einigung heraus, daß Ungarn keine Truppen mehr direkt an die Front schicken mußte, sondern nur noch Einheiten für Besatzungsaufgaben abzustellen hatte.

Im Sommer 1943 kündigte der Sturz Mussolinis und der Seitenwechsel Italiens den Zusammenbruch der nazistisch-faschistischen Allianz an. Von diesem Zeitpunkt an verstärkten sich die Versuche Rumäniens, Ungarns, Bulgariens und Finnlands, Kontakte zu den "Feindmächten" zu knüpfen, um die Friedensbedingungen im Fall ihrer Kapitulation zu erfahren. Schauplätze dieser Bemühungen waren die Hauptstädte der neutralen Länder: Bern, Stockholm, Istanbul, Lissabon, Madrid. Man bewegte sich dort in

einer kleinen Welt aus Diplomaten und Geheimdienstlern, die sich gegenseitig kannten und wo nicht viel verborgen bleiben konnte. Man war also in Deutschland im großen und ganzen über die Kontaktversuche informiert.

Jedes weitere Land nach Italien, das aus der Kriegskoalition ausscherte, konnte die übrigen noch schneller nach sich ziehen. Im Fall Ungarns kamen weitere Gesichtspunkte hinzu: Erstens die Geographie. Nach einer Kapitulation Ungarns wäre Rumänien militärisch nicht mehr zu halten und die Alliierten stünden direkt an den Grenzen des Deutschen Reichs. Zweitens die Bedeutung Ungarns für die deutsche Kriegswirtschaft: Ein erheblicher Teil der Rüstungsproduktion war hierhin ausgelagert worden; die Rohstoffe für die kriegswichtige Produktion von Aluminium kamen großenteils aus Ungarn; seine Landwirtschaft half deutsche Versorgungsprobleme mildern - um den Preis der Verschärfung seiner eigenen Nöte. Selbst Ungarns schwache Erdölvorkommen firmierten in dieser Schlußphase des Krieges, wo sich für die Wehrmacht immer stärker der Energiemangel bemerkbar machte, als wichtiger Posten in den Analysen.

Ende September 1943, kurz nach der Kapitulation Italiens (8.9.) begann in der Wehrmachtsführung die Eventualplanung für eine schnelle und überraschende Besetzung Ungarns, Deckname "Margarete". Sie sollte in dem Moment durchgeführt werden, wo sich ein Macht- und Bündniswechsel abzeichneten. Ende Januar 1944 kam noch "Margarete II" dazu, ein Plan für eine analoge Aktion in Rumänien. Die Vorbereitungen dafür ließ Hitler jedoch einen Monat später wieder einstellen, nachdem er bei einem Treffen mit Antonescu den Eindruck gewonnen hatte, die Loyalität dieses Partners sei nicht gefährdet.

Der definitive Entschluß, Ungarn zu besetzen und einen Regierungswechsel zu erzwingen, scheint Anfang März 1944 gefallen zu sein. Eine wesentliche Rolle für diese Entscheidung spielte die Entwicklung beim Bündnispartner Finnland, der die Front inzwischen fast an seinen Grenzen hatte und sehr intensiv mit der UdSSR über die Waffenstillstands-Bedingungen verhandelte. Am 4. März notierte Goebbels nach einem Gespräch mit Hitler in seinem Tagebuch: "Im Zusammenhang mit der finnischen Angelegenheit ist der Führer jetzt auch fest entschlossen, die ungarische Frage zu lösen. (...) Ist die Armee einmal entwaffnet, dann kann man an die Frage der ungarischen Aristokratie und vor allem des Budapester Judentums herangehen. Denn solange die Juden in Budapest sitzen, kann man mit dieser Stadt und auch mit dem Lande, insbesondere aber mit seiner öffentlichen Meinung, nichts machen."

Einen Tag vor der geplanten Militäraktion, am 18. März 1944, ließ Hitler Horthy zu sich kommen, um ihn zur Zustimmung zu nötigen. Denn der "große alte Mann" der ungarischen Konterrevolution und Reaktion sollte im Amt bleiben, um die Loyalität der Herrenkaste und der Armeeführung zu gewährleisten. Nachdem er sich mehrere Stunden lang zäh gewehrt hatte, stimmte Horthy schließlich einer Erklärung zu, die den deutschen Einmarsch als einen von Ungarn gewünschten Vorgang im Dienste der gemeinsamen Kriegsanstrengungen legitimierte.

Was hatte ihn dazu veranlaßt? Die deutsche Seite verfügte über mehrere starke Druckmittel: Erstens die Drohung, man werde die Besetzung in jedem Fall durchführen; jedoch würden bei einer Verweigerung Horthys auch rumänische, slowakische und kroatische Einheiten unter den Besatzungstruppen sein. Zweitens wurde angedroht, wie 1943 in Italien praktiziert, die ungarische Armee vollständig zu entwaffnen und zu internieren. Horthy wählte das aus seiner Sicht "kleinere Übel" und öffnete damit, wie er selbst sehr wohl wußte, die Tür zum ungarischen Holocaust.

Am 19. März 1944 rückten Einheiten der Wehrmacht, begleitet von SS und Sicherheitspolizei, in Ungarn ein. In ihrem Gefolge auch ein Stab von rund 200 Mann unter Leitung von Adolf Eichmann, der ohne Zeitverzögerung die "Erledigung der Judenfrage in Ungarn", die Vorbereitungen für Konzentration und Deportation von über 800.000 Juden - Eichmann selbst und andere nannten gelegentlich auch die Zahl eine Million - in Angriff zu nehmen.

(Zweiter Teil folgt im nächsten ak)

Knut Mellenthin

Anmerkungen:

1) Mitteilung des Gesandten von Rintelen an den Unterstaatssekretär im Außenministerium, Rintelen; 19.8.42.

2) Nach dem Bericht über das Forum in der "Süddeutschen Zeitung" vom 21.11.88.

3) Note Rademachers, Amtsleiter der Abteilung D III ("Judenfrage") im Außenministerium, an den deutschen Botschafter in Budapest; 10.3.43.

4) Sichtlich gekränkt schrieb Horthy am 7. Mai 1943, nachdem er gerade wieder einen belehrenden Monolog hatte über sich ergehen lassen müssen, an Hitler: "Ich hoffe, ohne Überheblichkeit auf die Tatsache hinweisen zu dürfen, daß ich zu meiner Zeit der erste war, der seine Stimme gegen das destruktive Verhalten der Juden erhob. Seither wurden von mir geeignete Maßnahmen ergriffen, um ihren Einfluß zurückzudrängen. Für diesen, zur damaligen Zeit neuen Kurs wurde mein Land von Deutschland und vom Rest der Welt boykottiert."

5) Unterstaatssekretär Luther vom Außenministerium an den Gesandten von Rintelen; 21.8.42.

6) Von Rintelen an Luther; 25.8.42.

Literatur-Empfehlungen:

Randolph L. Braham mit seiner zweibändigen Arbeit "The Politics of Genocide. The Holocaust in Hungary" (New York 1981) ist das absolute "Muß" für eine weitergehende Beschäftigung mit dem Thema. Braham ist außerdem Herausgeber einer umfangreichen Dokumenten-Edition, die sämtliche relevanten deutschen Korrespondenzen, Noten usw. zum ungarischen Holocaust in Faksimile enthält. - Einen kürzeren Überblick bietet das Ungarn-Kapitel von László Varga in dem von Wolfgang Benz herausgegebenen, nach Ländern aufgebauten Buch "Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus", München 1991. - Margit Szöllösi-Janze hat umfassend die historischen und materiellen Voraussetzungen des ungarischen Faschismus untersucht: "Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn", München 1989. - Jenö Lévai ist Autor einer Studie, deren spezieller Wert in der Wiedergabe zeitgenössischer Pressemeldungen und Kommentare, in erster Linie aus der Schweiz, zum ungarischen Holocaust liegt: "Abscheu und Grauen vor dem Genocid in aller Welt..", 1968 erstmals auf ungarisch erschienen. - Die Memoiren des letzten ungarischen Regierungschefs vor dem deutschen Einmarsch im März 1944, Nicholas Kallay, geben die Sichtweise des vergleichsweise "gemäßigteren" Flügels des ungarischen Regierungslagers wieder: "Hungarian Premier...", New York 1954. - Die Memoiren Horthys kann man sich wegen Inhaltslosigkeit gern schenken. Hingegen ist die von Miklós Szinai u.a. herausgegebene Edition von Horthy-Briefen, geheimen Memoranden u.ä. eine interessante Fundgrube: "The Confidential Papers of Admiral Horthy", Budapest 1965.

15. CSU: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:08

Es ist ein schönes Bild, das derzeit die CSU abgibt: Ministerpräsident Stoiber wird vorgeworfen, einen Ausflug zum Geburtstag des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Strauß auf Kosten des Steuerflüchtlings Zwick unternommen zu haben. Er, so Stoiber in ersten Stellungnahmen, habe davon nichts gewußt, sondern vielmehr angenommen, der Ministerpräsident hätte selbst diese Reise bezahlt.

Wie denn der Ministerpräsident diese etwa DM 200.000, die sein alljährlicher Geburtstag mit Flug, Schampus, Hotel usw. bei seinem relativ mageren Salär hat aufbringen können, diese Frage ist ihm wahrscheinlich gar nicht gekommen.

Und während der Steuerskandal Zwick so vor sich hinbrodelt und die interessierte Fachwelt abwartet, ob denn Sohn Zwick wegen der 70 Millionen Steuerschuld (oder ist es nicht in Wirklichkeit strafrechtlich relevante Steuerhinterziehung?) in Vertretung seines Vaters (mittlerweile Schweizer Bürger) einfahren muß (er mußte, und selbst die Kaution in doppelter Höhe der Schuld half ihm bisher nicht), entschließt sich Stoiber zum Befreiungsschlag. Er jedenfalls, so darf als Motivationslage seines elefantösen Porzellanzerschmeißens gemutmaßt werden, wolle keineswegs wegen der Amigos aus dem Amt scheiden wie sein Vorgänger Streibl. Dieser hatte ja nicht nur dadurch dem Amt geschadet, daß er Flugkarten nicht abrechnete, sondern auch im nachhinein der Partei, indem er sich - rein privat natürlich - mit REP-Chef Schönhuber zum Plausch getroffen hatte. Schließlich, und daran ist nicht zu rütteln, war man vor nicht allzulanger Zeit auch offiziell politisch befreundet gewesen, bevor dann der Schönhuber seinen eigenen Laden aufgemacht hat.

Der Stoiber-Edmund jedenfalls will seine weiße Weste präsentieren, auf der der Rotwein vom Zwick und Strauß so blöde Flecken zu hinterlassen droht, und läßt verbreiten, daß er die jährlichen DM 300.000, die er ungewollt als Vermögensverwalter von seinen Vorgängern geerbt habe, regelmäßig an gemeinnützige oder so ähnliche Zwecke abführe, auf keinen Fall aber in die eigene Tasche wirtschafte.

Worauf dann wieder die Frage gestellt werden kann, ob der Stoiber-Edmund etwa angenommen hatte, daß dieser Betrag damals zur Finanzierung der Straußgeburtstage genommen wurde. Die Straußerben, Marianne mit den politischen Absichten und ihre beiden Partylöwen-Brüder aber, haben genau dies dem Stoiber-Edmund so quasi als Unterstellung ihrerseits vorgeworfen. Es sei überhaupt nicht wahr, daß der Papa und bayerische Großfürst irgendetwas in seine eigene Tasche gewirtschaftet habe. Kenner der Eigentumsverhältnisse des Großfürsten würden dem sicher zustimmen, denn Kleinigkeiten haben diesen ja nie interessiert; dafür war ja sein Büroleiter zuständig, und der hieß damals Edmund Stoiber.

Womit sich die Schlinge um den Hals des bayerischen Ministerpräsidenten bildlich gesprochen wieder etwas enger zieht. Denn schließlich kann mensch in Bayern, wenn das Großreinemachen angesagt ist, schon wegen weit geringerer Beträge aus dem Amt gejagt werden. Der Gauweiler-Peter hatte, weil er selbst ja in die Politik gegangen war, seinen Klientenstamm für DM 10.000 pro Monat "verpachtet", was zwar DM 120.000 pro Jahr ergibt, für einen Straußgeburtstag aber in keinem Fall genug gewesen wäre. Womit aber nicht gesagt sein soll, daß der Gauweiler-Peter dem Franz-Josef andere Familienfeste ausgerichtet habe. Dafür jedenfalls gibt es überhaupt keinen Beweis.

Stoibers ursprüngliche Aussage, er habe von dem Finanzier der Straußgeburtstage nichts gewußt und deshalb könne von Bestechung (aktiver und passiver Amigoisierung) nicht die Rede sein, wird vom Paten Zwick jedenfalls widerlegt. Er selbst sei bei manchen dieser Geburtstage wegen des Steuerverfahrens zwar nicht selbst anwesend gewesen (das hätte einfach nicht gepaßt), auf ihn als noblen Spender sei in voller körperlicher und geistiger Anwesenheit des Stoiber-Edmund aber mehrfach angestoßen worden.

Was Zwick sen. zu solchen und anderen belastenden Aussagen bewegt, ist recht eindeutig. Da geht es weniger um die späte Rache an dem damaligen Finanzminister Tandler, der den Fall nicht endgültig begraben hat, dessen eigene Vermögensverhältnisse im altehrwürdigen Altötting, dieser bayerischsten aller bayerischen Gemeinden, einer genaueren Überprüfung wert wären. Angeblich nur eine Restschuld von DM 200.000 seien von damals noch dem Paten Zwick zurückzuzahlen, der Rest sei getilgt. Dieser Rest aber war eine Bürgschaft,

so daß das Darlehen eben zur Gänze nicht zurückbezahlt worden ist. Nein, dem Paten Zwick geht es nicht um Rache; er beherzigt nur den Spruch, den Marlon Brando als "Der Pate" im gleichnamigen Spielfilm als Inbegriff des mafiosen Familiensinns aussprach: Du bist nur dann ein richtiger Mann, wenn Du an freien Tagen bei Deiner Familie bist. Das kann Zwick sen. leider nicht, denn Zwick jun. sitzt im Knast und daran sind die Spezl'n, auf gut deutsch die amigos, schuld.

Und der jetzige Finanzminister, der adoptierte Adlige von Waldenfels, kann sich trotz aufgefundener handschriftlicher Erinnerungshilfen in den Zwick-Akten an rein gar nichts mehr erinnern; insbesondere natürlich nicht daran, daß er von der gedeckten Steuerhinterziehung zum Vorteil Zwicks und vermutlich der CSU irgendetwas gewußt haben soll. Vermutlich wird er auch sein Verhältnis zur Zwick-Pressesprecherin am liebsten vergessen wollen; nur - helfen wird es ihm wahrscheinlich nichts.

Nun sind also wenigstens die Finanzen der Straußgeburtstage in Südfrankreich hinlänglich aufgeklärt, aber klar ist eigentlich überhaupt nichts. Denn, wenn ein solcher Geburtstag mit An- und Abreise, Orgie und deren Verdauung vielleicht so alles in allem eine Woche gedauert hat, bleiben dann noch weitere 51 Wochen, deren Finanzierung geklärt werden müßten. 52 mal DM 200.000, das wären insgesamt so ungefähr 10 Millionen im Jahr, bei 40 politischen Berufsjahren also 400 Millionen. Nein, nein, das ist falsch gerechnet. Weder hatte er jede Woche Geburtstag noch jede Woche einen Zwick, der ihm den bezahlt hat. Aber Geld hat der Strauß allemal gemacht. Millionenschwer soll er gewesen sein, auf anonymen Nummernkonten in der Schweiz Millionen in dreistelligen Beträgen geparkt und an der Steuer vorbei die Zinsen vereinnahmt haben. Er war halt cleverer als der Steinkühler. Der hat nur gewußt, welche Daimler-Aktion man haben mußte, bevor der Börsendeal gemacht wurde. Der Franz-Josef, der hat als Aufsichtsratsvorsitzender der Airbus-GmbH ganz andere Summen bewegen können.

Wahrscheinlich ist die Lösung wie vieles in der Welt ganz einfach: Vom Schalck-Golodkowski hat der Franz-Josef die SED-Millionen gekriegt und für die KoKo angelegt. Dafür hat er ihn 32 Mal treffen müssen, weil Geld zwar nicht stinkt, aber dennoch ein beträchtliches Gewicht hat. Wie der Pate uns glaubhaft versicherte, sollen sechs Millionen in Eintausend-DM-Noten etwa 10 Kilogramm wiegen. Aber so heimlich im Rucksack oder im Kofferraum wird das Geschäft doch nicht gelaufen sein. Aber egal, kein Wunder also, daß die Steckbriefe, die die deutsche Steuerfahndung nun auf der Suche nach den SED-Millionen in der Schweizer Bankenwelt hat kleben lassen, so wenig Erfolg haben.

Aber daß der Stoiber-Edmund das alles nun vielleicht wird ausbaden müssen, wo er doch so groß saubermachen wollte, das ist wirklich ungerecht. Bedauerlich aus linker Sicht ist daran nur, daß einer solchen Demontage einer Partei eher der Ruf nach einem wirklichen Saubermann, einem, der mit dem ganzen Saustall da oben aufräumt, folgen könnte. Um diesen Posten drängeln sich mittlerweile ja eine ganze Menge.

ES, Hamburg

16. Gibt es eine CDU nach Kohl?

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:07

Mit der Gründung des "Bund Freier Bürger" um den ehemaligen bayerischen FDP-Vorsitzenden und EG-Kabinettchef Manfred Brunner wurde ein neues Kapitel in der unendlichen Geschichte der sogenannten Vierten Partei eröffnet, ein Dauerbrenner in der politischen Diskussion der alten Bundesrepublik, und nun, nach dem Ende der Einheitseuphorie, auch des neuen Deutschland. In dieser Debatte geht es darum, ob eine Verschiebung des Parteienspektrums nach rechts möglich ist, ohne daß die sich etablierende neue rechte Partei durch die unmittelbare Identifikation mit dem historischen (und neuen) Faschismus von vornherein diskreditiert wird. Eine solche Partei ist der Traum des gesamten rechtskonservativen, nationalen und revanchistischen Lagers, das endlich ohne Rücksichtnahme auf die Westeinbindung Deutschlands, ohne Rücksicht auf die "Herz-Jesu-Marxisten" des Arbeitnehmerflügels der Union nationalistische und revanchistische Politik machen will. Eben dieses Lager fühlt sich in der Union seit Gründung der BRD nur bedingt heimisch. Zum wiederholten Mal ist mit der Gründung einer neuen Partei, diesmal des "Bund Freier Bürger" des Manfred Brunner, die Frage aufgeworfen, ob eine solche Partei sich dauerhaft etablieren kann. Ob eine solche Partei aber eine ähnliche Rolle spielen kann wie etwa die Forza Italia des Silvio Berlusconi in Italien, bleibt abzuwarten, auch wenn wir nicht ohne Genugtuung zur Zeit die Selbstdemontage der CSU in Bayern beobachten, die in ihrem grenzenlosen Selbstreinigungszwang offenbar die Gesetze jeder funktionierenden mafiosen Struktur zu vergessen scheint: die omertà.

Es bleibt abzuwarten, ob sich vor den Bundestagswahlen noch Entscheidendes in der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft verändern wird. Spannend aber wird es in jedem Fall, wenn die CDU/ CSU, dieser - wie angesichts des Hamburger Parteitags der CDU ein Kommentator sinngemäß schrieb - auf den puren Machterhalt zugerichteter Kanzlerwahlverein ihr Ziel verfehlt und keine bzw. erheblich weniger Pfründe zu verteilen hat. Die Teilhabe an der Macht war schon immer speziell im rechten Lager ein ganz wesentliches Element von Stabilität. Es könnte durchaus sein, daß bei Verlust der Pfründe die Kontroversen innerhalb der Union (hie: christlich-demokratische Volkspartei mit deutlicher Orientierung zur "Mitte" hin, dort: deutsch-nationale Partei mit offenem Bündnisangebot nach Rechtsaußen) zur offenen Spaltung in der einen oder anderen Form führen könnte.

Brunners "Bund Freier Bürger"

Der "Bund Freier Bürger" um den ehemaligen bayerischen FDP-Vorsitzenden Manfred Brunner ist das jüngste Produkt dieses Widerspruchs innerhalb des etablierten bürgerlich-konservativen Lagers. Brunner hatte die FDP verlassen, weil er den Europa-Kurs dieser Partei und der Regierung Kohl nicht mittragen wollte. Mit seiner Klage gegen die Maastrichter Verträge vor dem Bundesverfassungsgericht hatte er zumindest einen Teilerfolg erzielt. Seiner im Herbst 1993 geäußerten Erklärung, eine Partei "rechts von der Mitte" zu gründen, hatte zuerst innerhalb der CSU viel Beachtung gefunden. CSU-Ministerpräsident Stoiber erklärte, "der Mann habe große Verdienste erworben", CSU-Finanzminister Georg von Waldenfels lobte seinen "Ideenreichtum" und der mittlerweile geschaßte Umweltminister Gauweiler befand gar, Brunner habe "in der Verteidigung zivilisierter, abendländischer Milieus gegen die Propaganda der Einebnung" Entscheidendes bewegt. Mit der Gründung des "Bund Freier Bürger" beendete Brunner im Januar dann das Liebeswerben der CSU. Die neue Partei will zu den Europawahlen erstmalig antreten, hier verspricht man sich wegen Brunners Anti-Maastricht-Klage und seines Bekanntheitsgrades in dieser Angelegenheit einiges. Ansonsten ist das Programm dieser - so Brunner - einzigen "seriösen" Partei rechts von der Union eher mager. "Ordnung, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit in Deutschland" wird propagiert. In praxi hat sie aber außer der Verbundenheit mit der FPÖ des österreichischen Rechtsaußen Jörg Heider nur die Forderung nach Abschaffung jeglichen Asylrechts zu bieten.

Interessanter als das Programm, das sie direkt neben die angeblich "unseriösen" Republikaner, die DVU oder NPD stellt, sind allerdings die Personen, die diese Partei aus der Taufe gehoben haben: Neben Brunner ist da vor allem Dr. Karl Albrecht Schachtschneider (Nürnberg, ehemals Hamburg) zu nennen, der mit Brunner gegen die Maastricht-Verträge geklagt (zusammen mit Rupp) und der vor Jahren aus Protest die CDU Hamburg verlassen hatte. Ebenfalls im Präsidium sind Prof. Dr. Joachim Starbatty aus Tübingen, ehemals (1970/72) wirtschaftswissenschaftlicher Berater der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion und bislang in der CDU beheimatet. Beisitzer im Vorstand sind u.a. Dr. Hans-Heinrich Rupp (Mainz), emeritierter Staatsrechtler, der

1978 die Wiedereinführung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer unterstützte, sowie Dr. Bruno Bandulet aus Bad Kissingen. Speziell Bandulet ist ein hervorragendes Mitglied eben der Braunzone zwischen Union und Neonazis, in der Brunners "Bund Freier Bürger" angesiedelt ist. Dieser Bruno Bandulet ist ein typischer Hansdampf-in- allen-Gassen der Braunzone. Er promovierte über Adenauers Außenpolitik (zu der gedruckten Fassung schrieb Strauß das Vorwort), war Autor im Vorläufer der "Jungen Freiheit", "Student" in Würzburg, brachte es in Springers "Welt" bis zum Chef vom Dienst (bis Oktober 74), war außenpolitischer Referent der CSU-Landesleitung und Beobachter bei der Gründungsversammlung der "Deutschen Volksunion" des Dr. Gerhard Frey im Jahr 1971 ("Tat", 17.10.1980). 1976 war er stellvertretender Chefredakteur der "Quick", bewarb sich 1977 als CSU-Pressesprecher und war 1978 Referent beim "Hilfskomitee Südliches Afrika", einer Nahtstelle zwischen CDU und offenen Nazis. Sein Buch "Schnee für Afrika" wird in der Nationalzeitung positiv besprochen, er selbst ist Autor in der rechtslastigen "Zeitbühne" von William S. Schlamm, des "Deutschland-Magazins" der Deutschland-Stiftung um Gerhard Löwenthal und der "Epoche", einem weiteren Braunzonenblatt.

Langjährig verbunden durch seine Autorenschaft in "Criticon" ist Bandulet auch der Familie des Freiherrn Caspar von Schrenck-Notzing, Mehrheitsaktionär der württembergischen Metallwarenfabrik WMF, und Finanzier dieses seit Jahren einflußreichen Blattes der "konservativen Revolution". Dieser hatte schon im Mai/ Juni-Heft von "Criticon" Brunner als einen "der wenigen klaren Köpfe im Lande" präsentiert. Die dazugehörige Freifrau Regina ist Beisitzerin im Vorstand des "Bundes Freier Bürger". Sohn Alexander (1986 Rep-Kandidat, heute CSU - das Spiel geht auch so herum) hatte im Novemberheft der "Jungen Freiheit" Parteichef Brunner interviewt. Mit zu den Gründern des "Bund Freier Bürger" gehört auch Wolf von Zworowski, 21 Jahre lang CDU-MdL in Hessen (u.a. Landtagsvizepräsident in Hessen), der erst Mitte 1993 die "Deutsche Partei" wiedergegründet hatte, die eine der Wurzeln der NPD-Gründung von 1964 gewesen war.

Brunners Partei hat bisher nur wenige Hundert Mitglieder und es bleibt abzuwarten, ob sie das große Medieninteresse rechtfertigt, das ihr anläßlich ihrer Gründung entgegengebracht wurde. Auf jeden Fall aber ist Brunners Partei eine der politischen Initiativen, wie sie von der sogenannten "Braunzone" aufmerksam verfolgt wird, die seit Jahren und Jahrzehnten darauf wartet, endlich eine eigenständige politische Kraft ihr eigen nennen zu können. So ist es denn kein Wunder, daß beispielsweise die "Junge Freiheit", derzeitiges intellektuelles Kopfblatt dieser Szene, Brunners Aktivitäten mit äußerster Sympathie kommentiert. Die "Junge Freiheit" ist mit ihren Autoren eng mit Schrenck-Notzings "Criticon" verbunden. (s.a. ak 363, Januar 1994)

Obwohl dieses Rechtsblatt bislang eine parteipolitische Stellungnahme immer vermieden hatte, um so sein Image als ungebunden aufrechtzuerhalten, gehört Brunners "Bund Freier Bürger" neben den bisher eindeutig favorisierten Republikanern zu den politischen Hoffnungsträgern des Blattes.

Ähnliche Aufmerksamkeit dürfte Brunners "Bund Freier Bürger" aber auch aus dem rechten Lager der Union selbst entgegengebracht werden, das in der Vergangenheit immer wieder u.a. Bündnisse mit den Republikanern eben nicht ausgeschlossen, sondern teilweise praktiziert hatte. Zu nennen sind da insbesondere als intellektuelles Zentrum das "Studienzentrum Weikersheim" und das "Christlich-konservative Deutschlandforum". In diesen beiden Zentren finden sich heute innerhalb der Union diejenigen, die am ehesten zu politisch rechten Abenteurertum bereit sind.

Studienzentrum Weikersheim

Zur Vorbereitung der Gründung seines "Bund Freier Bürger" tingelte Manfred Brunner im Jahr 1993 durch die konservative Landschaft Deutschlands. Mal war er Gast bei der Arbeitstagung der Deutschen Burschenschaft Jena, mal besuchte er den Berliner Herrenclub "Das Dienstagsgespräch". Diese Tournee führte ihn auch als Redner zur "2. Hochschulwoche des Studienzentrums Weikersheim", der zur Zeit führenden intellektuellen Nahtstelle zwischen CDU/CSU und Rechtsaußen.

Seit 1979 bemüht sich das vom ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten und Nazi-Marinerichter Hans Filbinger gegründete "Studienzentrum Weikersheim" um die Profilierung der Union als "christlich-nationale-konservative Partei". Auf den Tagungen des Studienzentrums geben sich Vertreter des konservativen bis rechtsradikalen "Diskurses" dabei die Hand: Von der CDU-Fraktionsvorsitzenden in Bremen, Elisabeth Motschmann, über Lothar Bossle (rechter Soziologie-Professor aus Würzburg und Strauß-Zögling) bis zu Günter Rohrmoser (Sozialphilosoph an der Universität Stuttgart-Hohenheim, der auch schon auf

CDU-Parteitagen Grundsatzreden hielt), Otto Esser von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Rolf Schlierer von den baden-württembergischen Reps und dem Geschichtsrevisionisten Adolf Schickel von der "zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt". Daß Schlierer 1989 wegen öffentlichen Protestes aus dem Kuratorium des Studienzentrums wieder entfernt wurde, ändert den nach rechts offenen Charakter in keiner Weise: Da darf der Nationalrevolutionär Wolfgang Strauß (u.a. Autor in "Nation Europa") genauso referieren wie Prof. Theodor Schmidt-Kahler (Unterzeichner des rassistischen Heidelberger Manifests); auch Hans-Ulrich Knopp, Ex-Bundesvorstandssprecher der Republikaner, Mitglied des revanchistischen Witikobundes und Mitglied der ultrarechten "Burschenschaft Danubia" darf als Mitglied des Studienzentrums in den "Weikersheimer Blättern" publizieren.

Aufsehen erregte das Studienzentrum im Mai 1993, als die Brandt-Witwe Brigitte Seebacher-Brandt dort auftrat und unter dem sinnigen Seminartitel "Von der Parteienverdrossenheit zur Staatskrise" rechte Töne von Nation und Vaterland vertrat. Gerhard Mayer-Vorfelder, Finanzminister von Baden-Württemberg und Hoffnungsträger des Stahlhelmflügels der Union, bezieht sich ausdrücklich positiv auf dieses Studienzentrum (Junge Freiheit 6/93) und ist Mitglied einer "Filbingerstiftung", die die Arbeit des Studienzentrums finanziell absichern soll, gemeinsam mit Erwin Vetter vom Studienzentrum, der Publizistin Christa Meves (u.a. Deutschland-Magazin), dem Altnazi Paul Schmitt-Carrell (ab 1940 Chef der Presse- und Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes), Gerhard Löwenthal (Deutschlandstiftung) und dem unvermeidlichen Brigadegeneral a.D. Heinz Karst (Studienzentrum und Deutschlandstiftung).

Mit seinem Sympathisantenkreis von rechter Union bis hin nach ganz rechtsaußen setzt das Studienzentrum die Tradition fort, die vor allem in den 70er Jahren die Deutschlandstiftung des Altnazis Kurt Ziesel oder das "Institut für Demokratieforschung" um Lothar Bossle innehatte. Wie diese hat wohl auch das Studienzentrum vor allem die Aufgabe, durch Diskussionsangebot nach ganz rechts außen möglichst zu verhindern, daß sich zu viele vom rechten Rand endgültig aus der Union verabschieden.

Staatssekretär Eduard Lintner (CSU), selbst als Interviewpartner der "Jungen Freiheit" und noch aus Studententagen dem "Institut für Demokratieforschung" engstens verbunden (Lintner war Mitglied der Hochschulunion, die in den 70ern die rechtesten CSU-Positionen vertrat), hatte auf PDS-Anfrage hin "keine verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse" über die Tätigkeit von Neofaschisten im Studienzentrum. Allerdings wolle man dem Vorwurf, dort sei über die "Auschwitz-Lüge philosophiert" worden, durch Nachfragen beim Zuwendungsempfänger nachgehen. Das Studienzentrum wird nämlich aus öffentlichen Geldern bezuschußt: 1988-93 DM 80.000 von der Bundeszentrale für politische Bildung, von 1989-1991 DM 125.000 vom Ministerium für innerdeutsche Beziehungen und von 1989-1993 DM 188.000 vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Christlich-konservatives Deutschlandforum

Gegründet Anfang Dezember 1992 von etwa 200 rechten CDU-Mitgliedern unter maßgeblicher Beteiligung der CDU-MdBs Claus Jäger, Wilfried Böhm und Heinrich Lummer stellt das "christlich-konservative Deutschlandforum" heute innerhalb der CDU/CSU die organisierte Rechtsaußen-Strömung dar. Vorläufiger Geschäftsführer des Forums wurde Helmut Walter, demzufolge die "Stasi" den Wandel der CDU in den 70er Jahren zu einer modernen Volkspartei gelenkt habe. Die Kampagnen gegen Filbinger, Lübke, das Opus Dei etc. - alles Stasi-gelenkt. Und die Zentrale der CDU befinde sich seit der "Machtergreifung der Herz-Jesu-Marxisten" fest "in linker Hand" (FR, 7.12.92). Zu Sprechern wurden Claus Jäger, Rudolf Krause und der sächsische Landtagsabgeordnete Wolfgang Nowak gewählt. Rudolf Krause machte Anfang 1993 bundesweit durch seine Thesen zur Nation auf sich aufmerksam und verließ die Union, um in Zukunft bei den Republikanern sein Parlamentsamt auszuüben. Der bundesweiten Gründung vorausgegangen war die Bildung sogenannter "konservativer Gesprächskreise" innerhalb der Union: "Wertkonservativer Kreise", "Petersberger Kreis" in Hessen, "Karlshorster Kreis", "Potsdamer Kreis", Gesprächskreise in Stuttgart und Tübingen, in denen sich die rechtesten Teile der Union zusammenfanden. Auch innerhalb der JU gärte es, so z.B.: in Form eines "Diedrichshägener Kreis - Konservativer Interessenverband". Daß in diesen Kreisen auch intensiv in Richtung Republikaner geschielt wurde, macht u.a. ein Zitat eines JU-Funktionärs - abgedruckt in der "Jungen Freiheit" (7/93) deutlich: "Erst wenn weit mehr inhaltlich orientierte Streiter der nonkonformistischen Rechten mit quertreiben, wird sich (...) (das) Fahrwässerchen stauen lassen - um als Flut der Erneuerung politische wie personelle Altlasten wegzuwaschen und - wenn nötig - zu ertränken, wenn, ja wenn bis dahin die wenigen

Streiter dieser Couleur den verkommenen Gefechtsstand der Union nicht aufgeben und sich einer noch unverbrauchten politischen Kraft zugewandt haben".

Ursprünglich hatten die Initiatoren des Deutschlandforums mit mehr Prominenz gerechnet: Gerhard Mayer-Vorfelder aus Baden-Württemberg, Manfred Kanther aus Wiesbaden, Constantin Freiherr von Heeremann, aber auch Gerhard Löwenthal - all diese Aushängeschilder nationaler Sammlung ließen sich entschuldigen. Deren Fernbleiben wurde forumsintern mit der Angst vor Partei-Repressalien begründet, hatte die Union doch gerade ihren Unvereinbarkeitsbeschluß mit den Republikanern formell gefaßt. Auch der Mitgründer Böhm hat sich mittlerweile distanziert. Dagegen hat der MdB Claus Jäger sein Sprecheramt erst im September 1993 niedergelegt, weil er zwei Ausschlußanträge nicht durchbekam. Zuvor aber hatte er sich noch beim Landesforum Baden-Württemberg betätigt, u.a. bei dessen Gründung am 5.6.93 in Stuttgart, bei der der Redakteur der Republikaner-nahen Zeitung "Junge Freiheit", Roland Bubik, wie auch Bubiks Mitstreiter aus der rechten Mannheimer "Liste Unabhängiger Studenten" (LUST), Claudius Dony, ehemals Beisitzer im Vorstand des rechtsextremen "Forum 90", zu Landessprechern gewählt wurden. Auch in anderen Regionalforen finden sich Autoren aus der "Jungen Freiheit" wieder, so in Hessen Frank Bötzkes aus Arolsen ("Es kann nicht sein, daß die einzigen, die die Grundwerte der CDU vertreten, die Republikaner sind"). Bei der Gründung des hessischen Forums anwesend waren auch die beiden CDU-Landtagsabgeordneten Josef Weber aus Fulda und Roland Rösler, beide Mitglied des Petersberger Kreises, einem rechten Gesprächszirkel innerhalb der hessischen CDU. Rösler ist u.a. Mitglied des Abtreibungsgegner-Vereins "Christdemokraten für das Leben", in der "Paneuropa-Union" und steht dem Opus Dei nahe.

Programmatisch unterscheidet sich das Deutschlandforum allenfalls marginal von den Republikanern: Der "Grundwert Gleichheit" wird abgelehnt, das "deutsche Vaterland" dürfe nicht in Europa aufgehen, die Außenpolitik müsse sich stärker den Vertriebenen und deutschen Aussiedlern widmen, die Kinder zu Patriotismus, Ehre und Freiheitswillen erzogen werden, und die Polizei solle wieder mehr und härter durchgreifen dürfen. Heinrich Lummer brachte es auf den Punkt: Die Republikaner seien "Fleisch von unserem Fleische".

Mit dem Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber den Republikanern hat die CDU vorerst einmal diese offene Flanke nach Rechts zu schließen gesucht. Ob damit auf Dauer aber die innerparteiliche Rechte bei der Stange gehalten werden kann bleibt abzuwarten.

Der (Alp-)Traum von der Vierten Partei

Brunners "Bund Freier Bürger" ist eine Neuauflage der vielen Versuche, rechts von der Union im bundesdeutschen Parteienspektrum eine eigenständige politische Kraft zu etablieren. Eine solche Partei hat bislang allenfalls direkt bei der Gründung der Bundesrepublik bestanden, spätestens seit 1957 ist sie mit Ausnahme der NPD Ende der 60er Jahre immer mit Mißerfolg belastet gewesen.

Es sei das historische Verdienst der Union in der Gründungsphase der Bundesrepublik gewesen, daß rechts von ihr sich keine Partei dauerhaft im parlamentarischen Spektrum hat etablieren können, bemerkte der Parteiforscher Richard Stöß in der "taz". In der Tat: Nach 1949 bedurfte es zweier Bundestagswahlen, um die Nachfolgeparteien der Nazis, die "Deutsche Reichspartei", die "Sozialistische Reichspartei" oder den "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) teils in die nazistische Ecke ab- und aus dem parlamentarischen Parteienspektrum herauszudrängen, teils aber in die Unionsparteien und teilweise die FDP aufzusaugen. Doch diese Integrationsfähigkeit der Union war immer wieder brüchig: Das markanteste Beispiel dafür sind die Wahlerfolge der NPD Ende der 60er Jahre, als die CDU in der großen Koalition mit der SPD die "Neue Ostpolitik" einleitete und damit nach Auffassung der extremen Rechten, der Revanchisten und kalten Krieger "Verrat an den Interessen Deutschlands" übte. Als dann in den Folgejahren der sozialliberalen Koalition die Union die "nationale Fahne wieder höher hängte" (Strauß), konnte die Union sich erneut gegenüber den Nazis als die erfolgreichere nationale Kraft darstellen, während nunmehr die FDP in die Zerreißprobe geriet, als mit Hilfe der "Nationalliberalen Aktion" oder der Deutschen Sozialen Union" um den Schuhfabrikanten Bahner oder den späteren CSU-Abgeordneten Friedrich Zoglmann die FDP-Rechten aus der Partei herausgebrochen wurden und das konstruktive Mißtrauensvotum gegen Brandt 1972 nur knapp scheiterte. Auch diese FDP-Abtrünnigen fanden in den Folgejahren mehrheitlich ihren Platz in der CSU/CDU.

Vier Jahre später, nach der verlorenen Bundestagswahl 1976 mit Kohl als Kanzlerkandidaten, zeigte der Trennungsbeschluß von Kreuth, als die CSU die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU für wenige Wochen aufkündigte, daß die Option einer Vierten Partei innerhalb der CSU/CDU nie ganz aufgegeben worden war. Was sich damals - nach dem Rückzieher der CSU und ihrem Vorsitzenden Strauß - als "Vierte Partei" oder "CSU-Freundeskreis" der Öffentlichkeit präsentierte, war ein eher kleines Häuflein von in der Tat "Ewig-Gestrigen" um Gerhard Löwenthal, die Deutschlandstiftung, den Mehrheitsaktionär der WMF, Caspar von Schrenck-Notzig bis hin zu so umtriebigen Neonazis wie dem heute als Anwalt der militanten NS-Szene und führender Rassist bekannten Jürgen Rieger. Doch was als politische Partei nicht reüssieren konnte, war als Szene durchaus präsent. Ein ganzes Netz von diversen konservativen Meinungsblättern und Zeitungen, sogenannten Studienvereinigungen, Verlagen, Journalisten etc. existierte als "Braunzone" am rechten Rand der Union, mit ihren festen Vertretern in den Chefetagen der Partei, im sogenannten Stahlhelmflügel, im Bund der Vertriebenen etc. und andererseits weit ausgestreckten Fühlern in solche Kreise hinein, mit denen die Union als ganzes nicht identifiziert werden wollte. Mensch mag im Nachhinein darüber spekulieren, ob dieses ganze Netz von Vereinen, Blättern, Stiftungen etc. letzten Endes eben nicht die Gründung einer Vierten Partei angestrebt hat, sondern immer nur dazu dienen sollte, eben diese Gründung im letzten Moment zu verhindern und das rechte Lager bei der CDU-Stange zu halten.

Bis heute jedenfalls schien die Situation nie so recht für die Abspaltung zu passen. Anläßlich Kohls Amtsantritt 1983 wartete das gesamte rechte Lager auf einen mit Sicherheit nach einiger Zeit einsetzenden inneren Verschleiß der Kohlregierung und eine zunehmende Enttäuschung des nationalen Lagers. Als dieser Prozeß einzusetzen schien, und die Republikaner, eine Gründung im wesentlichen aus der CSU heraus, also eine in diesem Sinn genuine Vierte Partei, in Westberlin ihre ersten Wahlerfolge einfahren konnten, machte - so paradox es klingt - die deutsche Einheit eben diese Hoffnungen der Rechten erneut zunichte. Der Wiedervereinigungsbonus ließ den Vorwurf des "nationalen Verrats" hohl erscheinen, und es bedurfte mehrerer Jahre, bis nicht nur die Rechte angesichts eines übermächtig erscheinenden Kohl wieder handlungsfähig wurde.

Hinzu kommt, daß angesichts der "neuen politischen Weltlage", des Zerfalls des ehemaligen real sozialistischen Blocks, der zunehmenden Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit, der von den Restriktionen des Kalten Krieges befreiten und nicht mehr in der Blockkonfrontation befangenen deutschen Großmachtpolitik bei gleichzeitigem offenbar rapidem Zerfall der Zustimmung des Wählers" zum etablierten politischen System die Chance für radikale politische Neuorientierungen wieder real gegeben zu sein scheint. Der Erfolg der Statt-Partei in Hamburg zeigt, wie schnell doch größere Teile der konservativen Wählerschaft ihre Präferenz zu ändern bereit sind, wenn sie akzeptable Angebote vorfinden. Der "Bund Freier Bürger" könnte, was Honorabilität und Seriosität der tragenden Personen anbelangt, diesem rechtskonservativen Bedürfnis einigermaßen nahe kommen.

Einher damit geht die enorme Verschärfung der Widersprüche innerhalb der Union in den letzten Jahren. Der Stahlhelmflügel der ganz Rechten, das Deutschlandforum und die stramm rechte Riege um Lummer, Kanther, Mayer-Vorfelder im Verbund mit mindestens ebenso rechten Kräften in der CSU um Gauweiler, entsprechende Basis-Gruppierungen in der Partei um das Deutschlandforum und diverse "Gesprächskreise", verschiedene sogenannte "Lebensschützer" etc. haben in den letzten Jahren volle Kante gegen die eher gemäßigten Teile der Partei geholzt. Unvergessen noch die Wahl Heitmanns zum Kanzlerkandidaten im Herbst 93 in Berlin, als die wenigen Kritiker um Geißler, Süßmuth und Pflüger (nur dieser fand den Mut zur offenen Kritik an Heitmann) gnadenlos vom CDU-Stammtisch ausgebuht und niedergeschrien wurden. Es ist zu bezweifeln, daß der auf dem Hamburger Parteitag geschlossene Burgfrieden zwischen den tief zerstrittenen Flügeln eine Niederlage im Bundestagswahlkampf übersteht. Zumindest die Partei"linken" um Pflüger haben definitiv eine Erneuerung der CDU als Volkspartei eingefordert, in der eine nationalistische "europafeindliche" Großmachtpolitik ebenso kritisiert wird wie eine zu enge Verbundenheit mit den Kreisen einer neuen "konservativen Revolution". Pflüger - und diese Töne sind neu bei der in den letzten Jahren so sehr abgekanzelten Partei"linken" - fordert sogar ganz klar eine Trennung der Union von Lummer, den diversen "Gesprächskreisen", dem "Christlich-konservativen Deutschlandforum" und anderen Strömungen der "Braunzone".

Es sind Zweifel gerechtfertigt, ob ausgerechnet Brunners "Bund Freier Bürger" die Partei sein wird, die die verschiedenen Widerspruchslinien innerhalb des rechtsbürgerlichen Lagers bündeln kann, auch wenn diese -

verglichen mit Reps NPD und DVU - bisher am wenigsten mit der Last des historischen Faschismus einherkommt. Wann aber, wenn nicht angesichts einer Wahlniederlage Kohls, soll sich eine solche Partei herausbilden? - Diese Frage bleibt auch über den Herbst 1994 hinaus spannend.

ES, Hamburg

17. Testwahlen Zwei und Drei für"s Superwahljahr

Autor: he. · Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/wahlen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:wahlen

Nach den Brandenburger Kommunalwahlen fanden mit den Landtagswahlen in Niedersachsen, am 13. März, sowie den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein die Testwahlen zwei und drei im Superwahljahr 1994 statt. Schlußfolgerungen für den Ausgang 1994 lassen sich daraus natürlich nicht unmittelbar ziehen, aber einige Tendenzen sind deutlich sichtbar:

1. Die großen bürgerlichen Parteien (CDU, SPD, F.D.P.) verlieren weiterhin an Stimmen; bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein waren dies 10%. Die SPD hat gegenwärtig in der Auseinandersetzung mit der CDU den besseren Stand. Dies wurde insbesondere bei den Landtagswahlen in Niedersachsen deutlich, wo die SPD den Stimmen- und Prozentanteil halten konnte, während die CDU starke Einbußen hinnehmen mußte. Die Bonner Koalition kommt aber nicht nur hierdurch, sondern vor allem durch die starken Verluste der F.D.P. in Gefahr, weil diese bei beiden Wahlen deutlich unter 5% lag.

2. Die Grünen haben einen deutlichen Zuwachs zu verzeichnen. Bei den Kommunalwahlen von durchschnittlich 6 auf 10%, in Niedersachsen von 5,5% auf 7,4%. Insbesondere in den größeren Städten liegen sie überall über, teilweise weit über 10%. Durch die absolute Mehrheit der SPD in Niedersachsen (aufgrund der Sitze nicht des Stimmenanteils) wurde die rot-grüne Koalition zwar abgewählt, aber diese Option wurde eher deutlich gestärkt.

3. Deutlichen Zuwachs erzielten alle auf Proteststimmen ausgehenden STATT-Parteien (ob unter diesem oder anderen Namen). In Lübeck erreichte sie auf Anhieb 6%, in Neumünster 13%. Bei den Landtagswahlen waren es erwartungsgemäß auf ganze Land bezogen geringere Prozentsätze, aber in einzelnen Städten kamen Ableger der STATT-Partei ebenfalls auf über 5%.

4. Die Rechtsradikalen und faschistischen Parteien kamen in beiden Wahlen nicht über die 5%. Dies ist jedoch noch keine Grund zum Aufatmen. Die REP konnten ihren Stimmenanteil in Niedersachsen mehr als verdoppeln, in Schleswig-Holstein gibt es keine Vergleichsdaten, da die Rechtsradikalen dort kaum antraten. In Mölln allerdings konnte die NPD immerhin 4,2% erringen.

5. Keinerlei Rolle spielten linke Kandidaturen bei diesen Wahlen. In Niedersachsen trat eine LINKE LISTE an, die auf insgesamt achttausend Stimmen kam, was den Ergebnissen der DKP aus früheren Wahlen entspricht. Die LL ist formell ein Personenbündnis, de facto ein Organisationsbündnis von DKP, VVN und Teilen der PDS/Niedersachsen (vor allem der kommunistischen Plattform). he.

he.

18. Kommt 1994 der Aufschwung? BRD-Imperialismus will noch mehr Einfluß auf dem Weltmarkt

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:41

Kommt 1994 der Aufschwung? Ist der Tiefpunkt der Rezession erreicht oder gar schon durchschritten? Vielleicht - vielleicht aber auch nicht. Alles eine Sache der Definition, wobei ein bißchen Kaffeesatzleserei der wissenschaftlichen Reputation der "führenden Wirtschaftsforschungsinstitute", der "Sachverständigen", den "neuesten Angaben aus dem Bundeswirtschaftsministerium zufolge" keinen Abbruch tut. "Handelsblatt-Frühindikator: Die Vorboten des konjunkturellen Frühlings sind kaum zu übersehen" (so der Aufmacher der gleichnamigen Publikation am 5.4.94). Was will uns das sagen? Vielleicht dies: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.

Zugegeben: Der Blick in die Zukunft ist ein schwieriges Geschäft. Halten wir uns deshalb lieber an die Tatsachen. Danach ist das Wirtschaftswachstum Westdeutschlands 1993 zum vierten Mal in der Geschichte der BRD für ein ganzes Jahr betrachtet rückläufig gewesen. Nachdem 1967 der Rückgang 0,1 Prozent betrug, lag er 1975 im Zuge der Ölpreiskrise bei 1,3 und im Jahr 1982 bei 0,9 Prozent. Im vergangenen Jahr war dann mit einem Minus von 1,9 Prozent der bisher schärfste Einbruch zu verzeichnen. (1)

Nun wird gerätselt, ob schon 1994 die konjunkturelle "Talsohle" durchschritten sein wird, was erst einmal nur soviel bedeuten würde, daß am Ende dieses Jahres wieder ein (um die Inflationsrate bereinigter) Zuwachs gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen wäre. Wüchse also das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr um ca. 1 Prozent, wie etwa vom Bundeswirtschaftsministerium prognostiziert, das allerdings aus naheliegenden Gründen immer gerne etwas übertreibt, so wäre damit der Rückgang des Jahres 1993 noch nicht wettgemacht. Die meisten anderen sich berufen fühlenden Münder erwarten freilich nicht einmal dieses eine Prozent Wachstum. Ihre Vorhersagen bewegen sich (für Westdeutschland) zum Beispiel zwischen minus 0,5 (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), 0 (Sachverständigenrat) und 0,5 Prozent (ifo-Institut, Deutscher Industrie und Handelstag).

Trotzdem: Ist erst ein Plus erreicht (und sei es noch so klein), gilt dies herrschender Auffassung zufolge als untrügliches Indiz, daß es fortan wieder aufwärts geht. Um den kommenden Aufschwung so früh wie nur irgend möglich aufzuspüren, wird das Jahr in Zwölftel, Sechstel und Quartale zerlegt. Seit einigen Wochen werden nun erstmals Anzeichen registriert, die den Übergang vom "Minus-Wachstum" in eine Phase der Stagnation signalisieren könnten. Der Abschwung wäre mithin abgebremst bzw. sogar zum Stillstand gekommen. Betrachten wir diese Zahlen ein bißchen genauer.

Die Hoffnungen stützen sich in erster Linie auf die Zunahme der Auftragseingänge in der Industrie. Die industrielle Produktion in den alten Bundesländern sank 1993 insgesamt um 8 Prozent, jetzt erhöhten sich die Auftragseingänge im Januar und Februar dieses Jahres gegenüber den gleichen Monaten 1993 um 2,3 Prozent. Ausschlaggebend waren dabei die Orders aus dem Ausland: Sie zogen im Vergleich zu Anfang 1993 um 9 Prozent an, während die inländischen Bestellungen sich nochmals um 1,3 Prozent verringerten. Doch auch hier deutet sich vielleicht ab Februar 1994 eine Wende an: Betrachtet man nur diesen Monat und vergleicht ihn mit Februar 1993, so stiegen die Auftragseingänge aus dem Inland leicht um bescheidene 0,3 Prozent, wobei dies freilich auf einem starken Zuwachs in der Grundstoffindustrie zurückzuführen ist (plus 4,6 Prozent), während die inländischen Bestellungen an die strategisch wichtige Investitionsgüterindustrie mit minus 1,3 Prozent weiter zurückgingen, ebenso in gleicher Größe die Bestellungen an die Konsumgüterindustrie. Insgesamt also eher ein bescheidenes Ergebnis, das noch keine Wende zum besseren signalisiert. Selbst wenn, wie schon prophezeit wurde, im ersten Quartal 1994 ein positives Vorzeichen beim BIP-Zuwachs erscheint, sagt dies vor dem Hintergrund des tiefen Einbruchs im ersten Quartal 1993 (minus 3,2 Prozent) wenig aus. Konkreter: Für den Maschinenbau erwartet das ifo-Institut dieses Jahr eine Produktionssteigerung von 1 Prozent, aber 1993 war in dieser Branche ein Rückgang von 12 Prozent zu verzeichnen. Die Automobilproduktion mußte 1993 einen Einbruch von 20 Prozent hinnehmen, kann demgegenüber aber 1994 vielleicht um bis zu 5 Prozent zulegen. Für die Chemieindustrie sieht es günstiger aus: Sie hatte 1993 nur noch 2 Prozent weniger Ausstoß und kann 1994 mit einem Zuwachs von 3 Prozent rechnen. Dagegen geht es bei Textilherstellern und im Bekleidungsgewerbe weiter abwärts: Nach herben

Rückgängen von 11,5 bzw. 10 Prozent im Vorjahr sollen dieses Jahr nochmals minus 5 bzw. minus 8 Prozent hinzukommen. (FAZ, 5.4.94)

Export derzeit kein Zugpferd

Aufgrund der in der BRD weiter zunehmenden Massenarbeitslosigkeit, der Reallohnsenkungen und der angesichts der steigenden Staatsverschuldung zurückgehenden öffentlichen Ausgaben sind von der inländischen Nachfrage keine Impulse für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu erwarten - die Beibehaltung der angebotsorientierten, an den unmittelbaren Interessen des Kapitals ausgerichteten Politik vorausgesetzt. Obwohl die Inlandsaufträge mit etwa zwei Dritteln vom Gesamtvolumen der industriellen Produktion das wesentlich größere Gewicht haben, setzen Politik und Kapital statt dessen auf die weitere Erhöhung der Exportfähigkeit der BRD, die ohnehin seit Anfang der 80er Jahre (abwechselnd mit den USA) Exportweltmeister ist (BRD-Anteil an der gesamten Weltausfuhr: 10 Prozent). Welche Chancen hat diese völlig einseitig ausgerichtete Politik des BRD-Imperialismus, die ja zugleich ganz bewußt die Schwächung der inländischen Kaufkraft einkalkuliert?

Zunächst einmal gilt schon beim ersten Hinsehen: "Der deutsche Export soll die Wirtschaft aus der Talsohle führen - damit ist er überfordert." (Wirtschaftswoche, 25.3.94) Denn auf den derzeit größten Wachstumsmärkten in Lateinamerika und (Süd-)Ostasien konnten deutsche Exporteure 1993 zwar Zuwachsraten von gut 10 Prozent erzielen, aber das Mehr baut auf einer schwachen Ausgangsbasis auf: Nach Lateinamerika gehen lediglich 2 Prozent der deutschen Ausfuhren, nach Ostasien (einschließlich Japan) nur gut 9 Prozent. Und auch von einer möglichen Aufwertung des Dollars dürften kaum nachhaltige Konjunkturimpulse für die BRD-Wirtschaft ausgehen, jedenfalls soweit es den US-amerikanischen Markt betrifft: Die USA erreichten 1992 einen Anteil an der deutschen Ausfuhr von ganzen 6,4 Prozent - selbst die Länder des ehemaligen RGW kamen demgegenüber schon auf 7,5 Prozent. So stellt das DIW fest (Wochenbericht 8/94): "Die außereuropäische Nachfrage hat aber ein so geringes Gewicht, daß deren Zunahme die negativen Nachfrageeffekte aus dem Inland auch nicht annähernd ausgleichen wird."

Bleiben noch die Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EG und EFTA einschließlich der Schweiz), in die rund 70 Prozent der deutschen Ausfuhren gehen. "Exportweltmeister" wurde die BRD in den 80er Jahren gerade dank der EG und der dazugehörenden Existenz eines Systems fester Wechselkurse. Das heißt: Soll die einseitig auf Exportzuwachs ausgerichtete Strategie des BRD-Imperialismus kurzfristig positive Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum in der BRD selbst haben, müßte die Nachfrage nach deutschen Gütern zuallererst in den anderen EG-Ländern sowie den EFTA-Staaten spürbar ansteigen. Dies hätte jedoch zur Voraussetzung, daß in diesen europäischen Ländern die Konjunkturlokomotive vor und unabhängig von der deutschen anfährt. Dies ist aber aus zwei Gründen eine prekäre Kalkulation. Zum einen gilt nicht nur für die BRD sondern auch für die EWR-Länder in ihrer Gesamtheit, daß "70 vH aller Ausfuhren von Waren innerhalb dieser Region getätigt (werden) ... Damit fällt Europa aber hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Erfordernisse weitgehend auf sich selbst zurück." (DIW-Wochenbe- richt 11/94) Fast sämtliche EG- und EFTA-Staaten (mit Ausnahme Großbritanniens, Irlands und Norwegens) hatten jedoch 1993 ebenfalls einen Rückgang ihres BIP zu verzeichnen. (2)

Zum zweiten aber ist die desolate konjunkturelle Situation in den europäischen Staaten ja direkte Folge der im Zuge des Anschlusses der DDR durch die Bundesbank betriebenen (Hoch-)Zinspolitik, die diese im Interesse der "Stabilität der Mark" betreibt und die die anderen europäischen Staaten nachzuvollziehen genötigt sind, wenn sie nicht den Anschluß an das Maastricht-Europa einer Wirtschafts- und Währungsunion verlieren wollen.

Aus diesen beiden Gründen ergibt sich, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung in den westeuropäischen Staaten unabhängig von der BRD relativ unwahrscheinlich ist: Zum einen setzten diese Länder den größten Teil ihrer Waren bei ihren ebenfalls sich im Konjunkturtief befindlichen europäischen Nachbarn (darunter als größter Importeur die BRD) ab. Zum anderen haben sie wenig Spielraum für eine selbständige, weniger restriktive Geld- und Finanzpolitik, weil dies die internationalen Kapitalströme sofort mit einem Rückzug aus der betreffenden Währung quittieren könnten.

BRD-Ökonomie

weiterhin in Schwierigkeiten

Das Ziel der gegenwärtig von der Bundesregierung betriebenen Wirtschaftspolitik ist offensichtlich: Jenseits von Westeuropa möchte sie den BRD-Konzernen beim Kampf um weltweite Marktanteile zu Hause die besten Voraussetzungen schaffen: "Solidarpakt", "Sparpaket", "Standortsicherungsgesetz", steuerliche Entlastung der Unternehmen, Arbeitszeit-Flexibilisierung, Lohnabbau ... eine Spirale ohne Ende, denn beim Kampf um die Märkte außerhalb Europas verfügen die USA und Japan über die bessere Position: Sie sind auf den lokalen Großmärkten, speziell in der dynamischsten und aussichtsreichsten Wachstumszone in Ost-/ Südost-Asien mit großem Vorsprung vor deutschen Konzernen vertreten.

Ob der BRD-Imperialismus das eine haben kann, ohne das andere zu lassen, ist vorläufig noch nicht ausgemacht. Denn der innere Austeritätskurs schmälert die Nachfrage und damit die Profite auf dem heimischen Markt und darüber hinaus in Westeuropa gleich noch mit. Verschärfend kommt hinzu, daß der BRD die annektierte ehemalige DDR wie ein Klotz am Bein hängt, der bis auf weiteres mit jährlich 150 Milliarden DM bezuschußt werden muß, nachdem die BRD sehenden Auges die ökonomischen Strukturen der DDR restlos vernichtet hat. Die ehemalige DDR bleibt in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung völlig von den Zuwendungen aus Westdeutschland abhängig; einen separaten Aufschwung Ost wird es nicht geben. Die Milliarden-Transfers engen nach herrschender Meinung freilich "den Handlungsspielraum des Staates" ein, will sagen: Die schnell wachsende Verschuldung der öffentlichen Haushalte und die damit einhergehenden rapide wachsenden Zinszahlungen könnten auch weiteren Steuererleichterungen für die Unternehmen und ähnlichen Begünstigungen Grenzen setzen.

Verschärft wird die restriktive Finanzpolitik durch die im Einvernehmen mit der Bundesregierung durchgeführte Politik des knappen Geldes seitens der Bundesbank, die die führende Stellung der BRD mittels der Aufrechterhaltung einer stabilen D-Mark verteidigen soll: "Die Stärke der Mark ist unser wichtigstes Kapital ... Das Qualitätssiegel D-Mark in Gefahr zu bringen, wäre eine Todsünde. Die Empfehlung ..., die Bundesbank solle doch ihre Zinsen noch stärker senken, richtet sich gegen elementare deutsche Interessen." (Finanzminister Waigel, in Wirtschaftswoche, 25.2.94) Nach unten durchgereicht wird dieser Machtanspruch, wie schon angedeutet, an die abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger einerseits, an die europäischen "Partner" andererseits.

Das DIW wundert sich: "Obwohl im vergangenen Jahr der europäische Binnenmarkt ... eingeführt wurde ..., wurden daraus keine wirtschaftspolitischen Schlüsse gezogen. Wie ist es sonst zu erklären, daß sich die deutsche Geldpolitik auch heute noch in erster Linie an den hausgemachten Bestimmungsgründen der deutschen Inflationsrate, dem deutschen Leistungsbilanzdefizit, dem DM/Dollar-Kurs und dem langfristigen Zins, der auf dem deutschen Kapitalmarkt notiert wird, orientiert?" Das DIW formuliert selbst eine vorsichtige Antwort, die aber tunlichst vermeidet, Roß und Reiter zu nennen: "Erklären läßt sich das wohl nur mit dem noch immer verbreiteten nationalstaatlichen Denken der Wirtschaftspolitik in den Ländern der Europäischen Union." (DIW-Wochenbericht 8/94) Etwas deutlicher wird der linke Wirtschaftswissenschaftler Jörg Huffschmid. Er spricht von einer "falschen, nationalistischen und krisenverschärfenden Politik der Bundesbank". (Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/94)

Kommt also der Aufschwung? Die Anzeichen sprechen dafür, daß er noch einige Zeit auf sich warten lassen wird. Aber selbst bei einem etwas kräftigerem Wachstumsschub wird sich die Zahl der Arbeitslosen bei gesamtdeutsch 4 Millionen stabilisieren. Ist darum die Politik der Bundesregierung gescheitert? Ist es sinnvoll, zum Beispiel mit dem Hinweis auf die Folgen der Thatcher-Politik für Großbritannien eine Politik der Arbeitsplatzsicherung und der Stärkung der Massenkaufkraft zu fordern, wie dies linke Wirtschaftsfachleute aus dem Umfeld von SPD oder PDS vorschlagen?

Derartige Konzepte als politische Alternativen zu formulieren, mag grundsätzlich sinnvoll sein, auch wenn sie den Rahmen des kapitalistischen Sozialstaats nicht verlassen. Halbherzig wirken diese Vorschläge aber sogleich, wenn sie darauf verzichten, die strategischen Absichten der herrschenden Politik zu benennen, und es dabei belassen, vordergründig deren Scheitern mit Hinweis auf fehlendes Wirtschaftswachstum und steigende Arbeitslosigkeit festzustellen. Denn die Politik des BRD-Imperialismus ist zuallererst an dem Ziel einer führenden Stellung auf den Weltmärkten ausgerichtet - eine Politik, die für Großbritannien gescheitert ist, die sich aber für die BRD langfristig "bezahlt" machen könnte.

J./Westberlin

Anmerkungen:

1) Die letzte und die folgenden Zahlen beziehen sich ausschließlich auf die alten Bundesländer, da die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland völlig von den Transferzahlungen aus dem Gebiet der alten BRD abhängig ist und ein sich selbst tragendes Wirtschaftswachstum dort nicht in Sicht ist.

2) Daß 1993 von allen EG-Staaten allein Großbritannien (und in seinem Gefolge auch Irland) ein BIP-Wachstum verbuchen konnten (2 bzw. 1,5 Prozent), dürfte dem für EG-Verhältnisse weit überdurchschnittlichen Anteil der atlantischen Handelsbeziehungen Großbritanniens geschuldet sein.

19. Stammheim läßt grüßen. Redebeitrag auf einer Veranstaltung zu Bad Kleinen von Ulla Jelpke

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:25

Am 24.3.1994 fand in Frankfurt eine mit 800 TeilnehmerInnen besuchte Veranstaltung statt. Thema war der vorgelegte Abschlußbericht zu Bad Kleinen. Die Anwälte des getöteten Wolfgang Grams erläuterten nach dem nunmehr fortgeschrittenem Stadium des Studiums der Akten ihre Zweifel an den Versionen des Staatsapparates und werden mit neu angeforderten Gutachten weitere juristische Schritte in die Wege leiten. Das Büro Jelpke/Maurer/Schröder hat eine kleine Anfrage mit 87 offenen Fragen an die Bundesregierung - wobei es sich hierbei sicherlich nur um die wichtigsten handelt, der Abschlußbericht ist im Prinzip eine einzige Frage - gestellt, deren Beantwortung noch aussteht. Im folgenden dokumentieren wir die Rede von Ulla Jelpke auf der Veranstaltung in Frankfurt.

In der Innenausschußsitzung des Deutschen Bundestages vom 18. August 1993 beklagte der FDP-Abgeordnete Lüder folgendes: "Wir haben jetzt - das finde ich ganz besonders schlimm für die Informationsarbeit der Regierung - eine neue Positionierung der Leiche (des Wolfgang Grams). In jedem Bericht hat die Leiche eine andere Position. Wie erklärt sich das eigentlich?" Diese Äußerung quittierte der CDU-Abgeordnete Johannes Gerster mit dem Zwischenruf: "Die Gleise haben sich verschoben!"

Ich meine, daß gerade dieser Zwischenruf äußerst bemerkenswert ist. Nicht wegen des Zynismus, der hier zum Ausdruck kommt, sondern wegen des ungewollten Verweises auf die Kräfte, die hier am Wallten sind. In der Tat finde ich: Nichts kann anschaulicher beschreiben, wie hier die Wahrheit verbogen worden ist.

Man muß es sich heute schon fast wieder in Erinnerung rufen: Die tödlichen Schüsse von Bad Kleinen haben den Staatsapparat der Bundesrepublik in seine schwerste Krise seit langem gestürzt, wenn auch nur für eine kurze Zeit. Der Bundesinnenminister und der Generalbundesanwalt mußten gehen. Der Vizepräsident des BKA und weitere höhere BKA-Beamte und Beamte im Bundesministerium des Innern wurden versetzt oder in den Ruhestand geschickt.

Nach Bad Kleinen mußte sich der Staatsapparat nachsagen lassen, daß Polizeibeamte einen schwerverletzten Menschen durch einen aufgesetzten Kopfschuß regelrecht hingerichtet hatten. Ein Tatbestand, der in breiten Teilen der Öffentlichkeit und in der liberalen Presse Assoziationen an Bananenrepubliken und andere Diktaturen hervorriefen.

Verschlimmert für die Herrschenden wurde die Situation dadurch, daß sich in den folgenden Tagen der Eindruck in der Bevölkerung festsetzte, daß hier nicht nur ein wehrloser Mensch von Polizeibeamten eiskalt getötet worden ist, sondern daß dieser Mord zu dem noch von den höchsten Stellen gedeckt worden ist. Sei es dadurch, daß das BKA und die Bundesanwaltschaft die parlamentarischen Gremien und die Öffentlichkeit bewußt belogen, oder durch eine Politik der Geheimhaltung eine Aufklärung unmöglich machte. Und die Öffentlichkeit erkannte, daß in diesem Vertuschen und Verdunkeln der genauen Umstände der tödlichen Schüsse auch ein gewisses unausgesprochenes Einverständnis zwischen Staatsorganen und polizeilichen Todesschützen bestand und natürlich immer noch besteht. Staatliche Stelle verhielten sich entweder selber wie ertappte Täter, oder, wie der Besuch des Bundeskanzlers bei der GSG 9 wenige Tage nach Bad Kleinen zeigte: Es gab auch einen offensiven Umgang mit den tödlichen Schüssen. Des Kanzlers demonstrative Freisprechung der GSG 9 weist starke Ähnlichkeiten mit der Politik Görings gegenüber der preußischen und später der Polizei des faschistischen Staates auf. Der hatte seinen Bullen zugesichert: "Denkt daran: Wenn ihr schießt, dann schieße ich." Er übernahm damit die Verantwortung für einen hemmungslosen Schußwaffengebrauch.

Die Strategen der Inneren Sicherheit steckten in einer tiefen Vertrauenskrise. Unmittelbar nach den tödliche Schüssen wagte es niemand von ihnen zu behaupten, daß Wolfgang Grams in den Gleisanlagen von Bad Kleinen einen Suizid begangen haben soll. Vorsichtig sprach man in den ersten Verlautbarungen davon, daß Wolfgang Grams durch eine Schußverletzung umgekommen sei. Eine Formulierung, die zumindest alle Möglichkeiten offen läßt, oder besser, die keine ausschließt.

Heute muß daran erinnert werden, daß die Staatsanwaltschaft Schwerin Anfang Juli 1993 ausschloß, "daß Grams Selbstmord begangen habe". (Welt am Sonntag, 4.7.1993) Fast verblüffend ist es, wenn man heute liest, daß der Präsident des BKA, Zachert, noch auf einer Pressekonferenz am 6. Juli mitteilte, daß ein GSG 9-Beamter ihm erklärt habe, daß er die Waffe von Grams, die sich unmittelbar nach dem Schußwechsel noch in dessen Reichweite befunden habe, aufgehoben und auf den Bahnsteig gelegt hatte, um die - so der Beamte laut Zachert - "immer noch bestehende Gefahr der Selbsttötung" zu verhindern. (FAZ, 7.7.1993)

Mit welcher Macht die Bundregierung, Bundesinnenminister Kanther, das BKA und die Geheimdienste gearbeitet haben, um die Gleise zu verbiegen, wird am "Abschlußbericht der Bundesregierung zu der Polizeiaktion am 27. Juni 1993 in Bad Kleinen/Mecklenburg-Vorpommern" deutlich.

Dieser wurde von der Bundesregierung am 9.3.1994 der Öffentlichkeit vorgelegt. Wesentliche Ergebnisse dieses Berichtes der Bundesregierung sind: 1. Wolfgang Grams hat den Polizeibeamten Michael Newrzella erschossen.

2. - so erklärt die Bundesregierung -: "Die Staatsanwaltschaft Schwerin hat nach sorgfältigen und gründlichen Ermittlungen festgestellt, daß Wolfgang Grams sich selbst getötet hat, daß keine Anhaltspunkte für eine Selbsttötung infolge eines Unfalls vorliegen und daß eine Fremdtötung ausgeschlossen werden kann. Damit ist von den am Einsatz in Bad Kleinen beteiligten Angehörigen der GSG 9 der öffentlich verbreitete, ungerechtfertigte und voreilige Mordvorwurf genommen worden. Es besteht kein Zweifel an der Einsatzbereitschaft und Integrität der GSG 9". (Abschlußbericht, S. 45)

Was die Bundesregierung hier als völlig gesicherte Erkenntnis ausgibt, liest sich in den Quellen, auf denen sie ihren Bericht stützt, durchaus vager.

Das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei und des Instituts für Rechtsmedizin Zürich kommt unter anderem zu dem Ergebnis: "Aufgrund der Blutspuren und der spürlichsten biologischen Rückstände an der Jacke des BGS-Beamten Nr. 6 wird eine direkte Fremdbeibringung der Nah-Schußverletzung durch diesen Beamten (exekutionsähnliche Handlung) für praktisch ausgeschlossen gehalten. Es gibt somit keine neuen Erkenntnisse, die zwingend gegen eine Selbstbeibringung des Nahschusses durch Grams sprechen würden".

Das Institut in seinem Gefälligkeitsgutachten für das BKA weiter: "Bei allen Schüssen - außer dem Kopfschuß - müsse die Schußentfernung mindestens 1,5 m und mehr betragen haben." Aber so die Gutachter weiter: "Eine verläßliche Schußentfernungsbestimmung aufgrund des Schmauchbildes an der Kleidung sei nicht möglich gewesen, da sich alle an dem Schußwechsel Beteiligten in einer ‚Schmauchwolke` befunden hätten."

Und genauso vage ist das Gutachten des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Münster vom 19. September 1993 in seiner Beurteilung der untersuchten Jacke des GSG 9-Beamten Nr. 6: "Aufgrund der an der Jacke des Beamten Nr. 6 festgestellten Blutspuren sei ‚es außerordentlich unwahrscheinlich, daß diese Jacke vor der Untersuchung einer Reinigung unterzogen wurde`". Diesen Unsicherheiten zum Trotz sicher ist eines: Die Jacke ist nun weg, geklaut aus dem Schrank des Instituts für Rechtsmedizin in Zürich.

Die Bilanz dieses Abschlußberichtes kann man so zusammenfassen:Heute läßt sich nichts mehr beweisen. Vor allem läßt sich nicht mehr beweisen, daß GSG 9-Beamte oder andere Polizeibeamte Wolfgang Grams durch einen Nahschuß ermordet haben. Deswegen - so die Bundesregierung - spreche nichts mehr zwingend gegen einen Suizid.

Um zu einem derartigen Ergebnis zu kommen, waren nahezu dreißig gravierende Pannen bei der Spurensicherung durch das BKA nötig.

Nachdem die Top-Ermittler des technisch hochgerüsteten BKAs bei der Tatortarbeit und bei der Spurensicherung durch eine Serie von Fehlern im "handwerklichen Bereich" - wie das von Kanther genannt wird -, "zur Vernichtung wichtiger" Spuren und Beweise beitrugen, war die Grundlage für die Entlastung der GSG 9 und des BKAs gelegt.

Erst nachdem unter anderem

- BKA-Beamte "in Verkennung der ... Zuständigkeit" Polizeibeamte der Lübecker Polizei von der Leichenschau Wolfgang Grams fernhielten

- BKA-Beamte dann Spuren an Kopf und Händen der Leiche Wolfgang Grams bei der Obduktion "irrtümlich" und wegen "unzureichender Erfahrung" beseitigten

- BKA-Beamte die Asservierung der Haare Wolfgang Grams "aufgrund eines Mißverständnisses" unterließen

- BKA-Beamte frühzeitig die Waffen der GSG 9-Beamten beschossen hatten und somit eventuelle Blut- und Gewebeanhaftungen im Mündungsbereich dieser Waffen beseitigten

- BKA-Beamte nicht willens waren, trotz aufkommenden Verdachts einer Tötung Wolfgang Grams durch einen Nahschuß durch Polizeibeamte, eine "an sich gebotene Neuaufnahme der Tatortarbeit" durchzuführen

- BKA-Beamte die Lage des schwerverletzten Wolfgang Grams und dessen Waffe in den Gleisanlagen nicht dokumentierten und heute nicht mehr klären können usw.

Erst nachdem also war die unbewiesene Behauptung von einer Selbsttötung Wolfgang Grams möglich.

Nötig war dafür, eine Politik der Geheimhaltung des langjährigen Vorlaufs und des eigentlichen Ablaufs und Ziels der "Operation Weinlese". Hierüber wurde weder der Innenausschuß noch die Parlamentarische Kontrollkommission unterrichtet. Dies obwohl der V-Mann durch den Einsatz in Bad Kleinen "verbrannt" war, wie dies im Geheimdienst-Jargon heißt, und damit überhaupt keine Veranlassung zur Geheimhaltung mehr bestanden hat. Es sei denn: Der Staatsapparat will sich selber schützen. Und dafür besteht offenbar aller Grund. So wurde immer noch in der Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission vom 2.3.1994 total gemauert, was selbst zum Protest des CDU-Abgeordneten Gerster führte.

Bis heute ist nicht klar, welche Dienste seit wann mit dem V-Mann Klaus Steinmetz zusammengearbeitet hatten, bzw. mit seinen Informationen gearbeitet haben. Es gibt ernst zu nehmende Hinweise, daß neben dem Landesamt für Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz auch das Bundesamt für Verfassungsschutz und der Bundesnachrichtendienst den V-Mann Steinmetz an der Leine hatten.

Nötig war dafür aber auch eine parteiliche Ermittlungsarbeit, die von vornherein die Zeugin Baron als unglaubwürdig darstellte. Im Abschlußbericht heißt es zur Zeugin Baron: Es "bestehe die Vermutung", daß sie ihre "bruchstückhaften Wahrnehmungen mit überlegungen und Mutmaßungen vermengt habe".

Hingegen werden die Aussagen der GSG 9-Beamten, die immerhin unter des Verdachts des Mordes stehen, äußerst wohlwollend bewertet. Zu ihnen heißt es im Abschlußbericht: Trotz "teils widersprüchliche(r), teils dem festgestellten Geschehensablauf nicht entsprechende(r) Angaben", trotz "unzutreffender Angaben" der Beamten, wird ihnen "Aufrichtigkeit" und die "Ernsthaftigkeit ihres Bemühens um die Aufklärung der genauen Abläufe" attestiert.

So die Erklärung des Hauspsychologen der GSG 9, die die Bundesregierung der Einfachheit halber so ohne Gegengutachten in ihrem Bericht übernimmt.

Die Bundesregierung gibt aber auch im Abschlußbericht völlig unbekümmert und enthüllend zu: Schließlich liege es "auf der Hand, daß sich das Erkenntnisbild eines jeden Beamten - u.a. auch durch Abgleich der Erfahrungen aus den Vernehmungen sowie Gesprächen im Kollegenkreis über die Vernehmungen - fortentwickelte". Mit Recht notiert die "taz" zu dieser Passage, daß es sich hier um eine Zeugenbeschreibung handelt, die jeden Amtsrichter erschaudern läßt" (taz, 3.3.1994).

Aber daß sich die Aussagen der GSG 9-Beamten, und auch die der Ministerialbeamten "fortentwickelten", das ist sicher richtig. Schließlich stand man unmittelbar nach den Ereignissen von Bad Kleinen vor dem Problem, daß eine beträchtliche Zahl unbeteiligter Reisender als Zeugen in Frage kamen. Erst im Laufe der Ermittlungsarbeit ließ sich also mit Bestimmtheit sagen, was diese Zeugen gesehen hatten.

Für die Polizeizeugen ergab sich daraus, daß sie sich in ihren Aussagen völlig unbestimmt hielten. Eine präzise Festlegung sollte offenbar unterbleiben. Wir haben die interessante Situation, daß trotz eines Schußwechsels von 8 bis 15 Sekunden Länge, kein Beamter gesehen haben will, wie Wolfgang Grams ums Leben kam. Das heißt, alle Beamten haben just in diesem Moment, dem sie zwei Tage lang entgegenfieberten und auf den sie all ihr Augenmerk konzentrierten, weggeschaut. Wie auf stummen Befehl hin, schauten alle Polizisten bei Beginn der Schießerei in eine andere Richtung. Das wollte und will man uns allen Ernstes glauben machen.

Ähnlich sah es bei der Unterrichtung der Parlamentarischen Gremien des Bundestages aus. Mit vorgeschoben Argumenten einer angeblich notwendigen Geheimhaltungspolitik und Übermittlungsfehlern wurde eine Unterrichtung verhindert und die parlamentarische Kontrolle ausgeschaltet. Systematisch wurde eine Politik der Desinformation betrieben.

Schaut man sich heute die erste Unterrichtung des Innenausschusses durch das BKA, den Generalbundesanwalt und das BMI an, dann erkennt man auch hier diese Methode, die darauf abzielt, eine genaue Festlegung zu vermeiden. Aus diesen Berichten erfuhr man weder etwas über die Einsatzstärke der Polizeikräfte, noch darüber, wieviele Schüsse abgegeben worden sind, weder über die Tatortarbeit und Spurensicherung, weder über die Ergebnisse der Obduktion von Wolfgang Grams und dem getöteten Polizeibeamten Michael Newrzella, noch über die Aussage der Zeugin Baron. Erst recht nichts über den genauen Ablauf des Schußwechsels. Wenn auch der unterrichtende Polizeiführer Hofmeier sonst nichts wußte, einst wußte er genau - ich zitiere -: "Wir haben von der GSG 9 her keine Darstellung, keinen Verlaufsbericht. Da laufen ja auch die üblichen Todesermittlungsverfahren. Hier gab es dann einen Schußwechsel. Ich weiß nicht, wie nahe man dran war oder wie weit weg. Dabei lag letztlich Herr Grams tot auf den Gleisen. Das ist die Situation." Soweit der BKA-Beamte Hofmeier, der den Einsatz in Bad Kleinen von Wiesbaden aus geleitet hatte. Man sieht aber deutlich an seiner Aussage: Ihm ist völlig klar, daß er vor allem über die Schußentfernung nichts Verbindliches sagen darf.

In der weiteren Unterrichtung wurde im wesentlichen nur noch das bestätigt, was die Presse ohnehin schon aufgedeckt hatte. Ich würde aber behaupten, daß mit jeder weiteren Berichterstattung von der tatsächlichen Wahrheit abgerückt worden ist. Gab es in der ersten Unterrichtung noch eine gewisse Offenheit, was den Ablauf der Ereignisse anging, so war man später in der Lage, nach Abschätzung des allgemeinen Kenntnisstandes aus den Zeugenvernehmungen sich auf eine Version festzulegen.

Wenn man heute die Ergebnisse der Berichte zusammenträgt, die die Bundesanwaltschaft, das BKA, das BMI und andere Vertreter von Sicherheitsbehörden im Innenausschuß abgegeben haben, dann muß man zusammenfassen: Hier ist nichts, aber auch rein gar nichts, an Fakten vorgetragen worden, die zur Aufklärung hätten beitragen können. Statt dessen wurde gelogen, statt dessen wurden Rückzugsgefechte geführt. In der Diskussion beschäftigte man sich im wesentlichen mit Koordinations- und Kommunikationsproblemen der Sicherheitsbehörden. Präsentiert wurden gegeneinander arbeitende Institutionen, nicht oder zu spät informierte Verantwortliche auf allen Etagen. Als Konsequenz nahegelegt werden weitere Zentralisierungen und Vereinheitlichung der Sicherheitsbehörden: Zusammenschluß von GSG 9 und Länder-SEKs zu einer Art Schwarzen Reichswehr unter einheitlicher Führung und Ausbau der geheimdienstlichen Befugnisse der Polizeien und ihrer Ermittler.

Es war von daher auch kein Wunder, daß im Bundestag ein von Bündnis 90/Die Grünen geforderter Parlamentarischer Untersuchungsausschuß abgelehnt worden ist. Statt dessen beauftragte das Parlament mit den Stimmen der Regierungsparteien und der SPD die Regierung selber, die Vorgänge in Bad Kleinen zu untersuchen, und einen Bericht vorzulegen.

Der vorgelegte Abschlußbericht der Bundesregierung soll denn auch einzig und allein dazu dienen, die GSG 9 und das BKA freizusprechen. Durch die quälend langen Untersuchungen vor allem des Wissenschaftlichen Dienstes in Zürich, und gezielt ausgestreuten Teilergebnissen, die alle samt die GSG 9-Beamten entlasteten, wurde die Öffentlichkeit an das zu erwartende Ergebnis gewöhnt. Auch im Innenausschuß ist nach der Vorlage des Berichts kein Widerspruch aus der SPD und FDP mehr laut geworden.

Auch der Abgeordnete Lüder hat sich damit abgefunden, daß die Lage von Wolfgang Grams in dem Gleis wieder eine andere ist.

Und vor dem Hintergrund dieser Stimmung im Innenausschuß verlangte der BKA-Präsident Zachert als ein Akt der Fürsorge, daß auch er persönlich vom BMI entlastet werde.

Die politische Krise von Bad Kleinen hat die Bundesregierung ein Dreivierteljahr später so gemeistert:

- Das BKA wird weiter umstrukturiert, im Sinne neuer Effizienz. Dazu gehört die Fortführung der ohnehin schon vor Bad Kleinen begonnenen Einrichtung einer besonderen Aufbauorganisation innerhalb des BKAs, um die Führungskraft zu stärken und die Koordination mit den Ländern zu verbessern.

- Die GSG 9 wird zukünftig bei den SEKs der Länder mehr Erfahrungen sammeln können und leichter durch das BKA und Zollverwaltungsamt angefordert werden können. Die GSG 9 soll auch in den Bereichen eingesetzt werden können, die bisher nicht zu den typischen Einsatzbereichen der Truppe gehörten, so bei der Gefahrenabwehr und zur Observation.

- Für viele der versetzten BKA-Beamten kam diese Strafe eine Beförderung bei. BKA-Vize Köhler kann nun im BMI Dienst tun. Der Polizeiführer Hofmeier, der Gesamtleiter des Einsatzes in Bad Kleinen, wird pikanter Weise in den Bereich Ausbildung gesteckt.

Wenn ich hier eine Bewertung der Vorgänge in Bad Kleinen ziehe und wie sich sowohl die Bundesregierung als auch die Sicherheitsbehörden gegenüber dem Parlament verhalten haben, dann muß ich zu folgenden Schluß kommen:

In diesem Staat ist die polizeiliche Arbeit immer mehr in den geheimen Bereich gerückt worden. Bad Kleinen hat gezeigt, daß die Zusammenarbeit der Polizei und der Geheimdienste dazu führt, daß der Apparat der Inneren Sicherheit zu einer unkontrollierbaren und ungeheuren Macht verschmilzt. Dies bei gleichzeitiger tatsächlicher Ausschaltung der parlamentarischen Kontrolle.

Ulla Jelpke

20. Denen die Welt zu klein ist (zu Claus Goldenbaums Buch "Totgesagte leben länger")

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:18

Filme:

Libertäres Zentrum, Lagerstr. 27

(U/S-Bahn Sternschanze)

Freitag, 29. April, 20 Uhr

23 Stunden. BRD 1988; Regie: U. Brattke, C. Heckers; 57 Min. Untersuchungsgefangene gelten vor dem Gesetz als unschuldig, dennoch werden sie 23 Stunden allein in eine Zelle eingesperrt. Sechs ehemalige U-Häftlinge, die eine Haftzeit von 14 Tagen bis zu über 7 Jahren hinter sich haben, schildern die Bedingungen der Untersuchungshaft in Westberlin.

3001 Kino, Schanzenstr.75, im Hof,

U/S-Bahn Sternschanze

4. Mai, 20.30 Uhr + 5. Mai, 18 Uhr: Ghosts Of The Civil Dead. Australien 1988; Regie: John Hillcoat; 90 Min. Dieser Film wurde in einem australischen Hochsicherheitsgefängnis gedreht, beruht aber auf einem Vorfall im US-Knast Marion, Illinois: Nach einer bewußt geschürten Explosion von Gewalt wurde ein dreijähriger "lock down" (Totaleinschluß) verhängt. Lebendig begraben, ein Betonbau unter Flutlicht, die Kamera tastet sich in die hermetisch abgeriegelte Welt des Hochsicherheitsgefängnisses vor. Neonröhren, Flure, Käfige, Uniformierte. Der Tagesablauf wird bestimmt von anonymen Lautsprecherdurchsagen. Mit Nick Cave als Darsteller und Autor der Filmmusik.

6. Mai - 11. Mai, 18 Uhr: Hundstage. USA 1975; Regie: Sidney Lumet; mit Al Pacino; 124 Min. Die authentische Nachzeichnung eines Banküberfalles in New York. Die von der Polizei belagerten, unerfahrenen Täter handeln mit den Bankangestellten als Geiseln einen Abzug aus, gehen schließlich aber doch in die Falle.

Weitere Filme zum Thema zeigt das 3001 vom 21.-30. April. Besorgt euch das Programm!

Radiosendungen:

Radio Loretta auf dem Offenen Kanal 96,0 MHz, Di. 26. April, 20 Uhr. Denen die Welt zu klein ist. Das Knastradio mit Berichten, Infos und Musik zur Veranstaltungsreihe.

Di. 10. Mai, 20 Uhr. Marmorschlaf. Erfahrungen eines ehemaligen Gefangenen über Knastalltag mit Drogen und HIV. Eine Text- und Musikcollage.

Ausstellung:

Kölibri (GWA), Am 6. Mai findet parallel zur Lesung eine Ausstellung statt mit Bildern und Texten von Ivan Jelinic (z.Zt. Knast Bruchsal). Die Fotos sind von Marily Stroux.

Konzert und Party:

Störtebeker, Bernhard-Nocht-Straße

Sa 7. Mai, 21 Uhr, Scarfo aus London

Spendenkonto für Knastpakete:

Café & Buch, Postgiro HH,

BLZ 200 100 20, Kto.: 467908-202,

Stichwort: "Sicherungsverwahrung"

Gefangene werden zur Lebensuntüchtigkeit herangezüchtet, sie werden mit den "Vergünstigungen" wie junge Hunde gelockt und abgerichtet. Die Mehrzahl der Lebenslänglichen geht darauf ein und verkauft dabei die eigene Seele. Sie denunzieren andere Gefangene im Vollzug, um in den Genuß dieser "Privilegien" zu kommen, und sie merken nicht, wie sie sich nur selbst prostituieren. Womit will dich denn dieser Staat auch resozialisieren, in die sogenannte Gesellschaft wiedereingliedern, zurückintegrieren?

Du kommst nicht als Mensch zurück, wenn du von ihren faulen Sprüchen gefressen hast.

(Claus Goldenbaum)

Dieses Zitat stammt aus dem Buch "Totgesagte leben länger". Claus Goldenbaum ist seit rund 21 Jahren Strafgefangener. Er wird hier in Hamburg am 6. Mai zu Gast sein.

Verurteilt wurde er wegen mehrfachen Bankraubs zu insgesamt fast 26 Jahren Haft. Seine Geschichte gleicht der vieler in den Gefängnissen dieses Staates. Seit seinem 8. Lebensjahr ist Claus Goldenbaum mit nur kurzen Unterbrechungen in staatlichen Institutionen gewesen: Heim, Jugendknast und seit dem 21. Lebensjahr im geschlossenen Vollzug, davon alleine sechs Jahre in Isolations-(Einzel)-Haft. Jeder Versuch aus dieser Kette auszubrechen scheiterte: (z.B. war es in den 60er Jahren nicht möglich, im Jugendgefängnis einen Schulabschluß zu machen; später erhielt er Führerscheinverbot, da er straffällig geworden war etc.).

So kam er über kleinere Diebstähle und Autoknacken als Jugendlicher schließlich zum bewaffneten Banküberfall. Obwohl er nie einen Menschen dabei verletzte, wurde er zu fast einem viertel Jahrhundert Haft verurteilt. Selbst nach Absitzen dieser Haftstrafe kann er nicht davon ausgehen, freigelassen zu werden.

Claus Goldenbaum wurde noch zusätzlich zu 10 Jahren Sicherungsverwahrung verurteilt. Eine Maßnahme, die kaum jemand kennt. Sie stammt noch aus dem Nationalsozialismus und gibt der Justiz die Möglichkeit, Gefangene zu verurteilen für Straftaten, die sie noch nicht begangen haben. Allein die Mutmaßung des Richters, es könnte erneut zu einer Straftat kommen, genügt, bis zu zehn Jahre Sicherungsverwahrung an die eigentliche Haftzeit anzuhängen.

Im Juli 1995 soll für Claus Goldenbaum die Sicherungsverwahrung beginnen. Seit drei Jahren gibt es eine breitere Unterstützung, dies zu verhindern. Wesentlichen Anteil daran hatte die Herausgabe des Buches "Totgesagte leben länger" im Kamalatta Verlag. Daß er heute im offenen Vollzug ist, hat er dieser Initiative größtenteils zu verdanken. Das Buch informiert über unterschiedliche Aspekte der Sicherungsverwahrung (Geschichte, juristische Stellungnahmen, Claus Goldenbaum als Betroffener etc.).

Zu diesem Thema gibt es keine vergleichbaren Veröffentlichungen in der BRD. Aus diesem Buch wird Claus Goldenbaum am 6. Mai um 19.30 Uhr in der GWA (Kölibri) lesen. Thema des Abends soll neben der Sicherungsverwahrung der Alltag in bundesdeutschen Gefängnissen sein. Dieser ist geprägt von Gewalt und Willkür, aber auch vom Widerstand der Gefangenen.

Claus Goldenbaum, der sich seit Jahren gegen jeden Versuch, ihn im Gefängnis umzuerziehen, zur Wehr setzt, wird an diesem Abend von seinen Erfahrungen berichten und dabei die Möglichkeit zur Nachfrage und Diskussion geben. Da auch Gefangene aus Hamburg anwesend sein werden, gibt es ebenfalls Gelegenheit, mehr über die spezielle Situation vor Ort zu erfahren.

Lesung mit dem Gefangenen Claus Goldenbaum

aus seinem Buch

"Totgesagte leben länger"

Fr, den 6. Mai um 19.30 Uhr

Hamburg: Kölibri (GWA)

Hein-Köllisch-Platz 12

St. Pauli (S-Bahn Reeperbahn)

21. Kurzübersicht über die Prozesse gegen KurdInnen in der BRD

Kurden in Düsseldorf nach §129a verurteilt

Autor: Rote Hilfe Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, § 129a; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:04

Das Urteil

Nach über vierjähriger Verhandlungsdauer ging am 7. März 1994 der "größte Terroristenprozeß in der Geschichte der BRD" (so der ehemalige Generalbundesanwalt Rebmann) zu Ende. Auch für die Rote Hilfe war dieser und die anderen vor den bundesdeutschen Staatsschutzsenaten durchgezogenen KurdInnen-Prozesse über Jahre hinweg der wichtigste, vom Staatsapparat am besten vorbereitete und mit langem Atem ausgestattete Staatsschutzprozeß: Der §129a sowie der mit dieser Bestimmung zusammenhängende §120 Gerichtsverfassungsgesetz wurden im Hinblick auf den Prozeß gegen die KurdInnen geändert, ein Gerichtsbunker für 8,5 Mio. DM wurde extra für diesen Prozeß gebaut, eine mehr als 248seitige Anklageschrift vorgelegt, deren Verzeichnis der Beweismittel allein schon 134 Seiten umfaßte. Die Akten des Gerichts füllten über 300 Leitz-Ordner und das Protokoll der 352 Verhandlungstage fand in nicht weniger als 12 Ordnern Platz (ohne daß hierin die Aussagen der fast 200 ZeugInnen erfaßt worden sind. Die konnten vom Gericht bzw. der Verteidigung nur über mitgeführte PCs erfaßt werden!)

Aber damit sollte nicht nur das Vereinsleben und das politische Handeln tausender in der BRD lebender KurdInnen systematisch lahmgelegt werden. Die Repressionsorgane versuchten in dem Prozeß gegen die KurdInnen in bis- lang beispielloser Manier sich als "Weltpolizist" gegen nationale Befreiungsbewegungen, wie hier der "Kurdischen Arbeiterpartei" (PKK), aufzuspielen. Nicht zuletzt war der Prozeß gegen die KurdInnen auch das erste - und letztlich aus Sicht der Staatsschutzorgane auch erfolgreich abgeschlossene - Testfeld für die Einführung der Kronzeugenregelung in "Terroristen-Prozessen".

Die Urteile der vor dem 5. Staatsschutzsenat stehenden vier Kurden fallen unterschiedlich aus, und nicht in allen Punkten haben die Staatsschutzrichter den Anträgen der Bundesanwaltschaft (BAW) voll entsprochen:

Der bereits vor Jahren in einem anderen Verfahren wegen Mordes zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilte Ali Aktas wurde nochmals wegen des Mordes an dem in Berlin lebenden Kurden Murat Bayrakli im Jahr 1984 sowie wegen Mordversuchs an dem Kurden Bingöl verurteilt. Die ihm wegen des Bayrakli-Mordes belastenden "Beweise" stammen ausschließlich aus dem Mund des Kronzeugen Ali Cetiner. Und daß der angeblich Geschädigte Bingöl Aktas auf Fotos nicht wiedererkannt haben will, und diese entlastende Aussage die BAW und das Bundeskriminalamtes (BKA) dem Gericht und der Verteidigung systematisch über Monate hin vorenthalten hatten, tat dem Verurteilungswillen der Richter keinen Abbruch.

Der Angeklagte Hasan Hayri Güler wurde wegen zweifachen Mordes (an den Kurden Gök und Adigücel) sowie des Mordversuchs an Bingöl verurteilt. Er bekam ebenfalls eine lebenslange Haftstrafe.

Der Angeklagte Ali Haydar Kaytan wurde wegen des sogenannten "Libanon-Komplexes" freigesprochen. In einem Lager der kurdischen Befreiungsarmee ARGK im Libanon sollen zwei Kurden zu Tode gekommen sein, und Kaytan soll hierfür verantwortlich sein. Daß dieser Punkt überhaupt zur Anklage gebracht werden konnte, ist schon ein Knüller. Denn weder hat die Kaytan vorgeworfene Tat in Deutschland stattgefunden, sondern im Libanon. Noch hat der Täter, oder eines der Opfer die deutsche Staatsbürgerschaft. Auch aus dem sogenannten "Weltrechtsprinzip" oder aus dem Grunde, daß an dem Tatort zur Tatzeit ein rechtsfreier Raum bestand, läßt sich aus dem deutschen Strafgesetzbuch ein Anknüpfungspunkt dafür finden, Kaytan wegen dieser Tötungen vor einem bundesdeutschen Gericht den Prozeß zu machen. Die Begründung des Staatsschutzsenats ist dann auch mehr als unbefriedigend: Er könne Kaytan nur deswegen nicht verurteilen, da er unter ein vom Libanon erlassenes Amnestiegesetz falle. Ansonsten sähe sich der Senat sehr wohl von den rechtlichen Voraussetzungen und von den "Ergebnissen" der Beweisaufnahme zu einer derartigen Verurteilung imstande.

Kaytan wurde statt dessen wegen Freiheitsberaubung in drei Fällen und der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (§129a) zu einer siebenjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. (Die Bundesanwaltschaft

hatte 15 Jahren verlangt). Da er über sechs Jahre in Untersuchungshaft gesessen hatte, wurde Kaydar entlassen.

Selahattin Erdem wurde wegen der Beteiligung an der Ermordung Adigücels freigesprochen. Aber auch er wurde wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (§129a) zu sechs Jahren verknackt. Die BAW hatte auf eine lebenslange Verurteilung plädiert. Doch auch Erdem wurde aufgrund seiner langen U-Haftzeit auf freien Fuß gesetzt.

Die PKK als "terroristische Vereinigung"

Formal war nicht die gesamte Organisation PKK angeklagt, sondern nur ein ominöser Teil derselben, die angeblich existierende Abteilung "Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtenwesen".

Was es mit dieser Abteilung auf sich gehabt haben soll, konnte vor dem Staatsschutzsenat nicht aufgeklärt werden. Die BAW bzw. das Gericht selber lieferte insgesamt vier Versionen über die Struktur dieser Abteilung, ohne daß auch nur eine die rechtlichen und sachlichen Voraussetzungen des §129a erfüllt hätte. Dies läßt sich am deutlichsten an der von der BAW krampfhaft bemühten "Verselbständigung" dieser "Abteilung" dokumentieren: Nach bisheriger Rechtsprechung muß es sich bei einer nach §129 bzw. §129a zu verurteilenden Organisation um eine Organisation handeln, die zumindest eine Teilorgansiation auf dem Boden der BRD unterhält. Kriminalisieren wollten die Staatsschutzbehörden angeblich jedoch die Europa-Abteilung des ZK der PKK - also eine europaweite Organisationsstruktur.

Im Rahmen der Stellungnahme zu einem Beweisantrag der Verteidigung wurde vom Gericht als wahr unterstellt, daß alle Organisationen der PKK an die zentrale Leitung des ZK angebunden und dieser unterstellt seien.

Daraus ergibt sich die Haltlosigkeit der Argumente, bei der Europa-Organisation habe es sich um eine, nach der bisherigen Rechtsauffassung mit Hilfe des §129a kriminalisierbare Gruppe gehandelt. Aber, so vermutete Rechtsanwalt Schultz in seinem Plädoyer zu Recht, der Staatsschutzsenat sei "wildentschlossen, mit der bisherigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zu brechen", um fortan "politische Bewegungen in anderen Ländern, insbesondere Befreiungsbewegungen unter Anwendung des §129a nur noch nach den Gesichtspunkten der Opportunität und Machbarkeit zu kriminalisieren".

Tatsächlich wurde von der PKK beschlossen, den Angriffen der faschistischen türkischen Regierung im Rahmen ihres "schmutzigen Krieges" gegen die PKK ab 1986 auch durch den Aufbau eines Arbeitsbereichs "Kontrolle und Nachrichtenwesen" zu begegnen. Die Aufgaben dieses Bereichs seien stets auf die Wahrung der Legalität bedacht gewesen. Es waren solche, die ganz im Gegensatz zu der unterstellten Zielrichtung der angeblichen "terroristischen Vereinigung" standen, nämlich "den Alleinvertretungsanspruch der PKK durchzusetzen und Parteimitglieder zu disziplinieren": Die Aufgaben der "Abteilung Nachrichtenwesen" waren ausschließlich auf Informationsgewinnung ausgerichtet gewesen.

Über die reine Informationsbeschaffung hinausgehende Aktivitäten soll diese Abteilung erst ab April 1987, mit der Ankunft eines PKK-Funktionärs mit dem Decknamen "Edip", entwickelt haben. Dies sagte niemand Geringeres aus als der Kronzeuge Ali Cetiner. Diese angebliche Ausweitung der Aktivitäten fällt genau in die Zeit, als ausgerechnet Cetiner und "Edip" innerhalb der Europa-Abteilung der PKK auf eigene Faust das Heft in die Hände nahmen.

Die Einlassungen der angeklagten Kurden Erdem Selahattin und Ali Haydir Kaytan vom Frühjahr 1993 enthalten Hinweise zur begründeten Theorie, daß Cetiner und der später gefallene "Edip" "agent provocateur" der faschistischen türkischen Regierung gewesen sind: Schon Anfang der 80er Jahre bestand begründeter Anlaß zu solchen Vermutungen, als Cetiner mehrfach bei Militärüberfällen als einziger "überlebt" hat bzw. "flüchten" konnte. 1985 habe Cetiner unter "Beobachtung" der Polizei in Istanbul gelebt. Nachdem er nach Europa ging, arbeitete er als Quelle A der schwedischen Geheimpolizei SÄPO und 1987 provozierte er gezielt die Kriminalisierung der PKK in der BRD (vgl. nebenstehenden Kasten). Die PKK-Führung mußte hierauf reagieren und schmiß auf einer Konferenz im Oktober 1987 Cetiner und "Edip" aus der Organisation.

Zur Kronzeugenproblematik

Die Auftritte des Kronzeugen 1991/92 bzw. 1993 waren in mehrfacher Hinsicht spektakulär: Zunächst beantwortete der Zeuge nur die Fragen des Gerichts und der anklagenden BAW. Als die Verteidigung ihr Recht zur Fragestellung wahrnahm, hüllte sich der Kronzeuge immer mehr in Schweigen: Immer wieder berief er sich auf den §55 StPO, nach dem niemand auf Fragen vor Gericht zu antworten braucht, sofern er sich bei wahrheitsgetreuer Antwort möglicherweise selbst belasten könnte.

Diese Entwicklung kulminierte zum Jahreswechsel 92/93, als der Kronzeuge sich plötzlich besinnt, ihm sei nach über vierjähriger Erfahrung als Kronzeuge plötzlich eingefallen, er hätte in einem der wichtigsten Anklagepunkte (einer wieder mal dubiosen Mord-Story, die alleine auf seinen Lügengeschichten beruhte) nicht die Wahrheit gesagt. Als die VerteidigerInnen nachhaken wollten, beantragte er ein "umfassendes" Auskunftsverweigerungsrecht, was ihm auch flugs von den Staatsschutzrichtern zugebilligt wurde. Dieses abgekartete, von Cetiners Anwältin und der BAW en detail vorbereitete Spiel wiederholte sich in jedem einzelnen der vier Prozesse gegen KurdInnen, in denen Cetiner auftrat: Stets wurde dem Kronzeugen nach seinen Belastungsaussagen ein umfassendes Aussageverweigerungsrecht zugestanden. Erst Lügen und dann Schweigen und abtauchen! Seither wurde Cetiner nämlich nicht mehr gesehen.

Die Verteidigung, die die oben skizzierte Theorie mitvertrat, Cetiner sei ein "agent provocateur", konnte aber auch belegen, daß der Zeuge in vielen Punkten nicht die Wahrheit gesagt haben konnte. Entweder war Cetiner nicht, wie von ihm selbst behauptet, Verantwortlicher im Bereich "Nachrichtenwesen" und auch nicht an den angeblichen geheimen Gewaltaktionen beteiligt, dann bliebe vollkommen unklar, woher sein Wissen stammen konnte - kaum glaubhaft, daß zur strengsten Verschwiegenheit verpflichtete Kader ihm gegenüber Geheimaktionen detailliert ausgeplaudert haben. Oder aber er war tatsächlich in der von ihm beanspruchten Rolle, dann wäre er selber an maßgeblicher Stelle verantwortlich für die von ihm allein behaupteten "PKK-Morde" und seine Aussagen mithin kaum glaubhaft.

Unabhängig davon, ob es sich, wie aus Sicht der Verteidigung im Düsseldorfer Prozeß gegen die KurdInnen herausstellt, daß der Kronzeuge noch nicht einmal die Lügen im vollen Umfang stützen kann, die die Staatsschutzbehörden so gern von ihm hören möchten, die Frage der Wahrheit im Rahmen von Kronzeugenprozessen ist eine ganz eigene:

Ein Kronzeuge muß, um seinen Wert zu erhöhen, möglichst viele Personen möglichst schwer belasten. Nur darauf kommt es den Repressionsorganen an. Und dabei ist es zunächst völlig gleichgültig, ob seine Beschuldigungen nun wahr oder falsch sind.

Vor Gericht muß jeder Zeuge - auch der Kronzeuge - vollständig und wahrheitsgemäß aussagen. Andernfalls läuft er Gefahr, sich wegen "Falschaussage" oder "Falscher Verdächtigung" strafbar zu machen. In diesen gerichtlichen Zeugenvernehmungen droht dem Kronzeugen, der persönlichen Unglaubwürdigkeit überführt zu werden. Sollte der Kronzeuge es aber vorziehen - wie im vorliegenden Fall - vor Gericht zu schweigen, bricht er den Deal, den er mit der BAW bzw. dem ihm die Kronzeugenregelung zubilligenden Gericht eingegangen ist. Sein Wert für die Repressionsorgane sinkt rapide auf Null.

Der Wahrheitsgehalt von Kronzeugenaussagen ist für den Staatsschutz zweitrangig. Ihm geht es darum, im richtigen Moment eine politisch unliebsame Gruppe kriminalisieren zu können. Und da sich taktische Erwägungen der Repressionsorgane ändern, ist eine unbegrenzte Lebensdauer von Kronzeugen nicht erforderlich. Dann kommt es nur noch darauf an, auf welchem Wege der Kronzeuge aus dem jeweiligen Prozeß herauszubekommen ist.

Die Kronzeugenregelung hat sich als das erwiesen, was sie tatsächlich ist: als verlogen und gefährlich. Personen werden ohne tatsächliche Beweise - allein aufgrund von Kronzeugenaussagen - verhaftet und in offensichtlich absurden Staatsschutzprozessen verurteilt.

Kriminalisierung von Befreiungsbewegungen

Die bundesdeutschen Staatsschutzbehörden haben nur aus kosmetischen Gründen krampfhaft versucht, zu behaupten, nicht der kurdische Befreiungskampf als solcher und auch nicht die PKK als Ganzes werde in Düsseldorf angeklagt, sondern nur diese denkwürdig zusammengeschusterte "terroristische Vereinigung Abteilung Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtenwesen". Niemand hat ihnen geglaubt. Und das zu Recht.

Zum einen waren Beschuldigte dieses Verfahrens bei weitem nicht nur die zunächst in dem "Kurden-Käfig" zusammengepferchten KurdInnen. Tatsächlich waren bundesdeutsche Haftbefehle gegen das gesamte Zentralkomitee der PKK im Nahen Osten, sowie gegen den Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, ausgestellt!

Zum anderen war die Kriminalisierung und Paralysierung der gesamten PKK unter den Geheimdiensten Westeuropas und der Türkei beschlossen worden. Hierauf wurde im Rahmen eines mehrere hundert Seiten umfassenden Beweisantrages der Verteidigung eindringlich hingewiesen. Mitte der 80er Jahre waren an der gemeinsam mit der faschistisch-türkischen Regierung betriebenen Planung der Kriminalisierung der PKK nicht nur der damalige Innenminister Zimmermann, sondern auch Generalbundesanwalt Rebmann und Verfassungsgerichtspräsident Zeidler beteiligt!

Schließlich erfolgte das von der türkischen Regierung seit langem geforderte Verbot aller kurdischen Vereine in der BRD, die den kurdischen Befreiungskampf unter Führung der PKK befürworteten. In der Verbotsverfügung wird ausdrücklich Bezug auf die Ziele des Prozesses gegen die KurdInnen genommen, daß dieser Prozeß nicht zur Einstellung der "beanstandeten Aktivitäten" geführt habe. Da den kurdischen AktivistInnen aber seit Beginn der Prozesse keine mit der Anklage vergleichbaren Aktivitäten vorgeworfen worden sind, kann dies nur so interpretiert werden, daß die Absicht der Prozesse gegen die KurdInnen unverhohlen die Einstellung aller politischen Aktivitäten im Rahmen des nationalen Befreiungskampfes gegen die faschistische türkische Regierung gewesen ist!

Schließlich, mit diesem Urteil wurde eine neue Ära in der Auslegung des §129a begonnen zur forcierten Kriminalisierung ausländischer Befreiungsbewegungen. Hierzu haben die VerteidigerInnen im Prozeß gegen die KurdInnen ausgeführt: "Es handelt sich um einen strafrechtlich getarnten Angriff auf das seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelte System des Schutzes von Befreiungsbewegungen durch das humanitäre Kriegsvölkerrecht." Denn es ist völkerrechtlich anerkannt, daß nicht die notfalls auch bewaffnet gegen rassitische und koloniale Unterdrückung ankämpfenden Bewegungen das Friedensgebot der Vereinten Nationen stören, sondern sich die rassistischen und kolonialen Unterdrücker dementsprechend schuldig machen. Und dies ist die türkische Regierung, die einen totalen Vernichtungsfeldzug gegen Kurdistan ausgerufen hat. Das Ziel dieser "ausschließlich reaktiven" Politik des türkischen Faschismus, beschrieb der Generalbundesanwalt 1993 bezeichnenderweise als "erfolgreiche Bekämpfung des PKK-Terrorismus".

Rote Hilfe Berlin

Bezugsadresse des Infos:

Rote Hilfe Westberlin c/o R. Stüker

Rathenower Str. 61, 10559 Berlin

Kurzübersicht über die Prozesse gegen KurdInnen in der BRD

"Düsseldorf II": Vor dem 7. Staatsschutzsenat am OLG Düsseldorf wurde seit Oktober 1992 gegen den Kurden Casim Kilic verhandelt. Das Verfahren vor einer zweiten Staatsschutzkammer war nötig, da Kilic zu Beginn des ersten Düsseldorfer Kurden-Prozesses in französischer Auslieferungshaft saß.

Auch Kilic war nach §129a angeklagt (s.o.). Zudem wurde Kilic beschuldigt, an der Ermordung des kurdischen Kom-kar-Politikers Ramazan Adigücel 1987 in Hannover mittäterschaftlich beteiligt gewesen zu sein. Die konkreten Umstände dieses Anschlags sind allerdings derartig mysteriös, daß die Verteidigung in Düsseldorf davon ausgeht, daß der türkische Geheimdienst MIT in diese Tat verwoben ist (vgl. Schultz, "von stammheim bis düsseldorf", Kiel 1989, 34f). Wegen des Adigücel-Mordes wurde Kilic im Januar 94 auch zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Auf eine Verurteilung nach §129a verzichteten die Staatsschutzrichter im Einvernehmen mit der BAW mit der äußerst ungewöhnlichen Begründung, das Strafmaß für Mord gehe weit über das einer "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung hinaus".

Stuttgart: Dieser Prozeß dauerte 1992 nur ganze zweieinhalb Monate. Abdullah Oran wurde darin wegen gemeinschaftlichen Totschlags an dem angeblichen PKK-Abweichler Hosgören zu dreizehn Jahren Isolationshaft verurteilt. Als Beweise seiner "Schuld" dienten ausschließlich die Aussagen des Kronzeugen Ali Cetiner. Cetiner, der zunächst selber gar nicht dabei gewesen sein und von der Tötung nur im nachhinein

erfahren haben wolle, war sich aber "ganz sicher", daß Oran an der Gefangennahme und Fesselung Hosgörens beteiligt gewesen sei ...

Celle: Anfang 1991 wurde dieser Prozeß eröffnet. Angeklagt waren zunächst vier Kurden. Im Sommer 1992 wurden drei Verfahren durch inzwischen rechtskräftige Urteile beendet: Zweimal wegen Freiheitsberaubung und einmal wegen Urkundenfälschung (nicht jedoch wegen §129a!). Es ergingen Haftstrafen zwischen acht und 50 Monaten Knast. Diese Verurteilungen ergingen aufgrund der Aussagen des Kronzeugen Cetiner und dem Gestammel des Bullenzeugen Nusret Arslan.

Weiter prozessiert wurde in Celle gegen Naim Kilic. Diesem wurde versucht - neben der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK" (§129a), auch eine Beteiligung an der Hosgören-Tötung in die Schuhe zu schieben. In den diesbezüglichen Vernehmungen kam es zum Einbruch des Kronzeugen Ali Cetiner. Trotzdem wurde Naim Kilic im November 1993 zu elf Jahren Freiheitsstrafe wegen Totschlages verurteilt.

Ali Cetiner

Die sprudelnde "Quelle A"

Am 28.2.1986 war in Stockholm der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident, Olof Palme, unter bis heute nicht aufgeklärten Umständen erschossen worden. Die berüchtigte schwedische Geheimpolizei "SÄPO" verfolgte monatelang ausschließlich und erfolglos eine angebliche "Kurdenspur". Nachdem die PKK bereits 1984 öffentlich denunziert und kriminalisiert worden war, wurden nun erneut KurdInnen monatelang inhaftiert. Auch nachdem die offiziellen Ermittlungen gegen KurdInnen in dieser Sache abgebrochen werden mußten, "ermittelten" der abgesetzte Polizeichef Holmer, zusammen mit Privatfahndern, Regierungsmitgliedern und Bullenkollegen auf eigene Faust weiter - ohne Erfolg.

Cetiner war seinen Kronzeugen-Angaben zufolge 1983/84 von der PKK angeblich damit beauftragt worden, die oppositionelle Gruppe um "Semir" zu bekämpfen. "Semir" wurde 1985 in Schweden ermordet. Als Palme erschossen worden war, verbreiteten die Nachrichtenagenturen zunächst das Foto Ali Cetiners, der als mutmaßlicher Hauptverdächtiger ausgegeben wurde.

1987 ging Cetiner nach Schweden. Der Kronzeuge stellte dies tränenreich als "Flucht vor der PKK" dar. In Schweden hatte Cetiner aber, wie er in seinem Westberliner Prozeß einräumte, "unter Kontrolle der schwedischen Kriminalpolizei gestanden".

Die schwedische Polizei hat für Cetiner nicht nur eine Wohnung besorgt und für ihn die Miete überwiesen hatte. In den polizeilichen Akten zu der erfundenen "Kurdenspur" tauchte auch immer wieder die "Quelle A" auf. Sie wurde von der SÄPO als verdeckter Hinweisgeber geführt. Im Düsseldorfer Kurden-Prozeß gaben schwedische Polizeibeamte zu, bei der "Quelle A" habe es sich Ali Cetiner gehandelt.

Der die Kriminalisierung der PKK leitende Bundesanwalt Lothar Senge räumte im Rahmen des Celler Kurden-Prozesses ein, daß er den Kontakt zu dem in Schweden befindlichen Ali Cetiner nicht direkt hat herstellen können. Dies ging nur über den Umweg einer "deutschen Dienststelle". Ob hiermit das BKA, der Verfassungsschutz oder der Bundesnachrichtendienst gemeint ist, wollte Senge lieber nicht sagen und zog sich schnell auf seine nur eingeschränkte Aussagegenehmigung zurück.

22. Abgeschrieben? Betr.: Nationaldemokraten - Rechte Ableger in der SPD, ak 363, S. 12

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:35

Betr.: Nationalsozialdemokraten - Rechte Ableger in der SPD. Der Hofgeismarer Kreis und seine innerparteilichen Sympathisanten; ak 363, 9.2.94, S. 12

Vom Bonner Institut für Faschismus-Forschung und Antifaschistische Aktion (BIFFF) erhielten wir einen Beschwerdebrief. Der Autor des o.a. Artikels habe sich - ohne Quellenangabe - aus den Veröffentlichungen des BIFFF bedient. Ein Plagiat also? Der Autor hat in der Tat auch Materialien des BIFFF für den Artikel verwendet. Er entschuldigt sich wegen der fehlenden Quellenangabe und erklärt darüberhinaus, daß er die Arbeiten des BIFFF für "höchst verdienstvoll" hält. Die ak-Redaktion schließt sich dem ausdrücklich an.

ak-Redaktion

23. Ergänzung und Richtigstellung aber kein Grund zur Entwarnung

Autor: Jelpke/Maurer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:26

Betr.: "Flüchtlings- und Migrationsfluten eindämmen" - Die Ostgrenze soll zur Festung werden. In: ak 363, S. 11

In dem genannten Artikel hatten wir zur laufenden Debatte eines Einsatzes der Bundeswehr zur Unterstützung des BGS geschrieben: "Soldaten sind also an den Ostgrenzen im Einsatz, unklar ist, was sie da eigentlich treiben ..."

Nach offizieller Regierungsangabe ist dem nicht so. Auf eine schriftliche Anfrage der PDS/LL erklärt die Regierung:

"Überlegungen im Hinblick auf eine personelle Unterstützung des Bundesgrenzschutzes durch die Bundeswehr zur Bedienung der Wärmebildtechnik hat die Bundesregierung vorerst zurückgestellt." (Drucksache 12/7058, S. 3)

Die Ausbildung an den Wärmebildkameras, die mit viel juristischen Windungen und Wendungen als Vorwand zum schrittweisen Einsatz von Bundeswehrlern in der Öffentlichkeit gehandelt worden ist, wird, bzw. wurde in "mehrtägigen Kurzschulungen in Bundeswehrstandorten" (ebd.) und nicht an der Grenze, im Einsatz selbst, vorgenommen.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß in der von uns dargestellten internen und öffentlichen Debatte nicht die Rede davon war, BGSler in Bundeswehrkasernen ausbilden zu lassen. Erwünscht war und ist ja ausdrücklich eine Diskussion über den Einsatz der Armee an den Grenzen und im Innern. Die Meldungen Ende 93 lauteten denn auch eindeutig: "Die Soldaten (sollen) entlang der Grenze zu Polen und der Tschechischen Republik illegale Grenzgänger so lange aufspüren, bis der BGS mit 105 eigenen Wärmebildgeräten und daran ausgebildeten Beamten ausgestattet sein wird" (SZ, 2.11.93). Der im BMI zuständige Beamte für den BGS-Ost "verwies darauf, daß die dem BGS zur Verfügung gestellten Soldaten ihren Sold weiterhin vom Verteidigungsministerium bezögen" (ebd.).

Die neue Darstellung - ob wahrheitsgemäß oder nicht - sollte auf keinen Fall Anlaß zur Beruhigung sein. Denn juristisch haben die BMI-Experten ja eh schon alles klar gemacht (siehe ak 363) und:

- die Verwendung der Bundeswehr als "Risikoreserve" im Innern ist ein Thema, bei dem "die Union ... auch (!!) nicht lockerlassen" wird, wie CDU-Rüttgers anläßlich der jüngsten Anti-PKK-Kampagne androhte.

Jelpke/Maurer

24. Keine Auslieferung von Mahmut Özpolat!

Autor: Rote Hilfe Berlin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:05

Mahmut Özpolat lebt seit 1981 in Berlin. In der Türkei war er Mitglied in der Türkischen Arbeiterpartei und Mitbegründer der Gewerkschaft Iplik Is, einer unabhängigen Gewerkschaft im Bereich Textil. Seit den 60er Jahren hat er politisch und gewerkschaftlich gearbeitet und ist dabei immer wieder vom türkischen Staat verhaftet und gefoltert worden. Nach dem Militärputsch mußte er wegen seiner politischen Tätigkeit fliehen. Er stellte einen Asylantrag, der damals schon abgelehnt wurde, weil er in einem "sicheren Dritt-Land" - dem Libanon - gewesen war, bevor er in die BRD kam. Allerdings wurde nicht bestritten, daß er vom türkischen Staat politisch verfolgt würde und er wurde sieben Jahre später als politisch Verfolgter nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt. Er erhielt eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und einen UN-Flüchtlingspaß. Auch in der BRD war er weiter politisch aktiv. Er beteiligte sich an vielen Demonstrationen und Veranstaltungen türkischer und kurdischer Organisationen, unter anderem besetzte er 1987 ein Büro der Türkischen Fluggesellschaft Türk Hava Yollari, um gegen die Bombardierung kurdischer Dörfer durch die Türkei zu protestieren.

Am 22.12.93 wurde er wegen eines Auslieferungsantrags des türkischen Staates festgenommen und sitzt seitdem in Auslieferungshaft in der JVA Moabit.

Im Auslieferungsantrag wird ihm "Anstiftung zum Mord" vorgeworfen. Er soll 1980 zwei Männer zu einem Mord angestiftet haben. In den türkischen Ermittlungsunterlagen wird behauptet, daß Mahmut Özpolat sich an einem Gespräch beteiligt haben soll, bei dem die Ermordung geplant worden sein soll. In der Türkei steht auf diesem Tatvorwurf die Todesstrafe und dies ist im Auslieferungsantrag auch genannt. Ein Amnestiegesetz, das beinhaltet, daß alle vor 1991 begangenen Straftaten nur mit Gefängnis bestraft werden, ist nicht ausdrücklich benannt.

Es sind auch Fälle bekannt, wo diese Regelung nicht angewendet worden ist. Hinzu kommt, daß das türkische Parlament im November 1993 nach langer Zeit wieder die Zustimmung zur Verhängung von Todesstrafen gegeben hat.

Die Staatsanwaltschaft sieht keine Lebensgefahr für Mahmut Özpolat durch die Auslieferung, sie verläßt sich auf fragwürdige Versprechen der türkischen Behörden im Auslieferungsantrag: "Die türkischen Behörden haben die Einhaltung der Menschenrechte ausdrücklich zugesichert."

Es hat aber, auch in letzter Zeit, Todesfälle in Polizeihaft gegeben, während der Ermittlungsverfahren sind Menschen mißhandelt worden, Folter ist in Polizeihaft an der Tagesordnung. Ein politisch aktiver Kurde wie Mahmut Özpolat wird auch nach Einschätzung von Medico International durch eine Auslieferung auf jeden Fall der Gefahr ausgesetzt, gefoltert zu werden.

Anfang der 80er Jahre wollte die Türkei etwa 30 Oppositionelle ausgeliefert haben, begründet wurden diese Anträge mit "kriminellen Delikten". Die Türkei verpflichtete sich ausdrücklich, auch nur diese Delikte anzuklagen. 21 Personen sind damals an die Türkei ausgeliefert worden. Am bekanntesten sind die Fälle von Begen, Samir Memis und Cemal Altun. Die beiden ersten wurden an die türkischen Generäle ausgeliefert und während der Haft gefoltert, Cemal Altun nahm sich mit einem Sprung aus dem Fenster des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin das Leben.

Es ist zu befürchten, daß die türkischen Behörden mit Mahmut Özpolat ähnlich verfahren werden. Er sagte gegenüber der taz: "Sie werden mich hinrichten, weil ich als Anführer einer kriminellen Vereinigung gelte, doch das stimmt nicht."

Das Berliner Kammergericht hat nun im März entschieden, dem Auslieferungsbegehren des türkischen Staats stattzugeben. Mahmut Özpolats Rechtsanwalt Franke will hiergegen Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht einlegen. Die letzte Entscheidung liegt bis auf weiteres bei der Bundesregierung in Bonn, die aus politischen Erwägungen heraus die Auslieferung Özpolats verhindern kann.

In Berlin war es geschafft worden, den Druck so groß zu machen, daß die politische Verantwortung nach Bonn verlagert worden ist. Damit ist aus der Entscheidung über die Auslieferung Özpolats eine politische und keine scheinbar nur juristische Sache geworden.

Es ist unbedingt nötig, den politischen Druck auch auf die Bonner Verantwortlichen im Justizministerium zu erhöhen.

Mahmut Özpolat darf nicht ausgeliefert werden!

Rote Hilfe Berlin

25. Wiesbadener Antifaschist vor Gericht

Der Prozeß gegen Gunther beginnt

Autor: Solidaritätsgruppe Gunther · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:16

Am 25. April 1994 wird am Landgericht Mainz der Prozeß gegen Gunther, einen Antifaschisten aus Wiesbaden, eröffnet. Gunther wird im Zusammenhang mit einem Treffen der verbotenen Nazi-Organisation "Deutsche Alternative" (DA) "Schwerer Landfriedensbruch" vorgeworfen. Antifaschisten hatten versucht, das "Kameradschaftstreffen" von Anhängern der DA am 6.1.1993 in Mainz zu verhindern. Hierbei wurden einige Faschisten leicht verletzt und ein paar Autoscheiben gingen zu Bruch.

Während die Faschisten ihr Treffen auf dem bundesweit bekannten Anwesen des Nazi-Ehepaars Müller in Mainz Gonsenheim fortsetzten, machte die Polizei im gesamten Stadtgebiet Jagd auf AntifaschistInnen und errichtete Straßensperren. Über drei Stunden nach den Auseinandersetzungen wurde Gunther, ein aktiver Antifaschist, der mit seinem Fahrzeug allein auf dem Weg von Mainz nach Wiesbaden war, von einem Streifenwagen überholt, gestoppt und durchsucht. Gunther wurde aufgrund des Tatverdachtes "Schwerer Landfriedensbruch" verhaftet und saß fünf Monate in Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt in Mainz.

Aller Voraussicht nach werden die Justizbehörden ihren schon während der Verhaftung und Untersuchungshaft eingeschlagenen Weg fortsetzen und Gunther wegen seiner politischen Gesinnung verurteilen. Objektiv wurde die fünfmonatige Untersuchungshaft, gegen die Gunthers Verteidigung Haftbeschwerde eingelegt hatte, auf der Grundlage von politischen Motiven verfügt. Wie anders sollen die Ausführungen des Landgerichts zu verstehen sein. Wir zitieren aus der Ablehnung der Haftbeschwerde vom 8.2.93: "... Der Beschuldigte ist, wie sich aus der Ermittlungsakte ergibt, Mitglied einer sich antinational, sozialistisch bezeichnenden linksautonomen Gruppe ...". Die Wortwahl "antinational" gibt Einblicke. Die Begründung für Gunthers Haftfortsetzung, er sei Mitglied einer antinationalen und sozialistischen Gruppe, knüpft gewollt oder ungewollt an die Tradition der Verfolgung von "Volksfeinden" durch die NS Justiz an. Es ist auffällig, daß ausgerechnet die Strafkammer am Mainzer Landgericht, die diese braun eingefärbten Ausführungen zu verantworten hat am 25. April 1994 den Prozeß gegen Gunther eröffnen wird. Gunthers Verfahren war bis dahin von Kammer zu Kammer des Landgerichts geschoben worden. Es ist zu befürchten, daß sich im Verlauf des Prozesses die Vermutung bestätigen wird, daß sich mit dem vorsitzenden Richter Jungblut ein ultra-rechter Hardliner durchgesetzt hat.

Obwohl das Nazi-Treffen am 6.1.93 den Behörden in Mainz bekannt war und auch unter deren Beobachtung stand, hielten diese es nicht für nötig, entsprechend der Verbotsverfügung des Bundesinnenministers vom Herbst 1992, gegen die DA vorzugehen. Kein Einzelfall - vielmehr die gängige Praxis der Mainzer Polizei und Justiz, die seit Jahren tatenlos zusehen, wie die Gärtnerei des Ehepaars Müller in Mainz Gonsenheim zu dem bedeutendsten Zentrum der westdeutschen militanten Neonazi-Szene avanciert ist. Auf dem Gelände der Gärtnerei Müller finden seit 20 Jahren Organisationstreffen und Nazifeierlichkeiten statt. Auch am 17.4.93 versammelten sich ca. 400 Nazis auf dem Gelände, um Hitlers Geburtstag zu feiern. Diese Feier wurde von der Polizei als Privatfeier deklariert und mit einem Großaufgebot von über 500 Polizisten vor den über 1500 GegendemonstrantInnen geschützt. Die Demonstration war trotzdem ein großer Erfolg, konnten die politisch Verantwortlichen doch von da an nicht mehr leugnen, welche bundesweite Bedeutung Mainz für die Faschistenszene hat. Entsprechend wurde zum ersten Mal seit zwanzig Jahren das geplante Nazifest zur Sonnenwendfeier in Mainz verboten. Inzwischen sind die Staatsschutzbehörden mit dem Vorwurf, "auf dem rechten Auge blind zu sein" derart unter Druck geraten, daß diese in Rheinland-Pfalz wie auch im übrigen Bundesgebiet die Flucht nach vorne angetreten haben. Man versucht gezwungenermaßen, mit pressewirksam initiierten Polizeiaktionen gegen die Naziszene verlorenen Boden wiederzugewinnen und sein schlechtes Image aufzupolieren. Die antifaschistische Bewegung konnte gerade da Erfolge vorweisen, wo sie inhaltlich und praktisch das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellte und sich darüber hinwegsetzte - nicht zuletzt mit der allseits bekannten Tatsache, daß "die Bullen sowieso nur zum Schutz der Faschisten da sind".

Die fast ausschließlich auf Medienpublicity ausgerichteten Polizeiaktionen gegen Anhänger von faschistischen Organisationen verlaufen in aller Regel ohne nennenswerte Ergebnisse. Trotz Waffen- und Sprengstoffunden hat z.B. die Polizeirazzia am 17.3.93 gegen die verbotene DA zu keinen Verhaftungen in der Nazi-Szene

geführt. Alleiniges Ziel der Polizeiaktionen ist es anscheinend, dem Vorwurf entgegentreten zu können, auf dem rechten Auge blind zu sein - und noch viel wichtiger, damit die Legitimation im Vorgehen gegen AntifaschistInnen zu unterstreichen. Die antifaschistische Bewegung sieht sich daher neuerdings gerade im Zusammenhang mit scheinheiligen Polizeiaktionen gegen Faschisten mit einem verschärften Kriminalisierungsdruck der staatlichen Verfolgungsbehörden konfrontiert. Entgegen dem bisherigen Kalkül der herrschenden Klasse, die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl (§16) in Eintracht mit den Nazis durchzusetzen - diese besorgten immerhin die notwendige rassistische und faschistische Begleitmusik - fordert man jetzt im Zuge einer allgemeinen Gewaltdiskussion eine "wehrhafte Demokratie" gegen den Rechtsextremismus. Dieses auch von vielen Linken favorisierte staatliche Vorgehen gegen Nazis geht den Propagandisten eines starken Staates auf den Leim. Die Apologeten der "Inneren Sicherheit" argumentieren mit der Bedrohung durch den Rechtsextremismus nur in der Absicht, noch unverholener gegen links ausholen zu können. Die Staatsanwaltschaft Koblenz hat unlängst in einem Beitrag von Stern-TV bekanntgegeben, daß sie aufgrund einer Strafanzeige des Ex-Republikaners und DA-Anhängers Bernd Thrun alleine 50 Ermittlungsverfahren gegen die Antifa-Szene in Rheinland-Pfalz eingeleitet hat. Begründet wird dieser flächendeckende Einschüchterungs- und Kriminalisierungsversuch mit einer schon vor Jahren veröffentlichten Broschüre, die detaillierte Informationen zu bekannten Neonazi-Größen der Rhein-Main-Region liefert. Bernd Thrun ist darin auch zu finden. Unzählige linke Publikationen haben sich in der Vergangenheit mit den Strukturen und Drahtziehern des "Braunen Netzes" befaßt und die Hintermänner aus dem dunkeln in das Licht der Öffentlichkeit gezerrt. Es ist augenscheinlich, die Staatsschutzbehörden haben den Pressewirbel um das Nazischmierblatt "Der Einblick" u.a. deshalb initiiert, um jetzt im Gegenzug gegen antifaschistische Publikationen vorgehen zu können. Dabei bedient man sich wie so oft der schon viel strapazierten einfachen und darum um so eingängigeren Gleichsetzung von rechter Gewalt und linker Gegengewalt. Die verlogene Gleichsetzung des rechten Terrors und antifaschistischer Gegenwehr steht jedoch im krassen Gegensatz zur Tradition und Praxis der staatlichen Verfolgungsbehörden. Diese machen sehr wohl einen Unterschied zwischen rassistischen Angriffen und Morden einerseits und antifaschistischer Gegenwehr andererseits. Faschistische Mörder haben, soweit überhaupt gegen sie ermittelt wird, so gut wie nie Mordprozesse zu fürchten. Nach bisher über 70 rassistischen Morden wollte es der deutschen Justiz gerade einmal in Mölln und einmal in Baden-Württemberg gelingen, die Mörder auch als Mörder zu verurteilen. Dagegen sprechen die jüngsten Verhaftungen am 15. November 93, Hausdurchsuchungen und weiteren Fahndungen nach AntifaschistInnen, die der Berliner türkisch-kurdischen Jugendgruppe "Antifa Genclic" zugeordnet werden, eine ganz andere Sprache. Den vier bisher inhaftierten Berliner AntifaschistInnen wird Mord, Mordversuch, Beihilfe und Körperverletzung vorgeworfen. Grund für die Verhaftungen ist der Tod eines Funktionärs der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL), Gerhard Kaindl, der vor anderthalb Jahren bei einem parteiübergreifenden Kadertreffen in einem China-Restaurant in Berlin umgekommen war.

Entsprechend dem Sinn und Zweck der bürgerlichen Klassenjustiz, wird diese in allen Verfahren gegen AntifaschistInnen versuchen, den gesellschaftlichen Kampf und Widerstand gegen den Faschismus zu individualisieren. Mit diesem Bewußtsein sagen wir, daß mit der Inhaftierung der vier AntifaschistInnen in Berlin stellvertretend jedweder Ansatz von antifaschistischem Selbstschutz, gerade auch von MigrantInnen, kriminalisiert werden soll. Genauso wie bei Gunther, der am 25. April am Landgericht Mainz mit dem Vorwurf des "Schweren Landfriedensbruchs" stellvertretend für die antifaschistische Bewegung auf der Anklagebank sitzt.

Solidaritätsgruppe Gunther

Prozeßeröffnung:

25. April 1994, 8.30 Uhr

Kundgebung am Gerichtsgebäude,

Diether v. Isenburg-Straße, Mainz

Spendenkonto:

Wiesbadener Volksbank,

BLZ 510 90 000, Kto-Nr. 14926518,

Kennwort: Gunther

26. Volksverhetzung und Gegenwehr. Eine Vorstellung neuerer Bücher über Rassismus und Anti-Rassismus

Autor: Js. · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:01

Etienne Balibar

Das Ende 1993 im Argument-Verlag erschienene Buch "Die Grenzen der Demokratie" ist eine Sammlung von Aufsätzen, die Etienne Balibar zwischen 1981 und 1991 veröffentlicht hat. Durch ihre Zusammenfassung in einem Band werden die tiefgreifenden Änderungen deutlich, die Europa in diesen zehn Jahren erlebt hat.

Der erste Teil des Buches, überschrieben "Der Aufstieg des Rassismus in Frankreich", hat seit dem letzten Kongreß der Kommunistischen Partei Frankreichs neue Aktualität bekommen. Die Wahl Robert Hues zum nationalen Sekretär (vgl. ak 363, Seite 2) hat die Erinnerung an die unbewältigte Vergangenheit des PCF wach gerufen. Hue ist einer der Bürgermeister mit PCF-Parteibuch, die 1980/81 durch rüde Aktionen gegen Ausländer international für Schlagzeilen sorgten. Balibars Aufsatz "Von Charonne nach Vitry", der ihm 1981 den sofortigen Ausschluß aus dem PCF einbrachte, behandelt die Versuche der ehemals antikolonialistischen Partei, "durch Ausbeutung der Ängste und Vorurteile, die sie nicht mehr glauben bekämpfen zu können, eine neue Wählerbasis zu suchen." Mit dieser verantwortungslosen Politik hat der PCF zum Aufstieg des Rassismus in Frankreich beigetragen. Er hat, ebenso wie die bürgerlichen Parteien Chiracs und Giscards, ein Programm salonfähig gemacht, mit dem dessen Urheber und glaubwürdigster Vertreter, Jean-Marie Le Pen, ab Mitte der achtziger Jahre Triumphe feiern konnte. Im Unterschied zum PCF forderte Balibar nach den ersten Erfolgen des Front National bei den Kommunalwahlen des Jahres 1983 Wahlrecht auch für Einwanderer.

Der zweite Teil - "Staatsbürgertum und Nationalität" - enthält u.a. "Thesen zum Staatsbürgertum" und Überlegungen zur "modernen Dialektik von Freiheit und Gleichheit". Im dritten Teil - "Anders denken" - versucht Balibar, diese Gedanken für die anti-rassistische Praxis nutzbar zu machen. Dieser Abschnitt beginnt mit dem nicht nur in Expertenkreisen recht bekannten Text ",Es gibt keinen Staat in Europa` - Rassismus und Politik im heutigen Europa" (vgl. auch ak 347, S. 35). Insbesondere die Schlußfolgerungen dieses Vortrags, den Balibar im September 1990 auf dem Hamburger Kongreß "Rassismus und Migration in Europa" hielt, haben auch mehr als drei Jahre später nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Nach wie vor richtig ist vor allem der Appell, "Ziele und Aktionsformen des Antirassismus nicht nur auf dem Terrain der Ethik, der Ideologie und des sozialen Handelns" zu suchen, sondern "vor allem auf dem Terrain der Politik". Dem steht die nur dem Anspruch nach internationalistische Praxis entgegen: "Die antirassistischen Meinungsbewegungen werden nur dann wirklich politisch, wenn sie sich auf europäischer Ebene organisieren oder koordinieren".

In dem Aufsatz "Was ist eine Politik der Menschenrechte?" plädiert Balibar dafür, die Menschenrechte, die "wieder zum absoluten Bezugspunkt des politischen Diskurses geworden" sind, in den Mittelpunkt linker Politik zu stellen. Im Unterschied zu den bürgerlichen Schönrednern erklärt Balibar kategorisch, "daß den Menschenrechten keinerlei Wirklichkeit und keinerlei Wert zukommt, sofern sie nicht als politische Rechte gefaßt werden, als Bürgerrechte, und sogar als unbegrenztes Recht aller Menschen auf Staatsbürgerschaft". Eine linke Politik der Menschenrechte müsse diese Rechte "notwendig ausweiten und letztlich als Bürgerrechte erfinden". Sie müsse "bis an die Grenzen der Demokratie" gehen - ein "Wagnis", wie der Autor zugibt, das auch das "Risiko des kollektiven Irrtums" einschließt: "Es ist aber auch das Wagnis, ohne das jedes Recht, selbst das der Völker auf ihre Existenz, auf Sicherheit oder Wohlstand, unrettbar verloren gehen kann."

Das sind ungewohnte Töne für eine Linke, die heute weniger denn je - und aus gutem Grunde - an die früher teilweise unterstellte "Weisheit der Massen" glaubt, die aber auch keine realitätstüchtige Alternative jenseits der "Grenzen der Demokratie" anzubieten hat.

Etienne Balibar: Die Grenzen der Demokratie, Hamburg (Argument) 1993, 238 Seiten, DM 29,-

Dreizehn Jahre Asyldebatte

Im Auftrag des Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen hat die Diskurswerkstatt Bochum eine wertvolle Studie über mehr als zehn Jahre deutscher "Asyldebatte" vorgelegt. Untersucht wurden Statements und Reden von PolitikerInnen und die Beiträge der Medien, vor allem die von FAZ und Spiegel.

Anhand der Debatte der Jahre 1980 bis 1982 wird exemplarisch der "Einsatz stereotyper Begriffe und Symbole" aufgezeigt: Die sprunghafte Karriere des abwertenden Begriffs "Asylant", einer Wortschöpfung aus den 70er Jahren; die ständige Wiederholung Angst machender Symbole wie "Flut", "Asylantenstrom", "Asylanten-Springflut", die gleichzeitig akuten "Handlungsbedarf" gegen den "Asylmißbrauch" suggerieren. Schon 1981 verwendete der Spiegel die Unwörter "Wirtschafts-" bzw. "Scheinasylanten" ohne Anführungszeichen. Die Debatte um das Asylverfahrensgesetz, das im Mai 1982, also noch unter der sozialliberalen Koalition, verabschiedet wurde, zeigte bereits einen "informellen Parteienkonsens".

Im Sommer 1986 wurden die Katastrophenszenarien von "Flut" und "Überschwemmung" zur akuten Bedrohung hochgeredet. Politiker überboten sich in der Erfindung von Zahlen der angeblich "auf gepackten Koffern sitzenden" potentiellen Einwanderer aus allen Teilen der Welt. Die "Belastungsgrenze" sei erreicht, teilweise überschritten. Schon damals wurden die rassistisch motivierten Angriffe gegen Flüchtlingsheime verständnisvoll als "Folgen der ‚Überforderung` und als weiteres Zeichen für das Überschreiten der ‚Belastbarkeitsgrenze`" interpretiert. Die sechsteilige Spiegel-Serie "Asylanten und Scheinasylanten in der Bundesrepublik", erschienen im August und September 1986, kam mit etwas anderen Mitteln zum selben Resultat wie Bild. Beide Zeitungen ergänzten sich auch bei der leider erfolgreichen Kampagne, das "Loch in der Mauer" zu stopfen: Die angeblich von Honecker persönlich gesteuerte Einwanderung über den Ostberliner Flughafen Schönefeld wurde ab Oktober 1986 durch Dekret der DDR-Regierung erheblich erschwert. (vgl. ak 364, S.9)

Die wesentlichen Bestandteile der Kampagne gegen den Artikel 16 GG dürften den meisten noch in Erinnerung sein: Neuauflagen der schon früher erfolgreich praktizierten Medienkampagne "Ausländerkriminalität"; die stereotype Beschwörung der "Überflutungsgefahr"; die Ausweitung der volksverhetzenden Kollektivsymbolik u.a. auf Begriffe aus dem Militärischen ("Bombe", "Sprengsatz", "Armeen" von Zuwanderern etc.); die Inszenierung des "Staatsnotstands".

Die Vorstellungen der VerfasserInnen, wie eine demokratische Gegenwehr aussehen könnte, bleiben notgedrungen vage. Bedenkenswert ist die Mahnung zu äußerster Vorsicht bei der Verwendung gängiger Symbole. Gregor Gysis Forderung etwa, eine antirassistische Aufklärungskampagne zu initiieren, die "von der Größe, dem Umfang, den Kosten her der Anti-Aids-Kampagne ähnlich" sein müsse, halten die AutorInnen für problematisch: "Die Taktik des ‚Spieß-Umkehrens` ist deshalb riskant, weil sie die Bindungen an die Symbolik eher noch verstärkt. (...) Mal sind die Flüchtlinge und Einwanderer ‚Umweltverschmutzung` oder ‚Aids`, mal ist es eben der Rassismus". Ein Einwand, über den es sich nachzudenken lohnt.

Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.): Mit Rassisten in einem Boot? Die Asyldebatte in Politik und Medien von Beginn der 80er Jahre bis zur Grundgesetzänderung; 111 Seiten, DM 5,- plus Porto, zu beziehen über Bündnis 90/Die Grünen Versand, Heerstr. 172, 53111 Bonn

BILD - der "Groß-Regulator"

Daß Bild nicht nur den sog. "kleinen Mann" indoktriniert, ist durch diverse Politikerbekenntnisse ("unverzichtbare Informationsquelle") belegt. Das Kampfblatt hat allerdings auch Einfluß auf Menschen, die es aus Überzeugung niemals in die Hand nehmen; dazu gehören z.B. die LeserInnen des Spiegel ("jede Woche sieben Millionen", so die Verlagswerbung). Eine vergleichende Untersuchung aus dem Jahre 1992, abgedruckt in dem von Siegfried Jäger herausgegebenen Band "Rassismus und die Medien" (vgl. ak 356, S.15), liefert den Beweis, daß das Hamburger "Nachrichtenmagazin" regelmäßig aus dem verachteten "Boulevardblatt" abkupfert. Grund genug also, das auch von Linken immer noch unterschätzte Hetzblatt genauer unter die Lupe zu nehmen.

Siegfried Jäger, Leiter des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS), hat dieses Martyrium auf sich genommen. Zwischen dem 25. Mai und dem 1. August 1993 analysierte er die Beiträge von Bild zu zwei wesentlichen Themen: dem rassistischen Terror in Deutschland und der Fahndung nach der RAF.

Das Ergebnis der Analyse: Bild ist "der Groß-Regulator". Nicht nur der mehr oder weniger offen volksverhetzende Text einzelner Artikel und Kommentare, auch die Komposition der Seiten, das Nebeneinander-Stellen von Themen, die "eigentlich" nicht zusammengehören, dient der möglichst effektiven Regulierung des Massenbewußtseins. Auffällig oft werden in direkter Nähe zu Artikeln über Ausländer und Asyl soziale Themen wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot abgehandelt. Die Schlußfolgerung daß daran "die Ausländer schuld" seien, überläßt Bild seinen LeserInnen.

Selbst ein Tennismatch zwischen Boris Becker und Michael Stich wird von der Zeitung volkspädagogisch verarbeitet. Volksheld Bobbele hatte zwar gewonnen, wurde aber - wegen undeutscher Umtriebe - mit der ungewöhnlich distanzierten Überschrift abgestraft: "Eiskalt, giftig, irre! Boris schockte Stich". (1.7.) Der Grund: Becker und seine dunkelhäutige Freundin hatten wegen des wachsenden Rassismus in Deutschland Auswanderungspläne geäußert (Bild am 11.6.: "Was ist nur los mit Boris? Er bricht mit Deutschland"), während Stich gleichzeitig sein Verständnis für rechtsextreme Ideen bekundete.

Die besondere Leistung von Bild sieht Jäger in der schnellen Beseitigung einer vorübergehender "Schieflage" im Massenbewußtsein. Nach dem Anschlag von Solingen am 29. Mai - unmittelbar nach der De-facto-Abschaffung des Asylrechts - schien dem deutschen Gemeinwesen einseitig "Gefahr von rechts" zu drohen. Der Aufmarsch der Staatsmacht in Bad Kleinen behob diesen Mißstand: Der andere, der linke "Extremismus" war wieder Thema. Bild erfand für die Vorgänge von Bad Kleinen das Erkennungszeichen "RAF-Blutbad".

In seiner Schlußbemerkung zeigt sich Siegfried Jäger beeindruckt von den "Leistungen" der Zeitung: "... wie es ihr gelingt, trotz aller nicht normalen Ereignisse für Normalität zu sorgen bzw. durch De-Normalisierung bestimmter Ereignisse, die nicht zum populistischen Weltbild der Zeitung passen, für Handlungsbedarf gegen diese Ereignisse zu sorgen. Die Normalisierungsstrategie von Bild in bezug auf die politische Gesamtlage der Bundesrepublik besteht darin, dem einen Extrem, einem eskalierenden Rassismus, ein anderes entgegenzusetzen, den linken Terrorismus, so daß der Eindruck entsteht: Es gleicht sich alles wieder aus."

Siegfried Jäger: Der Groß-Regulator. Analyse der BILD-Berichterstattung über den rassistisch motivierten Terror und die Fahndung nach der RAF im Sommer 1993, Duisburg (DISS-Studien) 1993, 187 Seiten, DM 19,80

Pädagogen gegen Rassismus

"Solidarisch leben" heißt ein Band mit Unterrichtsmaterialien für die Sekundarstufen. Die Sammlung von Texten, Statistiken, Karikaturen und Rollenspielen soll dazu beitragen, "die Konstellationen, die Ausländerfeindlichkeit hervorbringen, zu beleuchten". Herausgeber Jakob Seibel kommt aus der pädagogischen Praxis. Er ist Jugendbildungsreferent bei den Christlichen Pfadfindern in Hessen und hat den Band in Zusammenarbeit mit der Lehrerkooperative Frankfurt zusammengestellt.

Seibel ist sich der "Unmöglichkeit, Politik durch Pädagogik zu ersetzen", bewußt. "Genau dies", das Ersetzen von Politik durch Pädagogik, sei aber "die Strategie der Politik, spätestens seit Hoyerswerda". Der Hinweis auf die Macht der Verhältnisse dürfe allerdings nicht als billige Begründung für Nichtstun herhalten. Das real existierende "multikulturelle Zusammenleben", vor allem von Kindern und Jugendlichen, biete "die erfreulichsten Perspektiven in der doch eher düsteren Situation".

Dem ist durchaus zuzustimmen. Zu bezweifeln ist allerdings, ob ausgerechnet die Zwangsinstitution Schule der geeignete Ort ist, "solidarisches Leben" einzuüben. Da wird z.B. im Abschnitt "Vorurteile" das bekannte satirische Flugblatt "Das Boot ist voll! Stoppt die Katholikenflut", das im Herbst 1992 in Norddeutschland kursierte, dokumentiert und mit verschiedenen Aufgaben für die SchülerInnen versehen: "Welche Unterscheidungen liegt diesem Flugblatt zugrunde? Welche Unterscheidung liegt den ausländerfeindlichen Argumenten in der Wirklichkeit zugrunde? Vergleiche. Auf welche Vorurteile spielt das Flugblatt an?" und dergleichen Lehrerfragen mehr. Ein weiterer "Arbeitsauftrag" besteht darin, die Antworten der Bundesbürger in einschlägigen Umfragen zu schätzen.

Andere Arbeitsblätter fragen direkt nach Meinungen: "Hältst du die Beschreibungen des Textes (über Jugendliche und Rechtsextremismus; Anm. Js.) für zutreffend?" So funktioniert Schule (wenn sie funktioniert); ob der erwünschte Effekt - "Information beseitigt Vorurteile" - eintritt, muß aber wohl bezweifelt werden. (Was

nicht dagegen spricht, es trotzdem zu versuchen, im Gegenteil: Schließlich haben die meisten linksradikalen "Politiker", die so gern über Lehrer die Nase rümpfen, auch wenig Erfolgversprechendes anzubieten.)

Was die Sammlung auch für Nicht-Pädagogen interessant macht, ist die Fülle an zeitgeschichtlichen Dokumenten: Ein Spiegel-Titelbild im Faksimile: "Flüchtlinge, Aussiedler Asylanten - Ansturm der Armen" (Nr.37/1991; Reden, Interviews und Statements von Politikern, Sozialforschern und Einwanderern; den "skandalösen" Tagesthemen-Kommentar von Klaus Bednarz nach Solingen; einen Rundbrief von CDU-Generalsekretär Volker Rühe an die Parteibasis zur Intensivierung der Asylkampagne; Auszüge aus einem Wahlspot der Reps mit Fixern, Demonstranten, türkischen Kindern und der Titelmelodie "Spiel mir das Lied vom Tod"; ein Nazi-Flugblatt, speziell an Jugendliche gerichtet; Auszüge aus dem "Heidelberger Manifest", in dem deutsche Professoren vor den "bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften" warnen; dazu Schaubilder, Statistiken und Umfragen.

Wer sein eigenes Archiv auf Stand bingen will, findet hier reichlich Material. Die an die SchülerInnen gerichteten "Arbeitsaufträge" müssen ja nicht mitgelesen werden.

Jakob Seibel in Zusammenarbeit mit der Lehrerkooperative Frankfurt: Unterrichtsmaterialien - Solidarisch leben, Göttingen (Die Werkstatt) und Lichtenau (AOL) 1994. 144 Seiten zum Herausnehmen und Kopieren, DM 44,-

Js.

27. Freiburg: Flüchtlinge wehren sich (nach einem Info der Flüchtlinge gegen das Asylbewerberleistungsgesetz)

Teilerfolg gegen Asylbewerberabschreckungsgesetz

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:02

Durch das am 1.11.1993 in Kraft getretene "Asylbewerberleistungsgesetz" werden die EmpfängerInnen von Sozialhilfe in zwei Klassen aufgeteilt: in Flüchtlinge und Deutsche. Mit diesem Gesetz werden Flüchtlinge aus dem Bundessozialhilfegesetz herausgenommen. An sie sollen statt Bargeld "Sachleistungen" ausgegeben werden: Essenspakete und 80 DM im Monat. Das Gesetz schreibt weiter vor, daß Flüchtlinge im Krankheitsfall nur eingeschränkt ärztlich behandelt werden, daß sie, abgeschottet von der übrigen Bevölkerung, in Sammelunterkünften leben sollen, und daß Wuchermieten von 300 DM pro Bett verlangt werden dürfen.

Das Land Baden-Württemberg hat die Anwendung des Gesetzes auf alle dort lebenden Flüchtlinge ausgedehnt; das Bundesgesetz gilt für Flüchtlinge, die kürzer als ein Jahr in der BRD leben. Nicht nur in den einzelnen Bundesländern, auch in BaWü wird die neue Regelung sehr unterschiedlich angewandt. Während z.B. Mannheim entsprechend dem Bundesgesetz verfährt, setzt Heidelberg es - mit Verweis auf die höheren Kosten des Abschreckungsgesetzes - überhaupt nicht um.

Die Stadt Freiburg dagegen hat am 1. Februar begonnen, Sachleistungen an alle Flüchtlinge auszugeben. Von Anfang an verweigerten 95% der Flüchtlinge die Annahme der Essenspakete, einen Monat später waren es immer noch 600 von insgesamt 800 Flüchtlingen. Da die Stadt verschiedene Aktivitäten wie Demos, Petitionen und Gesprächsversuche nicht zur Kenntnis nahm, begannen einige Flüchtlinge am 5. Februar einen Hungerstreik und besetzten den Saal der Katholischen Fachhochschule. Statt zu verhandeln, versuchte die Stadt Druck auszuüben. Einigen, die die Annahme der Pakete verweigerten, wurde angedroht, daß das Bundesamt in Zirndorf informiert würde, um ihr Asylverfahren zu beschleunigen.

Erst auf gezielte Einladung hin waren verschiedene Organisationen und Parteien bereit, zu Gesprächen in die Katholische Fachhochschule zu kommen. Bei der zweiten Gesprächsrunde erklärten sie sich bereit, Druck auf die Stadtverwaltung auszuüben, damit das Gesetz zumindest wie in Mannheim angewandt würde. Der Hungerstreik wurde daraufhin am 16. Februar abgebrochen. Am 2. März gab Sozialbürgermeister Seeh bekannt, daß künftig diejenigen Flüchtlinge, die länger als zwölf Monate in der BRD leben, wie bisher Sozialhilfe erhalten würden. Damit entsteht nun eine weitere Spaltung - unter den Flüchtlingen.

In der Presse erscheint der Sozialbürgermeister nun als Verwaltungsmensch, der für die Würde der Flüchtlinge eintritt. Demgegenüber verweisen die Flüchtlinge darauf, daß sie ihren "Teilerfolg" mühsam erkämpfen mußten. Seeh und andere hatten sich anfangs darauf zurückgezogen, keinerlei Entscheidungsspielraum zu haben.

Die in Freiburg lebenden Flüchtlinge bleiben bei ihren Forderungen:

- Für alle Flüchtlinge Sozialhilfe in bar!

- Ausreichende Gesundheitsversorgung!

- Weg mit den Wuchermieten!

- Schluß mit den Diskriminierungen der Flüchtlinge und anderer Minderheiten!

- Weg mit den ausgrenzenden und diskriminierenden Sondergesetzen!

(Nach einem Info der Flüchtlinge gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, März 1994)

28. Hilfe! Gremliza kommt! Rettet die "Junge Welt"!!

Die Auseinandersetzung in Algerien droht in einen offenen Bürgerkrieg umzuschlagen

Autor: he., Hamburg · Rubrik: Algerien · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:39

Am 31.3.94 berichtete die TAZ nach einer Meldung der französischen Nachrichtenagentur, der Vorsitzende der algerischen Oppositionspartei RCD, Said Sadi, habe zum bewaffneten Widerstand gegen die Islamisten aufgerufen. In einem Interview soll er gesagt haben, die algerische Gesellschaft habe angesichts des Versagens des Staates begriffen, daß sie selbst für sich Sorge tragen müsse. Selbst wenn bezweifelt werden muß, ob es sich wirklich um einen Aufruf zum bewaffneten Kampf gehandelt hat oder nicht vielmehr der militante Widerstand gemeint gewesen ist, drückt sich in dieser Meldung die gespannte Lage in Algerien aus. Derzeit sind die Hauptkontrahenten noch die Polizei und das Militär einerseits und die bewaffneten Kräfte der FIS andererseits. Aber schon bald könnten die sogenannten Sicherheitsorgane nicht nur die Kontrolle verlieren, sondern in sich so tief gespalten sein, daß sie auf beiden Seiten der Kampflinie stehen. Dann gibt es entweder einen vollständigen militärischen Sieg der Islamisten oder die Einbeziehung bislang nur auf der politischen Ebene agierender Kräfte. Das könnte dann der offene statt des "schmutzigen" Bürgerkriegs sein.

Im Januar diesen Jahres ging die Amtszeit des Hohen Staatsrats (HEC) zu Ende und es wurde Zeit, das Versprechen, das zu Beginn dieses Unternehmens gegeben worden war, den Demokratisierungsprozeß weiterzuführen, in die Tat umzusetzen. Der HEC wurde im Januar 1992 als oberstes staatliches Führungsgremium eingesetzt, als die ersten pluralistischen Wahlen zum Nationalparlament Algeriens für gescheitert erklärt worden waren. 25 Jahre lang hatte das Einparteiensystem der FLN gehalten. Dann begann der Bruch im Jahre 1988 mit einer Jugendrevolte, die im Geiste des Vollbesitzes der Macht blutig niedergeschlagen wurde: 1.000 Tote waren zu beklagen. 1989 gab die FLN ihr Machtmonopol auf. Die gewonnene Organisationsfreiheit brachte vor allem eine Vielzahl von islamistischen Gruppen hervor, die sich schließlich in der FIS zusammenfanden. Aber auch Kräfte, die sich links, emanzipatorisch und sozialistisch definieren, organisierten sich neu neben der Einheitspartei, die bekanntesten, die FFS und die RCD, unter der Führung ehemaliger prominenter Teilnehmer am antikolonialistischen Befreiungskampf, die in den 60er und 70er Jahren ins Exil gehen mußten, wie Ait Ahmet und Said Sadi. 1990 fanden die ersten demokratischen Kommunalwahlen statt und brachten einen überwältigenden Sieg der Islamisten der FIS mit sich. 1991 wurden die ersten freien Wahlen zum Nationalparlament ausgerufen. Der Wahltermin wurde auf den Sommer 1991 festgelegt. Nach schweren Zusammenstößen zwischen Anhängern der FIS und den "Sicherheitskräften" wurden dieser wieder abgesetzt. Im Dezember 1991 war es dann wirklich so weit. Im ersten Wahlgang gewann die FIS 188 der 430 Sitze, die FLN errang lediglich 15. Das war zugleich das Ende dieser kurzen Zeit der Entspannung. Militär und Staatsführung setzen den zweiten Wahlgang aus, installierten den HEC. Dieser erhielt eine Amtszeit von zwei Jahren, an deren Ende die Wahl eines neuen Staatspräsidenten sowie die Anberaumung neuer Parlamentswahlen stehen sollte. Die Staatsführung hat vor dieser Aufgabe vollständig versagt.

Der erste Vorsitzende des HEC, damit formell Staatspräsident, wurde Mohammed Boudiaf, Leiter des Aufstandes gegen die französische Kolonialherrschaft im Jahre 1954, führender Kader der FLN im Befreiungskrieg, Präsident der ersten provisorischen Regierung nach der Befreiung; er mußte Algerien schon 1964, unmittelbar nach der Befreiung, verlassen, und ging nach Marokko ins Exil. 1992 kehrte er unter großem Jubel zurück. Noch im gleichen Jahr wurde er, nach seiner Ernennung zum Vorsitzenden der HEC, von einem seiner Leibwächter ermordet. Die zunächst einleuchtende These, dieser Mord gehe auf das Konto der FIS, als unmittelbare Antwort auf den Wahlbetrug vor allem zu ihren Ungunsten, wird heute von kaum einem der in- und ausländischen BeobachterInnen mehr aufrecht erhalten. Vermutet wird vielmehr, daß die Machtclique aus FLN und Militär selbst hinter diesem Mord stehen. Hierfür spricht, daß außer in Anschuldigungen niemals Hinterleute gefunden wurden, und daß seitdem hohe Repräsentanten dieser Machtclique weder Ziel noch Opfer eines Anschlags waren. Vermutet wird, daß Boudiaf sich keinesfalls mit der Rolle eines Aushängeschildes begnügen wollte sondern eine Politik entwickelte, die Macht der FLN real zu brechen und einen Prozeß des politischen Dialogs mit der FIS zu beginnen.

Nachfolger Boudiafs wurde der damalige Verteidigungsminister General Khaled Nezzar, der schon 1992 die gewaltsame Unterbrechung der Wahlen gegen Präsident Bendjedid durchputschte. In der folgenden Zeit

wurde die Repressionspolitik Stück um Stück verschärft. Mehr als 15.000 Mitglieder und vermeintliche Anhänger der FIS wurden in geheimen Lagern in der Sahara gefangen gesetzt. Die algerische Menschenrechtsorganisation und amnesty international sprechen davon, daß in diesen auch gefoltert wurde. Nach der Einführung von Sondergesetzen wurden seitdem 371 Todesurteile ausgesprochen, 20 davon wurden vollstreckt. Sondereinheiten der Polizei patrouillieren mit vermummten Gesichtern, angeblich nur zum eigenen Schutz, durch die Städte. Immer wieder gibt es Meldungen, daß beim Einsatz solcher Einheiten "Terroristen" (= Anhänger der FIS) in ihren Verstecken "aufgestöbert" und "in Auseinandersetzung" erschossen wurden. Die Täter sind immer durch die Unkenntlichkeit geschützt und werden nicht preisgegeben. Auf dieser Ebene hat sich die Staatsführung auf das Prinzip von Terror und Gegenterror festgelegt.

Die FIS - soziale

und politische Demagogie

Wie in der gesamten arabischen Welt entwickelte sich auch in Algerien spätestens seit Mitte der 80er Jahre eine radikal islamistische Richtung heraus. Dies kann sicherlich nicht ursächlich auf die wirtschaftliche, soziale und dann auch politische Zerrüttung zurückgeführt werden. Aber diese Faktoren waren für die schnelle Verbreitung ausschlaggebend. Algerien galt lange Zeit als ein Musterland der Dritten Welt, das den Anschluß an die sogenannte Erste Welt gewinnen könnte. Der Reichtum bestand in den Ressourcen, dem Öl. Mit dem Export wurde die gesamte inländische Entwicklung bezahlt. Mit den von den Industrienationen herbeigeführten Ölkrisen in den 70er Jahren und der damit verbundenen Senkung des Ölpreises begann der wirtschaftliche Abstieg Algeriens und mit ihm eine soziale Verarmung. Die Verantwortung der politischen und staatlichen Führung Algeriens dieser Zeit (nach der Befreiung 1964) besteht darin, diesen Reichtum aus den 60er und 70er Jahren nicht für eine wirklich eigenständige Entwicklung eingesetzt zu haben, sondern die Abhängigkeit von den Industrienationen willentlich in Kauf genommen zu haben und eine kleine, aber für die Verhältnisse Algeriens superreiche Schichten geschaffen zu haben. Die Verantwortung der westlichen Industrienationen besteht darin, diesen Ländern die einzige Quelle gesellschaftlichen Reichtums abzuschneiden.

Algerien hat, wie alle Länder der Dritten Welt, in den vergangenen 30 Jahren einen enormen Bevölkerungszuwachs gehabt. Von den heute 27 Millionen AlgerierInnen sind zwei Drittel unter 25 Jahren. 40% dieser zwei Drittel sind heute ohne festes Arbeitsverhältnis. Dies ist der politisch-soziale Ansatz der FIS. Aufgewachsen in einer Gesellschaft, die sich dem sozialistischen Wertsystem zuordnete, sich gleichzeitig dem westlich-kapitalistischen Systemen zuwandte, wenden sich heute viele dieser sozial Deklassierten dem radikalen, politisch formulierten Islam zu.

Nach der Öffnung 1989 bildeten sich innerhalb der FIS sehr schnell zwei Flügel heraus. Der eine, die "Versöhnler", strebten die Macht über die Beteiligung an den versprochenen parlamentarischen Wahlen an. Die andere Flügel setzte sofort auf einen revolutionären Sturz der FLN-Herrschaft. In diesem waren beispielsweise die Veteranen der Afghanistan-Freiwilligen organisiert. Nach der gewaltsamen Verhinderung der Parlamentswahlen gab es fast zwangsläufig eine zeitweise Vereinigung dieser beiden Flügel.

Die Absetzung der Parlamentswahlen und die Installierung des HEC beantwortete die FIS mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes und einer gezielten Terrorkampagne. In der ersten Stufe wurden lediglich Polizei- und seltener Militärstreifen angegriffen. Dies diente offensichtlich als Warnung an die Machthaber, daß die FIS nicht durch Verbot unterzukriegen sei. Die zweite Stufe richtete sich gezielt gegen Industrie- und Wirtschaftseinrichtungen. Diese beiden Stufen brachten zwar eine Eskalation der Auseinandersetzung zwischen FIS einerseits und dem Staats- und Militärapparat andererseits mit sich, waren aber nur auf die Auseinandersetzung zwischen diesen Kräften orientiert. Andere Kräfte, wie die sozialistisch orientierte FFS oder die mehr westlich orientierten Intellektuellen und die Frauenbewegung konnten zwar in mehreren machtvollen Demonstrationen mit jeweils mehreren hunderttausend Menschen beweisen, daß es noch weitere bedeutende Kräfte gibt, konnten aber in den Machtkampf nicht entscheidend eingreifen bzw. die Orientierung auf Terror und Gegenterror nicht verhindern. Zwar gab es Befürchtungen vor einer Übernahme der Macht durch die Islamisten, gleichzeitig war die Ablehnung gegenüber der überkommenen Macht der FLN so groß, daß eine Parteinahme für die Staatsmacht nur insoweit in Frage kam, als diese die direkte Machtübernahme der Islamisten verhinderte.

Die dritte und vierte Stufe dieser Strategie der FIS veränderte das Bild grundlegend. Die dritte Stufe bestand im tödlichen Angriff auf Intellektuelle, die unisono mit dem westlich, kapitalistischen System gleichgesetzt werden. Bekannte SchriftstellerInnen, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen waren das Ziel, unter ihnen auch die weit über die Grenzen Algeriens bekannten Schriftsteller Tahar Djaout und Rachid Mimouni. JournalistInnen fortschrittlicher Zeitungen wechseln ständig ihren Wohnsitz bzw. Schlafplatz. Die Führungspersönlichkeiten fortschrittlicher Organisationen, wie beispielsweise Ait Ahmet, leben wieder im Exil. Gleichzeitig begannen die ersten Morde auf offener Straße wegen Nichteinhaltung islamischer Gesetze. Dies traf bisher ausschließlich Frauen, die sich weigerten, in der Öffentlichkeit den Schleier zu tragen. Allein sechs solcher Morde sind allein aus Algier ist seit Mitte 1993 bekannt. Die vierte Stufe schließlich begann mit der Ermordung in Algerien lebender Ausländer. Ein Ultimatum nicht namentlich bekannter islamischer Gruppen forderte alle AusländerInnen auf, bis zum 30.11.93 das Land zu verlassen. Seit September 1993 wurden offiziell 21 Morde an AusländerInnen gezählt. Nur in den ersten Fällen konnte noch von einer gewissen Rationalität gesprochen werden, da es sich bei den Opfern, genauso wie bei gleichzeitig stattfindenden Entführungsfällen, um Repräsentanten der französischen Kolonie handelte. In den Monaten nach dem 30.11.93 wurden die Opfer jedoch wahllos ausgesucht: es traf serbische und kroatische Arbeiter genauso wie eine mit einem Algerier verheiratete Hausfrau oder einen russischen Ingenieur.

Ziel einer solchen Strategie ist die vollständige Zerrüttung der gesellschaftlichen Ordnung sowie der staatlichen Macht. Der Sprecher der FIS, Abdullah Anas, drückte dies in einem SPIEGEL-Gespräch so aus: "Weil die Anschläge aber ein Beweis für die Unfähigkeit der Regierung sind, Ausländer in unserem Land zu schützen, raten wir allen Fremden, Algerien zu verlassen." Die FIS übernimmt für diese Aktionen keinerlei Verantwortung. Politisch verhält sie sich zu ihnen jedoch ähnlich wie die PKK zu den Bombenanschlägen in Touristenzentren der Türkei: Man ist es nicht selbst gewesen, aber selbstverständlich verstehe man den Zorn des Volkes, der sich in solchen Aktionen entlädt.

Das islamistische Lager ist selbstverständlich nicht einheitlich. Auf der Ebene des bewaffneten Kampfes bzw. des Terrorismus sind drei Organisationen von nationaler Bedeutung bekannt. Die AIS, der bewaffnete Arm der FIS, die MIA (Mouvement Islamique Armée) und die GIA (Groupe Islamique Armée). Letzterer werden vor allem die Morde der dritten und vierten Stufe zugeordnet. Sie sind gleichzeitig das Drohpotential gegen die FIS, sich auf keinerlei Kompromisse mit der Regierung einzulassen. Welche Stärke die Organisationen untereinander haben, welche politische Rolle die beiden letztgenannten Gruppen spielen und vor allem nach einer möglichen Machtübernahme spielen können, darüber gibt es keine sicheren Erkenntnisse.

Die nichtislamistische Opposition

Die nichtislamistische Opposition stützt sich vor allem auf drei gesellschaftliche Gruppierungen: die Intellektuellen, die westlich orientierte Frauenbewegung sowie die Bewohner der Kabylei, die Berber. Die bedeutendsten politischen Organisationen sind die FFS mit ihrem Vorsitzenden Ait Ahmed und die RCD mit dem Vorsitzenden Said Sadi. Beide Organisationen kommen aus der Kabylei. Die FFS errang bei den Parlamentswahlen 25% der Stimmen, was in etwa dem Bevölkerungsanteil der Berber entspricht; die RCD errang 3%. Die FFS ist eine sozialistisch orientierte Massenpartei, die RCD vertritt vor allem Intellektuelle und die städtische Mittelschicht.

Beide Organisationen sind scharfe Gegner einer islamischen Republik, verhalten sich gegenüber der FIS jedoch völlig verschieden. Ait Ahmed in einem Gespräch mit dem SPIEGEL im Februar 1994: "Auch wir sind gegen die islamische Republik. Algerien ist ein modernes Land, wir sind nicht der Iran oder der Sudan. Das Regime hat die demokratischen Kräfte unterdrückt und schafft in der internationalen Meinung eine falsche Alternative: wir oder der Gottesstaat. Im Vergleich mit den Fundamentalisten stehen die Herrschenden dann als das kleinere Übel da." Die FFS fordert von der Regierung einen Dialog mit der FIS, die als Repräsentant eines großen Teils der Bevölkerung nicht ausgegrenzt werden dürfe. Die RCD dagegen unterstützt die Haltung der Regierung und des Militärs, keinerlei Gespräche mit der FIS zu führen, auch die Politik des (Gegen)terrors.

Im November 1993 wurde auf Initiative von Said Sadi in Algier eine Versammlung der "Generalstände der republikanischen Patrioten" abgehalten; 4.000 TeilnehmerInnen wurden gezählt, die zumeist aus der Ober- und Mittelschicht kommen sollen: KaderInnen der Staatsunternehmen, GewerkschafterInnen, Frauen aus der organisierten Frauenbewegung.

Mittlerweile bekommt der Konflikt jedoch noch eine weitere Variante. Anfang dieses Jahres demonstrierten in Tizi Ouzou, der Hauptstadt der Kabylei, mehrere hunderttausend Menschen (150.000 nach Angaben der Polizei, 500.000 nach Angaben der Veranstalter) gegen den Terrorismus und für den Schutz der berberischen Kultur. Die Berber fürchten von einer islamischen Regierung vor allem eine Verschärfung des Arabisierungskurses. Schon die FLN hatte, einerseits im Sinne der Nationalstaatsbildung, andererseits als Zugeständnis an die Islamisten, das Arabische als verbindliche Sprache eingesetzt. Algerien selbst ist in den heutigen Grenzen erst von den französischen Kolonialisten geschaffen worden. Bis heute wird in der Kabylei eine eigene Sprache gepflegt. Dieser Gegensatz wird noch dadurch verschärft, daß in der Kabylei nach Algier und Oman alle größeren Städte liegen und somit auch die industrielle und kulturelle Hegemonie Algeriens hier liegt.

Was die einen als Gefahr ansehen mögen, daß dieser Konflikt nach der sozialen und politischen noch um eine nationale Komponente angereichert wird, erscheint anderen als der einzige Ausweg aus der vollständigen Unterordnung Algeriens unter die religiöse Terrorherrschaft.

Algerien: Ein neues Kurdistan?

Die von der FLN und den Militärs versprochene politische Lösung nach zwei Jahren Diktatur hat es nicht gegeben. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es eine solche auch nicht geben wird. Für Januar 1994 war eine "Versöhnungskonferenz" geplant, auf der die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen eingeleitet werden sollten. Sie war für die Regierung ein völliger Schlag ins Wasser, weil sich alle entscheidenden Kräfte daran nicht beteiligten. Zunächst hatte die Regierung versucht, eine Einheitsfront gegen die FIS zu schmieden und eine Konferenz unter Ausschluß der FIS zu organisieren. Als sowohl die FFS als auch die FLN abwinkten, wurde versucht, die Führer der FIS im Gefängnis weichzukochen. Diese machten eine vollständige Amnestie für alle verhafteten und verurteilten Mitglieder der FIS sowie die Aufhebung des Verbots der FIS für eine Teilnahme zur Bedingung. Als der HEC hierauf nicht einging, sagte die FIS die Teilnahme ab, ebenso dann die FFS und die FLN. Der HEC tagte schließlich mit einigen kleinen und für den politischen Prozeß unbedeutenden islamistischen Gruppen. Das Ergebnis ist, daß der bisherige Verteidigungsminister Liamine Zeroual Staatspräsident wird; er gilt als Hardliner gegenüber der FIS.

Täglich sterben in Algerien derzeit zwischen zehn und vierzig Menschen aufgrund der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Staat und FIS bzw. anderen bewaffneten islamistischen Gruppen. Dies ist ein Ausmaß, das wir aus Europa und dem Mittelmeerraum gegenwärtig nur aus dem jugoslawischen Krieg und der Auseinandersetzung in Kurdistan kennen. Dennoch ist dieser Konflikt scheinbar weit weg. Auf die Frage, was nach einer Machtübernahme der Islamisten in Algerien passieren würde, antwortete Ait Ahmed dem SPIEGEL: "Wenn der Fundamentalismus in Algerien siegt, dann fällt der gesamte Maghreb. Unsere ganze Geschichte spricht für diese Annahme. Europa sollte eine Lehre ziehen aus dem Krieg in Bosnien; gewisse Entwicklungen muß man im Keim ersticken. Aber Europa tut immer zuwenig und das zu spät." Was denn getan werden könnte, beantwortet er wie folgt: "Druck ausüben, mit allen wirtschaftlichen und politischen Mitteln, um die Staatsmacht zur Demokratisierung zu zwingen. Nur so läßt sich Algerien retten."

Nun ist die Linke hier weder Regierung noch hat sie Einfluß auf die Regierung, aber eines könnte dennoch getan werden: den Vorstellungen der algerischen SozialistInnen, den Vertreterinnen der Frauenbewegung und anderen fortschrittlichen Kräften mehr Gehör zu verschaffen.

he., Hamburg

29. Herrn Silvio Berlusconis Umwälzung des Parteiensystems

Allianzen, Parteien, Kandidaten

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:20

Silvio Berlusconi hat nichts zu verschenken. Wieder einmal erwies er sich, so sein Top-Manager Confalonieri, als "großartiger Verkäufer": "Die Italiener wollten eine neue Partei? Er hat sie in drei Monaten geschaffen und ihnen verkauft". Welcher Preis dafür zu zahlen sein wird, steht noch nicht endgültig fest. Zunächst schien es sicher, daß erstmals in der italienischen Nachkriegsgeschichte die Neofaschisten mitregieren werden. Die letzten Hoffnungen der geschlagenen "Linken" ruhen auf Umberto Bossi von der Lega Nord. Der warnt nachträglich vor seinem Bündnispartner Berlusconi und dessen Partei, "die nicht existiert". So ist es durchaus möglich, daß schon im Juni erneut gewählt werden muß. Am Rechtsruck der italienischen Gesellschaft ändert das nichts.

Obwohl in den letzten vier Wochen vor den Parlamentswahlen die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen zum Wahlverhalten verboten ist, war die Sache lange vor Schließung der Wahllokale gelaufen. Nicht nur die Börsianer wußten Bescheid und kauften, was der Markt hergab: Sieg der Rechten, die Linke geschlagen, die Mitte zerrieben. Silvio Berlusconi, Anführer der neugegründeten Wahlpartei Forza Italia und für den Economist "man of the year", hatte das Unmögliche möglich gemacht: Die Einbeziehung der Erzfeinde Umberto Bossi (Lega Nord) und Gianfranco Fini (Neofaschisten) in das Wahlbündnis Polo della libertà war der entscheidende Schritt zur absoluten Mehrheit der Rechten in der neuen Abgeordnetenkammer.

Daß der Rechtsblock "nur" knapp 43% der Stimmen erreichte und damit nach dem alten Verhältniswahlrecht von der absoluten Mehrheit der Sitze weit entfernt gewesen wäre, ist ein schwacher Trost. Tatsache ist: Die Rechten verfügen mit 366 von 630 Sitzen in der Abgeordnetenkammer über eine komfortable Mehrheit. Im Senat, der zweiten Kammer des Parlaments, fehlen ihnen genau neun Sitze zur absoluten Mehrheit (die elf "Senatoren auf Lebenszeit", über deren künftiges Abstimmungsverhalten allerhand Spekulationen im Umlauf sind, mitgerechnet).

Da nach dem neuen Wahlgesetz 75% der Sitze nach Mehrheitswahlrecht vergeben wurden, war die fast ein halbes Jahrhundert lang dominierende Democrazia cristiana (DC) schon vorher geschlagen. Das Bündnis der neu formierten "italienischen Volkspartei" (PPI) mit der Bewegung des ehemaligen Christdemokraten Mario Segni, Patto per l'Italia, war allzu schmal geraten. Der "linke" Block der progressisti war da erheblich breiter. Aber nur die WählerInnen der aus der aufgelösten kommunistischen Partei hervorgegangen Parteien PDS und Rifondazione comunista hielten ihren Kandidaten die Treue. Der leichte Zuwachs, den beide verbuchen konnten (PDS von 16,1% auf 20,4%; RC von 5,6% auf 6%), fing allerdings den katastrophalen Einbruch der Sozialisten (von 13,6% auf 2,2%) nicht auf. Die langjährigen Regierungsparteien PSDI (Sozialdemokraten), PLI (Liberale) und PRI (Republikaner) waren erst gar nicht zur Wahl angetreten.

Das Scheitern der DC und der mit ihr jahrzehntelang verbündeten Blockparteien des "alten Systems", das nun überwunden werden soll, ist keineswegs sensationell. Es war spätestens seit den Teilkommunalwahlen von November und Dezember letzten Jahres (u.a. in Rom und Neapel) voraussehbar. Auch PDS und Rifondazione comunista blieben durchaus im Rahmen des Erwarteten. Überraschend sind die Umgruppierungen innerhalb des rechten Lagers. Die Lega Nord, seit Jahren im Aufwärtstrend, stagniert. Daß sie die Zahl ihrer Mandate in der Abgeordnetenkammer verdoppeln konnte, liegt allein am neuen Mehrheitswahlrecht. Noch Ende letzten Jahres schien auch die Verdopplung ihres Stimmenanteils sicher. Trotz dieser Aussicht konnte Massimo D'Alema, "Nummer zwei" des PDS, damals noch das Bonmot prägen, Bossi sei "der Strauß der Lombardei, dem ein Kohl fehlt". Berlusconi, der den nordischen Separatisten endlich aus der regionalen Beschränkung herausführte, hat der Lega zugleich auf ihrem eigenen Territorium, dem Norden, empfindliche Verluste beigebracht. In Mailand sank der Stimmenanteil der Lega gegenüber der Kommunalwahl im Juni letzten Jahres von 41% auf 16%! Der Erfolg von Forza Italia in Sizilien, wo sie mit 34,8% (Region Sicilia 1) bzw. 32,4% (Sicilia 2) stärkste Partei wurde, weist auf die ungebrochene Macht der Mafia hin.

Nach ersten Analysen der Wählerwanderungen hat mehr als die Hälfte der Forza-Italia-WählerInnen 1992 DC oder PSI gewählt; nur 8% haben vor zwei Jahren für die Linksparteien PDS und RC gestimmt. 31% der

Lega-Wähler sind zu Forza Italia abgewandert. Alleanza Nazionale hat den Parteien der Mitte und der Lega jeweils zwischen 5% und 9% ihrer WählerInnen abgeworben.

Wenn das Mussolini noch erlebt hätte!

Als "Beginn einer Rechtswende in ganz Europa" feiert Rep-Vorsitzender Schönhuber, von La Repubblica (30.3.) um seine Meinung gebeten, den Erfolg seiner lieben Kollegen vom MSI, deren Abgeordnete im Europaparlament er als "Demokraten und vernünftige Leute" kennengelernt habe. Für Deutschland erhofft er sich "eine Art Italianisierung der politischen Situation". Jean-Marie Le Pen (Front National) ist sich sicher, daß das Abschneiden der italienischen Neofaschisten die Chancen auch der anderen "nationalen Bewegungen" bei den bevorstehenden Europawahlen verbessert.

Für Italien war schon das Zustandekommen des rechten Wahlbündnisses ein historischer Einschnitt. Seit seiner Gründung im Jahre 1946 gehörte der Movimento sociale italiano (MSI) zum polo escluso, dem "ausgeschlossenen Pol", des italienischen Parteiensystems - anders als der staatstragende PCI, der zu den Parteien des Arco costituzionale ("Verfassungsbogen") gezählt wurde. Der einzige Versuch der Christdemokraten, die Neofaschisten indirekt an der Regierung des Landes zu beteiligen, wurde im Sommer 1960 ("Tambroni-Krise") von einer antifaschistischen Massenbewegung vereitelt.

MSI-Chef Gianfranco Fini, ein Zögling des langjährigen Faschistenführers Giorgio Almirante, der mit einer Unterbrechung 1990/91 seit 1987 im Amt ist, wird seit längerem als "moderner" Politiker und Demokrat gelobt, der seine Partei auf den Boden der Verfassung geführt habe. Noch vor kurzem bezeichnete Fini den Faschismus als "überwundene Epoche", die keinesfalls zu neuem Leben erweckt werden solle. Die im Januar 1994 vollzogene Umbenennung in Alleanza Nazionale wurde als weiterer Schritt der "Demokratisierung" gewertet - ein Abrücken von Mussolinis Repubblica sociale von Salò, an die sich der Movimento sociale 1946 mit seiner Namenswahl demonstrativ angelehnt hatte.

Ermuntert durch den Wahlerfolg hat Fini so gleich wissen lassen, daß er Mussolini immer noch für den "größten Politiker dieses Jahrhunderts" hält - eine Ohrfeige für all diejenigen, die ihn als etwas anderen, weil "moderneren" Konservativen gepriesen haben. Seine Anhänger, junge wie alte, die den "Sieg" mit nächtlichen Aufmärschen feierten, ließen überhaupt keinen Zweifel daran, in welcher Tradition sie sich selbst sehen. Die Bilder mit den zum "römischen Gruß" emporgereckten Armen gingen um die ganze Welt. Daß gleichzeitig an Häuserwände gesprühte Hetzparolen auftauchten wie "sei milioni di ebrei sono pochi" ("Sechs Millionen Juden sind (zu) wenig") - von denen Fini sich jederzeit distanzieren würde - zeigt, welche Kräfte sich durch die Aufwertung der "demokratischen" Faschisten ermuntert fühlen.

Finis zurückhaltendes Taktieren nach der Wahl zeigt, daß er sehr wohl weiß, was er Berlusconi zu verdanken hat. Die Anerkennung der AN als gleichberechtigter Partei will er nicht durch vorlaute Kraftmeiereien aufs Spiel setzen. So erscheint er, vor allem im direkten Vergleich mit dem große Töne spuckenden Bossi, als moderater und verantwortungsvoller Politiker.

Berlusconi Superstar

Was naiven Beobachtern der politischen Szene zunächst als unüberlegter Fehltritt erscheinen konnte, erwies sich wenig später als kalkulierter Schritt nach vorn: Silvio Berlusconis Parteinahme für den Neofaschisten Gianfranco Fini bei der Bürgermeisterwahl in Rom Ende November letzten Jahres war die spektakuläre Eröffnung einer bisher beispiellosen politischen Kampagne. Dem vorhersehbaren Aufschrei des Protestes folgte Berlusconis Rede an das Volk, die in Abänderung des Programms über seine drei Fernsehsender landesweit ausgestrahlt wurde. "Um das Land zu retten", sei er bereit, den "heroischen Schritt in die Politik zu tun". Tage später machte er - scheinbar beeindruckt von den Protestaktionen seiner eigenen Angestellten u.a. in der Panorama-Redaktion, die durch einen Proteststreik das Erscheinen des Wochenblattes verhinderten - einen Rückzieher. Vor dem Club der Auslandspresse erklärte er, Unternehmer bleiben zu wollen. Seine Ankündigung, in die Politik zu gehen, wollte er nun lediglich als Aufmunterung für die uneinigen Kräfte der "Mitte" verstanden wissen, der Gefahr von links gemeinsam entgegenzutreten.

Ob Berlusconi ernsthaft daran geglaubt hat, die Herren Bossi (Lega Nord), Fini (MSI/AN), Martinazzoli (DC/PPI) und Segni zu einem anti-linken Wahlbündnis bewegen zu können, darf wohl bezweifelt werden. Nach dem voraussehbaren Scheitern dieser allzu breit angelegten Bündnispolitik konnte (und wollte) Berlusconi

nicht mehr zurück: Er mußte die eigene Person in den Dienst der guten Sache stellen und Italien vor dem späten Sieg des Kommunismus bewahren. Seine kategorische Erklärung vom 23. Oktober - "Eine Partei Silvio Berlusconis hat nie existiert und wird nie existieren" - erwies sich als Geschwätz von gestern, das einen großen Politiker nicht kümmern muß.

Forza Italia (Vorwärts Italien) - der Name von Berlusconis Wahlpartei ist nicht zufällig aus dem Schlachtruf-Repertoire der Fußballfans entnommen. (Am Rande vermerkt: 1983 war die Democrazia cristiana mit demselben Slogan in den Wahlkampf gezogen und hatte mehr als 5% Stimmenanteile verloren.) Bis Ende Januar waren - streng nach dem Prinzip des Parteiaufbaus von oben nach unten - im ganzen Land 4.000 Forza-Italia-Clubs aus dem Boden gestampft; schon Mitte Februar hatte sich ihre Zahl angeblich auf fast 10.000 erhöht, und am Wahltag sollen es 12.000 mit insgesamt 700.000 "Wahlhelfern" gewesen sein.

Am 27. Januar sprach Berlusconi mittels seiner Fernsehsender erneut zum Volk. Seine neuneinhalb Minuten lange Rede begann mit den Worten "Italien ist das Land, das ich liebe" und gipfelte in dem eindringlichen Appell, das geliebte Vaterland vor dem Zugriff der Roten zu retten. Getreu dem Motto "einmal Kommunist, immer Kommunist" griff Berlusconi auf die angestaubtesten Vorurteile aus der Hochzeit des kalten Krieges zurück. Achille Occhettos längst zur Sozialdemokratie übergelaufenen Linksdemokraten hätten seit Stalins und Togliattis Zeiten nichts dazugelernt: "Sie glauben nicht an den Markt, sie glauben nicht an die Privatinitiative, sie glauben nicht an den Profit, sie glauben nicht an das Individuum. Sie haben sich nicht geändert." Da er nicht von diesen Leuten, die immer noch "einer politisch und wirtschaftlich gescheiterten Idee anhängen", regiert werden wolle, sehe er sich gezwungen, ihnen entgegenzutreten.

Verglichen mit diesen unglaublich platten Tiraden erscheinen selbst die Reden des deutschen Kanzlers ausgewogen und differenziert. Bedauerlicherweise ist Berlusconi keineswegs so blöd wie seine "Argumentation" nahelegt. Im Gegenteil - der Verzicht auf jegliche Beweisführung ist wohlkalkuliert. Alle Kommentatoren sind von Berlusconis sorgfältig einstudierten TV-Spektakeln beeindruckt; vor allem von dem Kontrast zwischen der Ärmlichkeit der Botschaft und dem großspurigen Auftreten des selbsternannten Retters, das ganz auf die Sehgewohnheiten des durch Tausende von Werbespots geschulten Publikums zugeschnitten ist. Ob er staatsmännisch verantwortungsvoll am Schreibtisch sitzt oder betont locker, stets eine Hand in der Hosentasche, über eine Bühne schlendert - jede Bewegung ist geprobt, vieles aus US-amerikanischen Wahlkampfspots abgeguckt.

Berlusconis "Programm" ist weder originell noch "faschistisch". Der Staat solle sich auf seine eigentlichen Aufgaben beschränken: Landesverteidigung, Polizei und Außenpolitik. Der Spitzensteuersatz müsse von 50% auf 33% gesenkt werden; dann, so Berlusconis grotesk lächerliche These, würde die massive Steuerhinterziehung durch Unternehmer und andere Großverdiener sofort aufhören. Steuersenkung und Abbau der Staatsverschuldung würden gleichzeitig eine Beschäftigungsoffensive ermöglichen: Eine Million neue Arbeitsplätze verspricht Berlusconi innerhalb der nächsten zwei Jahre. Daß die angestrebte Privatisierung weiter Teile der Wirtschaft, auch des Gesundheits- und des Ausbildungswesens, die Zahl der Erwerbslosen nicht verringern, sondern vergrößern würde, dürfte auch den meisten Forza-Italia-WählerInnen klar gewesen sein. Ihre Hoffnung richtet sich daher weniger auf die Sanierung der gesamten italienischen Wirtschaft. Sie hoffen vielmehr, an dem Sieg des erfolgreichen Geschäftsmannes teilzuhaben - eine Hoffnung, die im Wahlkampf bewußt geschürt wurde. Gerüchte über Neuansiedlungen von Kaufhausfilialen machten die Runde - logischerweise würden Forza-Italia-Hochburgen dabei einen entscheidenden Standortvorteil bieten.

Der Klientelismus lebt auch nach dem Ende der von der Democrazia cristiana dominierten partitocrazia weiter wie bisher, wenn auch die Zahl der Begünstigten vermutlich noch kleiner werden wird. Daß die Sieger, allen voran Berlusconi, ihren Wahlsieg versilbern wollen, wird als selbstverständlich hingenommen. Zuweilen sprechen sie es auch ganz offen aus. Eugenio Scalfari, Herausgeber der Tageszeitung La Repubblica und so etwas wie eine demokratische Institution, zitiert einen Repräsentanten von Forza Italia, der vor laufender Kamera das Problem der Verquickung von Politik "zum Wohle des Landes" und Berlusconis privaten Geschäftsinteressen für nicht existent erklärte: "Die Wähler wußten sehr gut, daß Berlusconi Träger großer persönlicher Interessen ist. Wenn sie trotzdem so zahlreich für ihn gestimmt haben, zeigt das, daß sie diesem Umstand keinerlei Gewicht beimessen."

Das sei eine ebenso wahre wie schreckliche Antwort, schreibt Scalfari. Sie ist sicherlich ehrlicher als die gleichzeitig gehaltenen Reden von der Pflicht gegenüber dem Staat und dem Gemeinsinn. Ob man dessen

Fehlen beklagen will, wie Scalfari das tut, oder nicht: Das Bild, das er vom "neuen Italien" der zweiten Republik zeichnet, gleicht dem der ersten: "Herausgekommen ist ein mit der Tradition konformes Bild des Landes, wo der Staat nicht existiert und die Institutionen dazu dienen, Macht und Einfluß dessen zu mehren, der sie erobert, seiner Verbündeten, seiner Getreuen, seiner Klienten." (La Repubblica, 3.4.) (Der kritischen ak-Leserschaft sei an dieser Stelle versichert, daß sich der Autor des vorliegenden Artikels Scalfaris ebenso bittere wie vereinfachende Abqualifizierung Italiens als eines Landes, "wo eine öffentliche Moral und ein Staat nicht existieren", keineswegs zu eigen macht. Als Kritik eines im Lande lebenden und als "moralisch integer" geltenden "Mannes der Mitte" ist Scalfaris Urteil aufschlußreich: ein weiteres Indiz, daß der behauptete Wandel Italiens eher äußerlich bleibt.)

Die naheliegende und vielfach dargebotene Erklärung, Berlusconis Erfolg beruhe auf der Täuschung und Manipulation der Öffentlichkeit via Fernsehen, greift also eindeutig zu kurz. Die Redensart von der videocrazia, durch welche die jahrzehntelang bestimmende partitocrazia abgelöst worden sei, verzerrt das Bild. Das "Medium" hat nicht die "Message" ersetzt, sondern nur optimal unter die Leute gebracht.

"Wissenschaftliche" Wahlkampfplanung

Ihren Anfang nahm Berlusconis Wahlkampagne bereits im Juni 1993 nach den Kommunalwahlen in Mailand, Turin und einer Reihe kleinerer Städte, bei denen vor allem die Lega Nord, aber auch vom PDS angeführte Linksbündnisse Triumphe feiern konnten. (vgl. ak 356, S.7) Für die Lega erschien im nationalen Rahmen die Verdopplung ihres Stimmenanteils des Jahres 1992 (8,7%) im Bereich des Möglichen; PDS und Rifondazione comunista hatten sich vor allem in ihren mittelitalienischen Hochburgen gut behauptet und konnten bei den damals schon absehbaren Neuwahlen ebenfalls mit Zugewinnen rechnen. Nach dem weitgehenden Verschwinden der Sozialisten, mit denen Berlusconi jahrelang zum beiderseitigen Vorteil kooperiert hatte, war kein politischer Ansprechpartner in Sicht, der aus der Regierung heraus seinen Nutzen hätte mehren können.

Wegen dieser für ihn unerfreulichen Aussichten versammelte Berlusconi im Juni 1993 einen Brain-Trust um sich, dem er folgende Aufgabe stellte: "Wenn wir das Parlament wählen, gewinnt der PDS. Ist ein alternatives politisches Lager möglich? Finden wir neue Kandidaten? Schaffen wir es, dem jakobinischem Protest einen anderen Ausdruck zu verleihen als Lega und MSI?". So erzählt es Gianni Pilo, ein "Magier der Statistiken" (Corriere della sera, 30.3.1994) und Mitglied in Berlusconis Beraterstab. Das von Pilo und anderen Strategen erdachte Verfahren zur Wählerbeeinflussung könnte man für Scharlatanerie oder groben Unfug halten - wenn es nicht so auffallend gut funktioniert hätte: In acht "focus groups" wurden unter der Leitung eines Psychologen jeweils repräsentative Stichproben von Wahlberechtigten versammelt. Ohne den Zweck der Untersuchung bekannt zu geben, notierte der Leiter dann die "Stimmungen, Absichten und Wünsche der Anwesenden". Herausgekommen sei als Wunschbild "ein Italien, das Ehrlichkeit, Transparenz, Kompetenz und Kommunikationsfähigkeit" fordert - "das genaue Gegenteil dessen, wozu die Politiker imstande sind", so Angelo Codignoni, ein weiterer Beteiligter.

Die Methode der direkten Wählerbefragung ergab darüberhinaus sehr konkrete Hinweise auf das, was Berlusconi schaden oder nützen könnte: Getrost ignoriert werden durften danach - weil es "die Leute nicht interessiert" - Vorwürfe wegen Berlusconis Kontakten zu Craxi und zur Mafia oder wegen seiner P2-Mitgliedschaft; ebenso die Kritik an seinem Medienmonopol; zu Mario Segni sei Distanz geboten, da der als "politischer Manipulator" betrachtet werde. Nützlich dagegen wäre der Kontakt zu einigen wenigen für glaubwürdig gehaltenen Journalisten: Gianfranco Funari, der sich von Berlusconi im Streit getrennt hatte, wurde wegen seiner besonders hohen "Glaubwürdigkeitswerte" umgehend wieder eingestellt.

Daß Berlusconi in einem Fernseh-Interview mit dem CNN-Journalisten Wolfgang Achtner die Fassung verlor und zu schimpfen begann, hat ihm - entgegen dem Eindruck sämtlicher politischen Kommentatoren - nicht geschadet. Die Menschen in den "focus groups" fanden es normal, daß jemand, der von einem Interviewer bedrängt wird, "die Stimme erhebt". (Wenn sich diese Erkenntnis bis zu Helmut Kohl herumsprechen sollte, können sich unbotmäßige Fernsehjournalisten in den bevorstehenden Wahlkämpfen auf einiges gefaßt machen.)

Den Linken empfehlen die Wahlkampf-"Wissenschaftler" nicht weniger als einen Wandel ihrer Kultur: "Achille Occhetto ist belehrend, pädagogisch, er sollte sich den Film ‚The Wall` von Pink Floyd (‚Teacher, leave us kids

alone!` Anm. Js.) ansehen. Die Linke redet. Wir hören zu. - Sie breiten ihr Programm über den Kopf des Landes aus. Wir befragen die Leute, um zu erfahren, was sie im Kopf haben." (Corriere della sera, 30.3.)

Berlusconis Gegner, nicht nur auf der Linken, hätten ihn, so La Stampa (29.3.), nicht ernst genommen, ihn fälschlicherweise für ein Kunstprodukt aus "Fleisch und Plastik" gehalten, das "Liturgie und fiction" durcheinanderbringe - "als man merkte, daß diese Analyse nicht stimmte, war es zu spät." Zu befürchten ist, daß Berlusconis Gegner, auch die linken, ihn künftig zu "bekämpfen" suchen, indem sie ihn imitieren. Gegen das "strahlende Zuversichtslächeln" Berlusconis hatten Martinazzoli und Occhetto mit ihren "sauertöpfischen Gesichtern" von vornherein nichts zu bestellen, analysiert taz-Korrespondent Werner Raith und höhnt über das "Tic-hafte Augenzwinkern" und "spastische Fußwippen" der übrigen Kandidaten des links-grünen "Beerdigungsclubs". (taz, 2.4.) Diese Kritik läuft letztlich auf die Empfehlung an die Linke hinaus, es künftig wie Berlusconi zu machen und die KandidatInnen vorrangig nach dem Kriterium der "Telegenität" auszusuchen.

Modell für Europa?

Berlusconis Vorbild neben Ronald Reagan, dem "großen Kommunikator" und für damalige Verhältnisse perfekten Präsidenten-Darsteller, ist unverkennbar Ross Perot, der Rechtspopulist und - vorerst? - gescheiterte Präsidentschaftskandidat. Seine Abgrenzung von dem texanischen Milliardär ist eher taktischer Natur. In einem Newsweek-Interview (21.3.) definiert er sich im Unterschied zu dem "Konservativen" Perot als "Fortschrittlicher, der den Staat revolutionieren möchte". Gerede. Die Entsprechungen in den Biographien der beiden Unternehmer-Politiker sind frappierend: Wie Berlusconi pflegt Perot das Image des self-made-man, der sich aus eigener Kraft nach oben gearbeitet hat; wie Berlusconi verdankt er seinen Aufstieg einflußreichen Freunden in der Politik, die ihm gegen Wahlkampfspenden staatliche Aufträge verschafften; beide präsentieren sich - obwohl Profiteure des "alten Systems" der Korruption - als Saubermänner mit Herz für die kleinen Leute; Berlusconi wie auch Perot verzichten auf ein ausformuliertes Programm.

Ob der Mann aus Texas als Präsidentschaftskandidat noch eine Zukunft hat, müßten Kenner der US-Politik zu beurteilen versuchen. Einstweilen widmen sich die "Experten" der Frage, ob Berlusconis Erfolg Nachahmer in anderen europäischen Ländern ermuntern wird. Gesucht werden sie, weil dieser Erfolg - zu Unrecht, wie gezeigt - allein auf die Qualität seiner Videos zurückgeführt wird, derzeit ausschließlich im Medienbereich. Genannt werden Rupert Murdoch, der von der Krise der britischen Konservativen profitieren könnte, und Leo Kirch, der als potentieller Erbe Helmut Kohls präsentiert wird. Letzteres ist reine Spekulation, um nicht zu sagen: Humbug. In Deutschland besteht bis auf weiteres keinerlei Notwendigkeit, daß die Kapitalisten die politische Vertretung ihrer Interessen selbst in die Hand nehmen. Wo in Italien das Vakuum in der rechten "Mitte" der Parteienlandschaft Berlusconis Erfolg erst möglich machte, herrscht in Deutschland Gedrängel. Erst die massive und nicht nur vorübergehende Abwendung von den bisher relativ intakten "Volksparteien" würde hier eine neue Situation schaffen.

Jetzt geht's los!

Die führenden italienischen Kapitalisten haben Berlusconis Kampagne mit großer Zurückhaltung betrachtet. Das Zentralorgan des Unternehmerverbandes Confindustria mit dem vom Text der "Internationale" inspirierten Namen Il Sole 24 Ore ("24 Stunden Sonnenschein") hatte gar wenige Tage vor der Wahl Achille Occhetto das Prädikat "besonders regierungsfähig" verliehen. Nun, da Berlusconi gewonnen hat, soll er nach Ansicht der Bosse auch die Regierung führen; falls das Experiment schiefgeht, wird eben noch einmal gewählt.

Die Gelassenheit der italienischen Unternehmer ist nicht gespielt. Sie haben jahrzehntelang mit den jetzt geächteten Parteien des "alten Systems" in bestem Einvernehmen gelebt und werden sich auch mit den rechten Newcomern arrangieren. Auch ein Sieg der progressisti hätte sie kaum in Verlegenheit gebracht. Ein gemeinsames Reformprogramm des "linken" Pols existierte nicht; die Forderung etwa nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich wurde nur von Rifondazione comunista offensiv propagiert. La Rete tritt vor allem für Mittelstandsförderung ein, während Alleanza democratica die Bildung einer "commissione triangolare", einer Art "konzertierter Aktion" von Regierung, Beschäftigten und Unternehmern, befürwortet. Der PDS ergänzt das international gängige sozialdemokratische Wirtschaftsprogramm um die Forderung, mehr befristete Arbeitsverträge zu schließen.

Die von der künftigen Regierung betriebene Wirtschafts- und Sozialpolitik wird sich von dem, was in Europa mittlerweile üblich ist, nur wenig unterscheiden. Keine Aussicht auf Verwirklichung hat der von der Lega Nord

propagierte "Steuerföderalismus", was bedeutet: Zahlungen nur noch an die Kommune, die ihrerseits einen Teil der Einnahmen an die Region und an den Zentralstaat abführt. Die Absurdität dieses Modells demonstrierte ein Experte jüngst mit folgendem Beispiel: Wenn die Kommune von Lipari (einer Insel nördlich von Sizilien) wegen eines Streits mit der Zentrale in Rom ihre Zahlungen an die Staatskasse einstelle, dann müsse zum Eintreiben der Außenstände wohl die Flotte losgeschickt werden.

Die Lega Nord, die in der Frage der föderalistischen Umstrukturierung des Landes ihren Anhängern bald Erfolge vorweisen muß, wird sich mit erheblich weniger zufrieden geben müssen. Mindestens so föderalistisch wie die Bundesrepublik Deutschland soll das neue Italien sein, lautet die neue Sprachregelung. Den Neofaschisten als den schärfsten Verfechtern staatlicher Einheit und Größe wird es recht sein, zumal die Lega als Gegenleistung für mehr Föderalismus ihr Ja zum "Präsidenzialismus" wird geben müssen. Die Ausweitung der bisher weitgehend auf Repräsentation nach außen beschränkten Kompetenzen des Staatsoberhauptes ist wesentlicher Programmpunkt sowohl von Forza Italia als auch von Alleanza Nazionale. Berlusconi fordert die Direktwahl zum höchsten Staatsamt und sieht natürlich sich selbst in der Rolle des vom Volk gewählten starken Mannes - ein Traum, den schon sein Gönner und Förderer Craxi einst träumte.

Wenn dem Staatspräsidenten, wie in der französischen Verfassung vorgesehen, auch noch besondere Vollmachten in der Außenpolitik eingeräumt würden, wäre über dieses Amt auch regionale Machtpolitik zu betreiben. Die konkretesten Vorstellungen künftiger italienischer Balkanpolitik haben die Neofaschisten. Sie fordern einen besonderen Status "multiethnischer Autonomie" von Istrien und Dalmatien, vorgeblich zum Schutz der dortigen italienisch-sprachigen Minderheiten. Die Lega Nord träumt von einer grenzüberschreitenden "Superregion", gebildet aus Friuli/Venezia Giulia und Slowenien. Eine "ostpolitische" Initiative der neuen Regierung müßte keineswegs bei Null anfangen. Sie würde lediglich einen Kurs fortsetzen, der schon unter dem ehemaligen sozialistischen Außenminieter De Michelis und dem christdemokratischen Staatspräsidenten Cossiga eingeschlagen worden war. Im Herbst 1991 war Cossiga der erste prominente Staatsgast in Slowenien und Kroatien nach deren Lostrennung von Jugoslawien.

Konkrete Hinweise auf irgendwelche unmittelbar bevorstehenden außenpolitischen Abenteuer gibt es allerdings nicht. Während die Lega Nord insbesondere die Intervention von Bodentruppen in Ex-Jugoslawien wegen der damit verbundenen Risiken ("neues Vietnam") ablehnt, ist Berlusconi derzeit überhaupt darauf bedacht, international möglichst wenig Anstoß zu erregen. Und Fini wird sich ohne Zögern von den faschistischen Söldnern distanzieren, die Seite an Seite mit deutschen Nazis für Kroatien morden.

Es spricht also alles dafür, daß der rechte Aufmarsch einstweilen die Landesgrenzen nicht überschreiten wird. Dort allerdings steht nicht weniger an als die Abwicklung des nicht nur von Umberto Bossi so genannten italienischen "Realsozialismus". Die Mehrheit der WählerInnen habe sich dafür entschieden, künftig "auf einem Gelände ohne Hindernisse und mit möglichst wenig Regeln" zu reiten, schreibt Eugenio Scalfari. Daß der Gewaltritt Opfer fordert, wird billigend in Kauf genommen: "Der Versuch, sie aufzuhalten, ist sinnlos, sie wollen es versuchen, auch wenn sich während des Rittes jemand weh tut, jemand anderen zu Fall bringt und ihn unter die Hufe des Pferdes stößt." (La Repubblica, 30.3.) Weniger bildhaft hat FIAT-Boß Gianni Agnelli schon vor der Wahl ausgedrückt, was auf dem Spiele stand. "Wenn Silvio Berlusconi gewinnt, gewinnen auch wir anderen Unternehmer; wenn er verliert, verliert er ganz allein", soll er gesagt haben. (zitiert nach Le Monde, 22.3.)

Nun haben sie also gewonnen, die italienischen Kapitalisten. Das Wahlergebnis beschert ihnen eine Blankovollmacht für die Krisenbewältigung nach ihrem Gutdünken, lange bevor irgendwelche neuen Gesetze der rechten Mehrheit greifen könnten. (Das gilt auch dann, wenn eine Rechtsregierung nicht zustande kommen sollte; ob Umberto Bossis Querschüsse gegen seine Bündnispartner auf Bruch angelegt sind oder ob sie nur den Preis für den Regierungseintritt der Lega Nord hochtreiben sollen, ist bei Niederschrift dieses Artikels noch nicht absehbar.)

Gibt es - jenseits der Wahlebene - noch Hoffnung auf eine linke Gegenoffensive? Rossana Rossanda, Mitbegründerin der linken Tageszeitung Il Manifesto, kann sich immerhin vorstellen, "daß die wachsende Arbeitslosigkeit in Europa in den nächsten Jahren zu einer linken Radikalisierung führen könnte. Was macht man denn mit all den Beschäftigungslosen? Entweder man bringt sie um, oder sie organisieren sich." (Interview in WoZ, 1.4.)

Letzteres ist zugegebenermaßen eine ziemlich vage Hoffnung, aber immer noch näher an der Realität als der gedankenlose Katastrophismus linker "Italienexperten", der, je nach Konjunktur und meistens exklusiv, abwechselnd in der Lega Nord (bis November 1993), danach im wiedererstarkten MSI und ab sofort in Berlusconi die Bedrohung ganz Europas ausmacht. Exemplarisch hierfür ist der Artikel von Frank Wehner im Neuen Deutschland vom 30.3., der "Europas neues Traumpaar: Shiri und Silvio" (Artikelüberschrift) präsentiert. Gemeint sind Schirinowski und Berlusconi, "so fern und doch in vieler Hinsicht nah". Der ernst zu nehmende Hinweis des Autors, in Italien habe "1922 schon einmal etwas angefangen, das andere dann zu schlimmster Hochform brachten", wird durch solche effekthascherischen Formeln gleich wieder entwertet.

Js.

Quellen:

Diverse deutschsprachige Tageszeitungen; Der Spiegel, Die Woche, WoZ; Corriere della sera, Il Giornale, La Repubblica, La Stampa

analyse & kritik

der italienischen Innenpolitik

Wer die Vorgeschichte des jetzt vollzogenen Einschnitts, die innenpolitische Entwicklung Italiens in den vergangenen 15 Monaten, noch einmal genauer nachlesen will, sei auf folgende ak-Artikel hingewiesen:

Lega boomt, Faschisten marschieren. Vom Niedergang der Staatsparteien profitieren in Italien die Rechten; ak 350, 13.1.1993, S. 36

Die Lebenslüge des "neuen Italien" (über Korruption, Mafia und das Wahlrechts-Referendum); ak 354, 5.5.1993, S. 6

Existenzkrise der Blockparteien. Lega Nord und PDS erobern die Rathäuser; ak 356, 7.7.1993, S. 7

Mussolinis Erben auf dem Vormarsch. Zweifelhafter "Sieg der Linken" bei den Kommunalwahlen in Italien; ak 361, 15.12.1993, S. 11

Altfaschisten, Bombenleger und brave Bürger. Der MSI - eine Partei mit mehreren Gesichtern und einer Leitfigur: Mussolini; ak 361, S. 11

Die Republik des Nordens. Der aggressive Regionalismus der Lega Nord; ak 361, S. 12

Kampf dreier Lager

Allianzen, Parteien, Kandidaten

Drei große politische Lager standen sich bei den Wahlen vom 27. und 28. März gegenüber: die Fortschrittlichen ("progressisti"), die Rechten ("il polo della libertà") und das Zentrum ("il polo di centro").

Progressisti

"Spitzenkandidat" der Fortschrittlichen und damit auch Bewerber um das Amt des Ministerpräsidenten war der Sekretär des Partito democratico della sinistra (PDS), Achille Occhetto. Zu den wichtigsten Verbündeten des PDS gehörten:

Rifondazione comunista ("Kommunistische Neugründung"), der ehemalige "orthodoxe" Flügel der kommunistischen Partei. Sekretär von RC ist Fausto Bertinotti;

die Antimafia-Partei La Rete ("Das Netz") des ehemaligen Christdemokraten Leoluca Orlando, der im Dezember letzten Jahres mit 75,2% der Stimmen zum Bürgermeister von Palermo gewählt wurde;

Alleanza democratica, eine u.a. von Teilen der Republikanischen Partei gegründete und in den Medien gern als "linksliberal" bezeichnete Gruppierung. Der Koordinator von AD heißt Ferdinando Adornato;

I Verdi, die Grünen, deren Sprecher Carlo Ripa Di Meana ist;

der Partito socialista, die sozialistische Partei, die ihr Symbol, die rote Nelke, durch eine Rose ersetzt hat. Parteisekretär des PSI ist Ottaviano Del Turco.

Weitere Unterstützer der progressisti waren die Gruppe Rinascita socialista ("Sozialistische Wiedergeburt") des ehemaligen PSI-Sekretärs Giorgio Benvenuto und die Linkskatholiken Cristiano sociali ("Christlich-Soziale") mit Ermanno Gorrieri.

Die Rechten

Das rechte Wahlbündnis hatte sich den wohlklingenden Namen Il polo della libertà ("Pol der Freiheit") gegeben. Es bestand aus:

der Lega Nord, der separatistischen Partei des Nordens, mit ihrem unangefochtenen Führer Umberto Bossi;

Forza Italia ("Vorwärts Italien"), einer offiziell erst Anfang des Jahres gegründeten Partei unter der Leitung von Silvio Berlusconi;

den Neofaschisten des MSI, die ihre Partei im Januar in Alleanza Nazionale umbenannten. Vorsitzender von AN ist Gianfranco Fini, zunächst von 1987 bis 1990 und dann wieder seit 1991 Sekretär des MSI;

der Unione di centro, die von einigen Wortführern der diesmal nicht kandidierenden Liberalen, darunter Verkehrsminister Raffaele Costa, gegründet wurde;

dem Centro cristiano democratico, gegründet von einigen ehemaligen Christdemokraten um Pierferdinando Casini und Francesco D'Onofrio.

(Einige Aufregung gab es um die Frage, ob auch die Lista Marco Pannella, benannt nach dem langjährigen "charismatischen Leader" der Radikalen Partei, zum Block der Rechten gezählt werden dürfe. Die Tageszeitungen Il messagero, La stampa und Corriere della sera hatten das getan und damit eine Protestdemonstration Pannellas vor dem Verlagsgebäude des Messagero ausgelöst. Pannella selbst, der nach der Wahl als möglicher Außenminister der Rechtsregierung gehandelt wurde, kandidierte im selben Wahlkreis wie Gianfranco Fini (MSI/AN); seine Liste trat bei der Wahl zu den 25% nach Verhältniswahl vergebenen Parlamentssitzen auch gegen die anderen Parteien der Rechten an. Absprachen gab es dagegen im Norden, wo einige Pannella-Kandidaten wie Emma Bonino und Marco Taradash vom Polo della libertà ins Rennen geschickt wurden.)

Das Zentrum

Die nach dem weitgehenden Zusammenbruch der jahrzehntelang dominierenden Parteien (Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberale, Republikaner) parteipolitisch verwaiste Mitte wollte der Polo di centro ausfüllen, um bei der Regierungsbildung "Zünglein an der Waage" zu sein. Tragende Säulen dieser Gruppierung waren:

der Patto per L'Italia ("Pakt für Italien") des ehemaligen Christdemokraten Mario Segni, der als Vater des - angeblich bahnbrechenden - Wahlrechtsreferendums von April 1993 gilt;

und der Partito popolare italiano, die aus der alten christdemokratischen Partei (DC) hervorgegangene "italienische Volkspartei". Der PPI hatte von der DC nicht nur das Symbol (Schild mit Kreuz und der Aufschrift "Libertas"), sondern auch den Parteichef Mino Martinazzoli übernommen, der allerdings nach dem schlechten Wahlergebnis zurücktrat.

Prominentester Sympathieträger des Zentrums war der sechzigfache Fußballnationalspieler Gianni Rivera (AC Milan), der in Mailand - allerdings erfolglos - gegen Umberto Bossi kandidierte.

Wahlen zur Abgeordnetenkammer, +, +, +, +, +

März 1994, +, +, April 1992, +, +

Liste, %, , Liste, %,

Pds, 20,4, , Dc, 27,9,

Rifondazione com., 6,0, , Pds, 16,1,

Psi, 2,2, , Psi, 13,6,

Verdi, 2,7, , Lega lombarda, 8,6,

Ad, 1,2, , Rifondazione com., 5,6,

Rete, 1,9, , Msi, 5,4,

Ppi, 11,1, , Pri, 4,4,

Patto Segni, 4,6, , Pli, 2,9,

Forza Italia, 21,0, , Verdi, 2,8,

Lega nord, 8,4, , Psdi, 2,7,

Alleanza nazionale, 13,5, , Rete, 1,7,

Ccd, -, , Panella, 1,2,

, , , Svp, 0,5,

Lista Pannella, 3,5, , Fed. pens. Uv, 0,4,

Altri, 3,5, , Altri, 6,2,

Die Zahlen von 1994 beziehen sich auf die 25% nach Verhältniswahlrecht vergebenen Sitze (Listenwahl). Angaben nach La Repubblica,, 30.3.1994, +, +, +, +, +

Aus dem Lexikon

der Dunkelmänner:

Berlusconi, Silvio

Über die Quellen, aus denen Silvio Berlusconis erste Lire-Milliarden stammen, sind verschiedene Vermutungen im Umlauf. Daß er sie weder als Staubsaugervertreter noch als Barmusiker (zwei seiner Erwerbstätigkeiten in jungen Jahren) verdiente, ist eindeutig. Die Schweizer Investoren, die seine Baufirmen finanzierten und ihm riesige Gewinne beim Bau der Mailänder Vorstädte Milano Due ermöglichten, waren allem Anschein nach Strohmänner; ob für die sizilianische Mafia, Opus Dei oder andere Vereinigungen von Dunkelmännern, ist unter den Rechercheuren umstritten. Früh schon sicherte Berlusconi sich die Protektion Bettino Craxis, der 1976 zum Alleinherrscher der sozialistischen Partei (PSI) und später zum starken Mann der italienischen Politik aufstieg. Craxi sicherte durch persönliche Interventionen Berlusconis Monopolstellung im italienischen Privatfernsehen. Berlusconis nicht ohne Bewunderung verwendeter Spitzname "Sua Emittenza" ist eine Ableitung von emittente (Sender); seine Gegner bevorzugen den Beinamen "il biscione" (die Schlange).

Mit den Sendern Canale Cinque, Italia Uno und Retequattro macht Berlusconi auch dem Staatsfernsehen RAI Konkurrenz. Seine Finanzierungsgesellschaft Fininvest kontrolliert außerdem den teuren, aber popularitätsfördernden Fußballclub AC Milan; den Mondadori-Verlag, der die Zeitschriften Panorama und Epoca herausgibt; die Tageszeitung Il Giornale; die größte italienische Kaufhauskette Standa; eine Werbeagentur, Versicherungen und Immobilienfirmen. In der subversiven Geheimloge Propaganda Due (P2), mit dessen Großmeister Licio Gelli er in engem Kontakt stand, war er unter der Mitgliedsnummer 1816 registriert.

Die Schulden der Fininvest belaufen sich mittlerweile auf 3,5 bis 4,5 Milliarden DM. Diese Tatsache läßt einige Kommentatoren vermuten, Berlusconi wolle über den Griff nach einem Regierungsamt vor allem seinen angeschlagenen Konzern sanieren.

30. Nordirland: Warten auf John Major

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:31

Am 30.3.1994 verkündete die IRA im Rahmen ihres traditionellen Oster-Statements einen einseitigen dreitägigen Waffenstillstand, der am Dienstag nach Ostern beginnen soll. Es ist das erste Mal, daß die IRA außerhalb ihrer seit 1990 praktizierten Waffenruhe über Weihnachten, die nicht nur guten Willen dokumentieren soll, sondern vor allem dem Schutz der auf "Heimaturlaub" befindlichen politischen Gefangenen dient, einen einseitigen Waffenstillstand ausruft.

Hintergrund ist die "joint declaration" der britischen und der irischen Regierung vom 15.12.1993, der längere Geheimgespräche zwischen Sinn Féin/IRA und Emissären Londons vorausgingen. Die "joint declaration" bietet Sinn Féin eine Beteiligung an den Verhandlungen zwischen den nordirischen Parteien, Dublin und London über die Zukunft Nordirlands an, vorausgesetzt die IRA beendet ihre militärische Kampagne. Bislang wurde die Erklärung von der Republikanischen Bewegung weder explizit abgelehnt noch unterschrieben. Sinn Féin und die IRA haben erhebliche Probleme mit deren höchst ambivalenten Charakter (s.u.), weshalb sie von Dublin und London weitere Erläuterungen verlangen.

Von der Dubliner Regierung haben sie diese mittlerweile weitgehend erhalten. Der südirische Premierminister Albert Reynolds hat öffentliche Auftritte wiederholt dazu benutzt, auf Bedenken der Republikanischen Bewegung einzugehen. Des weiteren erfolgte ein Briefwechsel zwischen Reynolds und Sinn Féin-Präsident Gerry Adams. Die britische Regierung stellt sich hingegen stur. Dies ist auf den ersten Blick völlig unverständlich. Schließlich wäre ein Frage-und-Antwort-Spiel zwischen Regierung und IRA/Sinn Féin nichts Neues, wurde dies doch bereits im Vorfeld der "joint declaration" intensiv betrieben. (siehe ak 361) Aber mit der "joint declaration" beendete London abrupt den Kontakt zur Republikanischen Bewegung, was den Verdacht nährte, das Dokument sei lediglich als Erpressungsmanöver zu verstehen, dem bei Ablehnung durch Sinn Féin/IRA eine neuerliche militärische Offensive folgen würde.

Allerdings verstand es die Republikanische Bewegung, derartige "Friß-oder-stirb"-Absichten geschickt zu unterlaufen. Der "joint declaration" wäre die Aufgabe zugefallen, IRA/Sinn Féin innerhalb der nationalistischen/katholischen community politisch zu isolieren und die Verbindungen zwischen moderaten Nationalisten und militanten Republikanern restlos zu kappen, um so ein härteres Vorgehen zu legitimieren. Die Begründung hätte gelautet: "Alle wollen Frieden, nur die IRA nicht. Die IRA ist nicht mehr länger nur ein Symptom des Konflikts, sondern dessen einzige Ursache für seine Fortdauer, weshalb der Schlüssel zum Frieden die Beseitigung der IRA ist."

Daneben war die "joint declaration" aber auch eine Antwort auf die gemeinsame Initiative der nationalistischen Parteiführer Gerry Adams und John Hume (Social Democratic and Labour Party/SDLP, die ca. 55% der katholischen/ nationalistischen Wählerschaft Nordirlands repräsentiert), die auch in Dublin und in Washington gewissen Anklang fand, nicht jedoch in London. London mußte in irgendeiner Weise reagieren, um nicht international den Eindruck zu erwecken, man sei an einer Konfliktlösung nicht interessiert. Eine Nichtreaktion Londons hätte überdies die moderaten nordirischen Nationalisten geschwächt und die Beziehungen zu Dublin belastet. Seit dem anglo-irischen Abkommen von 1985 spielt Dublin jedoch in der britischen Nordirlandpolitik eine wichtige Rolle.

Offensichtlich scheut Premierminister Major eine offene Konfrontation mit den nordirischen Unionisten, auf deren Unterstützung er im Unterhaus seit der Unterzeichnung der Maastrichter Verträge angewiesen ist. Gleiches gilt wohl auch bezüglich der Parteirechten. Andererseits wird darüber spekuliert, ob die Demilitarisierung des Nordirlandkonflikts dem bedrängten Premier nicht als Rettungsanker dienen könnte. Ironischerweise strapaziert ausgerechnet Gerry Adams diese Möglichkeit. So heißt es in einem Statement von Adams zum IRA-Waffenstillstand: "Vielleicht sind Irlands Probleme Majors Chance. Denn eine der populärsten Dinge, die er seit seinem Amtsantritt gemacht hat, war sein Engagement bezüglich der irischen Frage." Allerdings könnten die schwache Position Majors und die unklare Zukunft seiner Regierung auch bedeuten, daß die Zeit für irgendeine Form von Deal zwischen Regierung und Sinn Féin/IRA denkbar schlecht ist.

Sinn Féin/IRA und die "joint declaration"

Daß die britische Nordirlandpolitik sich verändert und London heute in der Provinz keine eigennützigen strategischen und ökonomischen Interessen mehr verfolgt, wie dies in der "joint declaration" ausdrücklich betont wird, ist mittlerweile weitgehend unumstritten. Zu den Pluspunkten der Erklärung gehört auch ihre in weiten Teilen "grüne" Diktion. Ansonsten besteht die Erklärung allerdings hauptsächlich aus einer Aneinanderreihung von Aussagen, die nicht miteinander vereinbar sind und wohl jeweils nur von der einen oder der anderen Regierung vertreten werden, aber keine Übereinkunft darstellen. Das Dokument schwankt zwischen der Befürwortung einer irischen Wiedervereinigung als beste aller denkbaren Optionen und der Bestätigung des Status Quo und des loyalistischen Vetorechts. Letzteres stellt jedoch nicht nur ein Hindernis für eine Vereinigung der beiden Landesteile zugunsten eines irischen Einheitsstaats dar, sondern für jede Form der Veränderung des Status Quo. Dies ist deshalb wichtig zu betonen, weil es unübersehbare Hinweise dafür gibt, daß die Republikanische Bewegung nicht mehr länger die umgehende Vereinigung von Norden und Süden verlangt.

Statt dessen werden Zwischenlösungen ins Gespräch gebracht. Der zukünftige Status Nordirlands, so die neue Sprachregelung, sei eine Angelegenheit, die auf einer Allparteienkonferenz zu klären sei. Trotzdem besteht die Republikanische Bewegung auf einer Aufkündigung der konstitutionellen Garantien für die Protestanten/Unionisten, da diese deren Denkprozeß nur blockieren würden. Ganz abgesehen davon, daß ähnliche konstitutionelle Garantien für die Katholiken/Nationalisten nicht existieren. Die Forderung, die Verankerung Nordirlands im Vereinigten Königreich zu lockern, hat schon immer weniger zum Hintergrund gehabt, daß die Nationalisten keine Briten sein wollen, sondern daß der konstitutionelle Status Quo die protestantische/unionistische Kompromißlosigkeit deckt und bestärkt.

Die konstitutionelle Frage ist somit vorwiegend von innenpolitischer Brisanz: Will man die Ethik des nordirischen Staates ändern, im Sinne einer tatsächlichen Gleichberechtigung der beiden communities bzw. eines konsequenten Pluralismus und Liberalismus, - was für einen sektierischen Staat wie Nordirland bereits einen fundamentalen Wandel darstellen würde - bedarf es seiner Veränderung. Die Gleichberechtigung von unionistischen und nationalistischen "Traditionen", die London verbal stets beschwört, kann auf institutioneller Ebene nur "joint authority" (d.h. gemeinsame Verwaltung durch London und Dublin) bedeuten. Solange wie die konstitutionelle Garantie unangetastet bleibt, gibt es für die Unionisten keinen Anreiz zum Verhandeln und Reformieren, da sie bereits besitzen, was sie wollen.

Die Glaubwürdigkeit der britischen Offerte wird außerdem durch eine Reihe von falschen Signalen unterminiert. Hier sind vor allem die Einrichtung eines Northern Ireland Select Committee im britischen Unterhaus sowie die Neueinteilung der nordirischen Wahlkreise für die Unterhauswahlen zu nennen. Das Northern Ireland Select Committee ist eine alte Forderung der Ulster Unionist Party, die sich davon eine Stärkung der Union wie des Einflusses der nordirischen Unionisten auf die britische Nordirlandpolitik verspricht. Das Komitee wird eine eindeutig unionistische Angelegenheit sein. Von den insgesamt 13 Unterhausabgeordneten, die die Regierung hierfür nominierte, sind vier nordirische Unionisten, während die Nationalisten, die immerhin über 40% der nordirischen Wähler repräsentieren, nur einen Sitz erhielten, der an den moderatesten der Abgeordneten der SDLP ging. Die Neueinteilung der Wahlkreise bedeutet, daß die Nationalisten, ohnehin schon deutlich unterrepräsentiert, einen Sitz an die Unionisten verlieren werden.

An der Basis der Republikanischen Bewegung kollidiert der authentische Wunsch nach Frieden bzw. einer Demilitarisierung des Konflikts mit der Furcht vor der Rückkehr zur Situation vor dem Aufstieg der IRA. In einem Staat, dessen "Sicherheitskräfte" zu über 90% protestantisch sind und mit den loyalistischen Todesschwadronen immer wieder kollaborieren, gab und gibt die IRA vielen Katholiken/Nationalisten das Gefühl, nicht völlig ausgeliefert zu sein. Dieses Gefühl beschränkt sich keineswegs nur auf die republikanische community. Dies gilt insbesondere für die katholischen/nationalistischen Gettos Belfasts, die - anders als South Armagh und Derry - nicht nur mit militärischer Besatzung, sondern auch mit dem Terror der faschistischen loyalistischen Paramilitärs konfrontiert sind. Gleichzeitig ist besonders hier der Wunsch nach Frieden ausgeprägt, denn die Gettos im Westen und Norden Belfasts leiden mehr als jede andere Gegend in Nordirland unter den "troubles". Im ländlichen und eher konservativen South Armagh ist hingegen eine generelle Skepsis gegenüber einem Deal mit London zu registrieren.

Bislang hat es die republikanische Führung vermieden, der "joint declaration" eine klare Absage zu erteilen. Einerseits wird betont, die Erklärung dokumentiere eine "bedeutende Abkehr" von der bisherigen Nordirlandpolitik Londons, indem sie die Frage des irischen Selbstbestimmungsrechts thematisiere.

Andererseits wird ihre Unzulänglichkeit kritisiert, insbesondere das loyalistische Vetorecht betreffend. Die härteste Kritik an der Erklärung kam nicht von Sinn Féin/IRA, sondern von den prominenten Radikalsozialisten Eamonn McCann und Bernadette Devlin-McAliskey, die beide keine Befürworter des bewaffneten Kampfes sind, aber in einem kritisch-solidarischen Verhältnis zur Republikanischen Bewegung stehen. Das bisherige Verfahren erlaubte Sinn Féin/IRA, trotz Fortsetzung der IRA-Kampagne ihren Willen zum Frieden zu demonstrieren, während gleichzeitig ein Auseinanderfallen der Bewegung in "Falken" und "Tauben", so denn eine derartige Gefahr überhaupt existierte, vermieden wurde.

Diesbezügliche Spekulationen blieben einmal mehr unbestätigt. Vielmehr verstanden sich Gerry Adams und sein Stellvertreter Martin McGuinness, der von den Medien immer wieder als Hardliner und eigentlicher Kopf der IRA porträtiert wird, vorzüglich auf einen Rollenwechsel, bei dem mal der eine, mal der andere im Gewand der Taube bzw. des Falken auftrat. Adams und McGuinness wissen, daß die Republikanische Bewegung, wie deren Geschichte wiederholt gezeigt hat, bei einer Spaltung nur verlieren kann. Die Waffenstillstände wurden bislang von allen IRA-Einheiten diszipliniert eingehalten. Allerdings wurde spekuliert, daß der dreitägige Waffenstillstand einen Kompromiß darstellt. Teile der Bewegung hätten eine großzügigere Geste favorisiert.

Flexible response

Die Reaktionen auf die dreitägige Waffenruhe, über die bereits seit Wochen spekuliert wurde, fielen unterschiedlich aus. Der britische Premierminister, der kurz nach der Veröffentlichung der IRA-Erklärung in Belfast eintraf, was zu Spekulationen einlud, denunzierte das IRA-Angebot als "zynisch". Die Reaktionen von John Hume (SDLP-Vorsitzender), Albert Reynolds und Cathal Daly (Oberhaupt der katholischen Kirche) fielen deutlich moderater aus, wenngleich auch sie unisono eine gewisse Enttäuschung nicht verbergen konnten. Insbesondere Hume hatte wohl eine längere Waffenruhe erwartet.

Der Waffenstillstand ist zweifelsohne ein geschickter taktischer Schachzug, der den Druck auf die britische Regierung erheblich erhöht und sie in Argumentationsschwierigkeiten bringt. Überhaupt dürften beide Regierungen von der taktischen Geschmeidigkeit der Republikanischen Bewegung überrascht worden sein. Die Hoffnung einiger Politiker, Sinn Féin/IRA würden unter dem Druck der Erklärung zusammenbrechen oder die Orientierung verlieren, wurde arg enttäuscht.

Die Waffenruhe soll London die Möglichkeit geben, der Forderung nach einer Erläuterung der "joint declaration" endlich nachzukommen, ohne dabei das Gesicht zu verlieren. Auch moderate Nationalisten wie John Hume fordern von der britischen Regierung, den notwendigen "Extra-Schritt" zu gehen. Das Problem der Regierung ist, daß sie sich darauf festgelegt hat, Verhandlungen mit der Republikanischen Bewegung erst dann wieder aufzunehmen, wenn diese ihre Waffen niedergelegt hat. Martin McGuinness erklärte in diesem Zusammenhang, Sinn Féin würde eine Erläuterung nicht als Verhandlungen betrachten. Die Probleme könnten binnen weniger Tage, ja möglicherweise gar weniger Stunden beseitigt werden. Auch bestünde Sinn Féin nicht darauf, daß die Erläuterung durch den Premierminister persönlich erfolge.

Sollte Major die Republikanische Bewegung nicht beim Wort nehmen und die historische Chance ausschlagen, wäre dies politisch nur schwer vermittelbar. Die Enttäuschung über das Verhalten der Regierung würde den Frust über die Fortsetzung der IRA-Kampagne vermutlich noch übertreffen. Mit viel taktischem Geschick und Flexibilität haben Sinn Féin/IRA Major und Co. in eine Situation hineinmanöveriert, wo nicht mehr die "Terroristen", sondern der Premierminister und sein Kabinett als "trotzige Kinder" erscheinen, während sich die Republikanische Bewegung selbst als väterlich, verständnisvoll, flexibel und großzügig präsentiert.

Die Flexibilität der Republikanischen Bewegung äußert sich auch in der IRA-Kampagne. Bereits vor der Verkündung der Waffenruhe waren hier Veränderungen zu registrieren. Die spektakulären Raketen gegen den Londoner Flughafen Heathrow, die ein erhebliches Chaos verursachten, waren offensichtlich so konzipiert, daß sie nicht explodieren konnten, auch wenn sie technisch sehr ausgefeilt und mit Semtex-Sprengstoff vollgestopft waren. Offensichtlich ging es der IRA nur darum, glaubwürdig zu demonstrieren, daß sie das öffentliche Leben in England empfindlich stören kann, wenn sie nur will. Die drei Anschläge auf den Flughafen verdeutlichten außerdem der britischen Öffentlichkeit, daß London auch in Zukunft nicht dazu in der Lage sein wird, die IRA zu neutralisieren. Die Raketen standen somit keineswegs im Widerspruch zur Friedensinitiative der Sinn Féin-Führung, sondern ergänzten diese. Seit der Unterzeichnung der "joint declaration", und dies ist

mittlerweile mehr als drei Monate her, wurden von der IRA nur zwei Mitglieder der "Sicherheitskräfte" getötet. Außerdem wurde die Bombenkampagne gegen die Geschäftszentren protestantischer Städte eingestellt, die im vergangenen Jahr erheblichen Sachschaden verursachte.

Von den Schwierigkeiten eines Friedens

Für beide Seiten, insbesondere die britische, würden die Probleme nach einem Deal vermutlich erst beginnen. Daß die IRA ihre Waffen nicht nur niederlegt, sondern auch aushändigt, ist ohne irgendeine Form von Amnestie für die vielen IRA-Gefangenen kaum vorstellbar. Bis in SDLP-Kreise hinein hält man es deshalb für durchaus akzeptabel, wenn die IRA nach der Verkündung einer permanenten Waffenruhe einen Teil ihres Arsenals zunächst zurückhalten würde, um abzuwarten, was die britische Seite tatsächlich zu bieten hat und wie sich die Reaktion der loyalistischen Paramilitärs gestaltet.

Die Gefangenen sind möglicherweise die Triebfeder der gegenwärtigen Entwicklung. Jedenfalls bekommt man in West Belfaster Klubs immer wieder zu hören, daß ohne die "boys" in den Gefängnissen, die "raus" wollten, überhaupt nichts laufen würde. In den republikanischen Gegenden ist das Gefängnis der Mikrokosmos der nordirischen Gesellschaft. Hier gibt es kaum eine Familie, die nicht irgendeinen Verwandten im Gefängnis sitzen hat. Ein Deal, der die Gefangenen nicht berücksichtigt, dürfte kaum die Unterstützung der republikanischen Basis gewinnen.

Ein wesentlicher Streitpunkt zwischen der Republikanischen Bewegung und London ist die Frage, welche Politik London bezüglich der Protestanten/Unionisten einzuschlagen gedenkt. Niemand verlangt von der britischen Regierung, die Protestanten/Unionisten in eine Vereinigung mit dem Süden hineinzuzwingen. Allerdings verlangen Sinn Féin/IRA von der britischen Regierung, daß sie auf den politischen Entwicklungsprozeß des unionistischen Lagers aktiven Einfluß ausübt. Die britische Regierung soll die Unionisten davon überzeugen, einen Kompromiß mit der nordirischen Minderheit bzw. gesamtirischen Mehrheit einzugehen.

Selbst wenn Teile des britischen Establishments der Auffassung sind, daß ein irischer Einheitsstaat zumindest langfristig die einzige Möglichkeit darstellt, den Konflikt in Nordirland und zwischen Iren und Briten ein für allemal zu beenden, wird man aktuell kaum dazu bereit sein, dies zur offiziellen Regierungspolitik zu erklären. Bereits aus den Dokumenten der Geheimgespräche zwischen London und Sinn Féin/IRA wurde ersichtlich, daß die Regierung eine Versicherung dafür haben will, daß die Republikanische Bewegung die Herstellung eines irischen Einheitsstaates nicht als das einzig akzeptable Resultat von offiziellen Verhandlungen betrachtet. London will alles vermeiden, was die Unionisten übermäßig provoziert und den Eindruck erweckt, man betreibe das Geschäft der IRA. Die offizielle Position, wie sie von Nordirlandminister Patrick Mayhew wiederholt vorgetragen wurde, lautet, daß man an der Provinz zwar nicht kleben würde, aber auch nicht dazu bereit sei, deren Bürger in die eine oder andere Richtung zu beeinflussen.

Sinn Féin/IRA befürchten aber, daß die Unionisten den Verhandlungstisch wieder verlassen könnten, um so eine Übereinkunft zu torpedieren. Daß London in einem solchen Falle ohne Rücksicht auf die Unionisten die "grüne Karte" spielen würde, d.h. über die Köpfe der unionistischen Volksvertreter hinweg mit der SDLP, Sinn Féin und Dublin ein Abkommen schmiedet, ist zum jetztigen Zeitpunkt eher unwahrscheinlich. Dies würde dann aber bedeuten, daß die Republikanische Bewegung mit leeren Händen dastünde - nicht nur ohne politische Verbesserungen, sondern nun auch ohne Waffen.

Unklar ist auch, wie sich London seinen eigenen Beitrag zur Demilitarisierung vorstellt. Der Rückzug der Armee - zunächst in die Kasernen, später dann auf das britische "mainland" - wäre dabei noch das geringste Problem. Das ungleich größere sind die 20.000 Mann der nordirischen "Sicherheitskräfte": Royal Ulster Constabulary/RUC (Polizei) und Royal Irish Regiment (nordirische Einheit der britischen Armee). Diese müßten nicht nur reduziert und entwaffnet werden, was bei vielen Unionisten und Loyalisten, für die RUC/RIR die Symbole des unionistischen Staates schlechthin sind, auf erbitterten Widerstand stoßen würde. Innerhalb der katholischen/nationalistischen community würden Abbau und Entwaffnung von RUC und RIR das tiefe Mißtrauen zwar besänftigen, mehr aber auch nicht. Gefordert wäre der komplette Umbau der "Sicherheitskräfte", die in Zukunft beide "Traditionen" berücksichtigen müßten.

Bleibt noch das Problem der unionistischen/loyalistischen Politiker und der loyalistischen Paramilitärs. Die moderatere der beiden großen unionistischen Parteien, die UUP, hat auf die "joint declaration" nach

anfänglicher Zustimmung mit einem deutlichen Rechtsschwenk geantwortet. Die semi-faschistische Democratic Unionist Party (DUP) des fundamentalistischen Predigers Ian Paisley hat die Erklärung von vornherein vehement abgelehnt und den Ausverkauf protestantischer/unionistischer Interessen gegeißelt. Die Paramilitärs haben ihre sektiererische Mordkampagne gegen katholische Zivilisten unvermindert fortgesetzt. Außerdem verübten sie in den letzten Wochen mehrere Anschläge auf Sinn-Féin-Einrichtungen.

Daß der Einstellung der IRA-Kampagne auch die Beendigung der Kampagnen von UDA und UVF folgen würde, ist keineswegs zwangsläufig. Die Behauptung, die Operationen von UDA/UVF seien lediglich Reaktionen auf die IRA, war schon immer gefährlicher Unsinn. Die UDA hat mittlerweile unmißverständlich erklärt, daß sie ihre Anschläge gegen Sinn-Féin-Mitglieder und Einrichtungen der Partei auch dann noch fortsetzen würde, wenn die Republikanische Bewegung der "joint declaration" ihren Segen gibt und die Waffen niederlegt.

Die Loyalisten haben bisher noch immer einen Vorwand gefunden, ihre Intransigenz zu begründen. Die Anerkennung der "joint declaration" würden UDA/UVF und ihre politischen Stichwortgeber in der DUP und UUP vermutlich als Beweis dafür werten, daß London mit der Republikanischen Bewegung einen geheimen Deal vereinbart habe. Der Waffenstillstand von 1975, die längste Waffenruhe, die Nordirland seit dem Ausbruch der "troubles" erlebte, wurde damals von einer Eskalation loyalistischer Gewalt begleitet. Trotz eines offiziellen Waffenstillstands zwischen London und der IRA wurden bei sektiererischen Attacken mehr als 250 Menschen getötet. Auch damals witterten die Loyalisten Verrat und reagierten mit einer sektiererischen Mordkampagne, die die Spannungen zwischen den beiden communities erhöhen und die IRA provozieren sollte.

Dietrich Schulze-Marmeling

31. Inkatha: Kampf bis zum Ende. In der südafrikanischen Provinz Natal ist die Machtfrage gestellt

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:13

Wer Näheres über die jüngere Entwicklung im südlichen Afrika und über mögliche Aussichten dieser Region erfahren will, ist mit dem Ende 1993 erschienenen Band Kap der kleinen Hoffnung. Das südliche Afrika nach der Apartheid insgesamt nur leidlich bedient (obwohl das Buch auch einige interessante und gelungene Beiträge enthält, auf die noch eingegangen wird). Dieser Befund ist etwas überraschend, denn der von Michael Baiculescu und Joachim Becker herausgegebenen Aufsatzsammelband führt ausgewiesene Fachleute zusammen.

Das Buch ist in vier größere Abschnitte unterteilt, die ihrerseits zumeist länderspezifische Abhandlungen umfassen. Zunächst wird die Rolle des südlichen Afrikas im internationalen System analysiert. Es folgt eine Bilanz der bisherigen Bemühungen, Frieden und (westliche) Demokratie in den Staaten des südlichen Afrikas zu installieren, um sodann eine Bewertung des ökonomischen Zustandes der Region bzw. der Republik Südafrika zu versuchen. Abschließend werden unter der Überschrift "Kriegsalltag-Friedensalltag" einige Ausschnitte konkreter gesellschaftlicher Realität beschrieben.

Gerade die Aufsätze über die Republik Südafrika selbst zählen zu den schwächsten des ganzen Buches. Im Falle des zentralen Aufsatzes von J. Becker über den Verhandlungsprozeß macht sich negativ bemerkbar, daß der Aufsatz Mitte 1993 abgeschlossen worden sein dürfte, mithin die endgültigen, ab September sich abzeichnenden Verhandlungsergebnisse über die zukünftige Verfassung Südafrikas nicht mehr berücksichtigt sind. Ansonsten faßt Becker die Entwicklung seit Februar 1990 (Legalisierung von ANC und Kommunistischer Partei, Freilassung Nelson Mandelas) noch einmal im Überblick zusammen, ohne dabei allerdings an irgendeiner Stelle in die Tiefe zu gehen - etwa was Auseinandersetzungen innerhalb des ANC angeht oder hinsichtlich der politischen oder militärischen Möglichkeiten der rassistischen und reaktionären Kräfte (z.B. Inkathas). Die Möglichkeiten des neuen Südafrika handelt Becker in knappester und zugleich abstrakt pessimistischer Form ab - letzteres heutzutage ein offenbar unter Linken ebenso beliebter Gestus wie vor Jahren die strahlende Zuversicht. Schade, insgesamt ist der Autor hier weit hinter seinen Möglichkeiten zurückgeblieben.

Noch oberflächlicher ist der Aufsatz von Sigrid Thomson zur wirtschaftlichen Lage in Südafrika geraten, der zudem, was die Entwicklung des Bruttosozialprodukts des Landes angeht, mit völlig veralteten Zahlen aus der Mitte der 80er Jahre arbeitet und die gravierenden Rückgänge ab 1989 gar nicht erst zur Kenntnis nimmt. Vollends überflüssig, weil subjektiv völlig beliebig ist der Beitrag des ANC-Führungsmitglieds Albie Sachs, der sich offenbar mit kulturellen Strömungen in Südafrika zu befassen scheint.

Geheimnisvoll bleibt schließlich auch, wieso die Herausgeber den Beitrag des US-Professors Immanuel Wallerstein über "Die Grenzen des Weltsystems. Das südliche Afrika in der neuen Weltordnung" mit aufgenommen haben. Auf knappen 13 Seiten dürfen wir uns dort Wallersteins Welterklärungsmodell präsentieren lassen, in welchem der Zusammenbruch des realen Sozialismus in kaum nachvollziehbarer Weise als "Kollaps des liberalen Reformismus" gedeutet wird und ANC und Kommunistische Partei Südafrikas als Kinder der "globalen liberalen Ideologie" bzw. als "stolze Erben der sozialistischen Variante des reformistischen Liberalismus" gekennzeichnet werden. Was suchen derartige Verstiegenheiten in einem Buch, das über die politische Lage in Südafrika informieren möchte?

Das Gegenteil dieser enttäuschenden Beiträge stellen die Aufsätze dar, die sich mit Mosambik befassen. Mitherausgeber M. Baiculescu gibt einen Überblick über die mosambikanische Entwicklung seit 1975 und zeigt dabei, daß man auch auf wenig Raum so konkret informieren kann, daß wesentliche Probleme und Konfliktlinien deutlich werden und Interesse für eine vertiefende Beschäftigung geweckt wird. Baiculescu schildert die gezielte Destabilisierungs- und Zerstörungspolitik seitens Südafrikas und seiner westlichen Verbündeten gegenüber dem nach der Befreiung zunächst sozialistisch und antiimperialistisch orientierten Land durch den Aufbau und die Unterstützung der Terrororganisation RENAMO; eine Politik, die sich heute

mittels ",Demokratie` als Teil westlicher Destabilisierung in Mosambik" (so der Untertitel von Baiculescus Beitrag) fortsetzt.

Der Autor spart andererseits auch nicht die Fehler der Befreiungsbewegung FRELIMO aus, die er vor allem in einem weiteren Aufsatz beschreibt, der die Entwicklung von "sozialistischer Transformation zur Strukturanpassung in Angola und Mosambik" schildert. Baiculescus Bestandsaufnahme der ökonomischen Zerrüttung Mosambiks mündet trotzdem in Vorschlägen, was in dieser trostlosen Situation überhaupt noch machbar ist bzw. als erstes angegangen werden muß: Vor allem zunächst die Rekonstruktion des Transportsektors, sodann der Neuaufbau eines Handelssystems, das den Austausch zwischen Stadt und Land wieder herstellt, des weiteren die Nutzung der Wasserreserven des Landes zur Energieerzeugung. Zugleich stellt sich Baiculescu die Frage nach politischen Trägern positiver Veränderungen in Mosambik, ohne hier mehr als vorläufige Vermutungen äußern zu können - aber immerhin, der Autor faßt das Problem überhaupt in den Blick!

Als kleine Perle des Buches kann der Beitrag der beiden mosambikanischen Autoren Gulamo Tajú und Ana Joao da Silva bezeichnet werden. Kurz und bündig beleuchten sie das Problem der Millionen von mosambikanischen Flüchtlingen und Demobilisierten und erwägen Möglichkeiten und Grenzen ihrer Reintegration in den anzustrebenden Wiederaufbau des Landes.

Schließlich kann als lesenswert auch der Beitrag von Ruth Weiß über Frauen in Zimbabwe hervorgehoben werden. Ihre Beschreibung der tiefen patriarchalen Tradition des Landes gerät um so eindrücklicher, als sie diese mit den Erfahrungen von Frauen kontrastiert, die einst Teilnehmerinnen am bewaffneten Befreiungskampf ihres Volkes waren und inzwischen längst feststellen mußten, daß ihr Selbstbewußtsein heute nicht mehr erwünscht ist. Weiß beschreibt die Versuche der ZANU-Regierung, die Gleichstellung der Frauen rechtlich abzusichern, sowie einige Ansätze von Frauen, gegen die Unterdrückung anzukämpfen.

Zwei weitere lesbare Beiträge zu Zimbabwe befassen sich mit der Praxis der ZANU als Regierungspartei sowie mit "traditionellen und neuen Autoritäten in Zimbabwe". Ein weiterer, allzu knapper Aufsatz ist den heutigen ökonomischen Schwierigkeiten dieses Landes gewidmet. Halbwegs informative Beiträge über Angola sowie lediglich ein kurzer Aufsatz über Namibia und ein weiterer über die Möglichkeiten einer zukünftigen regionalen Zusammenarbeit im südlichen Afrika runden den Sammelband ab.

Insgesamt stellt sich im Hinblick auf das hier besprochene Buch einmal mehr die Frage, ob es Sinn macht, mit vielen Kurzaufsätzen von durchschnittlich rund 15 Seiten, die schnell zu oberflächlich geraten, ein Buch "zusammenzuhauen", zumal, wenn es offenbar an präzisen redaktionellen Vorgaben mangelt. Hinzu scheint zu kommen, daß so manchen der Autorinnen und Autoren offenbar die antiimperialistischen Kriterien für ihre Untersuchungen abhanden gekommen sind, ohne daß an deren Stelle andere erkenntnisleitende Fragestellungen getreten wären. Daß es auch (weiterhin) anders geht, zeigen die angesprochenen Aufsätze über Mosambik.

J., Westberlin

Michael Baiculescu/Joachim Becker (Hg.), Kap der kleinen Hoffnung. Das Südliche Afrika nach der Apartheid, Wien 1993 (Promedia), 224 S., 34 DM/sFr, 240 öS.

32. Eine Chance für den Friedensprozeß. Wahlen in El Salvador: starke Opposition gegen ARENA-Mehrheit

Nach den Wahlen in El Salvador: starke Opposition gegen ARENA-Mehrheit

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:06

Mit Hilfe gravierender Manipulationen holte die ultrarechte Regierungspartei ARENA relative Mehrheiten bei den Präsidentschafts- und den Parlamentswahlen, die am 20. März in El Salvador stattfanden. Es gelang der Opposition jedoch, den von ARENA beabsichtigten Durchmarsch zu verhindern. So haben die Ultrarechten ihre Kontrolle über das Parlament eingebüßt. Da sie auch bei den Präsidentschaftswahlen die absolute Mehrheit verfehlten, steht nun für den 24. April zwischen dem ARENA-Hardliner Calderón Sol und dem Präsidentschaftskandidaten der linken Koalition, Rubén Zamora, eine Stichwahl bevor. Realistischerweise muß davon ausgegangen werden, daß die Linke zwar ihr Ergebnis aus der ersten Runde (25%) verbessern, jedoch nicht siegen kann.

Mit der Binsenwahrheit "Irren ist menschlich" verharmloste der Vorsitzende der obersten Wahlbehörde TSE, Luis Arturo Zaldivar, die schwerwiegenden "Unregelmäßigkeiten", die seine Behörde zu verantworten hatte. Nach den ruhig und geordnet verlaufenen Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen verlautbarte der regierungshörige Bürokrat, daß die Wahlen "normal abliefen, wenngleich einige Parteien Irrtümer in den Wahllisten bemängelt haben".

Von den theoretisch 2,7 Mio. Stimmberechtigten waren über 350.000 nicht zum Urnengang zugelassen worden, weil sie trotz rechtzeitiger Antragstellung keinen Wahlausweis ausgehändigt bekamen. Mehrere zehntausend Personen, die dieses Dokument in Händen hatten, konnten nicht abstimmen, weil sie nicht in den Wahllisten vermerkt waren. Die Wahlbehörde hatte, entgegen ihrer gesetzlichen Verpflichtung, diese Register vorher nicht veröffentlicht. Schließlich gab sie wenige Tage vor dem Urnengang selbst zu, daß etwa 600.000 Stimmzettel zuviel gedruckt worden waren. Diese seien jedoch vernichtet worden. Unabhängige Zeugen für diese Behauptung gibt es ebensowenig wie glaubwürdige Bürgen für die Tatsache, daß es 600.000 Duplikate und nicht beispielsweise 800.000 waren. ARENA versuchte vor allem auf dem Land Stimmen zu kaufen, und betrieb, obwohl es untersagt war, praktisch bis zum Moment der Stimmabgabe Wahlwerbung. In San Salvador verkehrten nur 25% der Busse und 50% der Kollektivtaxis, was das Erreichen der Wahllokale erschwerte. Der Abstimmungsprozeß selbst verlief mit provozierender Langsamkeit. An vielen Orten öffneten die Wahllokale mit stundenlanger Verzögerung. Es bildeten sich lange Schlangen, und ein Teil der Wartenden kehrte vorzeitig nach Hause zurück, ohne die Stimme abgegeben zu haben.

Diese Vorkommnisse in einem Land wie El Salvador, das eine jahrzehntelange Tradition des von den jeweiligen Regierungsparteien inszenierten Wahlbetrugs hat, als "bewußte oder unbewußte" Unzulänglichkeiten (FR, 23.3.94) bzw. "kleinere Pannen" (FAZ, 22.3.94) nachgeordneter staatlicher Behörden zu werten, zeugt von Realitätsblindheit im einen und bewußter Meinungsmache im anderen Fall. Die hochdotierte UNO-Beobachtertruppe ONUSAL hielt sich zunächst mit Kommentaren zurück. Nach stundenlangen Verhandlungen mit der linken Koalition FMLN/CD/MNR verlieh sie den Wahlen jedoch die demokratischen Weihen. Der Chef der UN-Mission, Augusto Ramírez Ocampo, redete von "kleineren Problemen", hielt jedoch die Abstimmung insgesamt für "sauber". Dieser Sprachregelung schloß sich ein Großteil der internationalen Berichterstattung an.

Die linke Opposition verurteilte die "gravierenden Unregelmäßigkeiten" und den "technischen Wahlbetrug". Sie sprach von "mehreren Filtern", die in betrügerischer Absicht eingebaut worden seien. Diese "Filter" drückten die Wahlbeteiligung auf lediglich 54%. Die niedrige Quote kam der ultrarechten ARENA gelegen, die seit einem Jahrzehnt über einen stabilen und seit 1991 abnehmenden Wählerstamm zwischen 400.000 und 500.000 Personen verfügt. Die Anzahl der Wahlberechtigten nahm im selben Zeitraum um knapp eine Million Personen zu. Viele Nicht-Wählerinnen und -Wähler zählen zur Anhängerschaft der Opposition. Im östlichen Departement La Union lag die Wahlbeteiligung sogar nur bei etwas mehr als 30%. Hier reklamiert die ultrarechte Regierungspartei von den drei zu vergebenden Parlamentsmandaten zwei für sich, was sie einer Parlamentsmehrheit näher brächte. Die linke Koalition FMLN/ CD/MNR fordert dagegen die Annullierung der

Abstimmung in dieser Provinz. In einer Reihe von Wahlbezirken kam es bei der Stimmabgabe bzw. der Auszählung ebenfalls zu derart gravierenden Verfälschungen, daß die Linke die Ergebnisse auch dort anficht.

Die Linke verlangt überall dort die Annullierung der Ergebnisse, wo die Mehrheitsverhältnisse zu ihren Ungunsten verschoben wurden. Den gesamten Prozeß jedoch erkennt die linke Koalition trotz aller Kritik an. Diese Entscheidung ist vermutlich der Tatsache geschuldet, daß die Linke mit einer Nicht-Anerkennung des Wahlganges letztlich allein dastehen würde. Die für die internationale Öffentlichkeit ausschlaggebende Bewertung der Unregelmäßigkeiten durch die UNO-Beobachtertruppe stand aller Wahrscheinlichkeit nach von vorneherein fest. Sie wurde durch die Position des UN-Generalsekretärs Boutros-Boutros Ghali präjudiziert, der trotz vieler dem widersprechender Fakten in einem Brief an den UNO-Sicherheitsrat geschrieben hatte, die Wahlen fänden "in einem Klima relativer Normalität" statt; abgesehen von einigen Attentaten habe es bei den Vorbereitungen "keine ernsthaften Zwischenfälle" gegeben.

"Die UNO braucht Erfolge", brachte es eine uruguayische UNO-Delegierte in einem Wahllokal von Santa Ana gegenüber einer ebenfalls anwesenden Beobachterin aus der BRD auf den Punkt. Da es bei der Stimmabgabe weder zu blutigen Unruhen noch zu weithin sichtbarem Urnenklau kam, wäre es für die ehemalige Guerillabewegung "Farabundo Martí" gegenüber der internationalen Öffentlichkeit nahezu unmöglich, die Nicht-Anerkennung des Wahlergebnisses zu vermitteln. In dieser Konstellation den Wahlprozeß nicht anzuerkennen und die errungenen Sitze nicht einzunehmen, hätte zur Konsequenz, sich selbst ins politische Aus zu katapultieren.

Es bleibt aber festzuhalten, daß die staatliche Wahlbehörde TSE und die ultrarechte Regierung trotz der Anwesenheit von 3.000 internationalen Beobachtern und Beobachterinnen nur knapp unterhalb der Schwelle zum offenen und massiven Wahlbetrug operierten. Dies bezieht sich auch auf die Stimmenauszählung, die nur schleppend vorangeht. Bis zur Abfassung dieses Artikels lagen mir aus diesem Grund nur Teile der amtlichen Endergebnisse vor. Andere blieben umstritten, so daß sich an der nachfolgend gebotenen Darstellung und Analyse der Wahlresultate noch der eine oder andere Teilaspekt ändern könnte.

Die Wahlergebnisse

Auf Grundlage der bis zum 31. März bekanntgegebenen Zahlen stellt sich das Ergebnis der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wie folgt dar:

- Bei den Präsidentschaftswahlen erhielt ARENA zwar 49% der abgegebenen Stimmen, verfehlte jedoch die erforderliche absolute Mehrheit knapp. Zum Vergleich: Der derzeitige ARENA-Präsident Alfredo Cristiani holte 1989 gleich im ersten Anlauf 54%. Die linke Koalition aus FMLN, der links-zentristischen "Demokratischen Konvergenz" (CD) und der kleinen "Nationalrevolutionären Bewegung" (MNR), der salvadorianischen Mitgliedspartei der "Sozialistischen Internationalen" (SI), kam mit 25% auf Platz zwei. Wenn wir die nach Provinzen aufgeschlüsselten Abstimmungsergebnisse betrachten, so fällt auf, daß sowohl ARENA als auch die linke Koalition im gesamten Land relativ homogene Resultate erzielten. ARENA kam nur in Ausnahmefällen knapp über 50% und blieb nirgends unter 40%. Die linke Koalition lag in einer Reihe von Provinzen zwischen 20 und 25%. Sie hatte nur im östlichen Departement La Union einen Ausreißer nach unten zu verzeichnen. Hier erzielte sie lediglich 10%. Allerdings stimmten aus den verschiedensten Gründen zwei Drittel der Wahlberechtigten nicht ab. Dies mag auch mit Manipulationen zusammenhängen. Es ist jedoch nicht wegzudiskutieren, daß die Linke in dieser Region, einer christdemokratischen Hochburg, seit jeher schwach verankert war. Die schlappen 2,4%, die die "Demokratische Konvergenz" (CD) 1991 erzielte, sind ein Indiz dafür.

Die linke Koalition konnte der regierenden ARENA, die im Vergleich zur letzten Präsidentschaftswahl von 1989 landesweit einige Prozentpunkte einbüßte, in keinem Departement auf die Pelle rücken. Ihre Stimmenzahl war jeweils knapp halb so groß wie diejenige für den ARENA-Mann. Andererseits konnte die linke Koalition bereits im ersten Anlauf die Christdemokratie, die sowohl über einen erfahrenen und im ganzen Land ausgebauten politischen Apparat als auch über mächtige ausländische Freunde verfügt, klar hinter sich lassen.

Der Christdemokrat Fidel Chávez Mena landete mit 16% weit abgeschlagen auf Platz drei. Der verbrauchte Ex-Minister unter Napoleón Duarte setzte damit den Niedergang der von den USA und ihren europäischen Verbündeten lange Jahre mit viel Geld gesponsorten Partei fort. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1989 hatte er noch 36% bekommen. Die alte Militärpartei PCN, die bis zur Gründung von ARENA jahrzehntelang als

politisches Instrument der herrschenden Eliten fungierte, befindet sich ebenfalls im Gleitflug nach unten und bekam noch 5%. Die MAC, eine rechte Abspaltung der Christdemokratie und ARENA-Verbündete, brachte es nicht einmal mehr auf 1% und verliert damit den Parteienstatus.

Eine neugegründete rechtskonservative Partei evangelikaler Sekten, die "Bewegung der Nationalen Solidarität" (MSN), bekam nur 1%. Die weniger konservative "Bewegung der Einheit" (MU), die ebenfalls von Angehörigen diverser Pfingstkirchen gegründet wurde, erhielt immerhin 2,4% und dürfte sich als Vertreterin der etwa 20% Salvadorianerinnen und Salvadorianer zu profilieren suchen, die mittlerweile einer der hunderten von protestantischen Sekten angehören.

Der Kandidat der Linken, Rubén Zamora, tritt am 24. April in einer Stichwahl gegen Calderón Sol an, der früher Bürgermeister von San Salvador war und als deutlich rechter und radikaler einzuschätzen ist als der derzeitige ARENA-Präsident Alfredo Cristiani. Es müßte jedoch ein Wunder geschehen, damit der Ultrarechte die Wahlen nicht gewänne. Sein Vorsprung ist einfach zu deutlich. Außerdem sind ihm die Stimmen der alten Militärpartei PCN, der MAC sowie der rechten evangelikalen Sektenpartei MSN (insgesamt ca. 8%) so gut wie sicher. Dazu kommt, daß möglicherweise auch ein kleinerer Teil konservativer Christdemokraten für ihn votieren wird. Für die Linke ist entscheidend, ob es ihr gelingt, die Christdemokratie möglichst geschlossen auf ihre Seite zu ziehen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen, die Wahlregister zu säubern und erneute Manipulationen zu minimieren. Ich würde jedes Ergebnis um oder über 40% als bemerkenswerten Achtungserfolg für Rubén Zamora und als Stärkung der linken Opposition werten.

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen lagen im großen und ganzen im gleichen Trend wie die der Präsidentschaftswahlen. Die endgültigen Abstimmungsergebnisse sind noch nicht bekannt. Es zeichnet sich ab, daß ARENA etwa 45%, die FMLN etwa 24% und die Christdemokraten 15% bekamen. Die Sitzverteilung im Einkammerparlament, dem 84 Mandatsträger angehören, sieht, vorbehaltlich nachträglicher Korrekturen, folgendermaßen aus: ARENA 39 (bisher 39), FMLN 21 (0), Christdemokraten 18 (26), Militärpartei PCN 3 (9), "Demokratische Konvergenz" (CD) 1 (9) und die Protestantenpartei "Bewegung der Einheit" (MU) 2 (0). Es gibt andere Rechnungen, die ARENA/ PCN zwei Mandate weniger und der FMLN zwei mehr zusprechen. Auf jeden Fall hat ARENA ihre bisherige komfortable Parlamentsmehrheit verloren (ARENA/PCN/MAC 59 gegen 26 Christdemokraten und 9 der Demokratischen Konvergenz), die ihr bisher die rechtskonservativen und reaktionären Bündnispartner PCN und MAC sicherten. ARENA und die stark geschrumpfte PCN auf der einen und die Opposition aus FMLN, Christdemokratie und Demokratischer Konvergenz auf der anderen Seite stehen sich in etwa gleich stark gegenüber. Dies läuft auf eine Pattsituation im Parlament hinaus. Ein Abgeordneter der protestantischen Sektenpartei "Bewegung der Einheit" (MU) hat bereits zu erkennen gegeben, daß er mit der Opposition und nicht mit ARENA zusammenarbeiten werde.

Daß bei dieser Aufteilung in Regierungslager und Opposition die Christdemokratie geschlossen in die Reihen der Opposition subsumiert wurde, geht zunächst einmal von deren Selbstdefinition aus. Es ist natürlich durchaus möglich, daß in Zukunft einem Teil der Christdemokratie - wie in der Ära Napoleón Duarte von 1980 bis 1988/89 der ganzen Partei - die Nähe zum Militär und der wirtschaftlichen Elite wichtiger ist als die lauthals propagierten Reformversprechen. Dennoch macht es einen Unterschied, ob ARENA auf treu ergebene rechte und rechtsradikale Bündnispartner zählen kann oder sich ihre Mehrheiten von Fall zu Fall mühsam zusammenmauscheln muß. Das gesetzgeberische Durchzocken der Ultrarechten im Parlament dürfte auf jeden Fall der Vergangenheit angehören. Hierin sehe ich einen wichtigen Teilerfolg für die Linke.

Dieser Teilerfolg ist fast ausschließlich das Verdienst der ehemaligen Guerillabewegung FMLN. Sie holte aus dem Stand 21 Mandate (vielleicht werden es noch eines oder zwei mehr) und mauserte sich damit zur größten und wichtigsten Oppositionskraft im Parlament. Sie verwies die Christdemokratie auf den dritten Platz. Die Christdemokratie ist eine Partei im Niedergang. Sie ist völlig zerstritten, hat keine anerkannten Führungspersönlichkeiten und leidet weiterhin unter den Korruptionsaffären und ihrer Verquickung mit der Aufstandsbekämpfungspolitik, für die sie unter Napoleón Duarte bis 1988/89 die Verantwortung trug.

Es ist auch bemerkenswert, daß die moderat linke "Demokratische Konvergenz" (CD), die bereits 1989 erstmals an den Präsidentschaftswahlen teilnahm (die FMLN boykottierte damals), seit 1991 auch im Parlament vertreten ist (15% der Stimmen, 9 Mandate) und mit Rubén Zamora den linken Präsidentschaftskandidaten stellt, bei den Parlamentswahlen, zu denen sie nun allein antrat, eine schwere Schlappe erlitt. Sie stellt nur noch einen einzigen Abgeordneten. Dies zeigt im nachhinein, daß die 15% von

1991, als die FMLN die Parlamentswahlen weder boykottierte noch zur Wahl aufrief, Stimmen von FMLN-Anhängerinnen und Anhängern waren. Da auch die kleine sozialdemokratische MNR, die Mitglied der Sozialistischen Internationale (SI) ist, völlig unterging, heißt dies unter dem Strich, daß die sozialdemokratisch-zentristischen Kräfte außerhalb der FMLN keine relevanten Wählerschichten hinter sich zu bringen vermögen.

Dies wird für die weitere Politik der Sozialistischen Internationale sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) nicht ohne Konsequenzen bleiben. Denn sie werden selbstverständlich nicht weiter auf eine sozialdemokratische Minigruppe wie die MNR setzen, auch wenn sie dieser seit langen Jahren eng verbunden sind. Da die sozialdemokratische Tendenz innerhalb der FMLN, also ERP und RN, etwas weniger als die Hälfte der 21 FMLN-Mandate holte, werden sich die weiteren Bemühungen der internationalen Sozialdemokratie auf sie konzentrieren. Der linke Präsidentschaftskandidat Rubén Zamora hat im übrigen nicht einmal ein Parlamentsmandat gewonnen. Er ist ein angesehener Kandidat der Opposition, hat jedoch keine eigene Hausmacht. Dies dürfte dazu führen, daß sich seine Zusammenarbeit mit dem linken FMLN-Flügel, insbesondere mit den Volksbefreiungskräften (FPL), festigt.

Auf die Ergebnisse für die Wahlen zum Mittelamerikanischen Parlament lohnt es sich aufgrund der Bedeutungslosigkeit dieser Institution nicht näher einzugehen. Es sei lediglich festgehalten, daß sich auch hier die allgemeine Abstimmungstendenz widerspiegelt. Von den 20 zu vergebenden Sitzen fielen 9 an ARENA. Zusammen mit dem einen Vertreter der alten Militärpartei PCN hält die Ultrarechte exakt die Hälfte der Mandate. Die andere Hälfte teilen sich die FMLN (5 Sitze), Christdemokraten (3 Sitze), Demokratische Konvergenz (CD) (1 Sitz) und die evangelikale "Bewegung der Einheit" (MU) (1 Sitz).

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen fallen, soweit sie feststehen, aus dem Rahmen. ARENA triumphierte eindeutig. Sie gewann die Bürgermeisterämter in San Salvador sowie in fast allen größeren Städten. Die FMLN siegte nur in einigen kleinen Kommunen, die in den ehemals von ihr kontrollierten Gebieten liegen. Gerade in diesem Bereich hatte sich die FMLN wesentlich mehr erwartet. Es war von Teilen der ehemaligen Guerillabewegung sogar als Strategie ausgegeben worden, von den Gemeinden aus den Weg zur parlamentarischen Macht zu suchen. Die FMLN hatte für fast alle der insgesamt 262 Gemeinden Listen aufgestellt. Der Grund für ihr schlechtes Abschneiden ist vor allem im Mehrheitswahlrecht zu suchen, das für die Kommunalwahlen gilt und die landesweit eindeutig stärkste Partei, die regierende ARENA, begünstigte. Dazu kam, daß die Opposition sich in der Regel nicht auf Einheitskandidaten einigen konnte, weil FMLN und Christdemokratie um die Rolle als dominierende Oppositionskraft konkurrierten. In Einzelfällen, wie in San Salvador, kam es aus ähnlichen Gründen sogar zu innerlinkem Stimmensplitting. Daß dies die Partei der Militärs, Großgrundbesitzer und Todesschwadrone, ARENA, begünstigen mußte, war im ak schon vor dem Urnengang festgestellt worden. Dennoch erlebte die Linke bei den Gemeinderatswahlen eine schmerzliche Bauchlandung. Der Schreck muß vielen in der FMLN tief in die Glieder gefahren sein. Nur so ist es zu erklären, daß von Seiten der FMLN-Spitze noch zwei Wochen nach dem Wahlgang eine klare Gesamteinschätzung fehlt.

Was bedeutet

dieses Ergebnis?

Angesichts anhaltender Aktivitäten der Todesschwadronen, undemokratischer Rahmenbedingungen und des manipulierten Wahlganges selbst scheint mir das Ergebnis ein Teilerfolg für die Opposition zu sein. Am wichtigsten ist, daß der Weg für die weitere Verwirklichung des Friedensabkommens und damit für die demokratische Transformation des Landes offen bleibt. ARENA geht zwar als Siegerin, aber dennoch geschwächt aus dem Urnengang hervor. Sie kann im Land nicht mehr schalten und walten, wie sie will, auch wenn sie, was wahrscheinlich ist, die Präsidentschaftswahlen gewinnt. Die vorherige Regierungspartei, die Christdemokratie, wurde von der FMLN deutlich in den Hintergrund gedrängt.

Zusammenfassend kann man sagen, daß, bei Punktvorteilen für die (Ultra-) Rechte, das politische Patt im Land andauert. Ich halte die These durchaus für diskutierenswert, daß unter den derzeitigen Bedingungen eine starke FMLN in der Opposition unter Umständen sogar größere politische und wirtschaftliche Spielräume erstreiten kann als eine FMLN, die mit wankelmütigen Kantonisten wie den Christdemokraten gegen eine starke und einige ultrarechte ARENA (plus Wirtschaft und Militär) zu regieren hätte. Für die unter anderem von

der tageszeitung betriebene Schwarzmalerei sehe ich keinen Grund. Denn aufgrund der real existierenden Kräfteverhältnisse, die im übrigen ja auch schon zu dem ambivalenten Friedensabkommen führten, war ein eindeutiger Wahlsieg der Opposition unter Führung der FMLN von vorneherein eine Wunschvorstellung.

Al., Nürnberg

(4.4.1994)

Guatemala: Internationale Begleitung

für zurückkehrende Flüchtlinge

Trotz der angespannten Situation in Guatemala begann im Januar 1993 die Rücksiedlung der guatemaltekischen Flüchtlinge aus Mexiko. Die internationale Begleitung und Aufmerksamkeit bedeuten für die RückkehrerInnen Schutz vor Übergriffen des Militärs und der paramilitärischen Zivilpatrouillen. Die bundesdeutsche Guatemala-Solidarität begleitet den Prozeß mit dem Projekt CAREA (Kette zur Begleitung der Rückkehr).

Etwa 150.000 guatemaltekische Flüchtlinge, die Anfang der achtziger Jahre aufgrund starker Repression des Militärs fliehen mußten, leben heute noch in Mexiko. Seit Jahren fordern sie, kollektiv und selbstbestimmt nach Guatemala zurückkehren zu können. Nach langen Verhandlungen unterzeichneten die VertreterInnen der Flüchtlinge (Commisiones Permanentes, CCPP) und die damalige Regierung Guatemalas unter Präsident Serrano am 8. Oktober 1992 einen Vertrag, der den Rahmen für die Rückkehr der 45.000 von der UNO anerkannten Flüchtlinge festlegt.

Auf dieser Grundlage überquerten die ersten 2.500 Flüchtlinge am 20. Januar 1993 die guatemaltekische Grenze und gründeten die erste Gemeinde von RückkehrerInnen "Comunidad Victoria 20 de enero". Zwei weitere Gruppen folgten Ende 1993 bzw. Anfang dieses Jahres, aber noch immer befindet sich der überwiegende Teil der Flüchtlinge im Exil in Mexiko. Gründe dafür sind im wesentlichen der mangelnde Wille der Regierung, die Verhandlungen konstruktiv zu führen, sowie der langwierige Prozeß des Landkaufs, der insbesondere von spekulativen Preiserhöhungen behindert wird.

Eine der Hauptforderungen der Flüchtlinge betraf die internationale Begleitung des Rückkehrprozesses zum Schutz vor möglicher Repression in einem militarisierten Land, das sich immer noch im Krieg befindet. Auf eine entsprechende Anfrage der CCPP hin beschlossen die bundesdeutschen Guatemala-Solidaritätsgruppen, den Prozeß der Rückkehr und Wiederansiedlung mit einem Begleitprojekt zu unterstützen. Es entstand die "Kette zur Begleitung der Rückkehr". Ohne Unterbrechung befanden sich im Jahr 1993 TeilnehmerInnen von CAREA in Guatemala und Mexiko und begleiteten zusammen mit guatemaltekischen und internationalen Organisationen den Rückkehrprozeß.

Nach einer organisationsbedingten Pause soll diese Arbeit ab Juli 1994 fortgeführt werden. Für TeilnehmerInnen werden zur Vorbereitung Seminare durchgeführt, die in Berlin stattfinden werden.

Für InteressentInnen weitere Informationen bei: Guatemala-Solidarität Berlin e.V., Crellestr. 22, 10827 Berlin, Tel.: 7814018 oder: Michael Mörth c/o Druckwerk, Penningskamp 12a, 44263 Dortmund, Fax:0231/422419, Tel.:0231/421372.

33. Bougainville: Guerilla vor dem Ende?

Autor: Vo · Rubrik: Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:11

"... Und bald werden wir in Panguna sein" - so die vollmundige Ankündigung des Premierministers von Papua-Neuguinea, Paias Wingti, zu Beginn des Jahres 1994 (1). Panguna - das ist der Ort einer riesigen Tagebau-Kupfermine auf der politisch zu Papua-Neuguinea (PNG) gehörenden Insel Bougainville und das ist zugleich der Ort des Hauptquartiers der sezessionistischen Guerillabewegung Bougainville Revolutionary Army (BRA), die nun bereits seit mehreren Jahren den Streitkräften der Zentralregierung PNGs - den Papua New Guinea Defence Forces (PNGDF) - einen erbitterten Dschungelkrieg liefert. Im ak 361 wurden ausführlich Hintergründe und Verlauf dieses Konfliktes dargestellt, im folgenden soll ein knapper Überblick über die aktuelle Entwicklung gegeben werden.

Wingtis Äußerung macht deutlich, daß die Zentralregierung PNGs in Port Moresby mittlerweile voll und ganz auf eine "militärische Lösung" des Konflikts, d.h. auf die Zerschlagung der BRA, setzt. Die Regierungstruppen sind in den letzten Wochen und Monaten mit äußerster Härte und Brutalität gegen die Guerilla und die Zivilbevölkerung vorgegangen. Amnesty international berichtet über die papuanische Kriegführung (2): Siedlungen an der Küste und Boote in den Küstengewässern werden von Helikoptern oder Patrouillenbooten beschossen, auf Zivilisten wird mit diesen Patrouillenbooten und Helikoptern Jagd gemacht, wobei die Helikopter von der australischen Armee zur Verfügung gestellt sind und von australischen Staatsbürgern im Solde der papuanischen Regierung geflogen werden. Dörfer werden niedergebrannt und zerstört, die Bewohner werden in sogenannten "care centres" - Lagern unter Kontrolle der Regierungstruppen - konzentriert und sind dort der Willkür der Soldaten ausgesetzt. Systematische Vergewaltigungen gehören zur Kriegstaktik, Folterungen von angeblichen BRA-Sympathisanten sind von ausgesuchter Grausamkeit: Gefangene werden mit Messern traktiert, ihnen werden Finger oder Zehen abgeschnitten, sie werden an LKWs gebunden und zu Tode geschleift, die Leichen werden von Helikoptern aus ins Meer geworfen (3).

Die Regierung gibt zwar zu, daß es "vereinzelt" zu Menschenrechtsverletzungen seitens der PNGDF gekommen sei, hat aber noch in keinem Falle einen Angehörigen der Streitkräfte zur Verantwortung gezogen. Auf Menschenrechtsverletzungen angesprochen, redet man sich in Port Moresby einerseits damit heraus, daß man nicht immer genau kontrollieren könne, was die eigenen Truppen so alles auf Bougainville treiben, andererseits will man das aber auch gar nicht so genau wissen. Regierungschef Wingti formuliert das so: "(Wir lassen) die Streitkräfte ihre Aufgabe tun, ohne daß wir, die Regierung, sich jeden Tag einmischt" (4). Vorhaltungen, daß die Regierung ihre Streitkräfte auf Bougainville insgesamt nicht unter Kontrolle habe, weist Wingti dagegen zurück.

Gesetzliche Absegnung

In der Tat muß man die papuanische Regierung voll für die dreckige Kriegführung ihrer Streitkräfte auf Bougainville verantwortlich machen. Mehr noch: Mit der Verabschiedung des "Internal Security Act", eines Gesetzes zur "inneren Sicherheit", werden den Ordnungskräften in PNG weitgehende Vollmachten eingeräumt und die Bürgerrechte umfassend eingeschränkt, so daß das Vorgehen auf Bougainville einen "rechtmäßigen" Anstrich bekommt und künftig auch in anderen Landesteilen möglich wird (5). Dieses Gesetz wurde auch explizit mit der Gefahr von ähnlichen Zuständen wie in Bougainville anderswo in PNG begründet. Denn tatsächlich spitzt sich die Situation auch bei anderen großen Bergbauprojekten in PNG zu. In der letzten Zeit ist es zu Sabotageaktionen, Blockaden, Verwüstungen und Plünderungen von Camps des Minenpersonals bei den Minen Ok Tedi, Porgera und Mt. Kare gekommen, auch das Kutubu-Ölfeld wurde blockiert, die Verhandlungen mit den örtlichen landbesitzenden Clans auf Misima und Lihir gestalten sich äußerst schwierig (6).

An den verschiedensten Orten ist die Zentralregierung mit dem Widerstand der lokalen Bevölkerung gegen ihre großen Bergbauprojekte konfrontiert; um so dringlicher ist es für sie, endlich auf Bougainville reinen Tisch zu machen. Zum einen, um zu demonstrieren, daß Widerstand keinen Zweck hat, zum anderen, um die Panguna-Mine wieder in Betrieb nehmen zu können, falls demnächst andere Minen von der lokalen Bevölkerung lahmgelegt werden sollten. Nicht zuletzt dies sind die Gründe für die aktuelle Forcierung und Brutalisierung der Kriegführung auf Bougainville.

Rückschläge für die BRA

Mit ihrem rücksichtslosen Vorgehen ist es den PNGDF in den letzten Wochen offensichtlich gelungen, die BRA immer stärker in die Defensive zu drängen und auf wenige Gebiete im Inselinneren um die Panguna-Mine herum zurückzuwerfen. Mittlerweile kontrolliert die BRA nurmehr 10-20% des Inselterritoriums. Da die benachbarten Salomonen nach der im letzten Herbst getroffenen Übereinkunft zwischen den Regierungen PNGs und der Salomonen als Rückzugsgebiet ausfallen, wird auch der Nachschub für die BRA immer schwieriger, und auch als Zufluchtsort sind die Salomonen nicht mehr sicher. Die salomonischen Behörden haben mittlerweile begonnen, Flüchtlinge aus Bougainville zurückzuschicken, d.h. sie den papuanischen Regierungstruppen auszuliefern (7).

Dennoch ist die BRA weiterhin in der Lage, von ihren Basen im Inselinneren aus immer wieder auch Operationen in von PNGDF "kontrollierten" Gebieten durchzuführen (8). Der Versuch der Regierungstruppen im Dezember 1993, die Panguna-Mine zurückzuerobern, ist gescheitert (9). Die PNGDF haben sich offensichtlich mit gewissen logistischen und Kommunikationsproblemen herumzuschlagen, vor allem wegen finanzieller Schwierigkeiten (10).

Von der vollständigen Wiederherstellung der Versorgung der Bevölkerung in den von den Regierungstruppen kontrollierten Gebieten mit Nahrungsmitteln und Dienstleistungen und insbesondere der Sicherstellung der medizinischen Versorgung kann - entgegen anderslautender Behauptungen der Regierung - nicht die Rede sein. Die Regierungssprüche von der "Rückkehr Bougainvilles zur Normalität" sind Zweckpropaganda. Die Zivilbevölkerung leidet weiter Not - auch in den "care centres". Gegenwärtig fallen vor allem Kinder einer Ruhr-Epidemie auf der Insel zum Opfer (11). Über die von der BRA kontrollierten Gebiete ist nach wie vor eine totale Blockade verhängt, dorthin gelangen keinerlei Hilfsgüter. Und trotz anderslautender Erklärungen der Regierung in Port Moresby wird immer noch ebenso internationalen Hilfsorganisationen der Zutritt zur Insel verwehrt wie Menschenrechtsgruppen oder Journalisten, die sich ein Bild von den Zuständen auf der Insel machen wollen. Desgleichen konnte eine australische Parlamentariergruppe, die nach Bougainville reisen wollte, um die Vorwürfe hinsichtlich der Menschenrechtsverletzungen zu überprüfen, ihre Absicht bisher nicht realisieren. Im Januar und Februar 1994 wurde ihr die Einreise nach Bougainville "aus Sicherheitsgründen" verwehrt, jetzt wollen die australischen Parlamentarier im April auf alle Fälle fahren (12).

Veränderung

der Rolle Australiens?

Daß überhaupt eine australische Parlamentarier-Delegation nach Bougainville will, zeugt bereits von gewisser Bewegung auf der australischen Seite. Bisher hatte Australien vorbehaltlos die papuanischen Regierungstruppen unterstützt und den Krieg auf Bougainville als "innere Angelegenheit" PNGs bezeichnet. Nachrichten in den australischen Medien über australische Helikopter, die als "gunships" zur Menschenjagd benutzt werden (13), über australische Militärberater bei den PNGDF auf Bougainville und über die grausame Kriegführung des Bündnispartners und Schutzbefohlenen PNG gegen einen Teil der eigenen Bevölkerung scheinen in der australischen Öffentlichkeit für soviel Druck gesorgt zu haben, daß man nunmehr genötigt ist, einen kritischeren Blick auf die Verhältnisse beim Nachbarn zu riskieren. Dazu dürfte die australischen Regierung um so eher bereit sein, als man wohl davon ausgeht, daß die PNGDF mittlerweile die Drecksarbeit weitgehend erledigt haben und damit die Gefahr einer Sezession Bougainvilles (und damit der Etablierung einer Australien und australischen Bergwerkskonzernen bestimmt nicht freundlich gesonnenen "Republik Bougainville") gebannt ist.

Zugleich schätzt man die Lage realistisch so ein, daß Bougainville mit militärischen Mitteln nicht endgültig zu "befrieden" sein wird, daß politische Lösungen gefunden werden müssen und daß man in entsprechende Verhandlungen eine drastisch geschwächte BRA mit einbeziehen sollte. Daher steht Australien der Initiative für eine Pan-Bougainville-Friedenskonferenz - im Gegensatz zur Regierung in Port Moresby - nach wie vor positiv gegenüber (14).

Stockender Friedensprozeß

Entsprechende Bestrebungen gibt es seit dem Frühsommer 1993, getragen vor allem vom North Solomons Peace Negotiating and Monitoring Committee (NSPNMC), in dem sich Kirchenvertreter, Politiker und

Clanchefs aus den nicht mehr unter BRA-Kontrolle stehenden Gebieten Bougainvilles zusammengefunden haben. Das NSPNMC lehnt zwar die Sezessionsforderung von BRA bzw. BIG (Bougainville Interim Government, die provisorische Regierung der "Republik Bougainville") ab, räumt aber ein, daß die Vernachlässigung und Ausbeutung Bougainvilles seitens der Zentralregierung ein wesentlicher Grund für die Eskalation des Konflikts war, und daß "gerechtere" Verhältnisse für die Zukunft geschaffen werden müßten; hierüber solle auch mit der BRA bzw. dem BIG gesprochen werden. In der Tat gab es Treffen zwischen NSPNMC- und BRA-Vertretern auf den Salomonen zur Vorbereitung einer Friedenskonferenz, doch ein für November anberaumter Termin platzte, weil die papuanische Regierung in letzter Minute ihre Vertreter zurückbeorderte (15). Seither kommt die Friedensinitiative nicht voran. Die Regierung in Port Moresby verfolgt ganz offensichtlich eine Verzögerungstaktik. Sie hofft immer noch, militärisch vollständig aufräumen und sich somit Verhandlungen und damit Zugeständnisse ersparen zu können. Ob diese Rechnung aufgeht, hängt wesentlich von der Stärke der BRA und der Haltung Australiens ab. Also davon, ob und wie lange sich die BRA wird halten können - d.h. vor allem, ob sie noch das Vertrauen und die Unterstützung der Bevölkerung vor allem in der Inselmitte um die Panguna-Mine herum genießt, die Hauptleidtragende des Minenbetriebs war. Und davon, ob die australische Regierung willens ist oder nicht, ihre Freunde in Port Moresby davon zu überzeugen, daß man ohne Verhandlungen eine dauerhafte Lösung des Bougainville-Konflikts nicht hinbekommt. Denn die papuanischen Streitkräfte sind weitestgehend von der finanziellen Unterstützung Australiens abhängig. Ohne deren Hilfe könnten sie den Krieg auf Bougainville auf Dauer nicht fortführen. Vielleicht irrt sich Wingti ja ebenso wie sein Vorgänger: Der hatte für 1992 und dann für 1993 ebenfalls die Zerschlagung der BRA und die Wiedereröffnung der Panguna-Mine angekündigt ...

Vo

Anmerkungen:

1) In einem Interview in ökozid-journal Nr.7, 1/94, S. 47.

2) Die folgenden Angaben sind entnommen dem amnesty international-Report: Papua New Guinea: "Under the barrel of a gun" - Bougainville 1991 to 1993.

3) Auch der BRA wirft ai in seinem Report Menschenrechtsverletzungen vor: Exekutionen von angeblichen Verrätern, Vergewaltigungen von Frauen, die angeblich Kontakte zu Regierungssoldaten haben, Geiselnahme, Folter von angeblichen Spionen. ai führt diese Vorfälle darauf zurück, daß die BRA-Führung zeit- und teilweise keine ausreichende Kontrolle über undisziplinierte BRA-Einheiten hatte (S. 19).

4) ökozid-journal, a.a.O., S. 47.

5) Zum Internal Security Act s. den ai-Report, a.a.O., S. 25 sowie Pacific Research, Vol.6,1993, No. 4, S. 16 (Bougainville Crisis Continues).

6) Einen anschaulichen Eindruck von den Problemen vermittelt der Bericht über Porgera in Frankfurter Rundschau, 31.1.1994, S. 6.

7) Ebd., S. 26f. Es leben circa 2000 Flüchtlinge aus Bougainville auf den Salomonen. Den Flüchtlingen wird von der salomonischen Regierung das Recht auf Asyl verwehrt.

8) S. pazifik aktuell Nr. 21-22/93, S. 9.

9) S. ECSIEP Bulletin, Vol. 2, No 1, 1994, S. 6 (PNG security forces fail to recapture mine).

10) S. Pacific Research, a.a.O., S. 16.

11) ECSIEP Bulletin, a.a.O., S. 7.

12) ECSIEP Bulletin, No.11, 1993, S. 8. Ebensowenig ist es bisher zur im letzten Herbst beschlossenen Reise einer Delegation des EP-Parlaments gekommen, hier scheitert die Durchführung aber bereits an der Finanzierung - das EP hat kein Geld bzw. will keines locker machen.

13) Dazu sehr deutlich der ai-Report, a.a.O., S. 26: "The Government of Australia has continued to permit the use of Australian-supplied helicopters in the conflict, despite evidence that they have been used as gunships to fire upon civilians". Vgl. auch Pacific Research, a.a.O., S. 34.

14) Vgl. Pacific Research, a.a.O., S. 16.

15) S. zu den Friedensbemühungen pazifik aktuell Nr. 21/22/93, S. 8.

34. Somalia: Auf der Suche nach neuen Ansätzen. (Interview mit zwei Somaliern)

Rubrik: Somalia · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:29

Unsere Interviewpartner, die Somalier Abdi und Abdulkadir, leben zur Zeit in der BRD. Abdulkadir war im Februar/ März in Somalia.

Wann warst Du genau in Somalia? Wie stellt sich jetzt beim Verlassen der westlichen UNO-Kontingente die Situation in Somalia dar?

Abdulkadir: Ich war diesmal insgesamt vier Wochen in Somalia. Ich bin am 26. Februar in Mogadishu angekommen und bin erst seit ein paar Tage wieder zurück. Davor war ich das letzte mal im November 1992 vor der UN-Intervention in Somalia.

Wir hatten Probleme in Somalia, materielle Probleme, Sicherheitsprobleme und politische Probleme. Das materielle Problem war z.B., daß die Leute ihre Felder nicht bestellen konnten wegen des herrschenden Krieges und auch wegen der Dürre. Auf der anderen Seite war das materielle Problem mit dem Sicherheitsproblemen sehr eng verknüpft, es gab keine Sicherheit, man konnte nicht arbeiten. Die UNO-Soldaten und die Amerikaner haben diesem materiellen Problem, dem Hunger, abgeholfen.

Aber das politische Problem, das die Ursache für alle Probleme des Landes ist, das auch ein Grund für die Hungersnot war, hat die ausländische Intervention nicht gelöst. Die UNO-Soldaten haben dies Problem verschlimmert. Wir sind in der schrecklichen Situation, daß das materielle Problem, diese Unsicherheit jetzt wieder von vorne anfangen kann, nachdem die UNO jetzt noch mehr durcheinander gebracht hat.

Wenn Du sagst, daß es noch schlimmer geworden ist, meinst Du dann die Situation mit Ali Mahdi und Aidid? War der Konflikt zwischen Ali Mahdi und Aidid überhaupt die reale Konfliktsituation zu Beginn der Intervention. Hier in den Medien wurde es immer so dargestellt, daß die sich bekämpfenden "Warlords" das eigentliche somalische Problem sind. Wie schätzt Ihr die Situation ein und wie hat sie sich verändert?

Abdulkadir: Aidids und Ali Mahdis Rivalität war nicht das eigentlich somalische Problem. Es wurde aber zu dem somalischen Problem gemacht. Ich habe auch jetzt wieder in Somalia gesehen, daß sie eigentlich keinen Einfluß haben.

Als die Amerikaner kamen, haben sie dieses Problem (in der Dimension) erst verursacht, weil sie Ali Mahdi und Aidid als Gesprächspartner legitimiert haben. Sie haben gesagt, sie verhandeln mit ihnen und nach ein paar Monaten haben sie festgestellt, daß sie vielleicht die falschen Leute ausgewählt hatten.

Als ich 1992 in Mogadishu war, war ein großer Teil der Stadt "Niemandsland", ein Teil wurde von Ali Mahdis Familie und ein Bruchteil von Aidids Familie kontrolliert. Alles andere waren Somalis und die lebten friedlich zusammen. Aber die beiden waren das Problem, während der UNO-Intervention haben sie jeweils versucht, Vorteile für sich rauszuschlagen. Mahdi sah seinen Vorteil darin mit der UNO zusammen zu arbeiten. Aidid hatte erwartet, daß die UNO ihn als den stärkeren der beiden Rivalen ansehen würde. Als er seine Erwartung nicht erfüllt sah, begann er Ansprüche zu stellen.

Ein großer Fehler war, daß die UNO ohne ein Konzept nach Somalia gekommen ist. In Wirklichkeit war Somalia für die UNO eine "black box", sie wußten nicht was in Somalia überhaupt passierte. Sie haben gesagt, wir machen dies und wir machen das. Und wenn es nicht funktionierte, wie z.B. die Verhandlungen mit Ali Mahdi und Aidid, haben sie sich ein neues "Programm" ausgedacht, ein anderen Weg versucht.

Und das alles ohne somalische Beteiligung! Ich kann ich mir nicht vorstellen, daß die UNO oder andere Organisationen Somalias Probleme ohne Beteiligung des somalischen Volkes lösen können.

Wie schätzt Ihr denn die Verhandlungen zwischen Ali Mahdi und Aidid ein, die unter Schirmherrschaft der UNO in Nairobi vom 11. bis zum 23. März stattfanden? Kann das überhaupt ein Weg für den Frieden in ganz Somalia sein ?

Abdulkadir: Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, daß in der heutigen Situation unter UNO-Herrschaft Frieden kommen wird. Und ich erwarte es auch nicht, weil in diesen Verhandlungen 15 Organisationen beteiligt waren, die Somalia überhaupt nicht vertreten. Es gibt zur Zeit Organisationen in Somalia, die überhaupt keine Region oder Bevölkerungsgruppe repräsentieren. Die meisten dieser Organisationen sind nach dem Sturz Siad Barres gegründet worden, und die überwiegende Mehrheit der Leute in diesen Organisationen hat die 30 Jahre nach der Unabhängigkeit Somalias die Politik bestimmt. Die Probleme, die wir heute haben, sind aber genau die Resultate dieser Politik der letzten 30 Jahre, sie resultieren nicht aus den letzten drei oder vier Jahre. Die ganze somalische Infrastruktur, die ganze somalische Tradition usw. ist in den letzten 30 Jahren und durch die damalige Regierung Barres zerstört worden. Wie sollen diese Leute jetzt die Probleme, die sie verursacht haben, lösen?

Abdi: Es ist bekannt, daß die Vereinbarung von Nairobi unter dem Druck der UNO unterschrieben wurde. Wir Somalis erwarten nicht, daß durch diese erneuten Verhandlungen - es gab ja schon häufiger diese Art der Verhandlungen z.B. vor einem Jahr - irgend etwas zustande kommt. Das wissen wir alle; diese Kluft ist da und in näherer Zukunft ist dem nicht abzuhelfen. Die beiden, Ali Mahdi und Aidid, sind jetzt weltweit sehr bekannt und militärisch und politisch anerkannt, und nun versuchen sie die Macht mit Gewalt durchzusetzen.

Wenn Ali Mahdi und Aidid keine Basis haben, wie Ihr sagt, ist natürlich die Frage, ob es irgendwelche Kräfte gibt, die zur Zeit über eine Basis in der Bevölkerung verfügen und eine anderen Entwicklungsmöglichkeit in Somalia einleiten könnten?

Abdi: Es gibt auch andere Gruppierungen, das sind z.B. die Intellektuellen, die jetzt meist im Ausland leben, das sind ältere und auch religiöse Leute. Die religiösen Gruppen werden z.T. von Saudiarabien unterstützt und regieren auch einige Städte. In Wirklichkeit haben sie dort auch eine Sicherheit erreicht, z.B. die Verteilung von Lebensmitteln.

Es gibt ältere Leute und die Studierten, die wissen, daß sich das Land in totaler Anarchie befindet. Aber auf der anderen Seite gibt es diese Clanloyalität und viele von uns sind nicht frei davon. Das bedeutet, daß viele, die in den USA, in Kanada oder in Somalia leben, versuchen hinter ihrem Clan zu stehen. Aber auf der anderen Seite reden sie mit anderen Leuten von anderen Clans, mit denen sie z.B. zusammen in der Schule waren oder gemeinsam studiert haben. Man mußte aber feststellen, daß die Clanzugehörigkeit eine größere Rolle spielt, als die Realität vor Augen, als zu sehen wie wichtig es wäre miteinander einen Dialog zu führen und die Probleme wirklich anzugehen.

Die Menschen in den Clans profitieren von der Stärke des jeweiligen Clans, Ali Mahdi und Aidid sitzen fest im Sattel, sie sind weltweit anerkannt und sind materiell sehr gut ausgestattet. Sie werden von ihren Clan-Angehörigen als Personen angesehen, die einen Zusammenhalt schaffen können und die ihre Clan-Angehörigen mit Waffen und Geld versorgen können.

Es gibt diese anderen Gruppierungen z.B. die Intellektuellen, die Studierten, die nicht alle von einem Stamm kommen, sie haben eine gemeinsame Basis, sie haben ein Ziel, das gibt es heute in Somalia, aber sehr schwach und oberflächlich.

Ihr beide zeigt ein Bild, das sehr pessimistisch ist ...

Abdulkadir: ... richtig, ja wenn man ehrlich ist, ist es wirklich so. Aber was ich eben auch gesehen habe, sind diese Ansätze von Älteren und Religiösen, es gibt schon Ansätze und das ist die Hoffnung.

Aber das sind Ansätze die von außen nicht getragen werden?

Abdulkadir: Nein, nein das sind Ansätze von unten, die werden nicht unterstützt.

Die UNO hat diese Ansätze immer ignoriert, das ist unser Problem. Das will die UNO nicht. Die UNO beruft Verhandlungen und Konferenzen draußen in anderen Ländern ein, wie z.B. in Nairobi oder in Kairo. Die Leute freuen sich, die UNO zahlt gut, dort leben sie zwei bis drei Wochen in fünf-Sterne Hotels.

Die Ansätze, die es früher in Mogadishu oder auch in Belet Huen gab, die das Problem für ganz Somalia lösen wollten, da war nichts, keine Unterstützung.

Es gab zu Beginn bzw. vor der UNO-Intervention doch auch einen Ältestenrat?

Abdulkadir: Genau, der Ältestenrat war eine Voraussetzung für die Lösung des somalischen Problems. Die UNO griff ein, eine Sitzung des Ältestenrat wurde bombardiert. Es wurde ja auch schon darüber berichtet. 140 ältere Leute haben sie bombardiert und fast alle sind gestorben. Sie wußten genau, daß dort diese Versammlung stattfand. Es waren amerikanische Hawks.

Aber das heißt, daß die UNO de facto jeglichen Ansatz in Somalia zerstört hat.

Abdi: Die UNO hätte helfen können, aber in Wirklichkeit haben sie diese Verhandlungsprozeße kaputtgemacht.

Aber gut, das war alles sehr pessimistisch, aber das sind unsere Sorgen. Eines steht auf der anderen Seite fest, daß die Bevölkerung die Nase voll davon hat. Nicht nur von dem Krieg, auch von der Situation. Die Menschen haben erkannt, daß sie ihre Probleme selber in die Hand nehmen müssen, daß sie sie selber lösen müssen. Heute wohnen z.B. Menschen direkt nebeneinander, die vorher gegeneinander gekämpft haben.

Die Hoffnung ist, daß die Leute sich mit der Zeit von Aidid und Ali Mahdi abwenden. Bei den jüngeren ist es zum Teil schon so. Sie stellen Fragen was in Somalia passiert und was früher passiert ist. Solange Fragen gestellt werden, ist es auch möglich, irgendwann selber die Antwort zu finden.

... aber eben hast du gesagt, daß eine sehr starke Trennungen zwischen den Clans bestehen, was du jetzt sagst widerspricht dem ...

Abdi: ... richtig, das meine ich auch so. Wir wünschen uns eine schnelle Lösung. Der Zustand dauert jetzt schon drei Jahre, aber was mir Sorgen bereitet ist, daß ich diese schnelle Lösung nicht sehe. Es gibt Leute, die ihre Geschäfte mit diesen Zuständen treiben und solange das so ist, sehe ich keine Lösung.

Andererseits bereuen die Menschen heute, daß sie jemanden umgebracht haben oder ihre Nachbaren vertrieben haben. Das Bereuen ist ein Anfang. Langfristig habe ich die Hoffnung, daß das zu einer allgemeinen Erfahrung wird, aber in der näheren Zukunft sehe ich das nicht.

Könnt Ihr nochmal genauer auf die Rolle der UNO-Soldaten in Somalia eingehen. Hier in den Medien wird nur vereinzelt darüber berichtet, daß UNO-Soldaten Somalis getötet haben, und auch Berichte über Folterungen hat es gegeben.

Abdulkadir: Ja, das stimmt alles, es war vor allem beim Einmarsch in Mogadishu und in der Region südlich von Mogadishu, wo die Franzosen waren. Die Franzosen waren nach den Amerikanern die Schlimmsten, die mit den Menschen auf der Straße gemacht haben was sie wollten. Es wurden viele zivile Personen getötet.

Die Belgier in Kismayo haben Leichen auf die Straßen getragen und dort festgebunden. Es ist sehr viel - man kann das in einem Gespräch gar nicht alles sagen - ohne Rücksicht auf Kinder oder Frauen haben sie geschossen.

Das war etwas, was man eigentlich vermeiden konnte. Das gehört auch zu dem was ich vorher schon sagte, zu dem konzeptlosen Einmarsch in Somalia. Die sind einmarschiert und wußten überhaupt nicht, was sie erwartet oder auch nicht, was sie wollten.

Gibt es denn Zahlen wie viele Somalis getötet wurden ?

Abdulkadir: Einige tausend Somalis wurden von der UNO getötet. Das ist auch in einem Bericht von "african watch" veröffentlicht worden.

Wie war das Verhältnis der somalischen Bevölkerung den Soldaten gegenüber?

Abdulkadir: Angefangen hat die Intervention ja mit dem Einmarsch der Amerikaner unter dem Vorwand, daß die Menschen verhungern, daß Essen verteilt werden müßte. Es gab diesen Hunger, das kann man nicht verleugnen.

Aber als das Mandat der UNO übergeben wurde, benahmen sich die UNO-Soldaten wie Besatzer. Als die Bevölkerung diese neue Situation wahrnahm, begann sie sich zu wehren. Es ist etwas anderes, ob jemand helfen will oder ob er in Besitz nehmen will.

Ich denke, das war auch der Zeitpunkt als die Leute über den Einmarsch nachdachten und sagten: "Die Soldaten sind hierher gekommen, weil sie vielleicht noch etwas im Hinterkopf haben, nicht nur um die Menschen vorm Sterben zu bewahren. Sie erschießen und töten uns gleichzeitig."

Was die Leute nicht verstehen ist, daß die UNO den Anspruch hat alle Entscheidungen zu treffen. Die Somalier wollen das natürlich nicht, sie wollen die Entscheidungen, wie ihr Leben und wie die Zukunft Somalias aussehen soll, selber treffen oder zumindest gemeinsam mit der UNO.

Beurteilt Ihr die Lage so daß es auch andere Gründe für die UNO gab in Somalia zu intervenieren?

Abdulkadir: Es gibt viele Vermutungen, und eine ist diese neue Weltordnung, die am Beispiel von Somalia ausprobiert werden soll. Den Ost-West-Konflikt gibt es nicht mehr, jetzt muß ein neues Modell geschaffen werden. Meiner Meinung nach soll auch gezeigt werden, was passiert, wenn ein Staat aus der Rolle fällt, daß es dem so ergehen kann wie Somalia.

Andere sagen, daß die USA die UNO für ihre Interessen instrumentalisieren will, um, wie man schrieb, die Mineralstoffvorräte im Namen der UNO zu besitzen.

Ich glaube, daß die somalischen Rohstoffe schon eine Rolle für den Einmarsch gespielt haben. Wir haben gesehen wie uniformierte Soldaten aus den USA und Kanada in manchen Gebieten Proben genommen haben. Sie haben dort gebohrt und nach Rohstoffen exploriert.

Vor eineinhalb Jahren gab es hier in der Presse Meldungen über ein mögliches Rohstoffreichtum, das ist aber sehr schnell wieder aus den Medien verschwunden.

Abdulkadir: Ich glaube, sie haben gezielt Proben für weitere Untersuchungen genommen und sie wußten genau wo sie bohren mußten.

Aber durch die Intervention haben doch wesentlich mehr Menschen überlebt, die Hungerkatastrophe wurde durch die Intervention überwunden. Das heißt, daß mit der Intervention etwas Positives erreicht wurde.

Abdulkadir: Die Situation war so, daß es eine Elite gab, die von den Zuständen profitierte, Kriegsgewinnler und diese Leute sollten eigentlich vertrieben werden, um den Kinder und den Frauen eine Chance zu geben.

Das Eingreifen der UNO hat wirklich geholfen. Aber die Art, wie sich die Situation weiter entwickelte war, wie ich schon gesagt habe, katastrophal. Wir können das nicht so hinnehmen, die Somalis sagen, es ist besser zu sterben, als versklavt zu sein.

Abdi: Das Problem in Somalia ist schon älter. Somalia war eine italienische, britische und französische Kolonie. 21 Jahre war Barre an der Macht, er hat sich mal in Moskau und mal in Washington bedient. Diese Länder haben Somalia bis auf die Zähne bewaffnet, und sie haben Barre unterstützt, so konnte die Lage erst soweit kommen.

Der Krieg, das Elend als Barre gestürzt wurde, das kannten alle; die deutsche Botschaft war in Mogadishu, die italienische Botschaft, die amerikanische Botschaft waren in Mogadishu. Sie wußten um die Probleme, aber da hat keiner geholfen. Man ist mit größter Eile in Somalia einmarschiert, nicht nur mit Medikamenten und mit Nahrungsmittelhilfe, sondern mit 30.000 Soldaten und Kanonen. Wenn ich jetzt zurückblicke und auch sehe, daß die UNO die politischen Tätigkeiten in Somalia unterbunden hat, dann habe ich meine Zweifel, d.h. es kann sein, daß die USA kamen, weil sie irgendetwas anderes vor Augen gehabt haben.

Warum hat man vorher nicht über das Elend in Somalia berichtet? Die Hungerkatastrophe war schon lange vorher absehbar.

Bei den Gesamtkosten der UNO-Mission spielt die humanitäre Hilfe nur eine geringe Rolle. Der UNO-Einsatz hat innerhalb eines Jahres 1,5 Milliarden Dollar gekostet, die humanitären Hilfsaktionen nehmen dabei in dem selben Zeitraum nur 200 Millionen Dollar ein.

Abdulkadir: Ja, das ist Wahnsinn. Die UNO hat alles selbst mitgebracht. Somalis, auch Intellektuelle, wollten sie nicht haben. Die Bevölkerung war wütend, vom Straßenarbeiter bis zum Intellektuellen, weil sie ihre Fahrer, ihre Lastwagenfahrer mitgebracht haben, alle Materialien, das Wasser und natürlich das Bier.

Sie haben nur über die negativen Sachen berichtetet, nicht von Entwicklungen in Somalia, die es auch gab. Bis jetzt gibt es keine Berichte was die Somalis selbst wollen, die Ansätze, die es gibt, was die Menschen gemacht haben und auch geschafft haben.

Ihr habt diese Ansätze für Veränderungen in Somalia erwähnt. Könnt Ihr genauer schildern was sich dahinter verbirgt? Wie sind Deine Eindrücke diesbezüglich von Deiner Reise?

Abdulkadir: Die Somalis sehen jetzt, daß die Probleme in Somalia ihre Probleme sind, die nur sie selbst lösen können, nicht andere für sie.

Ein Beispiel ist die Straße von Mogadishu nach Belet Huen. Man kann jetzt innerhalb von neun Stunden von Mogadishu nach Belet Huen fahren; anderthalb Jahre früher brauchte man über 24 Stunden für diese Strecke wegen der kriegerischen Auseinandersetzungen und der Angst. Die Familien, die dort leben, haben sich zusammengesetzt, ohne Beteiligung der UNO, um dies Problem zu lösen. Jede Familie übernimmt Verantwortung, wie früher auch. Heute kann man die Straße ganz normal zu jeder Zeit, auch nachts, benutzen. Die Leute haben gesehen, daß die UNO dies Problem z.B. nicht gelöst hat, wie es einige erwartet hatten, sie haben gesehen, daß sie das Problem selber lösen müssen und haben es gelöst.

Was ich gesehen habe, hätte ich jetzt nicht für möglich gehalten. Es gibt Ansätze in der Landwirtschaft, die Leute versorgen sich z.B. in der Region Hiran selbst. In dieser Region bei Belet Huen werden Erdnüsse angebaut. Trotz nicht vorhandener landtechnischen Ausstattung können sich die Menschen dort mit Tomaten, Zwiebeln, Erdnüssen, Sesam, Mais usw. selbst versorgen. Sie produzieren jetzt sogar schon Überschüsse, die sie in den Norden und nach Mogadishu exportieren. Das hat mir wirklich große Hoffnung gemacht.

Es gibt Gruppen, bestehend aus Leuten aus den nördlichen Regionen und aus Belet Huen, die z.B. Vieh nach Arabien exportieren, sie können ihre Tiere friedlich transportieren. In den 29. Tagen, in denen ich da war, habe ich keinen Überfall mitbekommen und von keinem gehört.

Aber was wir brauchen ist ein Impuls, einen Push von Außen. Somalia braucht landwirtschaftliche Geräte und Pestizide usw., dann kann die Selbstversorgung ausgebaut werden.

Ist es denn nicht auch möglich, daß Somalia nach dem Abzug der westlichen UNO-Kontingente wieder zu einem Land wird, das nicht mehr im Blickpunkt der Medien steht? Somalia ist als strategischer Stützpunkt nicht mehr von Bedeutung. Kann Somalia, aus westlicher Sicht betrachtet, zu einem "Land auf dem vergessenen Kontinent" geraten?

Abdulkadir: Es kann sein, daß Somalia nicht mehr viel zu erwarten hat, wenn sich die UNO zurückgezogen hat. Aber was mich sehr positiv stimmt, was mich tröstet, ist, daß sich die Leute selbst versorgen können, wenn Frieden herrscht. Die, die früher gegeneinander gekämpft haben, handeln und tauschen jetzt innerhalb verschiedener Regionen miteinander. Das ist eine positive Entwicklung, und wenn irgendwann eine legitime Regierung entsteht, kann das weiter entwickelt werden. Die Menschen haben gesehen, daß sie vom Ausland keine Lösung erwarten können. Aber andere unabhängige humanitäre Einrichtungen können diese Selbsthilfe vorantreiben.

Abdi: Ich muß sagen, es wäre für uns besser, wenn wir militärisch und strategisch unwichtig sind. Es ist besser, wenn die Menschen ganz in Ruhe arbeiten könnten, ohne daß irgendwelche Machthungrigen vom Ausland unterstützt würden. Ich glaube die Bevölkerung wäre dann in der Lage sich ganz selbst zu versorgen. Das heißt es muß in Somalia ein Frieden, eine Freiheit entstehen, so daß die Menschen ihre Fähigkeiten selbst entfalten können.

Somalia hatte immer wirtschaftliche Beziehungen mit Kenia, mit Äthiopien, mit Uganda, von den arabischen Ländern bis nach Tansania. Diese wirtschaftlichen Beziehungen müssen sich wieder entwickeln.

Vielen Dank für das Gespräch.

at.

Die beiden Interview-Partner sind Mitglieder des Vorstandes des "Hilfswerks für die Region Hiran in Somalia e.V.". Die Ziele dieses Vereins sind die Beschaffung von finanzieller und materieller Unterstützung,

insbesondere für landwirtschaftlich technische Geräte und die Organisation landwirtschaftlicher Genossenschaften, um die Selbstversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

35. Im Felde unbesiegt. Der Abzug der Bundeswehr aus Somalia

Der Abzug der Bundeswehr aus Somalia - von Volker Böge

Autor: Volker Böge · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Somalia · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:12

Der Einsatz der Bundeswehr in Somalia geht seinem Ende entgegen. Am 20. Dezember 1993 beschloß die Bundesregierung, das Bundeswehr-Kontingent bis zum 31. März 1994 heimzuholen. Der Abzug wird im Zusammenhang mit dem Rückzug der US-Soldaten aus Somalia erfolgen. Denn die Deutschen könnten sich weder ohne die Nachschublieferungen des amerikanischen Logistik-Kommandos halten, noch könnten sie sicher sein, nach dem Abzug der Amerikaner ungeschoren aus dem Land herauszukommen.

Was hat das Somalia-Abenteuer gebracht? Die den deutschen Soldaten ursprünglich zugedachte Aufgabe - logistische Unterstützung von 4.500 indischen Blauhelmen - konnte nicht erfüllt werden. Der einfache Grund: Die Inder kamen nicht wie erwartet in Brigadestärke, sondern zu dritt. Und so unterstützen denn mehr als eintausend deutsche Soldaten eine indische Skatrunde. Mit anderen Worten: Sie schlagen nun schon seit Monaten nutz- und sinnlos die Zeit in ihrem Camp tot. Besser noch - so läßt sich argumentieren - als daß sie beim Totschlagen von Somalis "logistisch unterstützend" tätig geworden wären.

Denn eines hat sich in den letzten Monaten gezeigt: Was als "friedenserhaltender" Blauhelm-Einsatz mit dem Argument begonnen wurde, der notleidenden somalischen Bevölkerung Hilfe zu leisten und dem geschundenen Land Frieden bringen zu wollen, entpuppte sich als Kriegführung. Wie schon einmal in Afrika mit verheerenden Folgen - 1960-1964 im damaligen Kongo - eskalierte eine peace keeping operation der UN zur umfassenden Kriegsbeteiligung.

Nach allem, was man mittlerweile weiß, haben UN-Soldaten in Somalia Tausende von Menschen getötet (und sind zu Dutzenden getötet worden), haben sich der Folterung von ZivilistInnen schuldig gemacht, haben sich wie Kolonialherren aus alten Zeiten aufgeführt. "Die UNO-Streitmacht ist zur Besatzungsmacht geworden, die auch vor Massakern nicht zurückschreckt - und so die Rebellion erst recht schürt" (Der Spiegel, 20.9.1993).

"Humanitäre" Kampfunterstützung

Vor diesem Hintergrund ist die Begründung für den Bundeswehr-Einsatz in Somalia haltlos, wenn nicht zynisch. Man erinnere sich: Die Bundeswehr-Soldaten sind nach offizieller Lesart auf "humanitärer" Mission in Somalia, nicht im Rahmen eines militärischen Einsatzes. Damit stehen ihre Aktivitäten dort formal in einer Reihe mit Hilfseinsätzen der Bundeswehr bei der Hochwasserkatastrophe in Algerien und Tunesien 1970, der Hungerkatastrophe im Sudan 1985 oder dem Erdbeben in Armenien 1988.

Allerdings: Diesmal sind die deutschen Soldaten zum "Selbstschutz" bewaffnet, und jene Komponenten des Somalia-Kontingents, die zur eigenen Versorgung und zum "Selbstschutz" dienen, machen mehr als die Hälfte der gesamten Truppe aus. Und der Auftrag lautete auf Versorgung von Blauhelm-Einheiten, die für die "Befriedung" zentralsomalischer Landesteile eingesetzt werden sollten. Es ging mithin direkt um Kampfunterstützung. Ein derartiger bewaffneter "humanitärer" Einsatz wie in Somalia hat faktisch nichts mehr mit dem zu tun, was früher unter humanitärem Einsatz, z.B. in der Erdbebenhilfe oder bei anderen Naturkatastrophen, verstanden wurde.

Warum dieser Etikettenschwindel? Die Verrenkung, die Somalia-Mission als "humanitär" zu deklarieren, hat vor allem mit verfassungsrechtlichen Unsicherheiten zu tun: Nach (noch) herrschender Meinung verbietet das Grundgesetz (GG) militärische Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets - out of area -, nicht aber sonstige "Verwendungen" deutscher Soldaten in aller Welt, z.B. als Militärberater oder Ausbilder oder eben als "humanitäre Helfer". Deswegen wurde auch schon die Beteiligung von Einheiten der Bundesmarine am Minensuchen und -räumen im Persischen Golf unmittelbar nach Beendigung der Kampfhandlungen im Golfkrieg (März - Juli 1991) als "humanitäre Hilfe" deklariert. Wann immer sich Bundeswehr-Soldaten seither out of area tummeln - sei es in Kambodscha, im ehemaligen Jugoslawien oder eben in Somalia - so geschieht das in "humanitärer" Mission.

Zu spät zu teuer: Der falsche Ansatz

Wäre es in Somalia tatsächlich um humanitäre Hilfe gegangen, dann wäre anderes vonnöten gewesen als die Entsendung von Soldaten. Unter dem Aspekt der Hilfe ist deren Anwesenheit in Somalia sinnlos - und Geldverschwendung dazu. Für die 360 Mio. DM, die der Bundeswehreinsatz in Somalia bisher gekostet hat, hätten zivile Hilfsorganisationen in ganz anderem Umfang wirklich zielgerichtete humanitäre Hilfe leisten können. So kommentierte denn auch das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche den Bundeswehreinsatz mit den Worten "zu spät, zu teuer und entwicklungspolitisch falsch"; Caritas rügte eine Verschwendung von Steuergeldern, "die sinnvoller eingesetzt werden könnten".

Wenn es bei dieser Entsendung nicht um wirksame Hilfe ging, worum ging es dann? Wohl auch nicht um "imperialistische" Interessen Deutschlands in Somalia selbst, die gibt es nicht. (Da bringt m.E. auch der Hinweis auf Ölvorkommen in Somalia nichts; die Ölzufuhr nach Deutschland aus anderen Regionen ist gesichert - und kann auch künftig bei Verzicht auf Einsatz militärischer Mittel gesichert werden). Vielmehr weist folgende Episode auf die richtige Spur: Die UNO hatte im Vorfeld des Einsatzes vorgeschlagen, die Bundeswehr solle im Hafen von Mogadischu die Verladung von Gütern und Ausrüstungen übernehmen. Das lehnte Verteidigungsminister Rühe mit dem Argument ab, seine Soldaten seien keine Schauerleute.

Für einen so unattraktiven und wenig öffentlichkeitswirksamen Einsatz stehe man nicht zur Verfügung. Statt dessen wurde vom Bundesverteidigungsministerium ein umfassender und "öffentlich wirksamer" Einsatz der Bundeswehr gefordert - woraufhin die 1700 deutschen Soldaten nach Belet Huen kamen.

"Öffentlichkeitswirksamkeit" ...

... scheint in der Tat das Schlüsselwort zum Verständnis des Somalia-Abenteuers der Bundeswehr zu sein. Die wichtigste "Teilstreitkraft" des Somalia-Kontingents war zweifelsohne der Pressestab, der für die PR-mäßige Vermarktung der Aktion verantwortlich war. Verteidigungsminister Rühe bekam mehrfach Gelegenheit, sich medienwirksam im deutschen Wüstencamp in Szene zu setzen; "unsere Jungs" wurden mit einem eigenen Radioprogramm und eigens eingerichteter "Feldpost" versorgt; Weihnachten "im Felde" wurde zünftig mit eingeflogenen Tannenbäumen begangen - und die TV-Kameras waren immer dabei. Es fehlte nur noch das "Wunschkonzert" unseligen Angedenkens, das seinerzeit die Landser am Nordkap, vor Tobruk und in Stalingrad mit der Heimatfront in rührselig-verlogener Volksgemeinschaft verband. Der Griff in die Mottenkiste deutschen Landser-Kitsches war integraler Bestandteil der PR-Aktion Somalia. Sie diente damit nicht zuletzt der Einlösung der Aufforderung des Bundeswehr-Generalinspekteurs auf der Kommandeurtagung im Oktober 1993: Ein notwendiges "Umdenken im Inneren" setze "ein klares Bekenntnis zur eigenen Nation, zu ihrer Geschichte und ihren Interessen voraus. Wir werden als Deutsche ... Stolz und Selbstbewußtsein brauchen, Deutsche zu sein".

Dieser Stolz sollte nicht nur den Soldaten draußen, sondern auch deren Müttern, Vätern und Geschwistern vermittelt werden. Es ging darum, die Öffentlichkeit im eigenen Land an den Anblick deutscher Soldaten in diversen Weltgegenden zu gewöhnen, Akzeptanz und Legitimation für deutsche Streitkräfte zu beschaffen, die sich jenseits des ursprünglichen Auftrags der Landesverteidigung neuen Aufgaben zuwenden. Und es ging darum, der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren, daß die Deutschen "wieder da" und in der Lage und bereit sind, auch militärisch weltweit wieder mitzumischen. Wir sind wieder wer - auch militärisch. Das ist die Botschaft des Somalia-Einsatzes nach außen. Innen- und bündnispolitische Motive standen mithin hinter dem Somalia-Abenteuer. Und in dieser Hinsicht war es im Sinne der Bundesregierung ein Erfolg.

Bundeswehr "out-of-area"

Auch ist man mit "Somalia" einen großen Schritt vorangekommen in dem Bestreben, eine neue Verfassungswirklichkeit zu schaffen, in der Einsätze der Bundeswehr out of area zur Selbstverständlichkeit gehören. Nach den bisherigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in out-of-area-Fragen - so auch der Somalia-Entscheidung vom Juni 1993 - ist nicht zu erwarten, daß die Verfassungshüter dem entgegenwirken werden. Jedenfalls zeigten sich Regierung und Bundeswehr-Führung mit den bisherigen Verfassungsgerichts-Entscheidungen hochzufrieden und feierten sie öffentlich als politische Siege. Gleichwohl streben die Regierungsparteien nach wie vor eine GG-Änderung an, um im eigenen Sinne Klarheit zu schaffen. Man will nicht noch lange Zeit weiter wie bisher "herumeiern" müssen und immer wieder die Begründung "humanitärer Einsatz" strapazieren müssen, wenn man die Bundeswehr in die weite Welt

hinausschickt. Sondern man möchte klar sagen dürfen, was man tut und was man will: Mitkämpfen. Eine "klarstellende Ergänzung" des GG in diesem Sinne ist daher gewünscht. Und mit einem Erfolg wie "Somalia" kommt man dem näher.

Ebenso kommt man außenpolitisch der Erfüllung seiner Wünsche mit "Somalia" näher. Möchte man doch auch offiziell (wieder) in den Kreis der Weltmächte aufgenommen werden. Dafür steht ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat der UNO. Der Somalia-Einsatz der Bundeswehr hat seinen Grund nicht zuletzt darin, daß Deutschland Anspruch auf eben einen solchen Sitz anmeldet. Die offizielle Bewerbung hierum gab die Bundesregierung übrigens einen Tag nach der Entscheidung über den Somalia-Einsatz im Juni 1993 im Hauptquartier der UN in New York ab.

Der "Spiegel" sprach es aus: "Der schöne Traum von der Rückkehr Deutschlands in die Weltpolitik (ist) der eigentliche Grund des Somalia-Einsatzes" (19.7.1993, S. 21) - wobei eher von einem Alptraum denn von einem "schönen Traum" zu sprechen ist.

Rückkehr zur Normalität

Ausgreifen in die Weltpolitik, Abstützung der eigenen Machtpolitik auch auf militärische Mittel - das ist das außenpolitische Programm, welches hinter "Somalia" steht. Im Jargon etablierter Politik heißt das allerdings: Rückkehr zur "Normalität". "Normal" in der heutigen Staatenwelt ist nun einmal, daß Staaten sich eine ihrer Wirtschaftskraft und ihren "nationalen Interessen" entsprechende militärische Potenz zulegen. Da Deutschland eine wirtschaftliche Großmacht mit weltweiten Interessen ist, soll endlich eine dem entsprechende militärische Stellung her. Als "unnormal" erscheinen aus dieser Perspektive die Einschränkungen der militärischen Handlungsmöglichkeiten der alten BRD. Damit soll Schluß sein, die außen- und militärpolitische (Selbst-)Beschränkung aus Zeiten der alten BRD soll auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen werden.

In die kommenden Auseinandersetzungen um die Machtverteilung in der Welt(un)ordnung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts will herrschende deutsche Politik ohne diese (Selbst-)Beschränkungen hineingehen. In der Konkurrenz innerhalb Westeuropas um Rang und Einfluß in der neuen Supermacht "Europäische Union" wären sie ebenso eine lästige Fessel wie in der Konkurrenz der Supermacht Westeuropa mit den USA und Japan im Weltmaßstab.

Falsche Weichenstellung

Die gegenwärtig laufende Umrüstung der Bundeswehr mit ihrer Schwerpunktsetzung auf (bis zu 80.000 Mann starke) Krisenreaktionskräfte, die schnell über große Distanzen verlegt werden können (man beachte die gebetsmühlenhaft aus Bundeswehr-Kreisen vorgetragene Forderung nach Ausweitung der Lufttransportkapazitäten!) soll dieser deutschen Politik das militärische Instrumentarium schmieden. Sind die Krisenreaktionskräfte erst einmal einsatzbereit, sind deutsche Soldaten noch zu ganz anderem fähig als zum Zeit-Totschlagen in Somalia ...

In einer Zeit der Weichenstellung, in der es um die künftige Gestalt des neuen vereinigten Deutschlands und um seine Rolle in der Welt geht, ist mit dem Bundeswehr-Einsatz in Somalia ein falsches Signal gesetzt worden. Hat es die deutsche Öffentlichkeit noch nicht bemerkt?: Wir stehen gegenwärtig in einer Entscheidungssituation von ähnlicher Tragweite wie zu Beginn der 50er Jahre, als es um die Remilitarisierung der BRD ging. Auch damals wurden die Weichen falsch gestellt ...

Dieser Artikel wurde uns von Volker Böge, Mitglied im Vorstand des Komitees für Grundrechte und Demokratie, zur Verfügung gestellt. Er erschien zuvor in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2, 1994

36. Das Rote Plakat. Immigranten und Juden in der in der französischen Résistance

Immigranten und Juden in der französischen Résistance

Autor: Martin Rheinlaender · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Frankreich; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:15

Vor fünfzig Jahren - im April 1944 - ließ die deutsche Besatzungsmacht in ganz Frankreich ein rotes Plakat anbringen. Zehn Menschen waren dort abgebildet, mit Namen und Tat: "Attentat", "Zugentgleisung" - und mit Nationalität: "Ungarischer Jude", "Polnischer Jude", "Italienischer Kommunist", "Rotspanier", "Armenier"... In rhetorischem Frage-Antwort-Spiel wurde gefragt, ob das nun die Befreier seien, und natürlich wurde selbst die Antwort gegeben: Nein, die "Befreiung" sei eine "Armee des Verbrechens". Das rote Plakat sollte zur Abschreckung dienen und nationalistisch-rassistische Ressentiments schüren, verfehlte aber nicht nur diesen Zweck, sondern schuf zudem noch Sympathie und Anerkennung für den Widerstand dieser Menschen. Es handelte sich um zehn Mitglieder der FTP-MOI, die zusammen mit dreizehn weiteren im Februar desselben Jahres hingerichtet worden waren. (1) Die FTP-MOI war eine Kampforganisation von ImmigrantInnen, darunter Juden aus verschiedenen Ländern, die den bewaffneten Kampf aufgenommen hatten und zum kommunistisch geführten Untergrund der FTPF gehörten. Die Geschichte dieser Organisation und Gruppe, besonders aber das Schicksal der einzelnen Personen, schildert ein Buch aus Frankreich, das kürzlich unter dem Titel "L'Affiche Rouge" ("Das Rote Plakat") in der Bundesrepublik erschienen ist. (2)

Die Geschichte der FTP-MOI, insbesondere die Umstände der damaligen Festnahmen und Hinrichtungen, ist mehrfach Debatten- und leider auch Affärenstoff in Frankreich gewesen. Auch zum fünfzigsten Jahrestag des "Roten Plakats" geht diese Auseinandersetzung weiter - in Pressedossiers, Fernsehsendungen usw. Umstritten ist bis heute, inwieweit die Gruppe der FTP-MOI aus dem Kader der KPF heraus verraten wurde oder inwieweit sie - aufgrund der Befehle durch die militärische Leitung der FTPF - fahrlässig aufgerieben wurde.

Die Verfasser des Buches halten sich mit solchen Urteilen zurück. Denis Peschanski hat als Historiker über Immigration und Internierungen gearbeitet; Stéphane Courtois gilt als Spezialist für die Geschichte der KPF und der Résistance und hat bereits in der Vergangenheit mehrfach in der Öffentlichkeit zur "Affaire" Stellung genommen; Adam Rayski, der auch das Vorwort für die deutsche Ausgabe geschrieben hat, gehörte selber der FTP-MOI an und war später an der Erforschung und Dokumentation von deren Geschichte beteiligt.

Anders als bisherige Studien beruht dieses Buch nicht in erster Linie auf persönlichen Erfahrungen und Befragungen. Gerade nachdem die Ereignisse der Jahre 1943-1944 durch zahlreiche Kontroversen und Mutmaßungen mehr verdunkelt als aufgeklärt wurden, machten sich die Autoren daran, die Geschichte der FTP-MOI anhand offizieller Akten der französischen Polizei und Gestapo - also den Dokumenten der Verfolgern - zu rekonstruieren. So konnten sie sehr detailliert das immer dichter werdende Netz von Überwachung und Repression nachvollziehen. Aber es ist keine trockene Aktenlektüre, die den LeserInnen geboten wird, sondern eine Rekonstruktion von Biographien kämpfender Menschen, zusammen mit sehr differenzierten politischen Analysen sowohl der ImmigrantInnen-Bewegungen vor dem Krieg wie der inneren Widersprüche der Résistance.

So nimmt auch die Frage nach dem Verrat oder Versagen der militärischen Führung, also der umstrittene Vorwurf gegenüber der KPF, einen äußerst geringen Platz ein. Die Autoren konzentrieren sich am Ende auf den politisch entscheidenden Punkt: inwieweit sich die KPF nach 1945 der Schwierigkeit ausgesetzt sah, das eigene nationale Prestige, das sie durch ihren Anteil an der Résistance errungen hatte, nicht vom militanten Widerstand "Fremder" stören zu lassen. Durch das eigene Verhalten, das eine Mischung von Verleugnung, Verdrängung und Zensur war, hat die KPF-Führung selbst erheblich dazu beigetragen, den Verdacht und Vorwurf des Verrats immer wieder neu zu beleben. Sie wurde damit - allerdings nicht nur in dieser "Affaire" - zum Opfer ihrer eigenen Geschichtsschreibung und nationalen Mythologie. Aber um nicht zu weit vorzugreifen, zunächst noch ein paar Anmerkungen zur Geschichte der FTP-MOI.

Immigration und Widerstand

Die Vorgeschichte der FTP-MOI ist die Geschichte einer engen Verbindung der Immigration in Frankreich mit den sozialen Kämpfen und Klassenorganisationen in den zwanziger und dreißiger Jahren. Im Jahre 1923 richtete die kommunistisch geführte CGTU die Organisation der MOE ein, die später in MOI umbenannt wurde. Es war der Versuch, unter Führung und Kontrolle der KPF und im engen Verbund mit der CGTU eine besondere Organisation von ImmigrantInnen zu schaffen bzw. diese in die politischen und gewerkschaftlichen Strukturen der Kommunistischen und Roten Gewerkschaftsinternationale zu integrieren. Wie in fast allen Immigrationsländern kam es auch in Frankreich zu teilweise sehr heftigen internen Auseinandersetzungen über den Grad an Selbständigkeit und Autonomie der nationalen oder Sprachen-Gruppen.

Das Buch bietet hier eine sehr gute Fallstudie jener Verwicklungen, die sich innerhalb der Komintern-Apparate ergaben, weil nach den Statuten der Komintern jeweils die KP eines Landes für die KommunistInnen auf diesem Territorium "zuständig" war. Umgekehrt machten aber auch die KPen der Herkunftsländer ihre Ansprüche geltend. (Im Falle Frankreichs war das vor allem die KP Italiens.) An der Basis, unter den ImmigrantInnen, stellten sich die Bindungen an die Herkunftsländer und an das Immigrationsland verschieden dar. Die Autoren heben hier vor allem die jüdischen ImmigrantInnen hervor, die aus gutem Grund die geringsten Bindungen an ihre Herkunftsländer hatten und sogar teilweise Sympathien für das republikanische Frankreich - als Asylland - hatten. Sie bildeten den internationalistischen Kern der MOI, die am wenigsten anfällig war für nationale Rivalitäten, die ja nicht nur auf der Apparatebene der Komintern vorhanden waren.

Neben diesen eher organisationspolitischen Fragen behandelt das Buch die immer schärfer werdenden Spaltungen des französischen Proletariats in der Krisendynamik seit Ende der zwanziger Jahre. Beklemmende Parallelen zur heutigen Situation drängen sich auf, wenn die rassistisch-nationalistischen Kampagnen der Rechten und die Massenausweisungen von ImmigrantInnen geschildert werden. Dabei wird klar, daß es für viele ImmigrantInnen überhaupt keine Alternative zur Kommunistischen Partei gab - zumindest als formelles Dach ihrer eigenen Aktivitäten -, daß aber selbst die KPF von diesen sozialen und politischen Spaltungen hin und her gerissen wurde, was dann wiederum Anlaß bot für teilweise sehr heftige Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der MOI und der Partei. Hier zeigt sich, daß die nach 1945 offen hervortretende nationalistische Tendenz in der offiziellen Politik der KPF bereits vor dem Krieg in der ambivalenten Politik von Klassenkampf und nationaler Integration angelegt war.

Freilich war die Bindung der MOI-Mitglieder an die Partei stark genug, um auch die MOI nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 zunächst in einen Zustand politischer Lähmung zu versetzen. Die Haltung der offiziellen Partei, der KPF, die nun die antifaschistische Propaganda deutlich drosselte, umgekehrt aber nur den Gegensatz zu den herrschenden Klassen Frankreichs und Großbritanniens hervorkehrte, fand natürlich keine Unterstützung. Aber man beugte sich der Parteidisziplin. Jene Periode zwischen 1939 und 1941, also zwischen Kriegsbeginn und Angriff auf die Sowjetunion, gilt als das schwarze Kapitel in der Geschichte der KPF. Im September 1939 war die KPF von der Regierung verboten bzw. "aufgelöst" worden, und mit dem gleichzeitigen Kriegseintritt Frankreichs wurde die MOI in mehrfachem Sinne verfolgt. Als KommunistInnen konnten sie nur illegal arbeiten und mußten - wie alle überhaupt noch verbliebenen Basisorganisationen, die mit der KPF verbunden waren - selbständig ihre Gruppen reorganisieren. Als ImmigrantInnen, also als Ausländer, wurden sie darüberhinaus aber Opfer von Masseninternierungen. Die Reorganistion der MOI in der Illegalität bedeutete deshalb zunächst einmal, die Mitglieder aus den verschiedenen Internierungslagern herauszuholen, was auch auf zum Teil abenteuerlichen Wegen gelang. Entweder wurde dann die Rückkehr in die Herkunftsländer oder aber das Untertauchen organisiert.

Gerade in diesem Zeitraum, also zwischen 1939 und 1941, war die MOI geradezu ein Modellfall für den Zustand der aktiven kommunistischen Basis in Frankreich. Gewöhnlich wird diese Zeit als eine Periode völligen Verschwindens der Partei dargestellt. Um so erstaunlicher muß es dann erscheinen, daß die KPF nach 1941 binnen kurzer Zeit zur stärksten politischen Kraft der Résistance wurde und sich gleichzeitig ihre endgültige Transformation zur national integrierten und staatstragenden Partei vollzog. Dafür gab es verschiedene Gründe, und das Beispiel der MOI illustriert sie: Die völlige Desorientierung und auch Diskreditierung der Parteiführung, die tatsächlich einige Zeit "verschwunden" zu sein schien, und die gleichzeitig sehr tiefreichende Organisationsstruktur (der unteren Parteieinheiten, der "Massenorganisationen", der "Zellen") ergaben zusammen für alle, die noch aktiv blieben, gleichermaßen die Notwendigkeit und die Möglichkeit relativ eigenständigen Handelns. Wäre dies nicht erfolgt (im übigen häufig genug im Gegensatz zu dem, was von der Parteiführung offiziell noch zu hören war), dann wäre der vergleichsweise schnelle Aufbau

auch militärischer Widerstandsstrukturen, ihre Integration in den FTPF nach 1941 unmöglich gewesen. Als die FTP-MOI 1943/1944 nach einer Kette harter Schläge durch die Besatzungsmacht zerschlagen wurde, war sie bereits in den militärischen Kader der FTPF integriert.

Partei und Résistance

In dem Buch werden nun in mehreren Kapiteln das Schicksal der Gruppe, die innerorganisatorischen Schwierigkeiten wie auch Niederlagen und Erfolge in der Bekämpfung der Besatzungsmacht geschildert. Unterbrochen bzw. verbunden wird diese sehr detaillierte Schilderung immer wieder von politischen Analysen der Gesamtsituation im besetzten Frankreich und der inneren Auseinandersetzungen der Résistance um die politische und militärische Führung. Ob es den Autoren immer gelungen ist, Einzelbiographien mit diesen allgemeinen politischen Entwicklungen zu vermitteln, also das gesamte Spektrum von Ereignissen und Analysen greifbar zu machen, müssen die LeserInnen selbst entscheiden. Gemessen an dem manchmal schon ungeheuren Umfang, den historische Untersuchungen über die Résistance in Anspruch nehmen, können die gut 380 Seiten dieses Buches gar nicht mehr bieten als einen "Einstieg".

In einem Nachwort hat der Verlag unter anderem kritisiert, die kämpfenden Menschen der "jüdisch-internationalistischen Stadtguerilla" würden von den Verfassern zu sehr als "Soldaten der Partei und der Résistance" dargestellt. Dies berührt nun einen Punkt - das Verhältnis des militanten Widerstandes zur KPF -, der auch für die Diskussion in der Bundesrepublik wichtig ist, nicht zuletzt aufgrund des schamlosen Abräumens in der Geschichtsschreibung seit dem Zusammenbruch der DDR. Der Verlag rückt in seiner eigenen Bewertung den Zusammenhang von Immigration, dem Internationalismus jüdischer Immigranten und bewaffnetem Kampf ins Zentrum. Das geschieht aber nur um den Preis manchmal schon jargonhafter Überhöhungen, etwa wenn die Aufnahme des bewaffneten Kampfes der sogenannten zweiten Generation jüdischer Immigranten so zusammengefaßt wird: "Ihre gehetzte Existenz, ihre Ängste und Träume (...) sind ein gesellschaftlicher Mikrokosmos, der den eigentlichen Gegenpol des nazistischen Terrors bildet." (S. 332)

In der Stellungnahme des Verlages schlägt der richtige Hinweis, daß die Beteiligung jüdischer Immigranten am bewaffneten Kampf alle diejenigen Lügen straft, die einen jüdischen Widerstand leugnen, ins andere Extrem um: Es wird gar nicht zur Kenntnis genommen, daß hier jüdische Immigranten integraler Bestandteil eines radikalen Widerstandes wurden, der alles andere war als ein "uneigentlicher" Gegenpol. Der Eindruck liegt nahe, daß auf dem Hintergrund heutiger Auseinandersetzungen und Kämpfe eben dieser historische Zusammenhang wieder auseinandergeschnitten wird. Aber die alleinige Zuspitzung auf Antisemitismus, Nationalismus und Rassismus kann sowohl die historische Dynamik wie die inneren Widersprüche der Résistance nicht erklären.

Was nämlich als Besonderheiten der FTP-MOI-Geschichte herausgestellt wird, ist fast ausnahmslos eine allgemeine Erfahrung des gesamten militanten Widerstandes gewesen. Dazu gehören insbesondere die auch sehr persönlichen Schwierigkeiten der Kämpfenden, zum ersten Mal und zielbewußt auch Menschen zu töten, und die daraus entstehende Situation, durch "das Blut der anderen" gleichermaßen Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und im Kampf eigene Würde zu bewahren und zu entwickeln.

Daß der Widerstand in letzter Instanz immer wieder nationalen - und in der Nachkriegszeit sogar ausgesprochen nationalistischen - Interessen untergeordnet wurde, ist selbst ein nachhaltiges Ergebnis der repressiven Besatzungssituation, und diesem scheinbaren Zusammenfallen von nationaler und sozialer Emanzipation verdankte die KPF sowohl innerhalb der Résistance wie später ihre völlig unumstrittene Position. Ein Stück historische Wahrheit läge vielleicht eher darin, die FTP-MOI als eine Gruppe anzusehen, in deren Geschichte sich alle Widersprüche der sozialen Kämpfe und politischen Unterdrückung wie des Widerstandes bündeln. So gesehen wäre sie "Modellfall", auch für andere, aber nicht "eigentlicher Gegenpol". Unterhalb der parteioffiziellen Ebene gab es eine weitgefächerte Widerstandspraxis, die sich einebnenden Formeln und rhetorischen Überhöhungen entzieht, die aber aufgrund der doppelten Erfahrung von Klassenkampf, Ausbeutung und politischer-nationaler Repression in der überwiegenden Zahl an die Kommunistische Partei gebunden war, die eben diese ambivalenten Erfahrungen auch zu einem großen Teil selber repräsentierte.

Instrumentalisierung

des Widerstandes

In der Nachkriegszeit hat es die KPF-Führung verstanden, diese Ambivalenz mehr und mehr aufzulösen in den nationalen Mythos der Résistance, der zu einem ideologischen Grundstein der Nachkriegsverfassungen, der IV. und V. Republik, wurde - ein Mythos der nationalen Eliten, in den kollektive Erfahrungen eingingen, aber eben in mystifizierter Form. Dazu war die Verschüttung oder auch nur Leugnung der inneren Widersprüche - in der Basis wie der Führung der Résistance - notwendig. Es gehört zu den großen "Leistungen" der KPF, diesem nationalen Mythos die entscheidenden Formen gegeben zu haben, indem sie alles, was an Klassenkämpfen - auch gegen die französische Bourgeoisie - in den Widerstand mit einging, rückwirkend auszulöschen versuchte, um die nationale Einheit der "guten Franzosen" und damit ihre eigene nationale und staatstragende Rolle um so strahlender glänzen zu lassen.

Um so empfindlicher reagierte (und reagiert) die Partei bei jedem Verdacht von "Verrat" aus den eigenen Reihen. Das stalinistische Ideal der "reinen Partei" vermischte sich mit dem Prestige der "Partei der Füsilierten". Alle, die sich mit der konkreten Situation des illegalen Kampfes beschäftigt haben, wissen, daß diese Überhöhung so unrealistisch ist, wie sie umgekehrt noch immer klammheimlich Kämpfende und Kollaborateure "in einem Boot" läßt. Das Verhalten der KPF in der "Affaire" um die FTP-MOI ist nicht einzigartig: Es zeigte und zeigt sich bei jeder "Enthüllung" über "Verrat" und "Kollaboration" in den eigenen Reihen. Und der Mythos der "reinen Einheit" der Partei zwingt sie immer wieder dazu, offenen Diskussionen auszuweichen oder - wie in der "Affaire" um die FTP-MOI - sogar repressiv einzugreifen.

Als im Jahre 1982 ein Dokumentarfilm über die Gruppe ausgestrahlt werden sollte, in dem sich noch lebende Mitglieder äußern - auch den Verrats-Vorwurf erheben -, wußte die Parteileitung nichts besseres zu tun, als gegen die Ausstrahlung solange zu protestieren, bis der Film tatsächlich abgesetzt wurde. Zwei Jahre nach dem ersten Sendetermin erschien dann der vierte Band der voluminösen "Inneren Geschichte der Kommunistischen Partei" von Philippe Robrieux, der fast ausschließlich Biographien enthält und in dem weiter Namen zur "Affaire" beigesteuert wurden. Wieder war die einzige Antwort eine inhaltsarme Ehrenerklärung der Partei, die bis dahin gerade mal ein paar magere Aufsätze zu einer kritischen Parteigeschichte vorweisen konnte. Es gelang ihr noch ein zweites Mal, den Film absetzen zu lassen, aber dann wurde er endlich im Jahre 1985 ausgestrahlt. Die Zensurversuche und Protestnoten der Partei hatten mittlerweile das Medienklima so aufgeheizt, daß der inländischen wie der ausländischen Presse die Verrats-Version immer glaubwürdiger erschien.

Ob diese "Enthüllungen" und "Affairen" den kämpfenden Menschen der FTP-MOI gerecht werden, ist zu bezweifeln. Es geht hier um etwas ganz anderes, einen ideologischen Einsatz und Mechanismus von "Vergangenheitsbewältigung", der im Kern eine Art "Gegenwartsbewältigung" durch die herrschende Klasse darstellt. Der nationale Mythos der Résistance war eine der Grundlagen des nationalen, gesellschaftlichen Konsenses in Frankreich, das innere Band jenes Klassenkompromisses, der zwar immer ein Kampfverhältnis war, aber sehr stabil die beiden Nachkriegsrepubliken bis in die 70er Jahre getragen hat. Seit den 70er Jahren geht es darum, diesen nationalen Konsens als gesellschaftliches Klassenkräfteverhältnis neu zu definieren. Er steht gewissermaßen zur Disposition. Das antifaschistische und nationale Prestige der KPF anzugreifen, bedeutete deshalb auch immer eine Destruktion des nationalen Konsenses - aber von der reaktionären Seite aus. Bis dahin galt nämlich die Formel: Wer die KPF als "Partei der Füsilierten" angreift, greift das Erbe der Résistance an; wer das Erbe der Résistance angreift, der zielte auf das herrschende Selbstverständnis der IV. und V. Republik.

Diese Mechanismen wechselseitiger Instrumentalisierung des Widerstandes kennen wir aus der Geschichte von BRD und DDR. Die brutalen Formen der "Gegenwartsbewältigung" durch "Vergangenheitsbewältigung" von rechts haben wir seit 1989 in zugespitzter Form erlebt - man geißelt die tatsächlich mystifizierende parteikommunistische Geschichtsschreibung, um sich des wirklichen Widerstandes zu entledigen. In einer solchen Situation sind Bücher wie "L'Affiche Rouge" wichtige Beiträge, um den Fußangeln der ideologischen Kontroversen zu entgehen, vorausgesetzt, man überwölbt nicht sofort wieder die sehr vielfältigen historischen Erfahrungen mit eingeschliffenen Formeln.

Adam Rayski beschließt sein Vorwort an die deutschen LeserInnen mit den Worten: "Möge unser Buch, das diesen Menschen gewidmet ist, als ein Beitrag zur Bereicherung des kollektiven Gedächtnisses der Deutschen aufgenommen werden, die die Vergangenheit ihres Landes wie die der anderen Völker kennenlernen und aufgreifen möchten. Ist der Widerstandskampf der MOI nicht ein historisches Ereignis, das schließlich auch in der deutschen Geschichte seinen Platz einnehmen sollte?"

Martin Rheinlaender

Stéphane Courtois, Denis Peschanski, Adam Rayski: L'Affiche Rouge. Immigranten und Juden in der französischen Résistance, Schwarze Risse/Rote Straße, Berlin 1994, 388 Seiten

Anmerkungen:

(1) FTP: Franc-Tireurs-Partisans (FTPF: Französische Freischärler-Partisanen, der Name der bewaffneten Gruppen unter kommunistischer Führung. MOI: Main d'Oeuvre Immigrée (Eingewanderte Arbeitskraft bzw. Arbeitskräfte). Ursprünglich: MOE (Main d'Oeuvre etrangère, also fremde Arbeitskraft).

(2) Stéphane Courtois, Denis Peschanski, Adam Rayski: Le Sang de l'É tranger. Les immigrés de la MOI dans la Résistance, Paris, Librairie Arthème Fayard, 1989.

Der deutsche Verlag wollte den französischen Titel "Das Blut des Fremden" nicht übernehmen, weil im Deutschen das Wort "Blut" zu sehr belastet sei. Im Nachwort rätselt der Verlag über den Sinn des französischen Titels, kommt aber nicht auf den naheliegenden Gedanken, daß es sich hier um eine Anspielung auf den in Frankreich berühmten Résistance-Roman Simone de Beauvoirs handelt: "Das Blut der anderen". Charakteristisch für das Verlags-Nachwort ist die eigene Interpretation des französischen Titels: "Gemeint ist wohl nicht nur das Blut, das im Kampf vergossen wurde, sondern gemeint sind auch die Menschen, die - als ‚Fremde` - den sozialen Antagonismus der Naziherrschaft in die französische Gesellschaft trugen." (S. 333) Das gehört zu den - in dieser Rezension noch diskutierten - Eigenwilligkeiten, wie die Résistance-Problematik durch begriffliche Überhöhungen auf das Thema des jüdischen Widerstands eingeschnürt wird.

37. Es wird Zeit, daß sie rauskommen! - Karl- Heinz Dellwo

Die RAF-Erklärung vom 6.3.1994

Autor: Kommentar von gb und Dokumentation · Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:17

"wir sagen jetzt noch einmal was zu der vergangenen phase seit april '92 ..." beginnt das 18seitige RAF-Papier in bekanntem Szene-Ton. Wenn mensch sich allerdings bis zum Ende durchgequält hat, dann bleibt nicht viel an Gesagtem übrig. In den Medien von "FAZ" bis "taz" fand das RAF-Papier so gut wie keinen Widerhall. Teilweise mag es daran gelegen haben, daß die Journaille beleidigt war, weil sie nicht mehr exklusive Adressatin der RAF waren, ein anderer Grund liegt mit Sicherheit daran, daß die 18 Seiten eng beschriebenes Papier einfach nicht viel berichtenswertes hergeben.

Die "Junge Welt", die das Papier diesesmal zugeschickt bekam, wurde nach Veröffentlichung eines Artikels über und auszugsweiser Dokumentation der RAF-Erklärung vom Staatsschutz heimgesucht, und auch die Privatwohnung des Redakteurs wurde von Durchsuchungen nicht verschont - obwohl die durchsuchte Wohnung schon lange nicht mehr vom inkriminierten Redakteur bewohnt wird, und die jetzige Bewohnerin nicht anwesend war.

Gesagt wird in der RAF-Erklärung dann etwas zu der Phase nach dem April-Papier von 1992 und zu den Mißverständnissen um dasselbe, zum Bullen Klaus Steinmetz und dessen organisatorisches (Nicht-)Verhältnis zur RAF, zum Anschlag auf Weiterstadt, zu den "Verhandlungen" durch Ströbele. Außerdem wird der Bruch innerhalb der Gefangenen und zwischen den Gefangenen und den Illegalen thematisiert sowie die Vorstellungen über den Aufbau einer "soziale Gegenmacht", die auch schon im April-Papier Thema waren, erneut erläutert. Der letzte Punkt soll die weitere Kampfperspektive vermitteln, die im Prinzip über das, was schon in dem April-Papier geschrieben stand - und so gründlich mißverstanden worden ist wie die SchreiberInnen beteuern - nicht hinausgeht: Nicht mehr ausschließlich auf die militanten linken Revolutionäre bauen, sondern eine soziale Gegenmacht aufbauen, mit den Menschen, die um soziale Belange kämpfen. (Teildokumentation der RAF-Erklärung siehe Kasten)

Klaus Steinmetz und die RAF

Über mehr als sechs Seiten zieht sich die Auseinandersetzung mit dem Bullen Klaus Steinmetz und sein Kontakt zur RAF hin. "die schwerste verantwortung dafür, daß der druck für die freiheit der gefangenen, soweit er mit uns verbunden war, sich ins nichts auflöste, sehen wir in unserem fehler, kontakt mit einem bullen gehabt zu haben ..." wird einleitend festgestellt. Dem liegt die Einschätzung zugrunde, daß die Tatsache, daß der Staatsschutz der Meinung war, demnächst einen V-Mann direkt in oder an der Kommandoebene zu haben, keinerlei Notwendigkeit gesehen hat, durch Freilassung von Gefangenen "Frieden mit der RAF zu schließen".

Sämtliche Staatsschutzlügen über den organisatorischen Zusammenhang von Steinmetz und der RAF werden noch einmal dementiert, wie z.B. die behauptete Beteiligung von Steinmetz an dem Anschlag in Weiterstadt. Daß der Kontakt zu Steinmetz überhaupt vorhanden war und aufrechterhalten worden ist, obwohl - so die jetzige Darstellung - immer ein komisches Gefühl ihm gegenüber vorhanden war, eigentlich keine Diskussionen mit ihm möglich waren etc., wird einerseits mit nicht ausreichender Reflexion über den Kontakt begründet und andererseits damit, daß es keine oder kaum Möglichkeiten der Diskussion überhaupt gab, und deshalb die Diskussion mit Steinmetz trotz aller unguten Gefühle weitergeführt worden ist.

Diese Erklärungsversuche scheinen davon geprägt zu sein, daß Teile der Linken die Tatsache, daß ein VS-Spitzel Kontakt zur RAF hatte, als Aufhänger nehmen könnten, die seit einiger Zeit durch verschiedene Veröffentlichungen versuchte "RAF-Phantom"-Version zu übernehmen.

Zäsur und "Verknüpfung"

Die AutorInnen des Papiers legen Wert auf die Feststellung, daß die mit dem April-Papier eingeleitete Zäsur - Aussetzen von Anschlägen - auch unabhängig von der Situation der Gefangenen stattgefunden hätte. Daß diese Zäsur insgesamt zu spät gekommen sei und aufgrund der Diskussion über die "Kinkel-Initiative" falsch

verstanden worden ist. Sie sei bewertet worden als Reaktion auf diese Initiative und sei nicht als eigenständiger Schritt der Illegalen gesehen worden.

Gutwillige können sagen, daß das im April-Papier ungenau ausgedrückt worden ist, andere interpretieren - m.E. zu Recht - diese Passagen so, daß die vorhandene Diskussion in der Öffentlichkeit als Hebel genutzt werden sollte und insofern natürlich eine Verknüpfung der Situation der Gefangenen und des bewaffneten Kampfes der Illegalen vorhanden war. So oder so konnte an der Frage der Gefangenen nichts bewegt werden. Die Tatsache, daß die Politik der RAF seit langem bestimmt war/ist durch die Situation der Gefangenen und dem Versuch, auf den verschiedensten Ebenen hier Druck auszuüben, kann auch durch die Behauptung, die eigene Politik werde aber gar nicht darüber bestimmt, weggeredet werden.

Sicherlich zu Recht wehren sie sich gegen den Vorwurf, sie hätten mit dem April-Papier den Versuch unternommen, eine "Gesamtlösung" anzustreben, die auch für die Illegalen die Möglichkeit eröffnet, ihre "sehnsucht nach der rückkehr heim ins reich" zu ermöglichen. Das läßt sich weder aus dem Papier noch aus dem (wenigen), was über die Ströbele-Verhandlungen bekannt ist, schlußfolgern.

"Verhandlungen"

Auf die Gespräche, die Ströbele geführt hat, wird zwar eingegangen. Klarer ist aber hinterher auch nichts, weder wird deutlich gemacht, welche frühere Initiative von den jetzt die Spaltung vollzogenen Gefangenen es gegeben hat, noch wird eindeutig benannt, was eigentlich Verhandlungsgegenstand sein sollte, falls bei den angesprochenen Personen hätte Interesse geweckt werden können, sich als "Verhandlungspartner" zur Verfügung zu stellen.

M.E. machen es sich die SchreiberInnen etwas zu einfach, wenn sie behaupten, daß die Tatsache, daß die Gespräche zum Anlaß genommen wurden, den Bruch zu vollziehen, diese Gespräche überbewerten würde. Mag mensch davon halten was er will, daß versucht worden ist, von den Celler Gefangenen mit Vermittlungspersonen ins Gespräch zu kommen, um eine Lösung für die Gefangenen zu finden: Wenn es alle Gefangen umfassen sollte - was von den Cellern durchaus glaubwürdig dargestellt wird - dann hätte auch ein Konsens unter allen Gefangenen dazu vorhanden sein sollen. Andernfalls war aufgrund der sowieso schon desolaten/zerstrittenen Ebene gar nichts anderes zu erwarten als eine offene Spaltung. Darüber scheint vorher nicht ausreichend nachgedacht worden zu sein.

Soziale Gegenmacht

Die Notwendigkeit, wenn gesellschaftlich etwas bewegt werden soll, sich nicht allein auf die militanten und revolutionären Kräfte zu stützen sondern sich umzusehen, was an sozialen Bewegungen existiert und mit ihnen gemeinsam etwas zu entwickeln, ist nun wahrlich keine neue Erkenntnis. Am Ende des Papiers wird noch einmal die Diskussion darum eingeklagt ja geradezu beschworen. Das ist in dieser Art wenig hilfreich. Es verkennt die praktische Situation, daß die vorhandene Restlinke gerade daran in den letzten Jahren absolut gescheitert ist. Und sicherlich nicht (nur), weil es subjektiv nicht gewollt wurde, sondern weil es konkret nicht geschafft worden ist. Der Rückzug in die WG-Küchentisch- und Insider-Diskussionen sind das Ergebnis.

Unklar bleibt, was außer der Forderung, daß die verbliebene Linke diskutieren soll, wie und mit welchen sozialen Bewegungen sie eine "Gegenmacht" aufbauen kann und die Illegalen - wie auch immer - mit in diese Diskussionen einbezogen werden wollen, die sie sich selber als weitere Perspektive vorstellen.

gb

Ein PS an den Staatsschutz: Keine Steuergelder verschleudern. Das 18seitige RAF-Papier befindet sich weder in den Verlagsräumen dieser Zeitung noch in der Wohnung eines Redaktionsmitgliedes. Wir haben auch keinen Erklärungen aller Art fressenden Redaktionskater wie andere Redaktionen, sondern schlicht und ergreifend einen Reißwolf - die Müllabfuhr war auch schon vor Erscheinen dieser Ausgabe da.

Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

Einen Freund "vorstellen", der gefangen ist - schreiben, damit mehr Leute sich einmischen, daß er rauskommt, daß alle rauskommen, an diesem Beispiel - geht das? Was können wir sagen, was nicht alle wissen zu der Ungeheuerlichkeit von 17, 19, 22 Jahren Gefangensein?

Als wir Ostern '73 aus dem besetzten Haus Ekhofstraße in Hamburg geräumt wurden, landete Karl-Heinz Dellwo erst einmal ein Jahr im Untersuchungsgefängnis... Wir wollten ein Haus, brauchten Raum jenseits von Gleichgültigkeit, Leistung und Konsum, wir wollten leben... daß die sozialdemokratische Staatsmacht auf Aufbruch mit dem Versuch der Zerstörung der Aufbrechenden antwortete, war für uns hammerhart, wenn auch nicht neu... es hatte die Studenten- und Lehrlingsbewegung gegeben, die Aktionen der RAF gegen den US-Völkermord in Vietnam, es gab schon politische Gefangene, isoliert und im Kampf darum zu vermitteln, daß Isolation Folter ist...

Als Karl-Heinz 1975 bei der Besetzung der BRD-Botschaft in Stockholm gefangengenommen wurde, ging es um die Befreiung der damaligen RAF-Gefangenen - zuvor war Holger Meins im zweiten Hungerstreik durch gezielte Zwangsunterernährung gestorben. Es folgte eine Eskalation der Zerstörung gegen alle RAF-Gefangenen, das 24-Punkte-Programm der Isolation, Ulrike Meinhof erhängt, totale Abschottung nach außen durch "Kontaktsperre", Stammheim 1977 und immer der Kampf ums Leben, die eigene Identität, die Gruppe - unzählige Hungerstreiks... 16 Jahre saß Karl-Heinz im Trakt, seit 1979 zusammen mit Lutz Taufer und Knut Folkerts in Celle, seit 1991 nicht mehr im Trakt...

Karl-Heinz hat uns immer wieder getroffen - z.B. in den Kämpfen um die Hafenstraße 1986/87 in einer Intensität, wie sie sonst mit wenigen Leuten außerhalb der Häuser möglich war... Sein Interesse an dem, was draußen Neues entwickelt wurde, seine Fragen, warum Altes reproduziert wird, seine Gegenwart haben uns auch mit anderen verbunden, zu denen wir diese Nähe nicht haben.

Wir wollen ihn endlich wieder draußen, unter uns - und alle anderen auch.

Simone Borgstede

Brigitte Simonsen

Dokumentation der RAF-Erklärung vom 6.3.1994

(...)

Zu den Gesprächen mit Ströbele

Diese Gespräche haben dadurch, daß sie öffentlich zum Anlaß der Spaltung, die einige Gefangene zu uns schon lange vollzogen hatten, genommen wurden und durch die ganzen Unterstellungen, ein absolut unangemessenes Gewicht bekommen. Den einzig für uns nachvollziehbaren Grund für die Empörung bei einem Teil der Gefangenen sehen wir darin, daß die Initiative nicht von vornherein mit allen Gefangenen diskutiert worden ist. Darin sehen wir heute eine Fehler. Dieser Fehler hat seinen Anfang nicht mit den Gesprächen von Karl-Heinz Dellwo mit Ströbele, sondern ist Ausdruck des Zustands im politischen Zusammenhang Gefangene aus der RAF/RAF und ist eine Konsequenz daraus.

Sicher war es die falsche Konsequenz und wir sehen die Parallele zu unserem Vorgehen seit April '92: Wir haben an unseren Vorstellungen festgehalten in der Überzeugung, daß wir auf dem richtigen Weg sind, der für alle zum Ziel führen würde und gehofft, daß sich in diesem Prozeß die Widersprüche untereinander auflösen würden. Wir haben diese Widersprüche erst im Laufe der letzten zwei Jahre als so tiefgreifend erfaßt, wie sie wirklich sind.

Der Prozeß, den wir mit dem April-Schritt eröffnet hatten, hatte für den gesamten politischen Zusammenhang Gefangene/RAF große Bedeutung - zu große, um in diesem Prozeß jahrealte, nicht aufgeklärte Widersprüche mitschleppen zu können. Was wir erreichen wollten, hätte eine große Übereinstimmung und Offenheit zueinander erfordert, die über die allgemeine Zustimmung, ein Zäsur für notwendig zu halten, hinausgeht. Statt an einem Strang ziehen zu können, haben wir in den Widersprüchen gehandelt. Auch unser Text vom August '92, mit dem wir anfangen wollten, öffentlich darüber zu reden, was wir im April mit "Fehler gemacht" meinten, war ein Kompromiß. Wir wollten das anfangen für eine Auseinandersetzung mit allen, für die diese Fragen wichtig sind, weil sie an der Zukunft der Kämpfe überlegen und weil wir Weiterentwicklungen und keine Wiederholungen wollen. Aber wir wußten, daß einige Gefangene diese Selbstkritik nicht als ihre sahen.

Wir wollten es ermöglichen, daß sie ihren Teil, eventuell auch widersprüchlich zu uns, selbst dazu beitragen. Wir wollten keine Vorwegnahme. Deshalb haben wir gesagt: Wir können über die Zeit vor '84 nicht reden. Was nicht dazu führte, daß die Gefangenen sich einschalteten. Statt dessen führte es zu den unnötigen

Diskussionen: Wieso könnt ihr zu dieser Zeit nichts sagen? Natürlich hätten das alle, die '92 in der RAF waren, sagen können, wie sie die Geschichte sehen, die nicht erst '84 angefangen hatte. Und natürlich ist es ein Ding der Unmöglichkeit, die 80er Jahre zu reflektieren ohne die konzeptionelle Grundlage, also das Mai-Papier, miteinzubeziehen.

Wir können zum Inhalt der Initiative der Celler Gefangenen nicht mehr sagen, als das, was Karl-Heinz Dellwo in der taz am 1.11.93 und Birgit Hogefeld im Angehörigen Info vom 16.11.93 schon dazu gesagt haben. Da gibt es für uns nichts "zuzugeben". Wir haben gesagt, sie stand zu unseren Vorstellungen nicht im Widerspruch, weil es unserem Interesse entsprach, Druck auf der Gegenseite zu erzeugen. Und es gab (vorausgesetzt, es hätte Steinmetz nicht gegeben) seit August '92 keinen besseren Zeitpunkt für so eine Initiative als nach Weiterstadt. Wir hätten uns tausende Initiativen gewünscht, die Druck auf Staat und Kapital erzeugen.

Weder ging es in den Gesprächen um irgendwelche Gesamtlösungen im Zusammenhang mit uns, noch ging es um Verhandlungen oder sonstige "Fahrpläne". Uns ist es immer noch nicht begreiflich, wie GenossInnen dazu kommen können, solche Sachen zu erfinden.

Wir teilen zwar nicht die Haltung eines Teils der Metropolenlinken gegenüber Verhandlungen, jedoch wäre es aufgrund des Kräfteverhältnisses Linke/Staat unrealistisch gewesen, daß so etwas zustande kommt.

Verhandlungen für selbstbestimmte Ziele einer revolutionären Linken können nur erkämpft werden!

Und da die Gefangenen, die radikale Linke und die RAF in den vergangenen Jahren weit weg von einer erforderlichen Stärke hierfür gewesen sind, und unsere gefangenen Genossen in Celle das mit Sicherheit nicht anders gesehen haben, ist es nur eine denunziatorische Behauptung, es wäre mit Ströbele oder sonstwem um Verhandlungen gegangen.

Soziale Gegenmacht

Was wir brauchen, ist eine "... offene, solidarische und kritische Auseinandersetzung - und das ganz besonders in einer Zeit wie heute, wo es so viele Fragen und Probleme von gesellschaftlicher Relevanz gibt -, um voneinander zu lernen, Wege zu finden! ..." (Norbert Hofmeier, Gefangener aus dem Widerstand)

Wir finden es sehr schwer, die politischen Widersprüche, die zur Abspaltung eines Teils der Gefangenen von uns geführt haben, wirklich tiefgehend zu erfassen. Aus ein paar abgrenzenden Schlagwörtern wie"entpolitisiert" und "Gang in die Anpassung" oder Denunziationen ist nichts zu ziehen. Die Abgrenzung eines Teils der Gefangenen gegenüber dem, was wir gesagt und getan haben, war in den vergangenen zwei Jahren immer deutlich. Ihre eigene Vorstellung und was sie selbst wollen, war und ist uns nicht deutlich geworden. Hinzu kommt, daß viele ihrer Äußerungen extrem widersprüchlich und dehnbar waren. Im Zuge der Spaltung an einem "Deal", den es gar nicht gab, und der Debatte darum, sind die politischen Inhalte verwischt worden. Aus diesem Grund sagen wir noch einmal einige Gedanken dazu, worum es uns politisch ging und geht.

Uns wundert, daß heute als Enthüllung und als Vorwurf kommt, daß wir keine Strategie haben, nachdem wir schon seit April `92 eine Diskussion wollen, in der neue Vorstellungen für die Zukunft revolutionärer Politik entwickelt werden. Wir sind davon ausgegangen, daß Ergebnisse einer Diskussion, also auch eine Neubestimmung, erst in einer gemeinsamen Auseinandersetzung gewonnen und nicht (von uns) vorweggenommen werden können.

Der Vorwurf vermittelt, es könnte heute Sache einer Gruppe sein, sozusagen "von außen" eine Konzeption zu entwickeln und anderen überzustülpen. Und das ohne den angepeilten Stoffwechsel zwischen uns und anderen, von dem noch kaum die Rede sein kann. Wir gehen nach wie vor davon aus, daß in einer neuen Vorstellung und zukünftigen Organisierung sich die Erfahrungen und Auseinandersetzungen aus den verschiedensten Bereichen des Widerstands widerspiegeln müssen. Es ist absurd zu denken, ausgerechnet eine illegale Gruppe könnte heute alleine eine umfassende Konzeption in die Welt setzen.

Alle, denen es ernst ist mit einer Neubestimmung, müssen für diesen Prozeß Verantwortung übernehmen, natürlich auch wir.

Mit "Gegenmacht von unten" haben wir eine Vorstellung angerissen. Wir wollten eine Richtung benennen. Wir gingen davon aus, daß die Orientierung auf "Einheit der Revolutionäre" viel zu eng ist. Sowohl was den Blick auf die notwendige Entwicklung der Kämpfe betrifft, in denen es auch immer um politische Verankerung und Verbreiterung gehen muß, als auch was einen umfassenden Begriff der Situation betrifft. Beides ist in der ausschließlichen Konzentration auf die Organisierung von Revolutionären nicht möglich, auch wenn diese dafür Bedingung ist.

Wir brauchen eine emanzipatorische Bewegung, die nicht nur dazu in der Lage ist, die Strategien der Herrschenden zu bekämpfen. Sondern die darüber hinaus eigene Alternativen entwickeln kann, eine gesellschaftliche Gegenkraft aufbaut, die aus dem Selbstbewußtsein kämpfen kann, der Kälte und Vernichtung durch das kapitalistische System eigene Vorstellungen von menschenwürdigem Leben entgegensetzen zu können. Eine emanzipatorische Bewegung muß die Auseinandersetzung um alle Unterdrückungsverhältnisse wie Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus führen, um im Kampf zu ihrer Aufhebung zu kommen. Es geht um den Aufbau einer Gegenmacht, die sowohl den Willen hat als auch die Fähigkeit entwickelt, ihre Ziele gegen die Macht des Kapitals durchzukämpfen.

Wir gehen nicht davon aus, daß die Bedingungen in Deutschland für einen Aufbau einer sozialen Gegenmacht von unten einfach wären. Auch das Bewußtsein der Linken ist vom Leben in der Metropole bestimmt. Hier ist es oft einfacher, sektiererische Kämpfe zu vollführen, als den Willen und die Anstrengung aufzubringen, gemeinsame Grundlagen zu entwickeln und Organisierung aufzubauen. Wenn die Indigenas in Chiapas sagen: "Dieses Volk wurde rebellisch und voller Würde geboren", dann drückt das nicht unser Lebensgefühl in diesem Land hier aus. Aber der so einfache oder resignierte arrogante Blick auf "die anderen" drückt doch nur aus, die eigene Geschichte vergessen zu haben: Hier ist bestimmt niemand als Revolutionär geboren worden. Und es ist katastrophal, in Deutschland das "unten" den Faschisten zu überlassen.

Heute ist die Linke hier nicht deshalb nicht spürbar vorhanden, weil es keine Linken gibt, sondern weil sie es kaum in Angriff nehmen, eine gemeinsame Kraft zu entwickeln.

Wir haben gesagt, revolutionäre Politik muß dazu in der Lage sein, konkrete Veränderungen durchzukämpfen. Das hat mit einer auf Integration ausgerichteten Reformpolitik nichts zu tun. Uns geht es um einen Aneignungsprozeß, der erst mit der vollständigen Umwälzung der herrschenden Verhältnisse beendet sein wird (zumindest in seiner ersten Etappe). Nicht nur die Lage der Völker im Süden und Osten macht deutlich, daß das notwendig ist. Auch die rasante destruktive politische, soziale und ökologische Entwicklung hier macht das existentiell.

Überall auf der Welt stellen sich die Revolutionäre die Aufgabe, eine soziale Gegenmacht entwickeln zu können. Eine Basis für den langen Atem für die internationale Revolution. Ein Aneignungsprozeß, der unter den Bedingungen der weltumspannenden Herrschaft des Kapitals heute schon beginnt und gegen diese durchgesetzt und verteidigt werden muß. "Die Macht wird nicht erobert, sie wird aufgebaut" Eleuterio Fernandez Huidobro, Tupamaro. GenossInnen aus dem Trikont betonen, daß sie die Entwicklung in Deutschland als weltweite Bedrohung für die Völker sehen. Heute kann die vordringliche Aufgabe internationalistischer Politik der Linken in Deutschland nur sein: Das Kräfteverhältnis hier und in dieser Gesellschaft zu unseren Gunsten zu entwickeln. Das verlangen GenossInnen aus dem Trikont von uns, womit sie recht haben. Da fängt der Internationalismus an. Das ist unsere Verantwortung. Die Verantwortung dafür, eine relevante Gegenkraft aufzubauen, die sich in die Lage versetzt, sowohl die Faschisten und Rassisten auf der Straße zu stoppen, als auch die Bestie Deutschland daran zu hindern, im Rahmen der NATO, der UNO und im Rahmen des globalen Marktes weiterzumarschieren.

Die Radikalität einer internationalistischen linken wird sich nicht über Willensbekundungen oder verbalradikale Parolen herstellen; radikal werden wir nur dann sein, wenn wir es schaffen, relevanter Faktor zu werden, in einem Kampf für wirkliche Veränderungen überall würde. Das ist existentiell.

Dieser Prozeß wird hier nur Wirklichkeit werden können, wenn der soziale Inhalt in unseren Kämpfen identifizierbar wird. Ein emanzipatorischer Kampf kann nicht nur das "Gegen", die Negation transportieren, sondern muß deren Neusetzung entwickeln. Dem Irrsinn des Kapitalismus, der Barbarei des globalen Marktes, der Verwertung von Mensch und Natur muß der soziale Sinn der an Mensch und Natur orientierten Gegenentwürfe entgegengestellt werden. Und so den sozialen Sinn revolutionärer Kämpfe kenntlich machen.

Der Kampf für die soziale Revolution steht im Widerspruch zu allen Formen der Herrschaft, zur Ausplünderung der Völker, zu Rassismus und Sexismus. Die Aneignung des gesamten sozialen Lebens, die Freiheit auf selbstbestimmte Organisierung des Lebens weltweit, statt der Unterwerfung unter die Verwertungslogik des Kapitals, kann nur gegen die herrschenden Verhältnisse erkämpft werden.

Dabei geht es nicht um alternative Lebensweisen, die sich mit dem System arrangieren. Auch hat das nichts mit "vorpolitisch" zu tun. "Das Soziale" ist der Kern der Revolution.

Wir sind in der Entwicklung der letzten Jahre bis hin zur Spaltung auf den Boden der Realität geknallt: Wir haben es als politischer Zusammenhang Gefangene/ RAF nicht geschafft, die Erfahrungen aus 23 Jahren Kampf in diesen Prozeß gemeinsam einzubringen. Das ist eine Niederlage.

Von der sozialen Kenntlichkeit unseres Kampfes sind wir alle - RAF und Gefangene - weiter entfernt als die Jahre zuvor. Das zu ändern, wird neue Anläufe brauchen.

Das letzte Wort denen, die im weltweiten Kampf um soziale Revolution einen großen Schritt vorwärts durchgekämpft haben: "Noch herrscht der Wind von oben, es kommt der Wind von unten, und dann kommt der Sturm. So wird es sein. Wenn der Sturm nachläßt, wenn der Regen und das Feuer die Erde zur Ruhe kommen lassen, dann wird die Welt nicht mehr diese Welt sein, sondern etwas Besseres." (ELZN Mexico, August 1992)

Rote Armee Fraktion

6.3.1994

Anm.: Der Text wurde wegen der besseren Lesbarkeit in Groß-Klein-Buchstaben geschrieben. Der Originaltext ist durchgängig in Kleinbuchstaben.

Seit Anfang 1990 gibt es uns,

den "Verein zur Förderung von Informationen über politische Gefangene". Gegründet wurde er in Hamburg mit dem Ziel, über Spendeneinnahmen von FörderInnen die Informationsarbeit über die politischen Gefangenen zu unterstützen.

Anfangs galt diese finanzielle Unterstützung insbesondere dem damals noch bestehenden "Info-Büro Hamburg". Seit Anfang letzten Jahres unterstützen wir mit einem Großteil der Gelder den "Rechtshilfefonds" für AnwältInnen von politischen Gefangenen. Außerdem unterstützen wir Veranstaltungen, Broschüren, Zeitungsanzeigen etc., die dem Vereinsziel entsprechen.

Wir informieren die FörderInnen auch selber in Form von unregelmäßig erscheinenden Infoschreiben, Büchertischen und die jährlich stattfindende Mitgliederversammlung.

Bei etwa gleichbleibenden Spendenumfang haben sich nun in diesem Jahr die Anfragen nach finanzieller Unterstützung verdoppelt. Klar ist, daß wir da nicht lange mithalten können, unsere Mittel wären bald erschöpft. Deshalb unsere große Bitte und Aufforderung an alle Menschen, die unsere Arbeit wichtig finden: Fördert den Verein mit Eurer/Ihrer Spende, einmalig oder als regelmäßige Spenderin. (Auch kleinere Beträge sind willkommen!) Oder ihr/Sie schickt/schicken uns eine formlose Einzugsermächtigung für euer/Ihr Konto.

Für mehr Informationen schreibt bitte an: Christine Beyer, Friedensallee 4, 22765 Hamburg. Unsere Bankverbindung: Haspa BLZ 200 505 50, Kontonr. 1127/210829.

Freiheit für alle politischen Gefangenen und Zusammenlegung bis dahin!

38. Zitelmann und seine neuen Freunde. "Linke" Solidarität für rechten Ideologen

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Rechte, Neue; Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:09

Helle Aufregung in der Berliner Kochstraße, dem Zentrum des historischen Berliner Zeitungsviertels. Wie Der Spiegel in seiner Ausgabe vom 14. März zu berichten weiß, probten die Redakteure der erzkonservativen, antikommunistischen Tageszeitung Die Welt Anfang des Monats den Aufstand. Rund 50 Mitglieder der Redaktion wandten sich mit einer Petition an die Verlagsleitung. Gegenstand der Entrüstung war die Arbeit des seit Dezember 1993 amtierenden Ressortleiters der Wochenend-Beilage "Geistige Welt", des altbekannten Neurechten und NS-Relativisten Rainer Zitelmann. Zitelmann (Titel seiner Doktorarbeit: "Hitler - Selbstverständnis eines Revolutionärs") war vor seinem Wechsel zur Welt Cheflektor des Verlags Ullstein/Propyläen. In dieser Funktion führte er das Werk des rechtsradikalen Verlegers Herbert Fleissner fort, im Verlagsprogramm neu- (und alt-)rechte Positionen zu etablieren. Der Verlag, in dem auch die Memoiren von Willy Brandt und Bücher von Simon Wiesenthal erschienen, wurde peu á peu zu einem Forum neurechter Ideologien ausgebaut.

Anlaß für den Aufruhr der 50 Welt-Redakteure war eine Betrachtung Will Tempers zu Steven Spielbergs Film "Schindlers Liste", der Ende Februar unter der Verantwortung von Zitelmann in der Welt erschienen war. Unter dem Titel "Indiana Jones im Ghetto von Krakau" schrieb Temper der Regiekunst Spielbergs "etwas Widerwärtiges" zu. Die von ihm "wildwestartig" dargestellte Räumung des Krakauer Ghettos könne wohl "so blutrünstig nicht verlaufen sein". Denn schließlich, so Temper, habe schon Heinrich Himmler in einer Rede im Jahre 1943 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Endlösung mit äußerster Korrektheit ablaufen müsse; die SS sei "dazu verdonnert" gewesen, sie "so sachlich wie eine Ungezieferver nichtung zu bewerkstelligen". (Die Welt, 26.2.94)

Einige Tage später holt Zitelmann selbst zum intellektuellen Schlag aus. Die Mehrheit der Konservativen in Deutschland sei "neurotisch, ängstlich, feige". Diese "domestizierten Konservativen" hätten das "Doppeltrauma der Niederlagen von 1933 ff. und 1968 ff." nicht überwunden. Warum sonst wollten solche "Nischenkonservativen" nichts mit der rechtsextremen Wochenzeitung Jungen Freiheit oder dem NS-Relativierer Ernst Nolte zu tun haben?

Waren es vielleicht gerade diese scharfen Worte gegen den traditionellen bundesrepublikanischen Konservatismus, die die Redakteure der Welt zu ihrer ungewöhnlichen Aktion veranlaßte, wie Michael Brumlik in der taz vermutete? Oder war es eher die Tatsache, daß Tempers antisemitische Spielberg-Besprechung in einer Zeitung erschienen war, "die sich sonst auf ihren Philosemitismus viel zugute" hält? (Henryk M. Broder, FAZ, 15.3.94) Der Kragen war jedenfalls geplatzt. "Man wolle nicht den Reps die Steigbügel halten", so werden sie in der taz vom 18.3.94 zitiert. Die "zunehmende Verquickung" mit der "rechtslastigen Jungen Freiheit" (Spiegel), wie von Zitelmann eingefordert, sei mit ihnen nicht zu machen.

Doch vergebliche (Rebellions-)Mühe. Auf einer Betriebsversammlung erhielten Zitelmann sowie die ebenfalls wegen ihrer Neurechten-Affinität in die Kritik geratenen Heimo Schwilk (Ressortleiter Feuilleton der Welt) und Ulrich Schacht (Chefreporter Kultur) Rückendeckung des Welt-Geschäftsführers Manfred Geist. Da tönt sich's dann leicht vom "Aufstand des Schlamms gegen den Berg", wie das Trio gegen seine redaktionsinternen Kritiker polemisierte.

Geburt einer neuen

rechten Intelligenzija?

Aber mit dem Segen der Geschäftsleitung wollte sich der Dreierbund nicht zufrieden geben. Lieber organisierte er noch schnell eine "Ehrenerklärung für seine Ehre" (FR, 21.3.94), formulierte geschwind einen entsprechenden theatralischen Text und initiierte so einen weiteren Skandal. Denn wer da alles seine Solidarität zeigen zu müssen meinte, klärte zumindest, endlich möchte mensch hinzufügen, für das linksliberale Feuilleton die Fronten.

"Mit Empörung haben wir verschiedenen deutschen (!) Presseorganen entnommen, daß vor dem Hintergrund redaktionsinterner Auseinandersetzungen in der Tageszeitung Die Welt unser Kollege Rainer Zitelmann in die

Nähe von Rechtsradikalismus gerückt wird." Dabei sei dieser doch ein Journalist, "der seine ganze politische Erfahrung zur kompromißlosen Verteidigung der Demokratie gegen Angriffe von Links- und Rechtsextremismus eingesetzt hat". (nach taz, 19.3.94)

Daß Michael Wolfsohn, der angesichts der Ereignisse bei der Berliner 9. November-Demonstration 1992 am Lustgarten schon den Bürgerkrieg in Deutschland heraufziehen sah, Arnulf Baring, der sich vehement für die Umbenennung Ostberliner Straßen und Plätze hervortut, oder Andreas Bönte, Redakteur bei Report München, hier nicht beiseitestehen wollten, ist nicht verwunderlich. Unterzeichner waren weiterhin: Herbert Ammon, Karl Othmar Freiherr von Aretin, Uwe Backes, Gerhard Besier, Wilfried Böhm, Manfred Funke, Herbert Helmrich, Eckehard Jesse, Alfred Mechtersheimer, Günter Nenning, Hans Peter Schwarz, Brigitte Seebacher-Brandt und Manfred Wilke. Dabei auch: Ost-Bürgerrechtler Wolfgang Templin und Tilman Fichter, Referent für Schulung und Bildung beim SPD-Parteivorstand.

Wolfgang Templin brachte sich erst vor einigen Wochen ins Gespräch, als er der Jungen Freiheit ein Interview gab, und ihr damit auf den Leim ging. Ist es doch erklärtes Ziel der JF-Macher, durch die Hereinnahme solcher Positionen in das Blatt das rechts-nationale Stigma aufzuweichen, um so den Stallgeruch des Faschismus vergessen zu machen. Dies müßte eigentlich auch für den radikaldemokratischen Bürgerbewegten Templin erkennbar sein. (Oder hat Micha Brumlik mit seiner Vermutung doch recht, Templin sei ein "Nischenossi", der die Geborgenheit der Volksgemeinschaft suche?). Nein, für Templin geht es um die Meinungsfreiheit, und so verwundert es nicht, daß er gegenüber der taz äußerte: "Ich bin der Meinung, daß man Leuten, deren Thesen einem nicht gefallen, nicht das Auto anzünden darf", auch wenn wohl kaum einer außer ihm soviel militanten Gehalt innerhalb der Welt-Redaktion vermutet hätte.

Fichter ("Ich definiere mich als unabhängiger Linker innerhalb der SPD"; taz, 26.3.94) wollte in der Phalanx der Meinungsfreiheit-Verfechter nicht fehlen. Der ehemalige SDS-Aktivist und Genosse von Rudi Dutschke hatte sich erst letztes Jahr mit seinem Buch Die SPD und die Nation in nationalen Kreisen empfohlen (vgl. ak 363 und ak 364). Nationale Orientierung einfordernd, steht Tilman Fichter in Zeiten der Not zur gemeinsamen nationale Sache und eilt dem Mitstreiter zu Hilfe: "Wo kommen wir hin, wenn wir anfangen, Leute ... aus dem Diskussionsspektrum auszugrenzen? Wir landen in einer Erziehungsdiktatur." (taz, 26.3.94)

Wer sich da einreihe, falle nicht nur Welt-Redakteuren in den Rücken, sondern agiere ohne Augenmaß - so die verhaltene Kritik von Peter Glotz, der Fichter vor zehn Jahren zu seinem Job verholfen hatte. Sonstiger Kommentar aus der Bonner SPD-Baracke: Der habe sich "in deutsch-nationale Positionen verrannt" (FR, 22.3.94). Micha Brumlik kommt in der taz zu einer ganz anderen Einschätzung: "Die Ehrenerklärung für Zitelmann stellt nichts weniger als die Geburtsstunde einer Neuen Rechten Intelligenzija dar." (taz, 19.3.94)

Fürwahr, durch die Berufung Zitelmanns in die Leitung der wöchentlichen Welt-Beilage ist es der neurechten Intellektuellenschar gelungen, in die Reihen der etablierten, "seriösen" Presse einzudringen - nicht mehr nur als zeitweilige Mitarbeiter, sondern in verantwortlicher Position. Sie ist jetzt nicht mehr nur auf ihre originären Blätter wie z.B. die Junge Freiheit beschränkt, sondern kann nun direkt in der ersten Reihe mitspielen und mitbestimmen. Das Projekt einer angestrebten (neu-)rechten Kulturrevolution ist ein gutes Stück vorangekommen. Dafür spricht nicht allein der Aufstieg Zitelmanns. Beunruhigender ist vielmehr, daß Menschen wie Templin, Fichter oder Nenning, die mensch vor einiger Zeit noch irgendwie der Linken zugeordnet hätten, den Zeitpunkt für gekommen halten, sich offen zu ihren neuen Freunden zu bekennen.

mb., Berlin

39. Zivilgesellschaft zwischen Affirmation und Kritik

Autor: Dirk Auer · Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:40

Die Konjunktur des Begriffs der Zivilgesellschaft in der Tagespublizistik ist zwar am Abflauen, aber in den einschlägigen sozialwissenschaftlichen Fachzeitschriften wird munter weiterdiskutiert. In diesem Beitrag soll es darum gehen, welche theoretischen und praktischen Folgen sich ergeben, wenn man - wie in der Diskussion praktiziert - die demokratische Frage von der nicht mehr länger politisch diskutierten Ökonomie abkoppelt.

Ein Aufsatz, der in problematisierender Absicht den Diskussionszusammenhang um die Zivilgesellschaft zum Gegenstand hat, sieht sich mit einem grundlegenden Problem konfrontiert: Es sind nicht nur das Fehlen von wirklich weitreichenden, systematischen Ansätzen und die Unklarheiten bezüglich verbindlicher Definitionen, die einem das Leben schwer machen; mehr noch ist es die Tatsache, daß sich der zentrale Begriff der Zivilgesellschaft einer eindeutigen Zuordnung zu Positionen innerhalb der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen entzieht. Auf die Diagnose liberaler Demokratien bezogen, reicht das Spektrum dementsprechend von der Behauptung "Die Zivilgesellschaft existiert" bis hin zu der Hoffnung, daß der Begriff zur zentralen Kategorie einer neuen, immanent ansetzenden Kritik der Gesellschaft werden könnte, die die unabgegoltenen Botschaften des bürgerlichen Programms "Freiheit, Gleichheit und Solidarität" als Maßstab hat.

Was liegt also näher, als diese Unklarheit selbst zum analytischen Leitfaden werden zu lassen? Entgegen der Tendenz, die Zivilgesellschaft entweder gleich mit dem Bestehenden zu identifizieren oder ihr nur noch korrigierende Funktion zuzugestehen bzw. auf der anderen Seite sie normativ so aufzuladen, daß sie jeglichen Bezug zu realen Gesellschaften verliert, geht es mir um die Bewahrung eines - analytisch wie politisch - gesellschaftskritischen Standpunkts, der immer auch die Reflexion über die Bedingungen der Möglichkeit aufnimmt.

Autonomie des Politischen?

Innerhalb der ehemaligen Linken ist die Diskussion um die Zivilgesellschaft mit einer grundlegenden paradigmatischen Umorientierung verbunden: Gegenüber einer in der marxistischen Tradition vorgenommenen Unterordnung des Politischen unter ökonomische Reproduktionserfordernisse, wird nun das Eigengewicht eines öffentlichen Raums als Ort rationaler Meinungs- und Willensbildungsprozesse betont, durch die die Gesellschaft bewußt auf sich selbst einwirkt. Im Gegensatz zu der seit Hegel und Marx üblichen Übersetzung von "societas civilis" in "bürgerliche Gesellschaft" schließt nun der Ausdruck Zivilgesellschaft die Sphäre der Ökonomie gerade nicht mehr ein. Den Kern der Zivilgesellschaft bilden vielmehr nicht-staatliche und nicht-ökonomische Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis.

Die Zivilgesellschaftsdebatte ist somit ein Beitrag zur politischen Theorie, speziell zur Demokratietheorie. Jede Demokratietheorie, die über die normativ anspruchslose liberale Pluralismustheorie hinausgehen will, hat sich nun um das Problem der Vermittlung zwischen freier, sich selbst behauptender Individualität und einem vernünftigen Allgemeinen zu kümmern. Hegel glaubte seinerzeit, den Ort für diese Vermittlung im Staat ansiedeln zu können. Innerhalb der Zivilgesellschaftsdiskussion ist dieses Vertrauen in den Staat jedoch verlorengegangen, statt dessen verlagern sich die normativen Erwartungen auf die peripheren Strukturen der diskursiven Meinungs- und Willensbildungsprozesse.

Bildet dies noch den gemeinsamen Grundkonsens der Diskussion, so gehen die Auffassungen hinsichtlich der Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit eines vernünftigen Allgemeinen auseinander. Soweit ich sehe, lassen sich grob zwei Argumentationslinien herausarbeiten, wobei jeweils auf unterschiedliche Traditionslinien zurückgegriffen wird: Die republikanische Lesart der Zivilgesellschaft begreift Demokratie als das gemeinsame Handeln tugendhafter BürgerInnen, während die in kantischer Tradition stehenden Ansätze die BürgerInnen von moralischen Zumutungen entlasten und dieselben in den formalen, verfassungsrechtlich abgesicherten Prozeduren der Kommunikation verankern. Zu letzteren ist die Konzeption von Jürgen Habermas zu zählen, auf den ich im nächsten Abschnitt genauer eingehen werde.

Die republikanische Lesart geht begriffsgeschichtlich bis auf Aristoteles zurück, so daß es sich empfiehlt, sich dieser theoretischen Tradition kurz zu versichern: Der aristotelischen Ethik zufolge werden die Tugenden erst im gemeinsamen Tun erworben, sie entspringen nicht der Einsicht, sondern entwickeln sich durch Praxis. (Die

aristotelische Ethik grenzt sich explizit von der theoretischen Philosophie ab, die auf das Unveränderliche, Ewige gerichtet ist.)

Ein Rückgriff auf die Antike hat jedoch immer zum Problem, daß die notwendigen gesellschaftlichen Grundlagen nicht mehr existieren: Im griechischen Stadtstaat ist die Sphäre der Polis streng von der Sphäre des Oikos (Haushalt) getrennt; das auf Sklavenwirtschaft beruhende Reich der Notwendigkeit bleibt im Schatten der Privatsphäre versunken. Ihm gegenüber hebt sich im Selbstverständnis der Griechen die Öffentlichkeit als ein (von produktiver Arbeit und materiellen Sorgen entlastetes) Reich der Freiheit ab. Die gemeinsame Praxis wird aber in dem Maße prekär, wie sich die ökonomischen Bedingungen, unter denen sich der Reproduktionsprozeß vollzieht, mit Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft wandeln: Diese liegen fortan außerhalb der Schranken des eigenen Haushalts. Mit der vollen Entfaltung des Kapitalismus lebt das gesellschaftliche Ganze nur noch "durch Entfesselung der Eigentumsinstinkte aller Einzelnen. Indem sie sich um Gewinn, Erhaltung und Vermehrung von eigenem Besitz kümmern, wird es erhalten." (Horkheimer 1933, S.116)

An dieser Stelle setzt der aktuelle Tugenddiskurs mit seiner Forderung ein, das eigene Interesse unter das des Allgemeinwohls zu stellen; er reinigt den Begriff der Zivilgesellschaft von jeglichem strategischem Handeln und verlagert die normativen Erwartungen auf das individuelle Verhalten der gemeinwohlorientierten StaatsbürgerInnen. Die Forderung, das Eigeninteresse unter das des Allgemeinwohls zu stellen, wäre jedoch sinnlos, "wenn die besonderen Interessen und die Bedürfnisse der Allgemeinheit nicht höchst ungenau, sondern mit Notwendigkeit ineinander griffen. Daß dies aber nicht geschieht, ist der Mangel an der bürgerlichen Wirtschaftsform: Zwischen dem freien Wettbewerb der Individuen als dem Mittel und der Existenz der Gesamtgesellschaft als dem Vermittelten besteht keine vernünftige Beziehung. Der Prozeß vollzieht sich nicht unter der Kontrolle eines bewußten Willens, sondern als Naturvorgang." (Horkheimer 1933, S.116)

Der Tugenddiskurs löst das, was zusammen gedacht werden muß, einseitig auf. Interessant ist auch die Vermutung von Heins, daß die "Diskreditierung öffentlichen Handelns, in das auch nur teilweise Nutzenerwägungen von beteiligten Akteuren eingehen, einen spezifischen sozialen Adressatenbezug (den des Mittelstands, D.A.) der Demokratietheorie herstellt ..." (Heins 1992, S.239). Diese Version des Zivilgesellschafts-Diskurses hat die Tendenz, den "Mythos eines desinteressierten Engagements zu beleben und damit die Pluralität öffentlicher sozialer Kämpfe an einem restriktiven Legitimitätsstandard zu messen." (ebd.) Die ungleichen materiellen Lebenschancen der gesellschaftlichen Gruppen und die daran geknüpfte Genese von Interessen werden dabei systematisch vernachlässigt.

Ein weiteres Beispiel, welche Folgeprobleme sich bei der Ausklammerung ökonomisch produzierter Ungleichheiten und Herrschaftsverhältnisse für die theoretische Analyse ergeben, ist der Ansatz von Rödel/Frankenberg/Dubiel, wie er in dem 1989 erschienenen Essayband "Die demokratische Frage" entwickelt wurde. Ihr normativer Begriff der Zivilgesellschaft unterstellt Machtbildung durch das Zusammenwirken autonomer AktivbürgerInnen mit prinzipiell gleichem Zugang zur öffentlichen Sphäre. Von Bourdieu wäre aber zu lernen, daß der (durch sozio-ökonomische Verhältnisse hervorgerufene) ungleiche Besitz an ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital die Zugangschancen strukturell begrenzt. Es werden "diejenigen, die als Subalterne außerhalb von Öffentlichkeit, Politik und Intellektualität stehen, die die Sprache der Politik nicht sprechen, die nicht anschlußfähig sind, (...) programmatisch ausgeschlossen. Volkssouveränität wird zur Souveränität derjenigen, die immer schon kommunizieren und sich immer schon verstanden haben." (Demirovic 1991, S.47)

Der Tugenddiskurs und "Die demokratische Frage" sind nur zwei Beispiele für die insgesamt vorherrschende Tendenz in der Zivilgesellschaftsdiskussion, die ökonomischen Grundlagen und deren Einfluß auf das Handeln der Akteure aus der Analyse auszublenden. Es wird so getan, "als könne Politik sich gleichsam autonom etablieren, als entspreche ihr in glücklicher Analogie die vorausgesetzte und nicht mehr politisch diskutierte Ökonomie". (Narr 1991, S.221) Narr weiter: "Daß der kapitalistische Markt von mächtigen, bürokratischen Korporationen mit ihrer globalen Reichweite, ihren Hauptstaaten und transnationalen Einrichtungen bestimmt wird - ohne daß diese Unternehmen ihrerseits irgend autonom bestimmen könnten -; daß die Weltmarktkonkurrenz wissenschaftlich, technisch und politisch die kleinen Wissenschafts-, Technologie- und Politikmärkte dominiert; daß der ‚Hunger nach Mehrwert` oder, nichtmarxistisch ausgedrückt, das perpetuum mobile des Profit-, Expansions- und Wachstumsmotivs auch die gesamte politische Kultur der Länder durchdringt und gleichschaltet; daß diese in Waren-, Konsum- und Besitzmotive subjektivierten Motoren der

ungleichen, raubbauenden Dynamik Märkte, Gesellschaften, ja noch die Individuen selbst aufspalten und sie geradezu moralisch ohnmächtig machen; daß also die Dissoziation weltweit und innergesellschaftlich Triumph ist und vom gerade nicht autonomen politischen System mühsam und bürokratisch, die Dissoziation eben nicht aufhebend, zusammengehalten wird - diese lange Kette von Faktizitäten und dahinterstehenden funktionalen Imperativen der gesellschaftlichen und politischen Form der kapitalistischen Ökonomie werden in kaum noch verständlicher perspektivischer Einstellung übersehen." (ders., S. 221 f)

Zivilgesellschaft zwischen System und Lebenswelt

(J. Habermas)

Die Bedeutung der Theorie von Jürgen Habermas für den vorliegenden Diskussionszusammenhang liegt darin, daß seine Konzeption von Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit in eine umfassende Gesellschaftstheorie eingebettet bleibt.

Habermas unterscheidet zwischen "Lebenswelt" und "System" als gesellschaftlichen Bereichen, denen unterschiedliche Handlungsformen und Integrationsprinzipien entsprechen. Entwicklungsgeschichtlich allen Systembildungen vorausgesetzt, ist die über kommunikatives Handeln integrierte Lebenswelt, als Ort, wo Menschen ihre Handlungspläne über das Medium Sprache verständigungsorientiert koordinieren. Durch den Prozeß der gesellschaftlichen Rationalisierung der Lebenswelt (wodurch traditionale und religiöse Weltbilder ihre konsensstiftende Kraft verlieren) und durch die zunehmende Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse steigt das Dissensrisiko, und es kommt zur Ausdifferenzierung von Systemen wie Ökonomie und staatliche Bürokratie, in denen Sprache als Medium der Handlungskoordinierung durch die Steuerungsmedien Geld und Macht ersetzt wird.

Der Prozeß der Ausdifferenzierung wird von einem Prozeß der Entkopplung begleitet, d.h. die Systeme verselbständigen sich zunehmend und programmieren sich weitgehend selbst nach Maßgaben der ihnen eigenen Rationalität von Effizienz und Profit.

Habermas' Gegenwartsdiagnose besteht nun darin, daß die verselbständigten Systeme auf die Lebenswelt zurückschlagen und diese in ein Abhängigkeitsverhältnis bringen, sie kolonialisieren. Er spricht von einer "Monetarisierung und Bürokratisierung der Alltagspraxis". Sinn und Ziele des Handelns können kaum mehr in die lebensweltliche Kommunikation eingeholt und nach den Regeln der praktischen Vernunft von den beteiligten Menschen selbst bestimmt werden. Sie werden immer mehr von den verselbständigten Steuerungsmedien vorgegeben.

Für Habermas verläuft die Hauptkonfliktlinie moderner Gesellschaften folglich zwischen "System" und "Lebenswelt". In diesem Kontext siedelt er auch die demokratische Frage an. Es geht um die theoretisch und politisch zu klärende Frage, ob und wie den systemischen Kolonialisierungstendenzen Einhalt geboten werden kann, damit um die "Förderung einer neuen Gewaltenteilung: Die sozialintegrative Gewalt der Solidarität soll sich über weit ausgefächerte demokratische Öffentlichkeiten und Institutionen gegen die beiden anderen Gewalten, Geld und administrative Macht, behaupten können." (Habermas 1990, S.199)

"Öffentlichkeit" beschreibt Habermas als ein "Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen (...); dabei werden die Kommunikationsflüsse so gefiltert und synthetisiert, daß sie sich zu themenspezifisch gebündelten öffentlichen Meinungen verdichten." (ebd., S.436) Aus soziologischer Perspektive erhält die Öffentlichkeit die Funktion eines "Warnsystems", eines "Resonanzbodens für Probleme", die von den funktional spezifizierten Handlungssystemen erzeugt werden. Die gesellschaftlichen Probleme werden als Reflex zuerst in persönlichen Lebenserfahrungen sichtbar. Durch die Personalunion zwischen den StaatsbürgerInnen als TrägerInnen der politischen Öffentlichkeit und GesellschaftsbürgerInnen bleiben die Kommunikationskanäle an die privaten Lebensbereiche angeschlossen.

Institutionell verankert in der Lebenswelt sind die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit durch autonome zivilgesellschaftliche Institutionen, "jene nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis (...), welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten". (ebd., S.443)

Habermas verweist auf die Soziologie der Massenkommunikation, die hinsichtlich dieser Möglichkeit, angesichts der massenmedial beherrschten Öffentlichkeit westlicher Demokratien, eher ein skeptisches Bild vermittelt. Dennoch möchte er plausibel machen, daß die Zivilgesellschaft unter bestimmten Umständen in der Öffentlichkeit Einfluß gewinnen, über eigene öffentliche Meinungen auf das politische System einwirken und dieses zur Umstellung des normalen Machtkreislaufs nötigen kann: Die "zivilgesellschaftlichen Akteure (können) unter Bedingungen einer wahrgenommenen Krisensituation eine überraschend aktive und folgenreiche Rolle übernehmen (...). Trotz geringer organisatorischer Komplexität, schwacher Handlungsfähigkeit und struktureller Benachteiligung erhalten sie dann nämlich, für die kritischen Augenblicke einer beschleunigten Geschichte, die Chance, die Richtung der konventionell eingespielten Kommunikationskreisläufe in der Öffentlichkeit und im politischen System umzukehren und damit den Problemlösungsmodus des ganzen Systems zu verändern." (ders., 1992, S. 460)

Gegenüber den Zentren der Politik besitzt die zivilgesellschaftliche Peripherie den Vorzug größerer Sensibilität für die Wahrnehmung gesellschaftlich relevanter Probleme. Dies versucht Habermas mit einer Aufzählung der großen Themen des letzten Jahrzehnts zu belegen: Wettrüsten, Atomenergie, Gentechnik, Feminismus, steigende Immigration usw. Fast keines dieser Themen sei zuerst von Akteuren aus dem politischen System aufgebracht worden. Statt dessen seien sie von den Betroffenen selbst, von Intellektuellen, selbsternannten "Anwälten" benannt worden. "Von dieser äußersten Peripherie aus dringen die Themen in Zeitschriften und interessierte Vereinigungen, Clubs, Berufsverbände, Akademien, Hochschulen usw. ein und finden Foren, Bürgerinitiativen und andere Plattformen, bevor sie gegebenenfalls in gebündelter Form zum Kristallisationskern von sozialen Bewegungen und neuen Subkulturen werden." (ebd., S.461) Durch eine wirksame "Dramatisierung der Beiträge" nehmen sich die Massenmedien der Sache an und gelangen so auf die "öffentliche Agenda", bis schließlich "die Themen über Wahlerfolge, über die vorsichtig erweiterten Programmatiken der ‚Altparteien`, Grundsatzurteile der Justiz usw. in Kernbereiche des politischen Systems vordringen und dort formell behandelt werden." (ebd.)

Wenngleich Habermas einer der wenigen ist, bei dem das Konzept der Zivilgesellschaft in eine umfassende Gesellschaftstheorie integriert ist, bleibt doch ein Ungenügen:

- Es ist nicht einzusehen, wie Habermas - angesichts der jüngsten Auseinandersetzungen um Flüchtlingsheime, der Bildung von Bürgerwehren usw. - die Behauptung halten kann, daß "in Fällen einer krisenabhängigen Mobilisierung ... unter diesen Bedingungen (einer liberalen Öffentlichkeit, D.A.) die informelle öffentliche Kommunikation (sich) in Bahnen (bewegt), die einerseits die Zusammenballung populistisch verführbarer Massen verhindern und andererseits die zerstreuten kritischen Potentiale eines über die Medienöffentlichkeit nur noch abstrakt zusammengehaltenen Publikums zusammenführen ..." kann. (ebd., S.462)

Habermas bindet seine Hoffnung auf die Vernünftigkeit der Ergebnisse der diskursiven Meinungs- und Willensbildung an die Einhaltung der anspruchsvollen Diskursregeln und dem aus ihnen entwickelten Demokratieprinzip, d.h. an "formale Kriterien des Zustandekommens", also daran, ob jede/r Betroffene die Möglichkeit hatte, seine/ihre Interessen zu äußern, ob die Argumente rational verarbeitet wurden usw. Dies für die gegebene, durch Partikularinteressen zerrissene Gesellschaft vorauszusetzen, scheint mir eine zu starke Bedingung.

- Habermas bedient sich in seinen Ausführungen der Methode der Rekonstruktion, die die im Rechtsmedium und Rechtsstaat enthaltenen normativen Gehalte zum Vorschein bringen will. Dies ist m.E. sehr aufschlußreich, um nicht - wie die Systemtheorie - die Phänomene unter Beschreibungen zu bringen, "die die Ohnmacht der kommunikativen Macht a fortiori ("vom Stärkeren her": nach dem stärker überzeugenden Grunde; erst recht, umso mehr; Anm. Duden) entlarven". (ebd., S.415)

Andererseits besteht hierbei jedoch die Gefahr, daß die Theorie ihren kritischen Stachel verliert. Der empirische Blick scheint die schlimmsten Annahmen über eine manipulierte, mediengesättigte Öffentlichkeit aus Habermas' Buch "Strukturwandel der Öffentlichkeit" zu bestätigen. (Habermas dagegen revidiert in einem Vorwort zur Neuauflage explizit frühere Analysen: "Die Resistenzfähigkeit und vor allem das kritische Potential eines in seinen kulturellen Gewohnheiten aus Klassenschranken hervortretenden, pluralistischen, nach innen weit differenzierten Massenpublikums habe ich seinerzeit zu pessimistisch beurteilt." (Habermas 1990, S.30))

In "Faktizität und Geltung" beschränkt sich Habermas darauf, an das "normative Selbstverständnis der Massenmedien" zu appellieren, die öffentliche Diskussion zu fördern und mit solchen Informationen zu versorgen, die für die Lösung der drängenden Probleme relevant sind.

- Ein weiteres Problem ist die ausgesprochen defensive Formulierung der Möglichkeit demokratischer Interventionen. Es sind - so Habermas - ausschließlich Krisensituationen, aus denen eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung hervorgehen kann. Und auch dann hat sich die Zivilgesellschaft in ihrer radikal-demokratischen Praxis selbst zu begrenzen: Es geht um den Erwerb von Einfluß, nicht um politische Macht. Aufgabe der Zivilgesellschaft ist das Moralisieren öffentlicher Konflikte, argumentatives Aufstöbern und eben nicht direkte Intervention. Dadurch wird jedoch der Anspruch der "demokratischen Selbstorganisation einer Rechtsgemeinschaft" relativiert.

- Für unseren Diskussionszusammenhang entscheidend ist jedoch, daß sich Habermas hinsichtlich der demokratischen Frage ausschließlich auf die Achse "politisches System - Zivilgesellschaft" beschränkt. Das verrät ein großes (angesichts der weltweiten Krise sozialdemokratischer Regierungen m.E. fragwürdiges) Vertrauen in die Regulierungsfähigkeit des Staates, der über das Medium Recht auch auf die Ökonomie einwirkt. Unanalysiert bleiben (u.a. von Ulrich Beck diagnostizierte) Entwicklungen hin zu einer "Entmachtung von Politik" und einer daraus folgenden Tendenz zu einer autoritären Technokratie: Die Produktion von Gefährdungen ist in der Regel an Investitionsentscheidungen gebunden, die sich dem Zugriff der Politik weitgehend entziehen. Wissenschaftlich-technische Entwicklung und Rationalisierung wirken über die ungesehenen und nicht verantworteten Nebenfolgen als "undemokratische Gesellschaftsveränderung". (vergl. Beck 1986, S.302)

Die den Systemen innewohnenden Logiken werden jedoch von Habermas nicht in Frage gestellt. Nimmt man aber seinen Gedanken ernst, "wonach Menschen nur in dem Maße als freie Subjekte handeln, wie sie genau den Gesetzen gehorchen, die sie sich gemäß ihren intersubjektiv gewonnenen Einsichten selber geben" (Habermas 1992, S.537), dann ist Freiheit in dem Maße bedroht, wie sich ökonomische Imperative hinter dem Rücken der Subjekte durchsetzen. Die demokratische Frage darf demnach nicht an der Frage der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel halt machen.

Emanzipatorische Politik und Zivilgesellschaft

Die innerhalb der Zivilgesellschaftsdebatte aufgeworfenen Fragen bieten zunächst eine wichtige Hilfe, den Rahmen abzustecken, innerhalb dessen sich eine kritische Theorie der Gesellschaft und eine emanzipatorische Politik neu verorten müssen. Dies betrifft in allererster Linie die Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Der Umbruch in Osteuropa kann unter anderem auch als das Scheitern des Versuchs, eine komplexe Industriegesellschaft von einem Zentrum aus steuern zu wollen, gesehen werden. Aber auch die Sozialdemokratie muß realisieren, daß es eine Illusion ist, zu glauben, mit administrativen Mittel emanzipierte Lebensformen hervorbringen zu können: Die rechtlich-administrativen Mittel der Umsetzung sozialstaatlicher Programme stellen kein eigenschaftsloses Medium dar. "Vielmehr ist mit ihm eine Praxis der Tatbestandsvereinzelung, der Normalisierung und Überwachung verknüpft, deren verdinglichende und subjektivierende Gewalt Foucault bis in die feinsten kapillarischen Verästelungen der Alltagskommunikation hinein verfolgt hat." (Habermas 1985, S.151)

Wenn nun der Staat selbst zum Problem geworden ist und sich emanzipative Politik nicht mehr in etatistischen Machtergreifungsstrategien erschöpfen darf, muß das erforderliche Steuerungs- und Reflexionspotential woanders gesucht werden. Es stellt sich somit die schwierige Aufgabe, die demokratische Verallgemeinerung von Interessenlagen bereits unterhalb der Schwelle zum politischen System zu ermöglichen.

Emanzipative Politik hat demnach in der Zivilgesellschaft anzusetzen. Programmatisch geht es um die Stärkung unmittelbar-demokratischer und selbstorganisierter politisch-sozialer Strukturen, um die "praktische Entwicklung von Lebens-, Vergesellschaftungs- und Politikformen, die den herrschenden diametral entgegengesetzt sind, die bestimmte Umgestaltung von Konsumgewohnheiten, der Formen von Öffentlichkeit und Interessenvertretung, der Natur- und Geschlechterverhältnisse, der Produktions- und Arbeitsweisen ..." (Hirsch 1992, S.47)

Demokratische Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich nicht auf das Ausschmücken des Bestehenden begrenzen, kollidieren notwendigerweise mit den in der gesellschaftlichen Struktur verankerten administrativen und ökonomischen Gewaltverhältnissen. Zivilgesellschaft ist deshalb immer auch eine Sphäre des Kampfes um "kulturelle Hegemonie" und gegen die strukturelle Gewalt, die der Existenz einer wirklich demokratischen Zivilgesellschaft entgegensteht; diese ist nur zu erreichen, wenn die bestehende überwunden wird.

Auf der einen Seite geht es deshalb um die Rücknahme staatlich-bürokratischer Funktionen in dezentrale gesellschaftliche Zusammenhänge, um das allmähliche "Zurücktreten von Zwang und Gesetz gegenüber unmittelbarer demokratischer Verwaltung, Vereinbarung und Kompromißbildung". (Hirsch 1990, S.172) Auf der anderen Seite greift die Antwort auf die demokratische Frage jedoch zu kurz, wenn sie ausschließlich in der Sphäre des Politischen verbleibt und vor dem Problem der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haltmacht. Eine Konzeption der Zivilgesellschaft, die in ihre Überlegungen nicht den stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse miteinbezieht, bleibt theoretisch und praktisch ungenügend. Vielmehr noch: Sie droht sich in Ideologieproduktion zu verkehren.

Dirk Auer

Literatur:

- Beck Ulrich, Risikogesellschaft, Frankfurt/M 1986

- Demirovic Alex, Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit, Demokratie, in: Argument 185, 1991

- Habermas J., Die Krise des Wohlfahrtsstaats und die Erschöpfung utopischer Energien, in: ders., Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt/M 1985

- ders., Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt/M 1990

- ders., Faktizität und Geltung, Frankfurt/M 1992

- Heins Volker, Ambivalenzen der Zivilgesellschaft, in: Politische Vierteljahresschrift 2/92

- Hirsch Joachim, Kapitalismus ohne Alternative?, Hamburg 1990

- ders., Das Ende der "Zivilgesellschaft", in: Widerspruch 24/92

- Horkheimer Max, Materialismus und Moral, 1933, in: Schriften 1931-1936

- Narr Wolf-Dieter, Vom Liberalismus der Erschöpften, in: Blätter 2/91

40. Die Schwierigkeiten des "großen Wurfs". Anmerkungen zum Rußland-Artikel von Kai Ehlers

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:32

Kai Ehlers hat im letzten ak (Nr. 364; S.28-30) einen umfassenden, informationsreichen und durchdachten Versuch unternommen, die Probleme des heutigen Rußland von den Voraussetzungen der russischen Geschichte her zu interpretieren und perspektivisch zu diskutieren. Das ist in dieser Ganzheitlichkeit in der linken Publizistik meines Wissens ein einmaliger und interessanter Ansatz. Der Text hat, wie man hier und da zu hören kriegt, starke Kritik hervorgerufen. Vieles davon scheint sich mehr an einzelnen fragwürdigen oder provokanten Formulierungen des Autors festzumachen als an der Gesamttendenz oder den substantiellen Aussagen des Textes. Schriftliche Diskussionsbeiträge sind leider bisher zu Kai's Essay nicht eingetroffen; aber heute noch zu irgendeinem Thema eine Debatte in der linken Presse zu führen, erweist sich ohnehin als fast unmöglich, und das Thema "Rußland", zumal mit dem sehr umfassenden Ansatz von Kai behandelt, birgt wohl besondere Schwierigkeiten.

"Russisch - ein Glaube"

Ganz allgemein gesprochen sehe ich das Problem, daß jede so umfassende Sicht auf die Dinge und der Versuch ihrer zusammenfassenden "Einordnung" und Interpretation eine Tendenz zum Generalisieren enthält: Man muß zwangsläufig versuchen, allgemeingültige Aussagen zu treffen, die aber keineswegs auf jeden wirklichen Einzelfall zutreffend sein können: nicht jede Russin ist "sinnlich", nicht jeder Russe ist ein Choleriker, um zwei der von Kai angeführten Klischees zu zitieren. Und selbstverständlich sehnen sich nicht alle RussInnen nach der "harten Hand" eines autokratischen Herrschers, auch wenn das noch so oft und gern behauptet wird.

Daß viele RussInnen anscheinend selbst dazu neigen, über ihr Volk und seine Individuen in solchen Klischees zu denken, sollte für einen Autor kein Grund und keine Rechtfertigung sein, die verallgemeinernden Kategorien zu übernehmen. Bei Kai wird mir überhaupt nicht deutlich, wieweit er mit einigen dieser Klischees vielleicht nur ironisch spielen will - etwa: "die Russinnen gelten als die sinnlichsten Frauen der Welt" -, oder wieweit er sie als Quasi-Fakten zu Eckpfeilern seiner eigenen Beweisführung zu machen versucht.

Nehmen wir den folgenden Passus, von Kai unter die Zwischenüberschrift ‚Russisch` - ein Glaube" gesetzt: "‚Russe`, das ist keine ethnische Bezeichnung, es benennt eine kulturelle Zuordnung: Weite, Vielfalt, Grenzenlosigkeit, ja, Haltlosigkeit und Zerrissenheit, Melancholie und die Neigung zu zerfließen, auf der anderen Seite Spontaneität, Improvisationsgabe, Vielseitigkeit - das sind Begriffe, die nicht von ungefähr auch von Menschen in Rußland selbst mit ‚russisch` assoziiert werden. Entschlossenheit, Entschiedenheit, Eindeutigkeit und dergleichen haben sie dagegen immer wieder bei anderen, wesentlich westeuropäischen Völkern gesucht, deren Vertreter oder Vertreterinnen nicht nur die Kiewer, sondern auch die Moskauer Fürsten immer wieder ins Land geholt haben."

Der historische Hinweis ist zweifellos korrekt. Er könnte mühelos ins 20. Jahrhundert hinein verlängert werden. Hat nicht Lenin so etwas gesagt wie "Vom Deutschen lernen"? - Lenin, als Glied in einer langen Kette ähnlich denkender Exil-Russen, hat Sekundärtugenden wie Effektivität, Disziplin, Systematik offensichtlich für Dinge gehalten, für die "der Russe" aufgrund seiner speziellen historischen und kulturellen Voraussetzungen seine Vorbilder im Ausland, vorzugsweise in Westeuropa und den USA, suchen müsse.

Die älteste russische Chronik beschreibt, wie ostslawische Stämme schon vor über tausend Jahren die Tradition eröffneten, sich ausländische Experten ins Land zu holen: Man habe damals Boten zu den Warägern (Wikinger) geschickt mit der Bitte, die Herrschaft zu übernehmen. Das Land sei zu groß und seine Bewohner zu ungebildet, um sich selbst regieren zu können. "Kommt, um über uns zu herrschen!"

Etwas Vergleichbares gibt es wohl in keiner anderen Nation. Diese anekdotische, mehr symbolische als realistische Erzählung hat im vorigen Jahrhundert erbitterte Kontroversen in der russischen Intelligenz hervorgerufen. Ebenfalls zu dieser Zeit begann sich eine Polarität der Auffassungen herauszubilden, die auch heute weiterwirkt: Auf der einen Seite die "Westler", die im Sinne der alten Saga die Rückständigkeit und die

mentalitätsmäßigen Defekte des russischen Volkes betonten, und die sich eine Hebung des allgemeinen Niveaus, eine allgemeine Modernisierung der Verhältnisse primär von westlichen Vorbildern versprachen. Auf der anderen Seite die "Slawophilen", die die Kraft der eigenen kulturellen Traditionen betonten und für Rußland geradezu eine welthistorische Mission konstruierten. Während die eine Tendenz im Extremfall bis hin zur Verachtung des eigenen Volkes und zur glorifizierenden Unterwürfigkeit gegenüber dem Westen ging, konnte die andere bis zur Xenophobie, kulturellen Intoleranz und nationalistischen Überheblichkeit gehen. Noch in den Angriffen der späten Stalinzeit gegen die "Kosmopoliten", die "alles Ausländische anbeten" und die eigentlichen russischen Qualitäten zerstören wollen, klingt die alte Konfrontation aus dem 19. Jahrhundert nach.

Daß es diese Polarität im russischen Denken gab und gibt, ist nicht zu bestreiten. Meine Frage an dieser Stelle ist aber, ob es gerechtfertigt und zweckmäßig ist, die russische Klischee-Bildung über sich selbst, über ihre heikle Position zwischen Europa und Asien, usw., quasi wie Fakten in eine solche Diskussion einzuführen, wie Kai sie anzustoßen versucht. Könnte es nicht sein, daß die klassischen Klischees, "der Russe" sei nun einmal so oder so, selbst nicht nur Beschreibung der Misere, sondern zum Teil auch deren Mitverursacher sind?

Europa oder Asien?

"Europa, Asien oder keines von beidem?", fragt Kai in einer Zwischenüberschrift, und gibt gleich selbst die Antwort: "Rußland ist nicht Asien, aber auch nicht Europa. Es entstand als Brücke zwischen beidem, zeitweilig eher nach Westen, dann wieder nach Osten tendierend, dazwischen unentschieden in sich selbst versunken."

Die Fragestellung hat bekanntermaßen das russische Denken seit langem bewegt, auch ganz im Sinn der eben dargestellten Tendenz, sich auf extremen Polen zu definieren: "entweder-oder", bzw. als dritte Option vielleicht noch ein "sowohl als auch". Die Beschäftigung mit dem sogenannten asiatischen Anteil an der eigenen Geschichte und an der eigenen Individualität hat russische Denker bis Lenin und darüber hinaus intensiv beschäftigt. Häufig mit der Tendenz, das "Asiatische" in sich selbst für alle Rückständigkeiten des russischen Lebens, für alle dunklen Seiten in der eigenen Persönlichkeit verantwortlich zu machen, also Fortschritt wesentlich als Emanzipation vom "asiatischen" Anteil der russischen Geschichte und Nationsentwicklung zu begreifen.

Ich halte bereits die Fragestellung "Europa oder Asien?" für so vollständig und destruktiv falsch, daß zwangsläufig jede Antwort, sogar das eigentlich sympathische "sowohl als auch", in die Irre führt. Denn: was ist "Europa", was ist "Asien"? Beide existieren nur als künstliche Klischees, als Eckpfeiler einer durch und durch belasteten, ebenso schädlichen wie schändlichen ideologischen Debatte und Propaganda.

Erinnert sei an dieser Stelle an die von Hitler oft bemühten historischen Bilder, wie etwa: "Die Steppen des Ostens haben noch einmal ihre Millionenmassen sich gegen Europa wälzen lassen"; "die bestialisch niedergemetzelten Menschenmassen, die dieser innerasiatischen Flut genauso zum Opfer fallen würden, wie es in der Zeit der Hunnen- und Mongolenstürme einst schon der Fall war"; der "drohende Ansturm des innerasiatischen Ostens, dieser ewig latenten Gefahr für Europa", der ewige Schicksals- und Abwehrkampf Europas gegen Asien, usw.

Wahrscheinlich könnte man etliche analoge Zitate Schirinowskijs zusammenstellen - nur mit dem Unterschied, daß er Rußland selbstverständlich nicht für die Speerspitze der "asiatischen Horden", sondern für das entscheidende Bollwerk des zivilisierten Europas erklärt, an dem sich die alles niederwalzenden "Fluten Asiens" immer wieder brachen.

Zunächst einmal: Dieser Begriff von Asien ist selbstverständlich in absurder Weise reduziert. Mit den bedeutendsten Kulturen Asiens - China, Indien, Japan u.a. - ist Rußland nie - oder erst spät und nur am Rande - in direkten Kontakt gekommen; von ihnen ist in diesem ganzen Zusammenhang auch überhaupt nicht die Rede. Was sich in diesem Raum abgespielt hat, ist die uralte Konfrontation seßhaft gewordener mit nomadischen Völkern, wobei in der Regel die einen mit dem Etikett "Zivilisation" und die anderen mit dem Etikett "Rückständigkeit und Barbarei" versehen werden, hier nun zusätzlich noch mit den Stempeln "Europa" und "Asien". So reduziert betrachtet war das Verhältnis "Europa-Asien" immer wieder von Gewalt geprägt, wobei die aggressive Bewegungsrichtung tatsächlich jahrhundertelang sehr einseitig von Osten nach Westen verlief. Wenn in Bezug auf die russische Geschichte von "Asien" gesprochen wird, so hat dies von vornherein

einen ganz bestimmten Klang, und es hat, wie gesagt, mit den meisten Kulturen Asiens wirklich kaum etwas oder gar nichts zu tun.

Zweitens: "Asien" ist ein rein geographisch definierter Begriff, der unter ziemlich irrelevanten Gesichtspunkten Dinge vereint, die wenig miteinander zu tun haben; Völker, die bis zur Neuzeit kaum miteinander in Berührung kamen; sehr alte Kulturen, die sich Jahrhunderte, Jahrtausende lang kaum oder gar nicht gegenseitig beeinflußt haben. Der Begriff "Asien" selbst ist ein Kristallisationspunkt eurozentrierten Denkens und macht überhaupt nur aus diesem Blickwinkel einen gewissen Sinn, insofern ähnlich etwa der künstlichen Zusammenfassung "Afrika". Da die jeweiligen Kontinente nur auf dem Atlas als solche zu erkennen sind, in Wahrheit aber äußerst differenziert sind, zieht die Definition dessen, was "Asien" oder "Afrika" denn nun eigentlich sei, zwangsläufig Rattenschwänze von Klischees und fragwürdigen Generalisierungsversuchen hinter sich her.

Mit "Europa" verhält es sich im Grunde ähnlich: der Begriff ist so elend befrachtet und kompromittiert, daß er kaum einen Nutzen zu stiften vermag. Wer ist "Europäer", und vor allem: wer nicht? Die Türken so gerade eben noch ja, die Algerier eher nein, die Russen weder noch oder sowohl als auch? Und was ist mit den Israelis? - Haben solche Fragestellungen jemals etwas zum menschlichen Fortschritt, zum besseren Verständnis der Menschen untereinander beigetragen, oder haben sie nicht allzu oft dem Gegenteil gedient?

"Europa" im Sinne der Landkarte hat, soviel ist historisch sicher, zur ursprünglichen Kulturentwicklung der Menschheit wenig Originelles beigetragen. Das "Europa" der Antike bezog die Elemente seiner Zivilisation größtenteils aus "Asien", bzw. dem, was man damals darunter verstand: die Türkei, der Nahe und Mittlere Osten, das östliche Nordafrika (Ägypten). Dieses kulturelle Erbe nachträglich wieder in "europäische" und "asiatische" Bestandteile zerlegen zu wollen, muß also schon vom Denkansatz her zu falschen und in der praktischen Weiterentwicklung zu gefährlichen Schlußfolgerungen führen.

Enteignete Seelen

Betrachten wir nun folgenden Satz aus Kai's Artikel: "Russisch-sein, das heißt, an einen Sinn im Chaos zu glauben. Russe sein heißt herrschen." - Das ist so eine Sentenz, die vielleicht eine literarisch gelungene und erlaubte Zuspitzung sein mag, aber die ich als sehr bedenklich in Frage stellen würde, besonders in ihrem zweiten Teil. Was bedeutet denn das für den jeweils konkreten Menschen, der im Durchschnitt nichts weiter beherrscht als seine Frau und seine Kinder, was man aber auch für zig andere Völker mit gleichem Recht als "typisch" angeben könnte? Wie groß mag wohl der Anteil der Russen gewesen sein, die im Zarenreich oder später in der Sowjetunion reale Herrschaftsfunktionen ausübten? Zehn Prozent oder sogar noch weniger?

Literarische Sentenz, die dem "abklopfen" nicht standhält, ist aus meiner Sicht auch folgender Satz in Kai's Essay: "Der sowjetische Mensch war der von seiner Seele enteignete Mensch, der Mensch ohne Eigenschaften." - Der "Mann ohne Eigenschaften" ist eine bekannte literarische Figur, aber was soll das Zitat in diesem konkreten Zusammenhang aussagen? Zweifellos hat in der Realität jeder Mensch individuelle Besonderheiten; es gibt nicht den "Menschen ohne Eigenschaften", und selbst der härteste Stalinismus hat ihn weder in der Theorie noch in der Praxis angestrebt. Der Begriff des "Menschen ohne Eigenschaften" in Kai's Text erklärt meinem Verständnis nach rein gar nichts, sondern öffnet nur eine breite Tür zu Mißverständnissen und klassischen Klischees. Stichwort "blaue Ameisen".

So auch die Aussage, "dem sowjetischen Menschen" sei seine Seele weggenommen worden - ein Motiv, das an anderer Stelle des Essays auch in den Formulierungen "seelenlose Gleichmacherei" und "seelenloser Atheismus" anklingt. Letzteres eine zusätzlich fragwürdige Formulierung, weil "seelenlos" nun einmal ein abwertender Begriff ist, so daß die Wortkombination - da nicht ausreichend erklärt - auch als Denunzierung des Atheismus schlechthin mißverstanden werden könnte.

Gewiß, jede geistige Auflehnung und Seelenunruhe wird selbstgefällig, unfruchtbar, fad und schließlich selbst zur Provokation neuer Auflehnung, wenn sie per Staatsmacht zur "verordneten", zur einzig zugelassenen Weltanschauung wird. Im Kern ist das der Widerspruch jeder Revolution: Indem sie die Macht erobert, beginnt sie sich intellektuell und moralisch auch schon selbst zu zerstören. In dem Maß jedoch, wie nun der Atheismus in Rußland nicht mehr "staatlich verordnet" ist, wird auch seine Wiederentdeckung und Wiedergewinnung als geistig und moralisch vollwertige, durchaus nicht per se "seelenlose" Alternative wieder möglich.

Allgemein gesprochen: In vielerlei Hinsicht erscheint mir die Oktoberrevolution nicht als ein Fremdkörper, der durch irgendwelche sonderbaren Vorgänge dem "russischen Wesen" von außen übergestülpt wurde und nur Menschen ohne eigene Identität zurückließ, sondern als Produkt der Ambivalenzen und Widersprüche in der russischen Gesellschaft selbst.

Die Ideale dieser Revolution, die auch nach ihrem Scheitern als eine der bedeutendsten Umwälzungen der Menschheitsgeschichte weiterwirkt, die Ideale dieser Revolution also waren selbstverständlich nicht von Anfang an "staatlich verordnet". Woher denn auch, von welchem Staat denn? Er entstand ja erst durch die Revolution, setzte also deren Ideale als in menschlichen Köpfen vorhanden voraus. Diese Ideale waren Ausdruck einer großen sozialen, politischen und, wenn man denn so formulieren will, auch einer großen seelischen Unruhe in relevanten Teilen der russischen Bevölkerung.

Neben den Vorgaben von Staat und Partei gab es, bis in die Zeit des Stalinismus hinein, eine erhebliche Selbsttätigkeit von der Basis her, die nicht rückwirkend ignoriert oder abgewertet werden sollte. Nicht gleich vom ersten Tag an gab es nur einen totalen Widerspruch zwischen dem, was die Menschen sagten und dem, was sie dachten und privat taten. Nicht vom ersten Tag an war der sozialistische Charakter der Gesellschaft nur eine hohle Konvention, an der alle aus Gewohnheit und Opportunismus festhielten, obwohl niemand daran glaubte.

Man müßte in dieser Hinsicht deutlich zwischen unterschiedlichen Phasen des Prozesses "realer Sozialismus" differenzieren. Die ursprünglichen Antriebskräfte dieses Prozesses zu denunzieren, indem man immer nur auf seinem Endstadium herumhackt, scheint mir auf Dauer weder fair noch intellektuell fruchtbar.

Rußland als letzter Statthalter der imperialen Weltordnung

Zwei Sätze (und Argumentationsketten), die wohl in einem gewissen inneren Zusammenhang stehen, scheinen mir zumindest mißverständlich und interpretationsbedürftig. Der erste: "Dieses Imperium (die UdSSR - Anm. des Autors) war ja nur der extremste Ausdruck des heute herrschenden Fortschritts-Modells." - Und der zweite: "Im Ergebnis wuchs die Sowjetunion zum größten territorialen Imperium heran, das die Welt bisher gesehen hat", und "wurde (...) auf diese Weise zum letzten und extremsten Statthalter der von ihm zugleich bekämpften eurozentrierten imperialen Weltordnung."

Zum ersten Punkt: Rußland hatte zum Zeitpunkt der Oktoberrevolution unter sämtlichen Großmächten der Welt den niedrigsten Entwicklungsstand der (industriellen) Produktivkräfte und war - was sich wechselseitig bedingte - in das Stadium eines allseitig entwickelten Kapitalismus noch überhaupt nicht eingetreten.

An diesem Stand der Dinge hat sich, relativ betrachtet, in siebzig Jahren "Sowjetmacht" kaum etwas geändert. Es gibt sogar die These, daß die Kluft zu den entwickelten Industrienationen in dieser Zeit noch größer geworden sei. Insgesamt betrachtet leidet Rußland wohl keineswegs an einer Überentwicklung seiner industriellen Produktivkräfte, sondern an deren Unterentwicklung und Rückständigkeit, verbunden allerdings mit den Folgen einer sehr artifiziellen, hastigen und unausgewogenen "nachholenden Entwicklung", die nicht nur ideologischen Vorgaben entsprach, sondern Sachzwänge zur Grundlage hatte. (Die "imperialistische Einkreisung", vor allem aber dann die deutschen Kriegsabsichten, waren kein ideologisches Phantom, und sie diktierten der UdSSR ein sehr schnelles Entwicklungstempo, bei Strafe des Untergangs.)

Der ökonomische Zusammenbruch der UdSSR ist so gesehen kein Bankrott des "herrschenden industriellen Fortschrittsmodells" - worunter man sinnvollerweise eigentlich nur das kapitalistische verstehenden kann -, sondern Ergebnis des Scheiterns der Sowjetunion im Wettbewerb mit industriell-technologisch weit fortgeschritteneren Staaten, sowie in der Tat auch Folge der Einseitigkeiten der Entwicklung und der Überlastung der Substanz, die man zugunsten dieses Wettbewerbs auf sich genommen hatte. (Verschleiß der Maschinen, Zerstörung der Natur in riesigem Umfang.)

Da alles das so ist, interpretiert - verständlicherweise - kaum jemand das Scheitern der UdSSR und des "realen Sozialismus" als Argument gegen das kapitalistische Fortschrittsmodell. Dieses krankt in erster Linie an ganz anderen Problemen als den in der UdSSR zutage getretenen. Nicht nur war die sowjetische Wirtschaft eben keine kapitalistische, sondern ihre Logik war in vielen Punkten genau entgegengesetzt. Beispiele: Die faktische Unmöglichkeit, Arbeitskräfte in erheblicher Anzahl durch Rationalisierungen "freizusetzen", was ein zentrales Moment des kapitalistischen Fortschrittsmodells ist. Oder: die Unfähigkeit in der UdSSR, den Bedarf

der Menschen zuverlässig und qualitätvoll zu decken, und auf der anderen Seite die künstliche "Bedarfsweckung" im Kapitalismus, in Verbindung mit einer schon wahnhaften Demonstration von Überfluß und Verschwendung. Nicht der Kapitalismus ist in der Sowjetunion gescheitert, sondern der Versuch, außerhalb des tradierten kapitalistischen Modells alternative Lenkungsmethoden und Antriebskräfte für die Wirtschaft zu entwickeln.

Entkolonialisierung?

Verglichen mit der Situation vor der Oktoberrevolution hat die UdSSR territorial kaum noch zugelegt, so daß ich Kai's Aussage für verwirrend halte, sie sei "zum größten territorialen Territorium herangewachsen." Die reale Substanz der Riesigkeit des Sowjet-Territoriums bestand schlichtweg in der geographischen Tatsache, daß allein schon Rußland (im engeren Sinn, also die ehem. RSFSR) mit weitem Abstand der größte Flächenstaat der Welt ist. Die russische Expansion, die im Verlauf mehrerer Jahrhunderte zu diesem Stand der Dinge geführt hat, hat jedoch mit der Oktoberrevolution und deren Folgen rein gar nichts zu tun. Das zaristische Rußland war bereits der größte Flächenstaat der Welt, und die Sowjetunion hat die Erbschaft übernommen, so gut und so schlecht. Heute die russische Herrschaft beispielsweise über Sibirien als "Kolonialimperium" zu bezeichnen, erscheint mir ähnlich unsinnig, als würde man von einer Kolonialherrschaft der USA über Texas oder Kalifornien sprechen.

Problematisch ist auch die zweite Hälfte der Aussage von Kai: die UdSSR sei der "letzte" und der "extremste" Statthalter der eurozentrierten imperialen Weltordnung gewesen. Wieweit die UdSSR überhaupt jemals Teil einer "imperialen Weltordnung" war, müßte man wohl noch untersuchen. Jedenfalls sind die Hauptpfeiler dieser Weltordnung immer noch die großen kapitalistischen Mächte: die USA, Westeuropa (darunter nicht zu vergessen die BRD) und Japan. Die Entlassung fast sämtlicher Kolonien Europas "in die Unabhängigkeit" bedeutete keineswegs das Ende imperialer Machtentfaltung praktisch über die ganze Erde hinweg, sondern nur deren Gestaltwechsel. Die eurozentrierte imperiale Weltordnung funktioniert nach wie vor, und nach dem Ende des "sozialistischen Lagers" noch etwas totaler als vorher. Hier, wie auf dem Gebiet der Ökonomie, ist die Sowjetunion im Systemwettbewerb gerade deshalb unterlegen, weil die Methoden der Gegenseite moderner und effektiver sind.

Die russische oder sowjetische Art, ihre zig Völker zu beherrschen, war immer von einer seltsamen Ambivalenz bestimmt, die Kai auch zutreffend beschrieben hat: Zweifellos hart und despotisch, nicht zimperlich gegenüber den Nationalkulturen; aber andererseits ohne die totale, extrem effektive nivellierende Kraft, die die kapitalistische Industriegesellschaft aus sich selbst heraus entfaltet, ohne sich im größeren Stil despotischer Mittel und Übergriffe bedienen zu müssen.

In diesem tatsächlich zutiefst despotisch regierten Land hat sich eine Völker- und Kulturenvielfalt erhalten können, die vermutlich auf der Welt beispiellos ist. Daß viele der kleinen Völkerschaften erst in der Phase des Sozialismus, und nicht ohne Zutun der KPdSU und staatlicher Kader, ihre Identität und Geschichte entdeckt haben, ihr "nationales Erbe" zu sammeln und niederzuschreiben begonnen haben - alles das ist doch wohl nicht nur eine fromme Moskauer Legende gewesen?

Wären nicht viele der kleinen Völker bereits untergegangen oder in Reservate zurückgedrängt worden, wenn in Rußland in den letzten 200 Jahren nicht erst der Zarismus und dann die KPdSU geherrscht hätten, sondern eine entwickelte kapitalistische, demokratische Industriegesellschaft im Stil der USA? In welchem entwickelten kapitalistischen Land wäre es möglich, daß die überwiegende Mehrheit einer multinational zusammengesetzten Gesellschaft ihre eigene Sprache als ihre Muttersprache bezeichnet und tatsächlich nur eine Minderheit der Bevölkerung die eigentliche Landessprache beherrscht?

Es zeigt sich heute, daß die Sowjetunion zwar staatsrechtlich Ende 1991 untergegangen ist, zugleich aber in vielerlei Hinsicht weiterexistiert als eine Realität, die nicht so schnell vergehen kann. Die neuen Staaten Zentralasiens beispielsweise zeigen keinen großen Eifer, sich wie freigelassene Kolonien vom "Mutterland" abzunabeln, sondern streben die Verfestigung und zum Teil sogar die Rekonstruktion zentraler Strukturen an. Schließlich basierte die Sowjetunion auf einem in Jahrhunderten entstandenen gemeinsamen Wirtschaftsraum, dessen rapider Zerfall jetzt viele der neuen Staaten vor riesige Probleme stellt. Absolute Selbständigkeit kann sich am ehesten leisten, wer auf wertvollen, international gut nachgefragten Rohstoffen sitzt. Für alle anderen ist die neugewonnene Unabhängigkeit ein höchst ambivalentes Geschenk. Die

Auflösung der UdSSR und tendenziell auch schon Rußlands bedeutet unter anderem auch, daß die vergleichweise Bessergestellten sich vom Zwang zu einem gewissen Ausmaß solidarischer Umverteilung gegenüber den Ärmeren befreit sehen. "Entkolonialisierung" heißt so gesehen auch "Jeder ist sich selbst der nächste" und verschärfte Konkurrenz zwischen den Nachfolgesubjekten der Sowjetunion. Im Übrigen ist kaum irgendein Gebiet der ehem. UdSSR von seinen wirtschaftlichen Voraussetzungen her so vorzüglich gestellt, daß es nicht gleich aus alten Abhängigkeiten (von Moskau) in neue (vom internationalen Finanzmarkt, von den kapitalistischen Hauptmächten usw.) hineingerät. Es ist eben keineswegs so, wie Kai zumindest mißverständlich formuliert hat, daß die Sowjetunion der letzte Posten des Kolonialismus und Imperialismus gewesen wäre, so daß nun alle Türen ins Freie weit offen stünden.

Knut Mellenthin

41. Flott formulierte Fehleinschätzungen. Hermann L. Gremliza und der "Selbstmord " der Zapatisten

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:03

Die verqueren und unproduktiven Debatten in der Linken scheinen kein Ende zu nehmen. Dabei darf konkret-Herausgeber Hermann L. Gremliza zum wiederholten Male das zweifelhafte Verdienst in Anspruch nehmen, eine derartige Auseinandersetzung mit einem Beitrag in seiner Zeitschrift eröffnet zu haben. Es geht um seinen Leitartikel über den Aufstand indianischer Campesinos in Chiapas, den er unter dem Titel "Selbstmord statt Sozialismus" in konkret 2/94 kommentierte. Der Herausgeber wirft dabei ein weiteres linkes Essential über Bord: Er lehnt bewaffnete Aufstände in Ländern der sogenannten "Dritten Welt" ab, weil sie unter den heutigen Bedingungen aussichtslos und selbstmörderisch seien.

Dieses Verdikt steht in krassem Gegensatz zum tatsächlichen Verlauf der bewaffneten Konfrontationen in Chiapas und zur dadurch veränderten politischen Realität Mexikos. Denn die direkten und indi- rekten Folgen der Zapatisten-Erhebung brachten die seit 65 Jahren währende PRI-Herrschaft in den letzten drei Monaten so sehr ins Wanken wie nur wenige Ereignisse oder politische Kampagnen zuvor. Die Zapatisten konnten diese Erschütterungen, welche selbst die wirtschaftlichen Pläne der USA und der von ihr favorisierten Freihandelszone NAFTA ernsthaft zu gefährden drohen, mit einem bisher vergleichsweise geringen Blutzoll erreichen. Denn die mehreren hundert von der Armee Ermordeten, die im Gefolge der Kampfhandlungen zu verzeichnen waren, sind mit den 15.000 Toten in Beziehung zu setzen, die in den letzten Jahren an Unterernährung und leicht kurierbaren Krankheiten starben.

Seit der Implosion des realsozialistischen Blocks, dem Gremliza ebenso zäh wie konsequenzlos als verlorengegangener positiver Alternative zur "herrschenden Welt" (Gremliza) nachtrauert, überraschte konkret die verbliebene Linke mit einer ganzen Reihe politischer Kapriolen, die sich ähnelten. Zu gegebenen Anlässen wurden - selbstredend mit verbalradikaler und grammatikalisch einwandfrei formulierter Argumentation versehen - linke Positionen gekippt und Standpunkte eingenommen, die sich in der politischen Konsequenz jeweils mit Positionen trafen, wie sie von politischen Repräsentanten und/oder maßgeblichen Meinungsmachern der herrschenden Klasse dieses Landes vertreten wurden.

Die Haltbarkeit der zugrundeliegenden "Analysen" war jeweils von kurzer Dauer. Selbstkritisch aufgearbeitet wurden sie nicht. Statt dessen wurden die betreffenden Themen einfach fallengelassen. Dieser fahrlässige Umgang mit den zum Teil selbst angezettelten Kontroversen trug zur weiteren politischen Verwahrlosung der seit 1989 ohnehin desorientierten Linken bei, anstatt, was eine wesentliche Aufgabe einer linken Zeitschrift wäre, durch ebenso kritische wie wirklichkeitsnahe Beiträge (system)oppositionelles politisches Handeln neu zu fundieren. Zwei Beispiele seien angeführt, um die Stichhaltigkeit meiner Kritik belegen.

Kriegsbefürwortung im Golfkrieg II

Anläßlich des zweiten Golfkriegs verfocht Hermann L. Gremliza die Unterstützung der westlichen Kriegsallianz. konkret diente (nicht als einzige) Tribüne, in der in die Linke hinein für die Kriegsbefürwortung mobil gemacht wurde. Dies ging soweit, daß Wolfgang Pohrt sogar den Einsatz von Atomwaffen forderte und Autonome, die gegen den Golfkrieg mobilisierten, mit Neonazis gleichsetzte. Die Aktionen der Anti-Golfkriegs-Bewegung wurden von konkret scharf kritisiert, weil ihnen eine deutschnationale Logik zugrundegelegen habe. konkret und Gremliza machten sich letztlich die von Hans Magnus Enzensberger mediengerecht formulierte und vom Spiegel popularisierte Propagandaformel "Saddam Hussein = Hitler" zu eigen.

In völliger Verkennung der Tatsachen urteilte konkret, daß das politische Establishment der BRD aufgrund seines antisemitischem Ressentiments und mit Zustimmung der Anti-Golfkriegs-Bewegung den irakischen Diktator gegen die westlichen Alliierten unterstütze. Saddam Hussein habe glaubhaft damit gedroht, die Bevölkerung des Staates Israel auszulöschen. Dazu habe er auch die notwendigen Mittel besessen. Die Anti-Kriegsbewegung sei dieser Gefahr gegenüber blind gewesen oder habe insgeheim selbst antisemitische Affekte gehegt.

Die Fokussierung der eigenen Kritik auf den in der BRD vorhandenen offenen und versteckten Antisemitismus verbaute konkret im Frühjahr 1991 den Blick für die realitätstüchtige Analyse der westlichen Kriegsallianz sowie dafür, daß das BRD-Establishment diese im Rahmen seiner damaligen Möglichkeiten sehr wohl unterstützte. Die linken Bellizisten bliesen also, ob die Einzelnen dies nun beabsichtigten oder nicht, ins große imperialistische Horn. Die vom Westen nach dem Ende des Waffengangs geduldete Niederschlagung des Kurdenaufstandes im Nordirak zeigte, daß der Westen sein Kriegsziel neu definierte und auf einen geschwächten aber an der Macht verbleibenden Diktator Saddam Hussein setzte. Daß dieser von seiner israelfeindlichen Haltung auch nur ein Jota abgewichen wäre, wagte niemand zu behaupten.

Die Massenmedien sowie deren Stichwortgeber, die sich mit der Verteufelung Saddam Husseins weit aus dem Fenster gehängt hatten, hüllten sich nach der Kursänderung in vornehmes Schweigen. Wie schon vor dem zweiten Golfkrieg fungiert der Irak als Gegengewicht zum Iran und zu einem denkbaren und vermutlich schwer kontrollierbaren Kurdenstaat. Die angeblich ehrenwerten und handlungsleitenden Motive für den Aufmarsch gegen die aggressive Regionalmacht Irak, die monatelang in allen bundesdeutschen Massenmedien so laut wie möglich hinausposaunt wurden, verflüchtigten sich ins Nichts.

Als Flurschaden für die Linke blieb, daß Teile von ihr, unter ihnen konkret und ihr Herausgeber, auf die Kriegsbefürwortung eingeschwenkt waren. Bis heute fehlt das offene Eingeständnis, daß dies ein schwerer politischer Fehler war. Seither gewannen bellizistische Positionen in der Linken weiter an Boden. Der linke Minimalkonsens, Kampf dem imperialistischen Krieg und bedingungslose Ablehnung jedweden Einsatzes der Bundeswehr, wurde seitdem weiter geschwächt.

Ablehnung bewaffneter Aufstände in der sog. "3. Welt"

Im Leitkommentar "Selbstmord statt Sozialismus", den Hermann L. Gremliza anläßlich der Zapatisten-Erhebung in Chiapas verfaßte, schließt er nahtlos an die Reihe flott formulierter Fehleinschätzungen an. Der konkret-Herausgeber landet bei Bewertungen des Aufstandes, die sich von denen des Handelsblatts in einem wesentlichen Aspekt nicht unterscheiden. Das Handelsblatt schrieb am 14.1.1994: Die "Maya-Nachfahren wissen, daß sie nicht gewinnen können"; die Rebellion sei "militärisch zur Niederlage verdammt". Zu allem Überfluß, aber nicht weiter überraschend, wenn man den in konkret häufig angeschlagenen Ton in Betracht zieht, wird der politische Irrtum in einer Art und Weise präsentiert, die mir ehrlich gesagt die Sprache verschlägt.

Hermann L. Gremliza, der ein Faible für apodiktische Aussagen hat, geht gleich im ersten Absatz voll zur Sache. Dort formuliert er seine Kernthese, "was die ‚neue Weltordnung` bedeutet. Unter ihrem Regiment wird jeder Protest, jeder Widerstand und jeder Aufstand gegen Hunger, Elend und Unterdrückung zur Farce. Die handelnden Personen selbst ahnen es. Sie werden ihrer Rolle gerecht, indem sie sich Namen wie ‚Zapatistisches Nationales Befreiungsheer` geben, die nicht so sehr ein historisches Vorbild in Erinnerung rufen, hier den Rebellen Emiliano Zapata, als den Darsteller dieses Helden in einem Hollywoodfilm, aus dessen Fundus auch ihre Waffen, Holzflinten und Macheten, zu entstammen scheinen. An die Stelle heroischer Parolen wie Patria o muerte oder Socialismo o muerte ist in der ‚neuen Weltordnung` ein stummes Muerte o muerte getreten - der frühe Tod ist gewiß, durch Hunger oder in einem letzten Gefecht, das bei der Stärke und Bewaffnung der Gegner nichts anderes ist denn ein als Befreiungskampf inszenierter Selbstmord". Einige Zeilen weiter heißt es: "Fast überall ist die Verelendung der Massen die Ursache dieser Kämpfe, fast nirgends ist von deren Ausgang, wie er auch sei, Linderung der Not zu erwarten." In einem anderen Absatz bezeichnet er die Zapatistas als "melodramatisches Resultat" einer Politik, die sich, weniger kraß, auch in den Staaten des Nordens abspiele.

Kamen Leute, die sich als Linke begreifen, je auf die verwegene Idee, beispielsweise den Widerstand gegen das Regime von General Pinochet mit dem Begriff "melodramatisch" abzuwerten? Rührt diese Etikettierung daher, daß die Zapatisten mehrheitlich nicht nur Campesinos sondern auch Maya-Nachfahren sind, und die westlichen Massenmedien daraus einen mit positiven Vorzeichen versehenen "Indio-Aufstand" fabrizieren? Die Beantwortung dieser Frage ist für mich offen. Es bleibt aber aus meiner Sicht das Problem, daß das Wort "melodramatisch" in Verbindung mit den konkret handelnden Subjekten eine rassistische Interpretation zuläßt.

An einem anderen Punkt stellt Gremliza seine scheinbar schonungslose Rationalität zur Schau, um damit die moralische Empörung zu disqualifizieren, die aus der Tatsache rührt, daß die Mehrzahl der Armeeopfer

indianische Jugendliche waren. Er schreibt: "Wie schockierend ist das schon in einer Dritten Welt, wo nur jeder Zweite älter als sechzehn wird und ein normaler Friedhof ein Kinderfriedhof ist." Da werden Massaker an Jugendlichen zu etwas völlig Normalem erklärt und damit verharmlost. Jedoch sind weder im durchaus gewalttätigen Kontext Mexikos noch dem Lateinamerikas derartige Massaker üblich oder alltäglich. Aus diesem Grunde rufen sie auch Opposition hervor. Abgesehen davon ist die Rede von den "Kinderfriedhöfen", die so herrlich radikal klingt, schlicht fehl am Platze. Trotz der Massenarmut stieg im vergangenen Jahrzehnt in den meisten Ländern Lateinamerikas die durchschnittliche Lebensdauer auf gut 60 Jahre. In Mexiko betrug sie 1990 nach Angaben der Weltbank 68,8 Jahre (1980: 65,9).

Gremliza suggeriert, die Zapatisten führten keinen unterstützenswerten Kampf um gesellschaftliche Transformation. Es handle sich vielmehr um Revolutionskitsch. Auch das Bild eines Filmschauspielers, das anstatt des sonst immer publizierten Gremliza-Konterfeis in seine Kolumne plaziert ist, legt diese Interpretation nahe.

Der in diesen Aussagen und in der Botschaft des Bildes formulierte selbstgewisse Zynismus war bis 1989 Markenzeichen der "Marxistischen Gruppe" (MG). Deren ehemaliger Chef und jetziger Nachlaßverwalter Karl Held avancierte bei konkret konsequenterweise zum Autor. In der zur Debatte stehenden, spezifisch "linken" Maskerade kann diese Position ausschließlich in der imperialistischen Metropole formuliert werden. In jeder anderen Gegend der Welt, in der die vom transnationalen Kapital und dessen Vollzugsgehilfen zum vorzeitigen Tod Verurteilten gegen dessen Vollstreckung durch Ausbeutung, Hunger und politische Verfolgung aufbegehren, würden diese Standpunkte gegen die Fortführung des Kampfes sofort als das entziffert werden, was sie sind: In ihrer politischen Konsequenz reaktionäre Thesen von Leitartiklern, die sich darauf beschränken, die Welt anders zu interpretieren, weil ihnen die Hoffnung abhanden kam, daß diese noch zu verändern sei.

Realität und virtuelle Realität

Unterschiedlichste bundesdeutsche Intellektuelle tun sich offenbar zunehmend schwer damit, Realität und virtuelle Realität zu unterscheiden. Offenbar sitzen diese Leute nicht nur zu viel vor der Glotze, sondern machen auch noch den "Größten Anzunehmenden Fernsehfehler" (GAFF), indem sie die von entfremdeten Simulationsarbeitern produzierten bunten Bilder mit der Realität verwechseln. Das apokalyptische Faktengulasch in Hans Magnus Enzensbergers Essay "Aussichten auf den Bürgerkrieg" ist ein besonders beeindruckendes Beispiel dafür. Aber auch Gremlizas Idee, die Zapatisten mit Figuren aus einem Hollywoodschinken zu vergleichen, deuten in dieselbe Richtung wie folgende Passage aus einem FAZ-Kommentar: "Die Szenerie wirkte wie übernommen aus den so zahlreichen episch breiten Filmen." (FAZ, 19.1.1994).

Da die hiesigen Massenmedien vielfach gar nicht dazu fähig sind, die Vielgestaltigkeit der politischen und sozialen Realität in Ländern der sog. "Dritten Welt" aus anderen als metropolitanen Blickwinkeln darzustellen, ist es für Generalisten, die Leitartikler nun einmal zu sein pflegen, zugegebenermaßen nicht einfach, auf der Grundlage solider Faktenkenntnis angemessen zu urteilen.

Anstrengungen in Richtung Recherche, die über den Griff zur TV-Fernbedienung hinausgehen, darf man von einem sich selbst als links verstehenden Kolumnisten jedoch erwarten. Dann wären gravierende Fehleinschätzungen wie die Quintessenz des konkret-Herausgebers, die Zapatisten-Erhebung sei ein "als Befreiungskampf inszenierter Selbstmord", zu vermeiden. Der hiesigen Linken wäre ebenso gedient wie der notwendigen Solidarität mit den Befreiungskämpfen, die in einer Reihe von Ländern weiter geführt werden. Was die Erfolgschancen dieser Kämpfe angeht, so sind diese hinsichtlich ihrer politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Ebene zu differenzieren. Dabei wird man von Fall zu Fall zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen.

Eines steht aber schon von vornherein fest: Die von Hermann L. Gremliza vorgenommene pauschale Verurteilung all dieser Kämpfe als sinnlose Selbstmordunternehmen wird durch die Realität nicht gedeckt. Die Zapatisten-Erhebung beweist dies auf das Trefflichste.

Al., Nürnberg

42. Erneuerung von links? - Ein Jahr neue "links"

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Medien; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:14

Die Zeitenwende 1989/90 ist an der linken Zeitschriftenlandschaft nicht spurlos vorbeigegangen. Sinkende Verkaufszahlen, damit verbundene finanzielle Schwierigkeiten, politische Orientierungslosigkeiten und anderes mehr haben so manches linke Zeitungsprojekt an den Rand des bzw. in den Abgrund geführt. Nicht nur der ak war davon betroffen. Und wie der ak nunmehr als "Neue Folge" unter dem Namen Analyse & Kritik firmiert, so erscheint auch die Zeitschrift des Sozialistischen Büros (SB), links, seit März 1993 mit verändertem inhaltlichem Konzept und Layout sowie unter neuer Herausgeberschaft. Vorangegangen war eine Diskussion innerhalb der links-Redaktion und der Zeitschrift über ihren politischen Ort in postsozialistischer Zeit.

Seit 25 Jahren besteht die links, damit ist sie wohl eine der dienstältesten Zeitschriften, die aus dem Umfeld der 68er entstanden ist. "Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will", war im Editorial der Null-Nummer der links im April 1969 zu lesen. Als Herausgeber fungierte das im gleichen Jahr gegründete SB. Als Teil der "revolutionären sozialistischen Bewegung" (so hieß das damals) wollte es den organisatorischen Rahmen für den undogmatischen Teil der Neuen Linken bieten, der weder in der DKP noch in den entstehenden ML-Organisationen eingebunden war. Es verstand sich als Sammlungsbewegung, die die Kommunikation zwischen den verschiedenen Fraktionen der Linken aufrechterhalten wollte. Für das SB zählte hierzu auch die marxistische Linke in der SPD. Bis Anfang der 80er Jahre optierte das SB auf die Stärkung des linken Flügels der Sozialdemokratie. Der Wahlaufruf des SB zur Bundestagswahl 1983 zugunsten der Grünen stellte eine wichtige Kursrevision seiner Linie da. Das in der Gesellschaft vorhandene "Bedürfnis nach grundlegender Veränderung" hätte nun seinen parteipolitischen Ausdruck in den Grünen gefunden. Heute sind diese Hoffnungen im SB ebenso wie in weiten Teilen der (radikalen) Linken verflogen.

Die links gehört sicherlich zu dem Teil der westdeutschen Linken, der frühzeitig und mit am dezidiertesten eine Kritik des Stalinismus und des realen Sozialismus formuliert hat. Nichtsdestotrotz führte der Zusammenbruch der osteuropäischen Staaten und das damit verbundene Aufbrechen der bipolaren Weltordnung auch innerhalb des Trägerkreises der links zu erheblichen Spannungen und Diskussionen. Speziell der heftigen Debatte in der westdeutschen Linken um den zweiten Golfkrieg maß die links-Redaktion einen hohen Stellenwert bei: "Die Aufregung ... hängt damit zusammen, daß es um nichts weniger als auch um die künftige innere Verfassung und weltpolitische Stellung des zusammengeschlossenen Deutschland geht und daß die Ära zu Ende ist, in der die undogmatische ‚Neue Linke` der achtundsechziger Generation ein ernstzunehmender Faktor in der Politik dieses Landes war." (Nr.251, 4/91)

Auf der Suche

nach einer umfassenden Gesellschaftstheorie

Die zum damaligen Zeitpunkt weit verbreiteten Krisenerscheinungen erfaßten auch das SB und das links-Spektrum. Im Mai 1992 gesteht die links-Redaktion ein, daß sie sich "immer weniger in der Lage sieht, ihren politischen Ort und ihre politische Funktion im unübersichtlicher gewordenen Gelände zu bestimmen". (Nr.264, 5/92) Wenn nicht eine Verständigung über die Funktion und die Grundlagen einer politischen Einschätzung der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen möglich sei, würde die weitere Herausgabe der Zeitschrift zur Disposition stehen. Auf einer Tagung zur Zukunft der links im Sommer 1992 stand im Zentrum die Frage nach Sinn und Zweck des weiteren Erscheinens. Für den Erhalt plädierte Ludi Ludovico: Auch wenn nach 1989 eine einflußfähige radikale Opposition verschwunden sei, gebe es noch zahlreiche unzufriedene Individuen, für die die links von Bedeutung sein könnte. Deshalb gelte es, die Erkenntnisse und Erfahrungen der Neuen Linken weiterzugeben und zu aktualisieren. Gegen die um sich greifenden Konformismus- und Anpassungstendenzen müsse ein "Ethos der Machtferne" aufrechterhalten werden. Zurückhaltender äußerte sich der Postfordismustheoretiker Joachim Hirsch, wohl der profilierteste Redakteur der links. Er konstatierte das Fehlen theoretischer Begründungen radikaler Gesellschaftskritik. Derzeit sei nur noch eine Kritik von Politiken, aber nicht mehr die Kritik der Politik möglich: der Verlust einer umfassenden Gesellschaftstheorie führe dazu,daß momentan nur politische Geschehnisse kritisiert werden

könnten, eine aussagekräftige Einordnung und Bewertung in den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang aber unmöglich sei. Deshalb müßte die links die verbliebenen Kräfte darauf verwenden, die Grundlagen einer solchen Gesellschaftstheorie wiederherzustellen - wenn dies im Rahmen einer Zeitschrift überhaupt zu leisten sei. Die Tagung kam überein, daß eine aus Teilen der Redaktion, des SB und sympathisierender LeserInnen gebildete AG in nächster Zeit eine neue Grundlage für die Zeitschrift erarbeiten solle.

Dieser Erneuerungsprozeß schien den Verantwortli-chen im März 1993 abgeschlossen. Seitdem erscheint die links in neuer Aufmachung und mit neuem inhaltlichen Konzept. Herausgeber ist nun auch nicht mehr das SB. Vielmehr wurde ein "pluralistischer" HerausgeberInnenkreis geschaffen, dem unter anderem Elmar Altvater, Andreas Buro, Josef Esser, Eike Hennig, Arno Klönne, Silvia Kontos, Margit Mayer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth und Klaus Vack angehören - eine illustre Runde linksintellektueller Promis.

Radikale Gesellschaftskritik, solidarische und egalitäre Standards gegenüber allen Menschen, Antikapitalismus, Anti-Etatismus und Anti-Imperialismus - so lautet das Programm der erneuerten links. Fällt sie schon mit ihrem dezidiert radikaler Gesellschaftskritik verpflichteten Anspruch aus dem Rahmen so mancher postsozialistischer (Zeitschriften-)Erneuerung, so überrascht auch die Schwerpunktsetzung bei der Analyse der Krise linker Politik in der Bundesrepublik positiv. Nicht so sehr der Zusammenbruch des "realen" Sozialismus als vielmehr die veränderten politischen und gesellschaftlichen Koordinaten der erweiterten Bundesrepublik werden für das Scheitern der (Neuen) Linken verantwortlich gemacht. "Wir vertreten die Auffassung", so Joachim Hirsch in links 1/93, "daß das linke Desaster vor allem damit zusammenhängt, daß es nicht gelungen ist, die historisch veränderte Situation dieses Landes zu begreifen."

Forum für

autonome Positionen

An einer nach dem Epochenwandel 1989 für notwendig erachteten Debatte zur Rekonstruktion der Linken will sich die Zeitschrift beteiligen. Undogmatische Linke sollen in ihr diskutieren können, und sich so an der Reformulierung und Weiterentwicklung kritischer Gesellschaftstheorie beteiligen. Dabei gelte es auch Positionen aus anderen "linken, oppositionellen, feministischen, autonomen, internationalistischen Spektren" in die Diskussion einzubeziehen bzw. die Zeitschrift dafür zu öffnen. Gemeinsame Aufgabe sei es, Front gegen "realpolitische Affirmation" zu beziehen, und sich "kontrovers debattierend in aktuelle ideologisch-politische Auseinandersetzungen" einzumischen.

Läßt mensch die Ausgaben der Zeitschrift seit der konzeptionellen Erneuerung Revue passieren, so fällt auf, daß es der Redaktion immer wieder gelungen ist, interessante Debatten zu initiieren. Erinnert sei an die Diskussion um eine militärische Intervention im ehemaligen Jugoslawien (vgl. ak-Beilage in ak 356). Ein heftiger Streit entwickelte sich auch um die Frage "offene Grenzen" versus Einwanderungsgesetz. Die Öffnung der Zeitschrift zu politischen Kreisen, die mensch im traditionellen Sinne links von ihr verorten würde, läßt sich hier gut illustrieren. Aber auch, wie konfliktreich und kontrovers sich dies innerhalb der Redaktion gestaltet.

Die Mehrheit der Redaktion befürwortet vermutlich die Option eines Einwanderungsgesetzes. Das Projekt eines Wohlstandschauvinismus, wie ihn die Herrschenden derzeit forcieren würden, könne nicht durch eine schlichte Negation des herrschenden Diskurses beantwortet werden. Gefragt seien vielmehr praktische Alternativen. Der Nationalstaat müsse so umgebaut werden, daß er dem Phänomen der Zuwanderung Rechnung trägt, d.h. für die BRD: Erhalt des Art. 16.2 GG, Einwanderungsgesetz, Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts, Bürgerrechte für Nichtdeutsche, Antidiskriminierungsgesetze etc. Einer solchen Position wurde jedoch von der Alternativen Liste Köln entgegengehalten: "Die Vergabe von relativen Rechtspositionen an klar umgrenzte, ausgewählte Minderheiten ... ist ein Bestandteil einer selektiven Sozialpolitik, dient der Spaltung und nicht der allgemeinen Gleichstellung." (6/93, Nr.277). Ein paar Monate später unterstreicht die Autonome L.U.P.U.S-Gruppe: "Die Forderung nach offenen Grenzen und Bleiberecht für alle unterläuft die inzwischen selbstverständliche Haltung, die Anwesenheit von Flüchtlingen erstmal zu rechtfertigen; sie widersetzt sich zugleich der humanen Geste, die Anwesenheit weniger über den gemeinsamen Nutzen (aller Deutschen) zu legitimieren - ob als wirtschaftlicher Gewinn oder als kulturelle Bereicherung." (9/93, Nr.280, 11) Teile der links-Redaktion konnte eine solche Argumentation nicht überzeugen. Schließlich ginge es darum, die Frage zu klären, "wie man mit demokratischen Mitteln die Aufnahmebereitschaft der einheimischen Bevölkerung erhöhen (kann)..." (7,8/93, Nr.278/279)

"Sektiererisches Abseits"?

Angesichts der Situation der Linken sind optimistische Stimmen selten geworden. Nicht so in der links. Im März 1993 schreibt Hirsch, daß die gesellschaftliche Realität anders ausschauen könnte, wenn es "eine relevante, radikale gesellschaftskritische Opposition innerhalb und vor allem außerhalb des Parlamentes" gäbe. Ein knappes halbes Jahr später führt er weiter aus: "Klar ist, daß eine Entwicklung zu mehr Demokratie, Liberalität, Freiheit und Selbstbestimmung immer nur von ihr (einer außerparlamentarischen Opposition, d.A.) ausgehen kann, von denen, die sich außerhalb der institutionalistischen Staats- und Machträson bewegen." (7,8/93, Nr.278/279) Kurz zuvor hatte er gemeinsam mit Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack, zwei alten Kampfgenossen aus den besseren Tagen des SB, anläßlich der faktischen Abschaffung des Asylrechts durch Änderung des Art.16.2 GG zur "friedlichen Belagerung" des Bundestages aufgerufen. Zur Vorbereitung der Aktivitäten an diesem Tag X wurden in der links neben dem Aufruf von Hirsch/Narr/Vack auch der des autonomen Städteplenums "Blockieren wir gemeinsam den Bundestag" abgedruckt. Ein Vorgang, der eine heftige, aber dennoch aufschlußreiche Diskussion innerhalb der Redaktion, sowie zwischen ihr und Teilen des Städteplenums provozierte.

"Eine Zeitschrift wie die links sollte Menschen, die sich verrannt haben, nicht noch dadurch bestätigen, daß sie ihre Verlautbarungen aus dem sektiererischen Abseits heraus- in den Rang von Dokumenten erhebt", schreibt Felix Schneider, und weiter: "Da seit Dezember autonome Positionen in der links stark zur Geltung kommen, bestand keinerlei Grund, den guten Aufruf von Hirsch/Narr/Vack dadurch zu relativieren, daß man aus der autonomen Szene auch noch diese Gefühlsduselei druckt." (4/93, Nr.275, 8) Wie sich im weiteren Verlauf der Debatte zeigte, teilten auch andere Redakteure diese Kritik. Da wurde der Analyse des Städteplenums bescheinigt, diese greife politisch zu kurz. In einer Situation, die von Hetze und Mord geprägt sei, sollte der Lichterkettenprotest nicht einfach als Heuchelei abgetan werden - bei aller Kritik, die mensch dabei habe. Wer sich auf eine moralische Position des allein Seligsprechenden zurückziehe, müsse sich fragen lassen, ob er nicht mit einer solchen Haltung eher die bestehenden Herrschaftsverhältnisse stabilisiere, indem er sich einerseits in die Gefahr der Selbstmarginalisierung begebe und andererseits so von vornherein den Anspruch auf Veränderung fallen lasse. Auch die Bewertung der Belagerung des Bundestages am Tag X fiel in der Redaktion nicht einhellig aus. Hirsch bewertete die Aktionen als erfolgreich, fand die Belagerung doch unter ungünstigen Bedingungen statt (unter der Woche, Nichtbeachtung der Medien im Vorfeld). Besonders freute ihn, daß es trotz der Heterogenität des Unterstützerspektrums zu einer gemeinsamen Koordination gekommen war. Dies lasse für die Zukunft hoffen. Denn damit wäre eine Grundlage geschaffen, die Bedingungen einer radikalen außerparlamentarischen Opposition zu diskutieren.

Weniger optimistisch klang das Resümee derjenigen in der Redaktion, die schon den Aufruf des Städteplenums kritisiert hatten. Sie stellten fest, daß die politische Ohnmacht der an der Belagerung Beteiligten unübersehbar gewesen sei. Zwar seien Aktionen wie die am Tag X prinzipiell richtig, aber im Endeffekt hätte die Belagerung unter diesen Bedingungen zur Verfestigung der politischen Verhältnisse beigetragen. Notwendig sei es, praktische gesellschaftliche Perspektiven aufzuzeigen - wie schwierig das im Moment auch sei.

Lang erkämpfte demokratische und soziale Rechte werden derzeit in Frage gestellt oder sind bereits beseitigt. Tradierte politische Konzepte befinden sich bei der derzeit stattfindenden Rekonstruktion des politischen Raums starken Angriffen ausgesetzt bzw. in Auflösung. Konsens innerhalb der links-Redaktion ist anscheinend, eine mögliche Herausbildung einer radikalen Bewegung für mehr Bürger- und Menschenrechte, die sich nicht auf die Verteidigung des status quo beschränkt, zu unterstützen. Ob eine antiinstitutionelle, außerparlamentarischen Opposition unter den veränderten Bedingungen das allein richtige Rezept ist, ist innerhalb der links-Redaktion umstritten. Oder wie ein links-Redakteur feststellt: "Purer Antietatismus hilft da nicht ..." (7,8/93, 16)

mb., Berlin

Die links kann über folgende Adresse bezogen werden: Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach. Der Einzelpreis beträgt West: DM 8,-; Ost: DM 5,-. Abo-Preis West: DM 75,-; Ost: DM 50,-. Die links erschien bilang elfmal im Jahr, ab Sommer 1994 zweimonatlich.

43. Philosophische Überlegungen und platte Argumente. Die neue Zeitschrift TOPOS

Autor: Werner Rätz · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:10

Um "eine grundsätzliche Bestimmung des historischen Ortes, an dem wir uns befinden" (Heft 1, S. 163), gehe es ihnen mit ihrem Projekt, sagen die Herausgeber von TOPOS. Der Untertitel "Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie" ist ebenso programmatisch zu verstehen. Mit dem "theoretischen Instrumentarium" der "klassische(n) dialektische(n) Philosophie" sollen "neue Wege in unserer heutigen unübersichtlichen Lage" erforscht werden (Heft 1, S. 8). Herausgeber sind Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo von der "Internationalen Gesellschaft für dialektische Philosophie - Societas Hegeliana" - auch diesem Namen macht die Zeitschrift alle Ehre, philosophische, speziell Hegelkenntnisse werden bei den LeserInnen vorausgesetzt.

Zwei Bände jährlich sind geplant. Sie werden jeweils ein Zentralthema haben, das in verschiedenen Beiträgen beleuchtet wird; außerdem werden Dokumente, Forschungs- und Literaturberichte veröffentlicht sowie Diskussionsbeiträge zum Hauptteil. Die beiden ersten Hefte liegen vor.

"Weltgeschichte" - das ist der Titel der Nummer 1 - beginnt als "neue Weltordnung (mit) Columbus 1492" - so Volker Bialas in seinem gleichnamigen Aufsatz (S. 39-54). Dabei wird sie anfangs "nur als Inbegriff des anthropologischen Gattungswesens des Menschen abstrakt gedacht", "die räumliche Einheit der Welt ... konkret geschichtlich (zu begründen) ..., ist ein Konzept, das aufs engste mit der Philosophie des historischen Materialismus verknüpft ist". Diese Aussage von H. H. Holz (S. 16) fomuliert am Einzelfall den Anspruch des gesamten Projekts: Marx zitierend (Ökonomisch-philosophische Manuskripte, MEW 40, S. 536) faßt Holz zusammen: "Dieser Kommunismus ist ... die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbestätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung. Er ist das aufgelöste Rätsel der Geschichte und weiß sich als diese Lösung." (S. 25)

So gipfelt denn auch D. Losurdos Aufsatz über "Marx und die Geschichte des Totalitarismus" (S. 55-76) in der Aussage, für die Erfinder der Totalitarismuskritik falle "die Geschichte des Totalitarismus mit der Geschichte der Massendemokratie zusammen". Mit dem "realen Sozialismus" solle "in Wirklichkeit auch die ‚reale Demokratie' (liquidiert)" werden (S. 71). So werde der Marxismus zum Wahrer und Vollender der Demokratie. Für András Gedö ("Schicksal versus Geschichte", S. 77-100) ist er nicht nur das, sondern Träger der Moderne überhaupt. Gegenaufklärung, Irrationalismus, Schicksalsphilosophie proklamieren nicht nur den "Untergang des Abendlandes", sie betreiben ihn auch (S. 91) - der Faschismus ist legitimes Kind dieser Konzepte. Den Gegenpol formuliert die Traditionslinie, die von der Aufklärung zu Marx verläuft. Sie allein bietet die Chance, "zu verhindern, daß die gegenwärtigen realen Gefahren und Bedrohungen ... sich ... ins Verhängnis verwandeln". (S. 93)

Der Diskussionsbeitrag von Gianfranco Pala zum proletarischen Internationalismus (S. 103-119) betont, daß "heute objektive Bedingungen einer Perspektive ... wie nie zuvor" existieren (S. 103), aber die subjektive Seite da nicht mithalten könne, da die Klasse "zersplittert" und "besiegt", "ihr Bewußtsein und ihre Identität vernichtet" sei - dies sei "der einzige Erfolg des Weltkapitals in den letzten fünfzehn Jahren". (S. 115f)

In dieser Negierung ökonomischer Zusammenhänge und der Betonung der subjektiven Seite trifft er sich mit Hanfried Müller. Dessen in Heft 2 - Thema "Demokratie" - aus der Kommunistischen Arbeiterzeitung nachgedruckter Text behauptet, "der Imperialismus (habe) die Geschichte um eine ganze Epoche zurückgeworfen und damit die Unordnung von vor 1917 global wiederhergestellt". (S. 113) Daß dies möglich war, liege daran, daß der Sozialismus in den kapitalistischen Zentren nicht siegen könne, daß er mit dem 20. Parteitag der KPdSU nicht "über Stalin hinaus", sondern "auf opportunistische Weise" hinter ihn zurückging und vor allem am Opportunismus überhaupt. (S. 114) Hätten Gorbatschow, die SED und andere keinen Verrat geübt, ja dann! So stehen denn "Nationalsozialismus", "Prager Frühling" und "Gorbatschows Konterrevolutionäre" gemeinsam in der Reihe derjenigen, die das Proletariat und die Linke "verwirren". (S. 125)

Auch Klaus von Raussendorff macht in seinem Aufsatz über "Demokratie und Militär" (S. 53-81) "Opportunismus (als) ... die Ursache der zweiten epochalen Niederlage des Sozialismus " aus (S. 65, Sarah

Wagenknecht zitierend). Sein Hauptanliegen ist aber der - gut begründete - Verweis auf die "reine Zwangsmacht des Militärs gegen die eigene Bevölkerung". Dabei ist manches denjenigen bekannt, die etwa die Argumentation zur Friedensfähigkeit des Imperialismus noch im Ohr haben. Das gilt auch für die Beiträge über Gustav Radbruch (S. 83-97) und Wolfgang Abendroth (S. 99-110), deren Tradition die Autoren (Volkmar Schöneburg und H. H. Holz) für sich beanspruchen.

Die beschriebene Zwiespältigkeit - manches bekannte, bisweilen platte Argument neben einer Reihe oft in schwierigster philosophischer Fachsprache vorgetragener höchst spannender Überlegungen - durchzieht beide Bände. Vielleicht ist sie unvermeidlich, wenn sich verbliebene Linke (in diesem Fall aus dem Umfeld der - z.T. ehemaligen - Kommunistischen Parteien) daranmachen, ihre Fragen neu zu stellen und ihre Antworten neu zu begründen. Der mit TOPOS dazu vorgelegte Versuch hat ein unbestreitbar Gutes: Die Positionen liegen nachvollziehbar auf dem Tisch, und wer will, kann sich daran abarbeiten.

Werner Rätz, Bonn

TOPOS - Internationale Beiträge zur dialektischen Philosophie, herausgegeben von Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo, Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn. Erscheint zweimal jährlich, Jahresabo 30 DM, Einzelheft 20 DM.

Band 1 (1993) Weltgeschichte, 168 S.

Band 2 (1993) Demokratie, 184 S.

44. 50.000 DM für den ak! Ergebnis der Spendensammlung

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/spendeak.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:spendeak

H.K., Essen 200,00

F.D., xy 100,00

H.P., Bonn 600,00

B.W., Frankfurt 100,00

A.B., München 30,00

D.M., xy 20,00

H.B., xy 30,00

B.S., Berlin 100,00

W.D., Gießen 30,00

P.M., Schwäbisch-Hall 60,00

P.J., xy 100,00

J.H., Nürnberg 100,00

K.V., Münster 50,00

P.V., Braunschweig 500,00

P.B., Wuppertal 20,00

E.F., Hamburg 40,00

N.N., Lüneburg 50,00

A.A., xy 100,00

o.,Berlin 50,00

G.P., Marburg 150,00

P.T.K., xy 75,00

B.R., xy 12,00

P.F., Wien 28,00

K.L., Braunschweig 500,00

A.B., Neu-Ulm 12,00

N.N., Hamburg 578,00

Summe seit ak 364 3635,00

Summe bis ak 364 46.370,09

Spendensumme 50.005,09

Maßarbeit! Vielen Dank an jede und jeden von Euch, die den ak mit ihrer Spende unterstützt hat. Wie ihr am Ergebnis seht, ist es wirklich auf jede Überweisung angekommen. Die in diesem Jahr erreichte Summe liegt zwar um rund 4.000 Mark unter der des Vorjahres, doch dafür hat sich dieses Mal die Zahl der Spenderinnen und Spender vergrößert.

Mit den zusammengekommenen Geld ist das Erscheinen des ak bis Ende 1994 abgesichert. Dennoch sind wir auch in den kommenden Monaten auf jede Spendenmark angewiesen. Aber noch wichtiger: Auf eine größere Verbreitung des ak.

Deshalb bis auf Weiteres unsere dringende Bitte: Überlegt Euch, inwieweit ihr hierzu beitragen könnt.

45. Wochenendseminar der KB-Mehrheit zum Thema Innere Sicherheit

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak365/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:36

Nach allen Beschlüssen der Unionsparteien wird im Wahljahr 1994 die "Innere Sicherheit" zu einem entscheidendem Wahlkampfthema. Auf allen Ebenen wird hier der "Starke Staat" propagiert, werden Feindbilder aufgebaut, angebliche Lösungsstrategien angeboten, die einen weiteren Abbau des Rechtsstaats bedeuten. Jede Kritik an diesem Vorgehen wird als Begünstigung von Kriminalität, extremistischem Terror, Verunsicherung des Bürgers etc. zu diskreditieren versucht. Wir werden zu diesem Thema ein Wochenendseminar veranstalten.

Ein Komplex wird die Beschäftigung mit den konkreten Vorstellungen der Parteien zu angeblich notwendigen Maßnahmen zur "Inneren Sicherheit" sein. Hierzu wird es ein entsprechendes Einleitungsreferat von einem Mitarbeiter des Bonner Abgeordneten-Büros, PDS/Linke Liste, Jelpke/Maurer/Schröder geben, deren tägliche Arbeit die Beschäftigung mit diesem Thema ist und die dies aus dem "Hohen Hause" life referieren können. Neben einem Überblick über die geplante Gesetzgebung soll das Verhalten der CDU und auch der SPD unter die Lupe genommen werden. Vieles spricht dafür, daß die SPD, ähnlich wie auch in anderen Fragen, die Forderung nach Verschärfungen übernimmt und damit der CDU den Weg eröffnet.

Vertiefen wollen wir die Debatte an den Themen, die unseres Erachtens zur Zeit mit besonderer Brutalität in der Wahlkampfpropaganda benutzt werden.

1. Der Trick mit der Kriminalitätsstatistik, insbesondere die Lüge von den kriminellen Ausländern. Nach der für die etablierten Parteien erfolgreichen Asylkampagne wird nun eine ähnliche Hetzkampagne in dem Bereich der sogenannten Äusländerkriminalität vorangetrieben und damit der latent vorhandene Rassismus weiter geschürt.(Gabi Bauer, ak-Redaktion)

2. Mit der Gefahr der Organisierten Kriminalität wird eine verstärkte Rechtsverschiebung versucht zu begründen. Was hat es mit der Organisierten Kriminalität auf sich? (Mark Holzberger, Rote Hilfe Berlin)

3. Die Ermittlungsbehörden reagieren auf das "Drogenproblem" bzw. die Drogenkriminalität mit einem Ausbau der Repression und einer Ausweitung des Polizeiapparates so z.B. mit dem Einsatz von V-Leuten. Auch Möglichkeiten zur Entkriminalisierung sollen diskutiert werden. (Rechtsanwalt Martin Lemke)

Das Treffen findet am 16./17. April im "Haus für Alle", Amandastr. 58, 20357 Hamburg statt.

Beginn: Samstag 14.30 Uhr und

Sonntag 10.30 Uhr.

Veranstalterin: KB/Mehrheit

Anmeldungen sind erwünscht (wir können dann besser planen - insbesondere, wenn Schlafplätze benötigt werden) über: Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58 B, 20357 Hamburg, Tel. 040/435320.

46. LeserInnenbriefe

CD-Datei: daten/aksuche/ak365/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:19

Linke Publizistik

Betr.: "Fusionieren?" (ak 364)

Liebe ak-Redaktion,

gehört Ihr auch zu denjenigen, die meinen "sich in einem eigenen Periodikum verewigen zu müssen", wie im o.a. LeserInnenbrief von M.B. aus Aschaffenburg so zutreffend formuliert wurde? Ich habe die Hoffnung, daß dem nicht so ist, bin aber etwas irritiert, weil Ihr trotz der Angebote von ARRANCA! und SoZ zur Zusammenarbeit auf publizistischem Gebiet diesen Faden nicht aufgreift, sondern diese Debatte bislang eurer LeserInnenbriefseite überlaßt. Also bessert Euch!

Der Zusammenhang zwischen der Krise der Linken und abnehmenden LeserInnenzahlen linker Periodika liegt auf der Hand. Ebenso die Folgeerscheinung zunehmender ökonomischer Schwierigkeiten. Allerdings bringt der Hinweis M.B.s wenig, der ak sei eigentlich eine interessante Zeitschrift, und die linken Zeitungsprojekte würden sich durch das Akzeptieren mangelnder inhaltlicher wie gestalterischer Qualität wohl irgendwie über die Runden bringen lassen.

Fast alle linken Periodika eint die weitgehende Untauglichkeit hinsichtlich eines bestimmten Verwendungszweckes: der Gewinnung neuer Bevölkerungskreise für demokratische, emanzipatorische Blickwinkel. Die Auswahl und die Aufbereitung der Ereignisse und Themen sind einseitig auf "InsiderInnen" zugeschnitten. Die Ausrichtung ist mitverantwortlich für die abnehmenden LeserInnenzahlen.

Ihre Begründung findet diese Ausrichtung in der vorhandenen Krise und Zersplitterung der Linken. Weil fast jedes Linksblatt gleichzeitig ein kleines Zentralorgan der herausgebenden Gruppe ist, muß es ständig seine Existenzberechtigung anhand der Hervorhebung seiner besonderen politischen Unterscheidungsmerkmales gegenüber anderen Linken nachweisen. So kommt es dazu, wie M.B. schreibt, daß mensch sich in Deutschland eine ganze Reihe linker Periodika zulegen muß, um einen gewissen Überblick zu erhalten, während gleichzeitig die Außenwirkung dieser Organe, wie oben geschildert, gegen minus Null tendiert.

Es macht keinen Sinn politische Unterschiede und abnehmende Außenwirkung zu fusionieren. Sinnvoll und machbar ist dagegen die Einrichtung eines neuen Zeitungsprojektes mit einem eigenen ideologischen und politischen Fundament.

Es braucht eine Zeitung, die in erster Linie ein journalistisches Angebot macht, die weiter greifen kann, als politische Organisationen dies tun oder tun können. Die ihren LeserInnen im ganzen Land neue Informationen, Enthüllungen und Hintergrundstoff gibt. Eine Zeitung, die Nahrung zum Nachdenken liefert und ein unformelles, zwangloses Netzwerk repräsentiert, welches viele Teile der Bevölkerung miteinander verbindet, wenn es sinnvoll ist, auch mal kreuz und quer zu den traditionellen politischen Scheidelinien.

Dieses neue Konzept für eine eigenständige linke Zeitung ist in den vergangenen vier Jahren mit großem Erfolg von dem Ex-Zentralorgan KLASSEKAMPEN in Norwegen praktiziert worden. Mittlerweile beziehen sich die AktivistInnen aller linken Gruppen und Parteien auf diese Zeitung, selbstredend ist ein deutlicher LeserInnenzuwachs zu verzeichnen.

Indem ich abschließend den zentralen Passus des eigenen ideologischen und politischen Fundaments dieser Zeitung zitiere, möchte ich Euch herausfordern, mit einem ähnlich kurzen und aussagekräftigen Satz, die Mehrheit der verbliebenen linken Gruppen und Redaktionen an einen Tisch zu bitten, um die Möglichkeiten eines diesbezüglichen Zusammengehens auszuloten: "(Die Zeitung) soll einen seriösen, kritischen Journalismus betreiben, mit allseitigen politischen und ökonomischen Enthüllungen aller Formen von Ausbeutung, Unterdrückung und Umweltzerstörungen - sowie Anregungen und Beiträge liefern zur Kritik der Ideologie, zur Organisierung und zum politischen Kampf gegen solche Verhältnisse, ausgehend von einer revolutionären, sozialistischen Grundauffassung."

P., Flensburg

Wellenlängen

Betr.: Ein angekündigtes Massaker (ak 364)

Lieber Klaus Mellenthin,

Deine Artikel über Israel habe ich bisher gerne gelesen; sie lagen auf meiner Wellenlänge, sie schienen mir einen sinnvollen Standpunkt zu dem regionalen Konflikt einzunehmen, die Informationen schienen unverfälscht vermittelt zu sein.

Da komm ich jetzt doch etwas ins Wanken.

Im ak 364 steht nun Dein Artikel "Ein angekündigtes Massaker". Unter anderem beziehst Du Dich ja auch auf die "Jerusalem Post". Zufällig habe ich diese Woche die "Post" (v. 5.3.) und manches - scheinbar nur Kleinigkeiten - steht da dann doch etwas anders drin, als wie Du's in Deinem Artikel verarbeitest (- oder hattest Du diese "Post" vielleicht noch nicht?)

Da steht S. 4 oben über Baruch Goldstein: "He was a wonderful doctor who saved dozens of lives, both of Jews and Arabs". Bei Dir wurde daraus: "allerdings ist in einem Militärrapport auch verzeichnet, daß er sich weigerte verletzte Araber zu behandeln."

In der "Post" steht: "He was given a certificate of appreciation by the IDF for his work treating wounded." Bei Dir ist dann nur noch die Rede davon, daß er "mehrfach ausgezeichnet" wurde, was doch eine gänzlich andere Information beinhaltet.

Mir geht da verschiedenes durch den Kopf:

- Eventuell hattest Du diese "Post" noch gar nicht.

- Eventuell fandest Du andere Quellen vertrauenswürdiger.

- oder - und deshalb schreibe ich Dir eigentlich - ist es das, was sich Journalismus schimpft? Hier was weglassen, dort was dazupacken - damit die "Information" stromlinienförmig-verdaulicher wird, ohne Ecken und Kanten, besser zu den eigenen Vorstellungen/Zielen passend, leichter veröffentlichbar etc. (siehe Bericht über den Jugoslawien-Konflikt).

Nun ja, viele Grüße und schreibe weiter gute Artikel.

P.W., Freiburg

Anmerkung

Die Meldung, daß der Arzt Goldstein sich weigerte, Palästinenser zu behandeln, stützt sich auf vier deutschsprachige Tageszeitungen bzw. Magazine aus der BRD und der Schweiz. Die Artikel sind von verschiedenen Autoren verfaßt bzw. fußen auf Meldungen verschiedener Agenturen. (Die gleiche Aussage ist in zwei israelischen Publikationen enthalten, die jedoch erst im Laufe des März, nach Erscheinen des ak, vorlagen.)

Die in dem Leserbrief erwähnte Ausgabe der Jerusalem Post, in der ein "Führer der jüdischen Siedlung in Hebron" mit der Äußerung zitiert wird, Goldstein habe das Leben "von Juden und Arabern" gerettet, lag bei Abfassung des Artikels noch nicht vor. In der Zeit vom 4.3., die zur Zeit der Abfassung des Artikels zwar bereits erschienen war, aber nicht vorlag, wird ein Siedler mit den Worten zitiert, Goldstein habe "Juden und Arabern geholfen". Die Autorin der Reportage fügt hinzu: "Allerdings: Schon 1984 haben sich israelische Soldaten, die im Libanon dienten, über den Arzt Goldstein beschwert, weil er keine Araber behandeln wollte."

KM

47. Inkatha: Kampf bis zum Ende

In der südafrikanischen Provinz Natal ist die Machtfrage gestellt

CD-Datei: daten/aksuche/ak365/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:30

Seit nunmehr zehn Jahren hat die schwarze Zulu-Organisation Inkatha durch Mord und Terror in enger Zusammenarbeit mit Kräften aus dem südafrikanischen Repressionsapparat versucht, den Aufstieg des ANC zur stärksten politischen Kraft des Landes zu verhindern - vergeblich.

Jetzt hat sich die von Mangosuthu Buthelezi geführte Organisation mit ihrer Weigerung, an den Ende dieses Monats stattfindenden ersten freien und allgemeinen Wahlen in der Geschichte Südafrikas teilzunehmen, wohl endgültig ins politische Aus manövriert. In dieser Situation scheint sie für sich als letzten Ausweg die offene gewalttätige Konfrontation ins Auge zu fassen, um die Durchführung der Wahlen in dem von ihr beanspruchten Gebiet des bisherigen "Homelands" KwaZulu bzw. in der Region von Natal zu verhindern. Unterstützung erhofft sich Inkatha dabei zweifellos von den bewaffneten weißen Rassisten innerhalb und außerhalb der "Sicherheits"kräfte des Landes.

Noch bis vor nicht allzu langer Zeit konnten sich Inkatha-Chef Buthelezi und seine Organisation der Unterstützung durch die führenden Politiker des Westens erfreuen. Den imperialistischen Staaten galt in den Zeiten der Apartheid-Diktatur und auch in der Phase seit Februar 1990 (Legalisierung des ANC) Inkatha als die politische Kraft der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, die für gewaltfreie Veränderungen in Südafrika eintrat und sich dabei zu Kapitalismus und Marktwirtschaft bekannte, statt wie der ANC auf bewaffneten und militanten Befreiungskampf zu setzen und sozialistische Vorstellungen zu vertreten. Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung etwa stellte Inkatha von 1983 bis 1992 für diverse Schulungszentren und Entwicklungsprojekte ca. 21 Millionen DM zur Verfügung (die größtenteils aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit stammten). Im Februar 1986 wurde Buthelezi in der BRD von Kohl sowie Weizsäcker als guter Freund empfangen.

Aber auch in Südafrika selbst setzten nicht nur die reaktionären Rassisten auf Inkatha, sondern ebenso die um kontrollierte Veränderungen bemühten Kräfte um Staatspräsident de Klerk, die sich durch Inkatha eine Schwächung des ANC erhofften und im übrigen lange Zeit darauf gesetzt hatten, daß Inkatha neben dem ANC zumindest zur gleichberechtigten schwarzen Organisation aufsteigt (immerhin umfassen die Zulus rund 25 Prozent der schwarzen Bevölkerung Südafrikas).

Das mag sich auch Buthelezi so gewünscht haben, als er 1975 Inkatha als "Nationale Befreiungsbewegung", vermutlich sogar mit dem Segen der Londoner Exil-Leitung des ANC, ins Leben rief. Offensichtlich aber war es schon im Vorfeld der Gründung zur Unterstützung durch die südafrikanische Regierung gekommen, und auch die CIA soll sich zu dieser Zeit um US-amerikanische Hilfe für Buthelezi gekümmert haben. (FAZ, 3.8.91) In die sich anschließende Zeit (bis Anfang der 80er Jahre), als Buthelezi hoffte, Inkatha zur führenden schwarzen Organisation Südafrikas aufbauen zu können und dabei womöglich den ohnehin illegalen und hart verfolgten ANC marginalisieren zu können, fällt aus eben diesen Gründen seine einzige politisch verdienstvolle Tat: Er widerstand dem Drängen der südafrikanischen Regierung, die damals auch KwaZulu zu einem formal "unabhängigen" Homeland machen und aus Südafrika zwangsentlassen wollte, mit dem Argument, daß sein Volk es nicht wünsche, in Südafrika zu Ausländern gemacht zu werden. (Heute hingegen will Buthelezi genau dies.)

Buthelezi, dessen das Zulu-Bewußtsein betonende Organisation zunächst ein Ausdruck der in der Folge des Soweto-Aufstandes (1976) sich rapide ausbreitenden "Black Consciousness Bewegung" zu sein schien, war angeblich Ende der 70er Jahre unter der schwarzen Bevölkerung bekannter und populärer als Nelson Mandela. Generös wurde auf Inkatha-Versammlungen auch schon mal die Fahne des ANC aufgehängt, und Buthelezi forderte die Freilassung Mandelas. Zum Bruch mit dem ANC kam es in Folge eines Treffens mit der ANC-Führung in London 1979, als sich Buthelezi nicht den Direktiven des ANC unterordnen wollte und seinerseits den Führungsanspruch für Südafrika erhob. Zurecht befürchtete der ANC schon damals, daß Inkatha auf ein friedliches Nebeneinander mit dem Rassistenregime hinarbeiten wollte.

Inkatha-Apparat beherrscht KwaZulu

Buthelezi baute Inkatha zu einer straff gegliederten Organisation auf mit angeblich weit über einer Million Mitgliedern. Inkatha unterhält zum Beispiel eine eigene Frauenorganisation, paramilitärische Jugendbrigaden sowie eine eigene Gewerkschaft, deren Gründung im Mai 1986 der Formierung des ANC-nahen Gewerkschaftsverbandes COSATU im November 1985 auf dem Fuße folgte. Sollten die von Inkatha angegebenen Mitgliedszahlen realistisch sein, dann vor allem deshalb, weil Inkatha als Staats- und Einheitspartei im autonomen Homeland KwaZulu in weiten Bereichen der Gesellschaft eine faktische Zwangsmitgliedschaft durchsetzte: Berufsausübung, Gewerbelizenz, Zulassung zur Höheren Schule, Grunderwerb, sogar der Rentenbezug - alles ist in KwaZulu abhängig vom Besitz einer Inkatha-Mitgliedskarte. Bei der Umsetzung ihrer Politik setzt die Inkatha-Führung zum einen auf die von ihr beherrschte Verwaltung von KwaZulu, zum anderen auf die Einbeziehung der lokalen traditionellen Autoritäten, wobei all diejenigen dieser Chiefs bzw. Häuptlinge, die Inkatha nicht folgen wollten, entweder durch Terror vertrieben oder ermordet wurden. Zur Durchsetzung ihres Machtanspruchs stand (und steht) Inkatha schließlich auch die Polizei von KwaZulu (KZP) zur Verfügung, die sich unter der Leitung von Buthelezi befindet, der nicht nur von Südafrika eingesetzter "Chefminister" dieses Homelands, sondern auch dessen Polizeiminister ist.

Da Inkatha somit ihren Einfluß (ganz im Gegensatz zu ihrem von ihren westlichen Geldgebern gern geglaubten Gerede von ihrem Ziel eines künftigen Südafrika als nichtrassische und pluralistische Demokratie) weitgehend auf Terror und polizeistaatliche Methoden gründet, verwundert es wenig, daß Inkatha außerhalb KwaZulus und der umgebenden Region Natal von einigen spezifischen Ausnahmen abgesehen politisch nicht präsent ist, auch nicht unter den außerhalb Natals lebenden Zulus. Das änderte sich auch nicht, nachdem Inkatha sich im Juli 1990 als Reaktion auf die Legalisierung des ANC von einer Bewegung in eine Partei mit gesamtnationalem und multirassischem Anspruch, in die "Inkatha Freedom Party" (IFP) umwandelte und einige bekanntere antikommunistische Weiße Inkatha beitraten. Dazu gehören einige übergetretene Parlamentsabgeordnete der National Party ebenso wie Suzanne Vos, die Inkatha bei den Multiparteien-Verhandlungen vertrat und Mitglied des IFP-Zentralkomitees ist.

Doch auch innerhalb Natals verlor Inkatha mit dem Anwachsen der Kämpfe gegen das rassistische System und die zunehmende Verstädterung in den 80er Jahren immer mehr an Einfluß - trotz aller erdenklichen finanziellen und sonstigen Unterstützung durch westliche Geldgeber und vor allem das südafrikanische Rassistenregime selbst (was 1991 durch den sogenannten Inkathagate-Skandal ans Licht kam). Umfragen ergaben, daß 1981 noch knapp 60 Prozent der städtischen Zulus Inkatha unterstützten, während es 1990 nur noch gut 10 Prozent waren. (In ländlichen Gebieten ist auf Grund des dort besser funktionierenden Überwachungs- und Klientelsystems der Einfluß Inkathas wesentlich höher.)

Inkatha - eine Terror-Organisation

Der ab den 80er Jahren kontinuierlich abnehmende Masseneinfluß Inkathas in Natal sowie ihr innerhalb Gesamt-Südafrikas ständig geringer werdendes politisches Gewicht verdankte sich zunächst der 1983 gegründeten Massenorganisation UDF (United Democratic Front). Die UDF umfaßte rund 600 Mitgliedsorganisationen von Gewerkschaften über Frauenorganisationen, Kirchen bis hin zu Bürgerinitiativen. Sie war verantwortlich für den sich immer stärker ausweitenden "zivilen" Widerstand gegen das Regime, den sie etwa mit Mietboykotten, Schulstreiks etc. durchführte. Wirkungsvoll ergänzt wurde sie dabei durch die gezielt auch mit politischen Forderungen operierenden Gewerkschaften, was zusammengenommen Südafrika für die Weißen zunehmend unregierbar machte und schließlich in die Legalisierung des ANC im Februar 1990 mündete. Dies hatte die UDF bereits erstmals im Juni 1986 gefordert.

Gegen diesen gewaltfreien Massenwiderstand ging das rassistische Regime mit einer ganzen Palette von terroristischen Methoden vor. Eine zentrale Rolle in diesem "low intensity warfare" nahm dabei das ein, was hierzulande jahrelang und zum Teil bis heute als "Krieg von Schwarzen gegen Schwarzen" und "Kampf rivalisierender Schwarzengruppen um die Macht" dargestellt wird. Die bis heute Tausende von tödlichen Vorfällen begannen im Jahr 1984, als die UDF sich auch in Natal zunächst in den städtischen Townships ausbreitete und von dort auf die ländlichen Gebiete übergriff. Bis Ende 1986 kamen in einer ersten Phase bei "gewalttätigen Auseinandersetzungen" in Natal, aber auch in anderen Regionen Südafrikas rund 2.000 Menschen ums Leben, wobei ab 1985 auch sogenannte "Vigilanten" in Erscheinung traten: als gewöhnliche Gewalttäter getarnte Gruppen, die jedoch aus dem Sicherheitsapparat angeleitet oder sogar rekrutiert waren und - oft mit aktiver Unterstützung durch die Polizei - in Pendlerzügen Blutbäder anrichteten, stundenlange Mordzüge durch für die südafrikanischen Behörden unregierbar gewordene Townships veranstalteten,

tagelang ungehindert Elendsviertel terrorisierten (bis die Einwohner geflohen waren und mit dem geplanten Abriß begonnen werden konnte) oder gezielt einzelne Personen in häufig barbarischer Weise liquidierten.

Inkatha war aktiver Teil dieser Terror-Strategie. Heute ist durch die Ermittlungsergebnisse der "Goldstone-(Untersuchungs)kommission" sozusagen amtlich, was zum ANC übergelaufene Informanten schon Ende 1991 mitgeteilt hatten: Etwa daß 1986 200 Inkatha-Mitglieder durch die südafrikanische Armee im damals noch von Südafrika annektierten Namibia eine Ausbildung erhielten und diese Männer später in die Polizei von KwaZulu integriert wurden, aus der heraus etliche von ihnen Todesschwadronen formierten. (ak 361, 15.12.93) Oder, wie inzwischen ein führendes IFP-Mitglied bestätigte, daß Inkatha-Leute in Israel eine sogenannte "Anti-Terror"-Ausbildung erhielten, deren Kosten offenbar vom südafrikanischen Staat übernommen wurden. (Weekly Mail, 19.3.93)

Ab 1987 eskalierte der Terror in Natal in einer zweiten Phase endgültig und forderte bis Ende 1989 rund 3.000 weitere Todesopfer. Vergeblich versuchte Inkatha in diesem Zeitraum, verlorenes Terrain wieder gut zu machen, wobei jedoch nach den Beobachtungen eines Abgeordneten der liberalen "Demokratischen Partei" "Inkatha in solchen Gegenden, wo sie harte Methoden anwendete, anschließend fast allen Einfluß einbüßte". (FR, 1.6.90) Dieser zunehmende Verlust an politischem Einfluß, dem Inkatha ausgesetzt war, bestätigte sich eindrucksvoll, als Nelson Mandela zwei Wochen nach seiner Freilassung am 25. Februar 1990 auf einer Kundgebung in Durban, der größten Stadt in Natal, vor rund 130.000 Menschen sprechen konnte, während eine daraufhin vier Wochen später einberufene (und von der südafrikanischen Sicherheitspolizei im Rahmen von "Inkathagate" finanzierte) Veranstaltung mit Buthelezi nur knapp 12.000 Teilnehmer umfaßte. Sofort nach dieser für Inkatha mißglückten Veranstaltung zog die Organisation 12.000 bewaffnete Kämpfer zusammen, die dann am 29. März die Townships des nur knapp hundert Kilometer von Durban entfernten Pietermaritzburg überfielen, 11.000 Menschen vertrieben und über 80 ANC-Anhänger töteten.

In einer dritten Phase trug Inkatha den Terror - parallel zu ihrer Umformierung in eine gesamtnationale Partei - in Gebiete außerhalb Natals, vornehmlich in die Townships der Industriegebiete bei Johannesburg. Dabei ging sie nach folgendem strategischen Plan vor: Sie begann als erstes mit aggressiven Rekrutierungskampagnen in Wanderarbeiter-Wohnheimen, wobei sie sich die soziale Isoliertheit der Wanderarbeiter von den sie umgebenden Township-Strukturen sowie deren familiäre Entwurzelung zunutze machte. Zugleich schleuste sie in die Wohnheime Inkatha-Kämpfer ein, die aus diesen sodann alle Gegner Inkathas vertrieben. Waren die Wohnheime auf solche Weise unter die Kontrolle von Inkatha geraten (was in den meisten Fällen gelang) wurden außerdem aus ländlichen Gebieten mit dem Versprechen eines Arbeitsplatzes angelockte Männer einquartiert, die sie fortan als (Tot)schlägertruppen in den umliegenden Townships zum Einsatz brachte. (der überblick 4/91) Für diese Aktionen besorgten leitende südafrikanische Polizeioffiziere Waffen, wie die Goldstone-Kommission zur Untersuchung der politischen Gewalt im letzten Monat bekanntgab. (Die Aufdeckung dieser Verbindung veranlaßte nun auch den Vorsitzenden der Kommission, Richter Goldstone, endlich von der Existenz einer "dritten Kraft" zu sprechen; NZZ, 22.3.94.)

Seit Anfang 1990 kamen durch "politisch motivierte Gewalttaten" mithin 15.000 Menschen ums Leben. Für einen bestimmten Zeitraum liegen genauere Angaben vor: Innerhalb von zwei Jahren - von Juli 1990 bis Juni 1992 - kamen durch politische Gewalt 6.229 Menschen ums Leben, das waren im Durchschnitt acht bis neun täglich. 84 Prozent der gesamten Opfer waren ANC-Anhänger oder Township-Bewohner. Unter den rund 5.700 "Vorfällen" dieses Zeitraums gab es 49 Massaker, bei denen zehn oder mehr Menschen starben. Bei den Massakern waren nur in drei Fällen Inkatha-Anhänger die Opfer. 59 Prozent aller Gewalttaten spielten sich nun in der PWV-Region ab (Großraum Pretoria-Johannesburg), 32 Prozent in Natal und 9 Prozent im restlichen Südafrika. Als Täter wurden in 5,7 Prozent der Fälle die südafrikanischen Sicherheitskräfte verantwortlich gemacht, Todesschwadrone zu 2 Prozent, rechtsradikale Gruppen zu 0,7 Prozent und "Vigilanten"-Gruppen zu 81 Prozent, von denen die meisten Inkatha zugerechnet wurden. (FR, 7.8.92, nach einer Zusammenfassung von medico international auf der Grundlage einer Konferenz in London mit dem Thema "Gewalt in Südafrika") Diese Zahlen decken sich mit verschiedenen anderen Einschätzungen, nach denen weniger als 10 Prozent der Gewalttaten von ANC- oder PAC-Anhängern oder Township-Einwohnern ausgingen, obwohl diese natürlich bemüht waren, ihre Selbstverteidigung zu organisieren.

Im Unterschied zur kontinuierlichen Gewalt in Natal ist die jeweilige Zahl der Vorfälle in der PWV-Region gewissen Schwankungen unterworfen, was auf eine zentrale Koordinierung des Terrors hindeutet. Pauschal läßt sich feststellen, daß in den Zeiträumen vor Durchbrüchen bei den Verhandlungen zwischen ANC und

Regierung oder als Antwort auf Massenaktionen von ANC oder COSATU die Zahl der Terrorakte in die Höhe stieg, begleitet zumeist von der Durchführung neuer Massaker.

Showdown in Natal

Inzwischen ist im Gebiet von KwaZulu die Machtfrage gestellt. Inkatha hat nicht nur die eigene Beteiligung an den Ende April stattfindenden Wahlen abgelehnt, darüber hinaus hat Buthelezi immer wieder klargemacht, daß er eine "Machtübernahme des ANC und der mit ihm verbündeten Kommunisten" verhindern wolle. Dies könne entweder an den Wahlurnen geschehen "oder durch Massenaktionen oder durch revolutionäre Gewalt". (SZ, 14.1.94) Da Inkatha sich wohlweislich gegen die erste Möglichkeit entschieden hat (nach verschiedenen Umfragen würde Inkatha in Natal nicht viel mehr als 20 Prozent der Stimmen erhalten, landesweit sogar nur rund 5 Prozent, während der ANC in dieser bevölkerungsstärksten Region Südafrikas auf knapp 50 Prozent käme), bleibt ihr nach Buthelezis Sicht der Dinge nur noch ein "Freiheitskampf ohne Beispiel" (FR, 18.3.94), ein "letzter Kampf zwischen ANC und dem Volk der Zulus". (FR, 31.3.94) Buthelezis Neffe, der als Zulu-König bezeichnete Goodwill Zwelithini (laut der aus dem Jahre 1972 stammenden Verfassung von KwaZulu ein "Paramount Chief", der lediglich repräsentative Funktionen hat) hat inzwischen das historische Zulureich in den Grenzen von 1834 auferstehen lassen und für dieses Gebiet die Souveränität ausgerufen.

Offenbar sieht Buthelezi in gewalttätiger Konfrontation für sich die letzte Chance. Analog zu den Umfrageergebnissen vermag der ANC in Natal für Demonstrationen wesentlich mehr Menschen zu mobilisieren als Inkatha, so am 26. März in Durban, als rund 100.000 auf der Straße waren, während Inkatha auf ihren Kundgebungen über 20.000 Teilnehmer kaum hinausreicht. Und nach einer Umfrage möchten selbst die Inkatha-Anhänger zu 54 Prozent an der Wahl teilnehmen. (Tagesspiegel, 2.4.94) Widerstand innerhalb der IFP gegen Buthelezi wird offenbar mit allen Methoden unterdrückt. Seit Ende Februar kursiert innerhalb Inkathas eine Liste mit Namen von führenden IFP-Politikern, die sich in den letzten Monaten für eine Wahlbeteiligung aussprachen und in dieser Aufstellung nun als ANC-Spione verdächtigt werden. Der im letzten Monat zurückgetretene stellvertretende IFP-Generalsekretär Gumede hat eine Morddrohung erhalten und lebt inzwischen verbarrikadiert in seinem Haus. Generalsekretär Mdladose wurde zusammengeschlagen und zwei weitere Personen, die in der Liste aufgeführt werden, sind bereits ermordet worden. Andere IFP-Mitglieder sind vorsichtshalber untergetaucht. (taz, 17.3.94; Independent, 28.3.94)

Militärisch hat Inkatha keine Möglichkeiten, den propagierten Zulu-Staat von sich aus zu verteidigen. Dazu fehlt es an schweren Waffen wie gepanzerten Fahrzeugen, Artillerie oder Fluggerät. Eventuell könnte sich Inkatha Raketen vom Typ RPG-7 aus Mosambik besorgt haben, deren Trefferquote im Einsatz gegen Flugzeuge oder Hubschrauber allerdings gering ist. Bei großzügigerer finanzieller Unterstützung als bisher von seiten Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate könnten vielleicht SAM 7 oder Stinger-Raketen angeschafft werden, doch dann stellt sich das Problem ihrer technischen Bedienung. (nach Weekly Mail/Guardian, 1.10.93)

Die Stärke der Polizei von KwaZulu wird auf 5.000 Mann geschätzt, die mit deutschen G 3-Maschinenpistolen ausgerüstet sind und in deren Reihen sich die 200 Männer befinden, die 1986 in Namibia eine militärische Spezialausbildung durch die südafrikanische Armee erhielten und zum Teil als Todesschwadrone operieren. Hinzu dürften innerhalb Natals rund zehntausend bewaffnete Inkatha-Mitglieder kommen: So demonstrierten Anfang April 10.000 Männer in dem Ort Empangeni allerdings "nur" mit traditionellen Waffen bewehrte Männer gegen das seit Anfang April über Natal ausgerufene Ausnahmerecht, um damit sogleich gegen dieses zu verstoßen. Unter Leitung eines früheren Sicherheitsoffiziers der südafrikanischen Armee werden diese Kräfte derzeit zum Teil in "Selbstschutzeinheiten" trainiert und erfaßt. Auch Mitglieder der Nazi-Organisation AWB sollen angeblich an der militärischen Ausbildung von Inkatha-Leuten beteiligt sein. (Independent, 21.3. und 26.3.94)

Realistischerweise kann Inkatha nur darauf setzen, durch ein Klima der Gewalt und des Terrors die Abhaltung der Wahlen in Teilen Natals zu verhindern oder möglichst viele Menschen durch Einschüchterung von einer Wahlbeteiligung abzuhalten. Bereits dreimal verhinderten bewaffnete Inkatha-Anhänger geplante ANC-Wahlveranstaltungen. Seit Anfang März sind in Natal bislang über 300 Menschen, meist ANC-Anhängerinnen und Anhänger, zum Teil in Massakern, getötet worden. Andere wurden aus ihren Dörfern vertrieben und ihre Häuser angezündet. Inkatha wird versuchen, gewalttätige Auseinandersetzungen größeren Stils herbeizuführen und dann zu hoffen, aus einer möglicherweise entstehenden unübersichtlichen Situation

doch Gewinn schlagen zu können. Unberechenbare Faktoren gibt es genug, die auch durch das seit Anfang April für Natal ausgerufene Ausnahmerecht nicht weniger werden: Kann oder will die südafrikanische Armee effektiv gegen Inkatha und ihre Verbündeten vorgehen? Wird sich die rassistisch durchsetzte Polizei an einem wirkungsvolleren Schutz von ANC-Anhängerinnen und -anhängern weiter desinteressiert zeigen? Werden weiße Extremisten bewaffnet an der Seite Inkathas eingreifen?

Wie in den anderen jetzt von der Landkarte verschwindenden "Homelands" hängt auch in KwaZulu so gut wie alles am Geld, das bislang aus der südafrikanischen Staatskasse zur Aufrechterhaltung dieser Gebilde floß. KwaZulus Budget wurde bisher zu 89 Prozent aus Pretoria finanziert. Dieser Hahn wird nach der Wahl zugedreht, so daß eine Situation wie in Bophutatswana entstehen könnte, wo sich die öffentlich Bediensteten aus Angst um ihr weiteres Einkommen im März gegen den dortigen, die Wahlen ablehnenden Diktator Mangope erhoben und kurz danach auch die Truppen dieses nun ausgelöschten Homelands die Seite wechselten.

Andeutungen aus ANC-Kreisen zufolge könnte die Führung von KwaZulu noch vor den vom 26. bis 28. April auf jeden Fall stattfindenden Wahlen entmachtet worden sein. Vorstellbar wäre eine konzertierte Aktion, die ein staatsstreich-ähnliches Vorgehen der südafrikanischen Armee koppelt mit (militanten) Massenaktionen des ANC. Oder man verschiebt eine solche Aktion auf die Zeit nach den Wahlen, läßt Buthelezi bis dahin weiter morden und nimmt in Kauf, daß in Teilen Natals für die Bevölkerung eine Stimmabgabe nicht möglich sein wird. Das aber wäre schon ein Erfolg für Inkatha, der den möglichen Effekt aufwiegen würde, daß nach den Wahlen die ANC-geführte Regierung mit einer durch das Wahlergebnis legitimierten größeren Autorität die Ausschaltung der "Inkatha-Gangster" (ANC-Erklärung vom 28.3.94) betreiben könnte. Die mit allen Wassern gewaschenen ANC-Strategen werden sich etwas einfallen lassen müssen.

J./Westberlin, 7.4.94

48. Quelldatei 42.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak365/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:42

Haiti

Seit dem Militärputsch auf Haiti im September 1991 sind Tausende gejagt, gefoltert, erschossen worden. Menschenrechtsorganisationen sprechen von 500.000 internen Flüchtlingen. - In Zusammenarbeit mit dem Haiti-Info thematisiert die Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika die Entwicklung auf Haiti sowie die Haltung von UNO und USA gegenüber dem Putsch.

ila. H. 173, März 1994. 70 S. (A4), 7 DM.

Kuba

Die Quartalsschrift der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, cuba libre, hat seit geraumer Zeit von einem Solidaritätsbegriff, der tatsächliche Debatte und realitätsgerechte Analyse ausschließt, Abschied genommen. Der (bisherigen) Redaktion der Zeitschrift ist nun von der Mehrheit des Bundesvorstands (BV) der Freundschaftsgesellschaft "Sabotagearbeit an der materiellen und politischen Arbeit" mit Kuba vorgeworfen worden. Nach dem Willen dieser BV-Mehrheit hätte die aktuelle Ausgabe von cuba libre lediglich mit ihrer Stellungnahme und den darin enthaltenen heftigen Vorwürfen gegenüber der alten Redaktion erscheinen sollen. Wie jedoch das Leben manchmal so spielt, findet sich in der Mitte der Ausgabe eine grüne Beilage, in der die alte Redaktion mitteilt, daß diese Ausgabe "von Teilen des Vorstands der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba in Zusammenarbeit mit einer Minderheit der Redaktion zensiert" worden sei, und in der sie ihre eigene Position darstellt.

cuba libre. H. 1/1994. 68 S. (A4), 5 DM.

Rassismus

Die Berliner Antifaschistische Initiative, das Antirassistische Telefon und die Redaktion der Zeitung antirassistischer Gruppen (ZAG) haben eine umfassende Dokumentation zur Ermordung von Amadeu Antonio Kiowa im November 1990 in Eberswalde vorgelegt. Die Publikation enthält Pressemeldungen, Kommentare, Aufrufe u.ä. zum Prozeß, dem Verhalten der Polizei in der Nacht des Mordes, der antirassistischen Demonstration in Eberswalde im August 92 und zu den Reaktionen am Ort. Über den weiteren Hintergrund des Mordes informieren Abschnitte zur Situation der ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen und der Situation der Flüchtlinge in Eberswalde.

Rassismus in Deutschland - das Beispiel Eberswalde. Die Auseinandersetzungen mit einer Stadt und deren Umgang mit rassistisch motivierter Diskriminierung und Gewalt. 104 S. (A4) - Bezug über: Antirassistische Initiative, Yorckstr. 59, 10965 Berlin.

Mölln

Der Prozeß gegen die beiden als Mörder verurteilten Neonazis Michael Peters und Lars Christiansen hat weltweit Beachtung gefunden. Die Landeszentrale für politische Bildung in Schleswig-Holstein hat eines Dokumentation des Prozesses vorgelegt. Wesentliche Teile der Erklärungen der Angeklagten, der Plädoyers und des Urteils werden dokumentiert, so daß ein recht umfassendes Bild des Prozeßverlaufs entsteht. Mit der Wiedergabe von Stellungnahmen zur Tat, den Angeklagten und dem Prozeß wird, wenn auch knapp, der Zusammenhang mit Asyldebatte und Rassismus hergestellt. - Eine sinnvolle Arbeitsunterlage für Jugendgruppen, Lehrer u.ä., um die Themen Neonazismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zu behandeln.

Das Verfahren vor dem Oberlandesgericht Schleswig über die Anschläge von Mölln im November 1992 (Gegenwartsfragen, Nr. 72). Bezug über: Landeszentrale für politische Bildung, Düvelsbeker Weg 12, 24103 Kiel. (Die Materialien der Landeszentralen sind kostenlos.)

Geschichtswerkstätten

Die Hamburger Willi-Bredel-Gesellschaft/ Geschichtswerkstatt e.V. informiert in unregelmäßiger Folge mit ihren Rundbriefen über ihre Veranstaltungen und Stadtrundgänge.

Informationen über die Arbeit der Geschichtswerkstatt und Bezug des Rundbriefs (3 DM) über: Willi-Bredel-Gesellschaft/Geschichtswerkstatt, Im Grünen Grunde 1c, 22337 Hamburg.

Bundesgrenzschutz

Der Informationsdienst Bürgerrechte & Polizei/CILIP dokumentiert und analysiert seit 1978 die gesetzlichen, organisatorischen und taktischen Veränderungen innerer Sicherheitspolitik der BRD. - Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe ist der Bundesgrenzschutz, der 1951 in Ermangelung eines eigenen westdeutschen Heeres als paramilitärische Truppe konzipiert worden ist. Im Lauf der Jahre wandelte sich der BGS von einer jederzeit einsatzbereiten truppenpolizeilichen Eingreifreserve im Innern zu einer immer häufiger eingesetzten Bundespolizei.

Bürgerrechte & Polizei/CILIP 47. H. 1/1994. 104 S. (A5), 10 DM.

Anti-AKW

"Die letzten Jahre der atom waren zunehmend geprägt vom langsamen Ausstieg aus der Zeitungsarbeit und der Bewegung insgesamt", teilt die Redaktion von atom in der Ausgabe mit, die im Untertitel als "die letzte" bezeichnet wird. In insgesamt 81 Ausgaben (die Vorläufer Atom Express und atommüllzeitung, die in atom aufgegangen sind, mitgezählt) ist die Zeitschrift seit 17 Jahren erschienen. "17 Jahre in Bewegung" werden dann auch in "Rückblick und Diskussion" dokumentiert. Damit liegt, selten genug, einmal die Möglichkeit vor - für die Aktivisten der Bewegung wie für die Nachgeborenen - Aufstieg und Niedergang einer der größten, partiell sogar erfolgreichen sozialen Bewegungen seit dem Aufbruch 1967/68 nachzuvollziehen. Tschüß denn, atom-Redaktion und: Danke!

atom, Nr. 41, Frühjahr 1994. 84 S. (A4), viele Fotos, Karte mit (bestehenden, stillgelegten, aufgegebenen) Atomanlagen in der BRD, 5 DM.

Christiania

Hier geht es einmal - und ausnahmsweise - nicht um eine existente Publikation, sondern um die Suche eines (wie doch zu hoffen ist) zukünftigen Autors nach Materalien aller Art über die Geschichte (vorzugsweise der 80er Jahre) des 1971 begonnenen und langlebigen Versuchs einer "anderen Lebensweise" in Christiania (Kopenhagen). Über entsprechende Zusendungen freut sich

Helmuth Perina, Schneidersberg 1, 74858 Aglasterhausen.

49. Quelldatei 43.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak365/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:43

Antifa in Coburg

Eine Protestdemonstration gegen eine NPD-Kundgebung in Coburg wurde von einer polizeilichen Sondertruppe, dem sog. Unterstützungskommando (USK), auseinandergeprügelt. Zwei der mißhandelten jugendlichen Demonstranten sind u.a. wegen "Widerstand gegen die Staatsanwalt", "vorsätzlicher Körperverletzung" und "Landfriedensbruch" angeklagt. Coburger AntifaschistInnen rufen unter der Parole "Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands" auf zur

Demonstration am 16.4.91, 11 Uhr. Sammelplatz: Schützenanger, gegenüber dem Jugendzentrum "Domino".

EU-Gipfel

Im Dezember 94 werden die zwölf Regierungschefs der Europäischen Union zu ihrem Gipfeltreffen in Essen zusammentreten. Das Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel und die BUKO laden zur "Vorbereitung von Gegenkongreß, Großdemonstration und Aktionstagen" ein.

16.4.94, 11.30-18.00 Uhr. Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, 45326 Essen.

Arbeitslosigkeit

Die Marxistische Abendschule Hamburg eröffnet ihr Sommerprogramm 1994 mit einem Vortrag von Prof. Dr. Herbert Schui zum Verhältnis von steigender Arbeitsproduktivität und Arbeitslosigkeit: "Geht uns die Arbeit aus?"

18.4.94, 19 Uhr. Universität, Allende-Platz 1 ("Pferdestall"), Raum 108, Hamburg.

Antifasist Genclik Komitesi

Unter der Beschuldigung des gemeinschaftlichen Mordes an einem Funktionär der neonazistischen "Deutschen Liga" sind seit November 1993 fünf türkische AntifaschistInnen in Berlin inhaftiert. Im Laufe der Ermittlungen konzentrierte sich der Staatsschutz auf die MigrantInnen-Initiative Antifasist Genclik. Unter den Forderungen "Sofortige Freilassung der inhaftierten MigrantInnen und Einstellung aller laufenden Verfahren" und "Für einen offensiven Widerstand gegen die Kriminalisierung der antirassistischen und antifaschistischen MigrantInnen-Bewegung" soll eine "bundesweite Demonstration" in Berlin durchgeführt werden.

20.4.94, Berlin. (Uhrzeit und Ort sind im Aufruf nicht angegeben.)

Europäisches Judentum

Die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt veranstaltet eine Tagung über "Europäisches Judentum nach der Shoa", über heutiges jüdisches Leben "in der Diaspora" also. Erörtert werden sollen u.a. die Fragestellungen: Jüdische Minderheiten in nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaften; Angesichts des aktuellen Antisemitismus - Juden in Europa wieder auf gepackten Koffern?; Judentum und jüdischer Glaube; Jüdisches Leben in Osteuropa; Europäisches Judentum und Israel. Die Referenten der Tagung kommen aus England, Frankreich, Polen, Schweden, der Schweiz und Ungarn.

22.-24.4.94, Wittenberg. Tagungsprogramm und Anmeldung: Ev. Akademie Sachsen-Anhalt, Otto von Guericke-Str. 57, 39104 Magdeburg. - West-Teilnehmer zahlen für Tagung, Unterkunft und Verpflegung 80 DM.

Rassismus und Rechtsextremismus

Das Rassismus-Referat im AStA der Katholischen Hochschule für Soziale Arbeit, Saarbrücken, hat eine Ausstellung "Biedermänner und Brandstifter" erarbeitet. Die Ausstellung begleitend werden Vorträge angeboten:

26.4.94, 19.30 Uhr: Rechtsextremismus im Saarland

28.4.94, 19.30 Uhr: Zerstörung des Gehorsams - Widerstand lernen statt Knechtschaft dulden

4.5.94, 19.30 Uhr: Mit Pädagogik gegen Rassismus und Faschismus?

11.5.94, 19.30 Uhr: Das Frauenbild der Neuen Rechten

Alle Vorträge finden in der Katholischen Hochschule für Soziale Arbeit, Rastpfuhl 12a, Saarbrücken statt.

Die Ausstellung ist am gleichen Ort vom 26.4.- 16.5.94 an den Wochentagen zu 8 bis 16 Uhr und vor den Vorträgen geöffnet.

Totentanz der Moderne

Ausgehend vom Jahrestag der Pariser Commune wollen die Berliner LinksökologInnen "die bestehende Situation dieser Gesellschaft analysieren, diskutieren, Möglichkeiten des Entkommens suchen und aufzeigen."

13.5.94, Berlin. Anmeldung (bis 15.4.) und Reader über: LinksökologInnen c/o VL, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin.

50. Quelldatei algerien.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak365/algerien.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:algerien

Als 1991 das Militär gegen den damaligen Präsidenten Bendjedid putsche, die ersten freien Parlamentswahlen nach dem ersten Wahlgang abbrach und damit die Islamisten der FIS um ihren politischen Erfolg betrog, wurde mit der Einsetzung eines Hohen Staatsrats gleichzeitig versprochen, nach zwei Jahren wieder demokratische Spielregeln zu installieren. Diese Zeit lief im Januar ab. Das Versprechen ist gebrochen und die FIS und andere bewaffnet kämpfende Organisationen sind stärker denn je. 3.000 Tote hat dieser Kampf bisher gekostet, wobei staatlicherseits die gleichen terroristischen Mittel eingesetzt werden wie von der FIS. Algerien steht jetzt an der Schwelle eines offenen Bürgerkriegs.

Seite 21

51. Quelldatei antipkk1.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak365/antipkk1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:antipkk1

Deutschland läßt foltern

"Wie sich die Zeiten ändern: Als sich vor 25 Jahren auf dem Prager Wenzelsplatz ein junger Mann verbrannte, weil er die Unterdrückung nicht mehr ertrug und Freiheit wollte für sein Land, war man beeindruckt. Ergriffen von dem Mut, bestürzt über den Tod. Wenn sich heute Kurden in Deutschland selbst in Brand stecken, weil sie die Unterdrückung nicht mehr ertragen, kennt keiner die Namen der toten Frauen. Im Gegenteil, das Drama liefert Stoff für neue Stammtischwitze. Und die Stimmung besagt, angeheizt von Politikern der großen Parteien: Raus mit ihnen."

(Badische Zeitung, 31.3.94)

Nicht an den Stammtischen, sondern in der FAZ werden die Selbstverbrennungen als "publikumswirksames Mittel" apostrophiert. Und für Bundesinnenminister Kanther erweist sich die hohe Militanz der PKK darin, "daß sie ihre eigenen Frauen verbrennen". (taz, 25.3.)

Der schamlose Zynismus angesichts der Verzweiflung der Kurdinnen und Kurden, deren Volk mit bundesdeutschen Waffen vertrieben oder abgeschlachtet wird, markiert zugleich einen neuen Höhepunkt des regierungsamtlichen Rassismus. Die letzten Wochen haben gezeigt, wie leicht es heute in der BRD ist, eine ganze (ausländische) Bevölkerungsgruppe im öffentlichen Bewußtsein für rechtlos zu erklären. Alle kurdischen Vereinigungen, so Kanther, sollen "überprüft" werden. Die bloße Teilnahme an einer verbotenen Demonstration soll automatisch zur Ausweisung führen. Sein Parteifreund Gerster will jede politische Betätigung von Kurden in der BRD untersagen. Arbeits- und Gewerbeaufsichtsämter sind vom Bundesinnenminister angehalten, PKK-Unterstützer aufspüren. Bundesbahn und Busunternehmen sollen Kurden nicht mehr befördern.

Kurdinnen und Kurden, die angeblich oder tatsächlich bundesdeutsche Gesetze übertreten haben, werden nicht nach diesen Gesetzen bestraft, sondern ganz und gar außerhalb von Recht und Gesetz gestellt. Internationale Konventionen, die die Auslieferung in Folterstaaten verbieten, interessieren nicht mehr. Aus der Türkei stammende Kurden müssen sich, sagt Kohl, "über die Konsequenzen im Klaren sein". Wenn es sich um mißliebige Ausländer handelt, tendiert der Wert von menschlichem Leben und körperlicher Unversehrheit gegen Null. Das ist die ethische Grenze, die heute parteiübergreifend niedergerissen wird.

Zu diesem Thema Seite 6

Zur Situation in der Türkei

und in Kurdistan Seite 7

52. Quelldatei ff-02.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak365/ff-02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:ff-02

Geistige Brandstifter ...

Fortsetzung von Seite 1

Dies mochte selbst der Anklagevertreter, Bundesanwalt Bruns, nicht hinnehmen: In der Terrorismus-Rechtsprechung sei der BGH über Jahre davon ausgegangen, daß die Unterstützung der RAF-Hungerstreiks wegen angeblicher Isolationsfolter nur ein Vorwand sei, um eine terroristische Vereinigung zu unterstützen; jetzt jedoch sehe man den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Behauptung der "Auschwitz-Lüge" und der neonazistischen Propaganda nicht. Der Zentralrat der Juden in Deutschland äußerte, die Urteilsbegründung erwecke den "Eindruck einer Gebrauchsanweisung", wie man der Bestrafung wegen Verbreitung der "Auschwitz-Lüge" entgehen könne.

Vor einer AsylbewerberInnen-Unterkunft in Mannheim hatten sich im Mai 1992 über Tage hinweg hunderte von RassistInnen und ihre SympathisantInnen zusammengerottet. Die RassistInnen waren an einem Tag bewaffnet mit Baseballschlägern vor dem Gebäude aufgezogen, hatten die Polizei angegriffen; blockierten am nächsten Tag die Straße vor der Unterkunft, ein Brandsatz wurde auf das Gelände geworfen. Insgesamt wurden 49 der Randalierer von der Polizei in Gewahrsam genommen und erkennungsdienstlich behandelt. Die Staatsanwaltschaft, die von der Polizei nur einen "Ergebnisbericht" ohne Namen bekam, hat gegen keinen der TeilnehmerInnen an den Ausschreitungen ermittelt, da es sich nur um "Störungen" gehandelt habe. (Diese "Störungen" hatten immerhin den größten Polizeieinsatz in der Mannheimer Nachkriegsgeschichte zur Folge.) Ihren ganzen Eifer konzentrierte die Staatsanwaltschaft hingegen auf die Verfolgung der antirassistischen GegendemonstrantInnen, 150 von ihnen wurden Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und ähnliche Delikte zur Last gelegt.

Etwa sechzig Einwanderer, Asylbewerber und sonstwie "Fremde" sind in den ersten Jahren des neuen und großen Deutschland ermordet worden. Der Haß oder zumindest die Ablehnung gegenüber allem "Fremden" kann auf eine breite gesellschaftliche Zustimmung setzen. Selbst Morde mußten schon ein besonderes Ausmaß annehmen - und die Bundesregierung die Schädigung "des deutschen Ansehens in der Welt" beklagen - bis überhaupt Protest aufkam. Ein Brandanschlag von Neonazis auf eine Synagoge hatte bisher nicht stattgefunden. Diese Schwelle ist mit dem direkten Anknüpfen an das Novemberpogrom 1938 nun auch überschritten worden: In der Nacht zum 25. März wurden Brandflaschen in die Lübecker Synagoge geschleudert; der Tod der in dem Gebäude lebenden Familien ist zumindest billigend in Kauf genommen worden.

"Ich rechne schon lange mit so etwas", sagte Ignatz Bubis. "Schuld daran sind die geistigen Brandstifter, rechtsradikale Parteien wie die ‚Republikaner`, die DVU und die NPD, die ungehindert mit Hetz- und Haßparolen die Stimmung schüren." Der "Republikaner"-Chef Franz Schönhuber reagierte darauf mit der Zentralparole des Antisemitismus: Die Juden sind selber schuld! Bubis sei einer "der schlimmsten Volksverhetzer Deutschlands", er sei "derjenige, der in Deutschland für Antisemitismus" sorgt. Er werde Bubis und Michel Friedmann, Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, wegen "Volksverhetzung" und "Verleumdung" verklagen.

Schönhubers Attacken blieben ungeahndet. Die (hier zuständige) Staatsanwaltschaft beim Landgericht Landshut erklärte, durch die Äußerungen Schönhubers "wurde kein Bevölkerungsteil, hier die in Deutschland lebenden Juden, angegriffen, weil sich die Äußerungen gegen zwei ganz konkret benannte Persönlichkeiten richtete und nicht als Aussage über die Deutschland lebenden Juden anzusehen ist." Ob es sich bei Schönhubers Äußerungen um ein "ehrverletzendes Werturteil" handele, müsse nicht geprüft werden, da weder Bubis noch Friedman einen Strafantrag gestellt hätten, somit die Bedingungen, die "ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft von Amts wegen gebieten würden", nicht erfüllt seien. Zwar seien Bubis und Friedman Angehörige einer Volksgruppe, die im Nationalsozialismus verfolgt wurde; die Beleidigung hinge aber nicht mit dieser Verfolgung zusammen, da Schönhubers Äußerungen "nicht im Zusammenhang mit dem während der nationalsozialistischen Herrschaft begangenen Unrecht" gemacht worden seien.

So schließt sich der Kreis: Die Leugnung der Morde an Juden in den Gaskammern ist nur strafbar, wenn dabei gleichzeitig eine Hakenkreuzfahne geschwungen wird; die Beschimpfung eines Juden als "schlimmster Volksverhetzer Deutschlands" nur, wenn dies mit Zitaten aus "Mein Kampf" einhergeht.

53. Quelldatei irland.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak365/irland.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:irland

Nordirland

Mit taktischem Geschick und großer Flexibilität haben Sinn Féin und IRA den britischen Premierminister in eine schwierige Lage gebracht. Gegenwärtig erscheinen nicht die unverbesserlichen "Terroristen", sondern Major und sein Kabinett als die "trotzigen Kinder", die eine Verständigung über die Zukunft Nordirlands blockieren. Während die IRA mit Anschlägen auf den Londoner Flughafen ihre Handlungsfähigkeit demonstrierte, wies Gerry Adams den angeschlagenen Londoner Regierungschef auf die Chance hin, durch Entspannungsbemühungen seine Popularität zu vermehren. Ein von der IRA erklärter dreitägiger einseitiger Waffenstillstand brachte Major in zusätzliche Argumentationsnöte.

Seite 24

54. Berlusconi Superstar

CD-Datei: daten/aksuche/ak365/italien.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:italien

Italien nach der Wahl - die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst. Jedenfalls nicht für den Karikaturisten, der mit seiner Zeichnung die Lage der geschlagenen "Linken" brillant auf den Punkt bringt. PDS-Sekretär Achille Occhetto, der gescheiterte Spitzenkandidat des "fortschrittlichen" Lagers, ist am Boden: "Wer soll jetzt noch verhindern, daß Berlusconi Ministerpräsident wird?" Ein letztes Aufbäumen: "Vorwärts Senator!!!" Tatsächlich schien der Angesprochene, Umberto Bossi von der separatistischen Lega Nord, ein paar Tage lang die in ihn gesetzte Hoffnung zu rechtfertigen. Das siegreiche Bündnis der nur wahltaktisch vereinigten Rechten zeigte Risse. Schon war von Neuwahlen die Rede.

"Niemals mit den Neofaschisten!" Bossi hat sein Versprechen zum zweiten Mal gebrochen. Mit Gianfranco Fini, dem Führer der neofaschistischen Alleanza Nazionale, einigte er sich auf weitreichende Verfassungsänderungen. Das Herzensanliegen der Lega, der Föderalismus, soll mit einem "Präsidialsystem", ähnlich dem französischen, verbunden werden. Hoffnungen auf den Posten des direkt gewählten starken Mannes machen sich alle drei Anführer der Rechten. Die besten Karten hat derzeit Silvio Berlusconi, der strahlende Held der "Fernsehpartei" Forza Italia.

Einstweilen soll eine Regierung der "Wende" die "Diskontinuität" zwischen erster und zweiter Republik zum Ausdruck bringen. Selbst der Name der Republik steht zur Disposition. "Unione Italiana" lautet der Vorschlag der Lega - "unerhört" findet das der PDS, der dafür von der Lega als konservative Kraft des "alten Systems" gegeißelt wird. Die auch vom PDS geschürte Hoffnung, die Einführung des Mehrheitswahlrechts sei gleichbedeutend mit Demokratisierung, hat sich als Illusion erwiesen.

Seite 22

55. Quelldatei salva.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak365/salva.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:salva

El Salvador

Die UNO-Beobachter verkündeten ihre vorbereitete Erfolgsmeldung: Trotz "kleinerer Probleme" seien die Wahlen in El Salvador insgesamt demokratisch verlaufen. Die unterlegene Linke, die gravierende Manipulationen durch die Rechten beanstandet, will dennoch das Gesamtergebnis nicht anfechten. Auch bei der Ende April stattfindenden Stichwahl um das Amt des Staatspräsidenten ist ein Sieg der ultrarechten Regierungspartei ARENA so gut wie sicher. Dennoch kann die Niederlage der Opposition als Teilerfolg gewertet werden. Zweitstärkste Partei wurde die FMLN. Das politische Patt bleibt bestehen; die ARENA-Partei kann nicht mehr schalten und walten wie bisher. Eine Chance für den Friedensprozeß? Seite 27

56. Quelldatei somalia.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak365/somalia.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:somalia

Im Dezember 1992 landeten die ersten US-Truppen pressewirksam in Somalia, wenig später wurde die Aktion zur UNO-Angelegenheit - mit Beteiligung bewaffneter Bundeswehr-Einheiten, die trotz vorgeblich humanitärer Mission direkte Kampfunterstützung leisteten. Zur Rolle der Bundeswehr in Somalia Seite 30

Die westlichen UNO-Truppen sind jetzt aus Somalia abgezogen. Zeit eine Bilanzierung zu wagen: Die "Hilfsaktion" entwickelte sich rasch zu einer Kriegführung mit tausenden Toten. Die politische Krise, eine Ursache der Hungerkatastrophe, wurde aber nicht gelöst. Zur Einschätzung der UNO-Intervention und der jetzigen Situation ein Interview mit zwee Somalis auf Seite 29

57. Quelldatei sued.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak365/sued.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:sued

Südafrika

Showdown im südafrikanischen Natal: Die Zulu-Organisation "Inkatha" hat es abgelehnt, sich an den Ende April stattfindenden Wahlen zu beteiligen und darüber hinaus angekündigt, diese mit Gewalt verhindern zu wollen. Damit ist in der bevölkerungsreichsten Provinz Südafrikas die Machtfrage gestellt.

Weit davon entfernt, alle Zulus zu repräsentieren, folgt Inkatha auch in ihrer Hochburg Natal nur noch eine Minderheit. Unser Artikel schätzt die politischen und militärischen Möglichkeiten der Organisation ein und wirft einen Blick zurück auf die Geschichte der 1975 gegründeten Organisation, die seit den achtziger Jahren mit blutigen Methoden versuchte, den Einfluß des ANC zurückzudrängen.

Seite 26

58. Vor 50 Jahren

CD-Datei: daten/aksuche/ak365/ungarn.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:365:ungarn

Völkermord an

Ungarns Juden

Bis zum Frühjahr 1944 waren die Juden Ungarns von der deutschen Vernichtungsmaschinerie weitgehend verschont geblieben. Solange hatte Ungarn, obwohl mit Deutschland im Krieg verbündet und selbst eines der am meisten antisemitischen Länder Europas, dem seit 1942 ausgeübten deutschen Druck widerstanden, seine jüdische Bevölkerung in die Vernichtungslager auszuliefern. Von Mitte Mai 1944 rollten dann die Züge aus Ungarn Richtung Auschwitz, bis Ungarns Staatschef Horthy Anfang Juli 1944 die Einstellung der Transporte anordnete, kurz bevor die Juden der Hauptstadt Budapest hätten abtransportiert werden sollen. Das Martyrium der ungarischen Juden war damit aber noch nicht beendet, zumal nachdem im Oktober 1944 die nazistische "Pfeilkreuzler"-Partei die Macht übernahm.

Der erste Teil unseres Artikels in dieser ak-Ausgabe schildert die Lage der Juden im Ungarn der Zwischenkriegszeit und beschreibt die Anstrengungen und Schwierigkeiten der Nationalsozialisten, die "Evakuierung der Juden nach Osten" gegenüber den mit Deutschland verbündeten Staaten Ungarn, Rumänien und Bulgarien durchzusetzen. Mit der sich nach der Schlacht von Stalingrad Anfang 1943 abzeichnenden totalen Niederlage Deutschlands wurde für die Nazis die restlose Ermordung der Juden das erste unter allen Umständen noch zu realisierende Kriegsziel. Seite 11